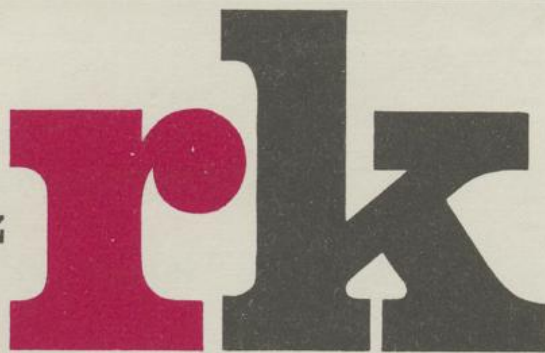




F 57. 291  
Februar 1983

## rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 1. Februar 1983

Blatt 264

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neuer Flächenwidmungsplan im 14. Bezirk  
(rosa) Washingtoner Artenschutzabkommen: Wr. Landesgesetz  
kommt  
Bürgermeisterpressekonferenz

Lokal: Zeckenimpfaktion gegen Frühsommer-Meningitis  
(orange)

Nur  
über FS: 31.1. Antragsfrist für Heizkostenzuschuß verlängert  
1.2. Hochschülerstreckenkarte bis 5. Februar gültig

## Neuer Flächenwidmungsplan im 14. Bezirk

=++++

1 #Wien, 1.2. (RK'KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und der Bebauungspläne für den 14. Bezirk wurde nun der Entwurf für eine etwa 73 Hektar großes Plangebiet nördlich und südlich der Mauerbachstraße fertiggestellt, das rund 250 Einwohner hat. Die städtebaulichen Ziele des neuen Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes sind die Erhaltung und der Ausbau des Schutzgebietes/Wald- und Wiesengürtel und die Erhaltung der kleinteiligen und durchgrünter Wohnbebauung.#

Der bereits vorhandene Parkplatz bei der "Hohe Wand-Schiwiese" soll als "Erholungsgebiet/Sportplatz - Parkplatz", der im Kreuzungsbereich Mauerbachstraße/Sofienalpenstraße gelegene Parkplatz als "Sondergebiet/Parkplatz" gewidmet werden. Jener Teil der "Hohe Wand-Wiese", der von der Bevölkerung zum Schillauf genutzt wird, soll die Widmung "Erholungsgebiet/Sportplatz - Schiwiese" erhalten. Westlich der Sofienalpenstraße liegt ein Heim für behinderte Jugendliche in einem größeren Areal mit wertvollem Baumbestand. Der Grünbereich soll hier zum "Parkschutzgebiet" werden. Innerhalb des gesamten Plangebiets ist vorgesehen, daß an den seitlichen und hinteren Grundgrenzen der Liegenschaften, die im Bauland liegen, die Einfriedungen nur durchsichtig und maximal 1,2 Meter hoch errichtet werden dürfen, um den Eindruck von zusammenhängenden Grünflächen zu gewährleisten.

Der Planentwurf (Plannummer 5711) liegt vom 3. Februar bis 3. März während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7,30 und 15,30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17,30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.  
(Schluß) sc/ko

NH

## Zeckenimpfaktion gegen Frühsommer-Meningitis (1)

=++++

4 #Wien, 1.2. (RK-LOKAL) In Wien begann eine neue Impfaktion gegen die durch Zecken übertragbare Frühsommer-Meningitis. Die Möglichkeit für diese vorbeugende Immunisierung besteht in den Bezirksgesundheitsämtern Dienstag und Freitag jeweils von 9 bis 11 Uhr sowie in der Impfstelle des Gesundheitsamtes, 1, Gonzagagasse 23, 2. Stock, Zimmer 215, Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr. #

Die komplette Impfung besteht aus drei Teilimpfungen, wobei der Abstand zwischen der ersten und zweiten Teilimpfung zwei bis zwölf Wochen, zwischen der zweiten und dritten neun bis zwölf Monate betragen soll. Die Kosten einer Teilimpfung betragen 180 Schilling. Nach Auskunft der Gesundheitsbehörden besteht nach der zweiten Impfung bereits ein Schutz für die Dauer eines Jahres.

Die komplette Impfung verleiht einen Schutz für drei Jahre. Nach dieser Zeit ist eine Auffrischungsimpfung notwendig, die bis zu vier Jahren wirksam bleibt. Ausgenommen von der Impfung sind Kinder im Alter unter drei Jahren, Personen, die gegen Hühnereiweiß überempfindlich sind oder die innerhalb der letzten drei Wochen eine Viruskrankheit wie z.B. Masern oder Mumps überstanden haben, vor weniger als vier Wochen gegen Pocken geimpft wurden oder zum Zeitpunkt der Impfung an einer akuten Krankheit leiden.

Das Gesundheitsamt weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die Zecken im vergangenen Jahr besonders bißfreudig waren. Auskünfte, wo sich von Zecken verseuchte Gebiete innerhalb Österreichs, aber auch im Ausland befinden, erteilen die einzelnen Bezirksgesundheitsämter und das Virologische Institut der Universität Wien. (Forts.) zi/ap

## Zeckenimpfaktion gegen Frühsommer-Meningitis (2)

Utl.: Auch Abendimpftermine möglich

=++++

5 Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Für Berufstätige stehen außerdem noch Abendimpftermine zur Verfügung und zwar: in der Spezialambulanz 10, Gellertgasse 42 - 46, Mittwoch, und in der Mutterberatungsstelle 21, Freytaggasse 32, Donnerstag, jeweils von 17 bis 19 Uhr sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk jeden dritten Donnerstag im Monat jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß)

zi/ap

Washingtoner Artenschutzabkommen: Wiener Landesgesetz kommt (1)  
=++++

7 #Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten unserer Erde, vom Leopard über Jaguar bis zu Menschenaffen, viele Krokodilarten, dem Indischen Elefanten usw. sind vom Aussterben bedroht. Österreich ist daher 1982 dem "Washingtoner Artenschutzabkommen" über den internationalen Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten beigetreten. Damit auch der Naturschutz - zusätzliche zum Bund - bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Abkommens einschreiten kann, wird nun ein eigenes Landesgesetz beschlossen. Dieses Gesetz, das am 4. Februar im Wiener Landtag behandelt wird, legte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch vor. Das Gesetz soll mit 1. Juni 1983 in Kraft treten.#

Sozusagen um auf den notwendigen Schutz für gefährdete Tierarten aufmerksam zu machen, brachte Dr. TAUSSIG, der Leiter des Wiener Tierschutzhauses, auch einen kürzlich beschlagnahmten Schimpansen mit. "Das soll kein PR-Gag sein", betonte Schieder dazu, "der kleine Affe soll vielmehr darauf aufmerksam machen, daß seinen Artgenossen ebenso wie vielen anderen Tieren - etwa jene Schildkrötenart, die für Schildkrötensuppe verwendet wird - die Ausrottung droht."

Nach dem Übereinkommen ist der Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten nur im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens erlaubt. Das Übereinkommen selbst ist in drei Anhänge gegliedert:  
o Anhang I enthält jene Tiere und Pflanzen, die überhaupt nicht in den Handel kommen dürfen. Das gilt auch für Produkte, die aus diesen Tieren hergestellt werden (etwa Erzeugnisse aus bestimmten Meeres- und Landschildkrötenarten oder indischem Elfenbein sowie bestimmten Krokodilarten).

Zu den so geschützten Tieren und Pflanzen zählen u. a. Leopard, Jaguar, Nashorn, alle Menschenaffen wie Schimpansen, Gorilla, Orang-Utan, zahlreiche Papageien- und Krokodilarten, der indische Elefant, viele Riesenschlangen, Mönchsrobben, viele Greifvögel wie Andenkondor, Wanderfalke, Riesen-Zwergohreule; Grauwal, Blauwal usw. bzw. Kakteen- und Orchideenarten. (Forts.)

hs/gg

Washingtoner Artenschutzabkommen: Wiener Landesgesetz kommt (2)

=++++

8 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Anhang 2 enthält eine Liste jener Tiere, für die Handelsbeschränkungen gelten, um die Art nicht noch stärker zu reduzieren. Hier gehören alle freilebenden Katzenarten und Affen dazu, die nicht schon unter die Bestimmungen des Anhangs 1 fallen, außerdem viele Känguruharten, der Afrikanische Elefant, der große Ameisenbär, mehrere Walarten, Riesenhörnchen, Eisbär, kleiner Panda, See-Elefant, Brillenpinguin, Großtrappe, Paradiesvögel sowie weitere Schildkröten- und Krokodilarten.
- o Der Anhang 3 enthält jene Tiere und Pflanzen, die in einzelnen Ländern von dem betreffenden Land selbst geschützt werden, um sie vor dem Aussterben zu bewahren. Ein Beispiel für Tunesien sind die Wüstenfüchse, die nicht exportiert werden dürfen .

Zwtl.: Landesgesetz: Nachweis- und Meldepflicht

Österreich ist mit dem Beitritt zum Washintoner Artenschutzabkommen verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der erwähnten Tiere und Pflanzen zu treffen. Dazu gehört z.B., den Handel mit derartigen Exemplaren zu ahnden oder notfalls die "Einziehung" - etwa durch Beschlagnahme durch den Zoll- der Exemplare zu veranlassen. Beschlagnahmte Tiere z.B. müssen zurückgesendet oder in einem geeigneten Schutzzentrum untergebracht werden.

Während die Regelung der Einfuhr, Ausfuhr und Wiederausfuhr Bundessache ist, müssen die Länder Artenschutz, tierschutzgerechten Transport und Tierzucht regeln. (Forts.) hs/ap

NNNN

Washingtoner Artenschutzabkommen: Wiener Landesgesetz kommt (3)  
=++++

9 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Bestimmungen des Wiener Landesgesetzes zur Durchführung des Washingtoner Artenschutzabkommens gehört u.a.

- o die Nachweis- und Meldepflicht: wer Exemplare oder Teile von Exemplaren (sprich Tiere oder Pflanzen oder Produkte usw. daraus), die laut Anhang 1 und 2 des Übereinkommens geschützt sind, hält oder verwendet oder anbietet, muß der Naturschutzbehörde auf Verlangen nachweisen, daß die Exemplare entweder vor Inkrafttreten des Übereinkommens erworben wurden oder daß es sich um gezüchtete Exemplare handelt oder daß sie unter Einhaltung der Bestimmungen (wie Ein- bzw. Ausfuhrgenehmigung) eingeführt wurden.
- o Züchter der im Übereinkommen erwähnten Tiere und Pflanzen müssen sich bei der Naturschutzbehörde melden.
- o Ein wichtiger Stichtag ist der 1. Juni 1983, an dem dieses Gesetz und damit die Meldepflicht in Kraft tritt.

Die Meldung an die Naturschutzbehörde ist auch für Privatpersonen empfehlenswert: sie vermeiden damit später, wenn sie mit einem geschützten Tier ausreisen wollen, Komplikationen beim Grenzübertritt.

- o Kennzeichnung: zur Vereinfachung der Kontrolle vor allem bei Vögeln müssen die Tiere durch Ringe oder ähnliches gekennzeichnet werden. Damit kann die Einhaltung des Artenschutzabkommens besser überwacht werden.
- o Beschlagnahme: die Naturschutzbehörde erhält mit dem Landesgesetz auch die Möglichkeit, Züchter und Händler zu überprüfen und bei geschützten Tieren den Nachweis der erforderlichen Einfuhrgenehmigung zu verlangen. Illegal eingeführte Tiere können von der Naturschutzbehörde beschlagnahmt werden. (Schluß) hs/ap

Bürgermeisterpressekonferenz (1)

Utl.: Gratz stellt Wahlkartenlage klar

=++++

10 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die neuerlichen Vorwürfe der Volkspartei in Sachen Wahlkartenwähler außerhalb Wiens stellte Bürgermeister Leopold GRATZ am Dienstag in seinem Pressegespräch klar: Die Verfassung lege grundsätzlich fest, daß beim Zusammenfallen von Nationalratswahlen und Gemeinderatswahlen die Nationalratswahlbehörde mit Zustimmung der Bundesregierung auch als Landeswahlbehörde fungieren können. Diese Zustimmung der Bundesregierung sei im Falle der Novelle der Wiener Gemeinderatswahlordnung gegeben worden. Die Verfassung lege aber gleichermaßen fest, daß Österreich seit 1918 in neun Bundesländer geteilt sei und jedes dieser Bundesländer nur in Hoheit über sein Gebiet Landesgesetze der Bundesregierung zur Durchführung überlassen könne. Wohl könne also das Wiener Landesjagdgesetz teilweise von der Bundespolizei vollzogen werden, nicht aber ein Wiener Landesgesetz außerhalb Wiens.

Im Gegensatz zu der Montag von Univ.-Prof. Felix Ermacora geäußerten Rechtsmeinung stehen Bürgermeister GRATZ und mit ihm die Verfassungsrechtler des Rathauses auf dem Standpunkt, daß gerade die Annahme des ÖVP-Antrages und damit verbunden die mögliche Weigerung von Wahlbehörden außerhalb Wiens Gemeinderatswahlkarten anzunehmen, zu einer Anfechtung der Wahl führen könnte. Bürgermeister GRATZ gab allerdings bekannt, daß er dennoch die Magistratsdirektion angewiesen habe, sich das ÖVP-Gutachten zur Prüfung zu beschaffen.

GRATZ bestätigte außerdem, daß die Wahlzeit sicherlich über 17 Uhr hinaus verlängert werde, Wahlkarten-Lokale (auf Parkplätzen) an den wesentlichen Einfahrtsstraßen Wiens eingerichtet würden und jeder Wahlkartenwähler genau über die Gültigkeit seiner Wahlkarte informiert werde. (Forts.) rd/ap

NNNN

Bürgermeisterpressekonferenz (2)

Utl.: GRATZ gegen Briefwahl

=++++

11 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Den öVP-Wunsch nach Einführung der Briefwahl lehnte GRATZ "als persönliche Meinung" mit dem Hinweis darauf ab, daß es im Wesen der Wahl als freie Entscheidung liege, daß die Wahl unmittelbar stattfinde, was nur in der Wahlzelle möglich sei. Wenn man überlege, was manche Menschen in anderen Ländern alles für die Erringung eines freien Wahlrechtes zu tun bereit wären, müsse man dabei bleiben, daß jeder der das Wahlrecht ausüben wolle, das auch persönlich tun müsse.

Zwtl.: Weniger Plakattürme

Zur Kritik des Wiener öVP-Landespartei sekretärs Anton FÜRST, die SPÖ habe mehr Wahlplakattürme in das Wahlkampfabkommen hineinreklamiert, als ursprünglich vorgesehen, meinte der Bürgermeister, er werde SPÖ-Landespartei sekretär Günther SALLABERGER sofort mit neuen Kontakten beauftragen. Ihm, GRATZ, sei diese öVP-Kritik neu, er sei aber auch als Bürgermeister für eine maximale Reduzierung dieser Türme, die das Stadtbild verschandeln würde.

Zwtl.: Kein Bundesstraßenstopp

Zu der von der öVP in der letzten Zeit wiederholt geforderten Einsparung von sechs bis 15 Milliarden durch den Verzicht auf den Bau von Bundesstraßen und Autobahnen, meinte der Bürgermeister, die Aufrechterhaltung von Lärm- und Abgashöllen könne keine Einsparung sein. Ohne Süd-Ost-Tangente gäbe es in der Schlachthausgasse heute noch Lärm und Gestank, ohne die Donauufer-Autobahn würde die Prager Straße den Bezirk nach wie vor in zwei Teile teilen, und auch die Flughafenautobahn entlaste die Simmeringer Hauptstraße schon jetzt. (Forts.) rü/ko

NNNN

Bürgermeisterpressekonferenz (3)

Utl.: Autobahnen in Tieflage

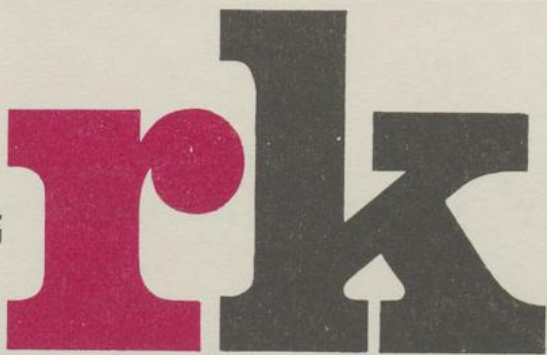
=++++

12 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Gratz verwies auf das Beispiel des Plabutschtunnels, der nur aus Lärmschutzgründen in der ganzen Länge neben Graz durch den Berg getrieben werde. Der Bautenminister habe größtes Verständnis gezeigt, wenn Wien die Verlängerung der Süd-Ost-Tangente als Tunnel durch den 22. Bezirk ziehen werde. Und er sei auch bereit, über die Verlegung des Gaudenzdorfer Gürtels und Margaretengürtels in die Tiefe zu verhandeln, womit man den Bewohnern dieser Gegend die Wohnqualität zurückgeben könne.

Überdies werde es die Donauufer-Autobahn möglich machen, den Transitverkehr zu zwingen, aus dem Westen in den Norden, den Umweg über die Allander Autobahn zur Südautobahn, die Süd-Ost-Tangente und die Donauufer-Autobahn Richtung Prag zu nehmen und Wien gar nicht mehr zu queren. Deshalb verwahrte sich Gratz auch dagegen, wegfallende Lärmbelästigung mit dem Schlagwort "Keine Autobahnen mehr" völlig zu verzerren. Zur Sicherheitsfrage in solchen Tunnels meinte der Bürgermeister, Tankwagen und gefährliche Transporte würden selbstverständlich ausgeschlossen sein. (Schluß) r6/gg

NNNN

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 2. Februar 1983

Blatt 273

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neuer Flächenwidmungsplan für Liesing  
(rosa) Zwei neue städtische Wohnhausanlagen  
Goldenes Ehrenzeichen für Ing. Josef Süß  
Friedrich Grundel neuer Landesjugendreferent

Lokal: Wieder Preise für "Wien im Blumenschmuck"  
(orange) Wiener Semesterferienaktion für Kinder und  
Jugendliche  
Immer mehr Grippekranke

Kultur: Ausstellung: Richard Wagner in Wien  
(gelb) Palmenhaus: Alle Möglichkeiten werden geprüft

Nur 1.2. Bub eingeklemmt und mitgeschleift - unverletzt  
über FS: 2.2. Alois und Aloisia - 70. Hochzeitstag

## Neuer Flächenwidmungsplan für Liesing

Utl.: Fläche für Pensionistenheim gewidmet

=++++

2 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und der Bebauungspläne für den 23. Bezirk wurde nun der Entwurf für das etwa 25 Hektar große Plangebiet, das im wesentlichen von der Brunner Straße, Breitenfurter Straße, vom Liesingbach und den Straßenzügen Mühlbreiten, Erlaaer Straße, Kugelmannngasse und Carlbergergasse begrenzt wird, fertiggestellt. Die städtebaulichen Ziele des neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sind die Sicherung bestehender Grünflächen, die Bedachtnahme auf das örtliche Stadtbild und die Vorsorge für den Ausbau übergeordneter Straßenzüge, jedoch in etlichen Fällen auch die Reduzierung von Straßenbreiten.#

Neben dem Campingplatz an der Breitenfurter Straße wurde eine große Fläche für die Errichtung eines Pensionistenheimes gewidmet. Die Uferbereiche des Liesingbaches sind als öffentliche Parkanlagen vorgesehen. Der Erlaaer Schloßpark wird durch eine besondere Schutzbestimmung in seinem Bestand gesichert. Für eine Erweiterung des Atzgersdorfer Friedhofs sind entsprechende Flächen reserviert.

Der Planentwurf (Plannummer 5740) liegt vom 3. Februar bis 3. März 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

(Schluß) sc/ap

NNNN

Zwei neue Städtische Wohnhausanlagen

=++++

3 Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung beschloß Dienstag die Errichtung von Städtischen Wohnhausanlagen in Wien 10, Laxenburger Straße 71/Quellenplatz 4 (35 Wohnungen, Kosten: 42,5 Millionen S) und in Wien 14, Huttengasse 2-4 (25 Wohnungen, Kosten 24,5 Millionen S).

Weiters wurde die Instandsetzung der Städtischen Wohnhausanlage Werkbundsiedlung (13, Veitingergasse/Jagdschloßgasse) nach § 18 des Mietrechtsgesetzes mit einem Kostenaufwand von 31,5 Mio S beschlossen sowie die Ausweitung der Instandsetzung der Städtischen Wohnhausanlage Sandleiten ebenfalls nach § 18 des Mietrechtsgesetzes (Kosten 71 Mio S). Schluß) emw/ko

NNNN

Ausstellung: Richard Wagner in Wien

Utl.: Eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs

=++++

5 #Wien, 2.2. (RK-KULTUR) Am 13. Februar vor genau hundert Jahren starb Richard Wagner in Venedig. Anlässlich dieses Gedenktages widmet das Wiener Stadt- und Landesarchiv dem bedeutenden Komponisten unter dem Titel "Richard Wagner in Wien" eine Ausstellung, die ab 7. Februar im Rathaus, Stiege 6, 1. Stock, Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 15.30 Uhr zu besichtigen ist.#

Die Ausstellung folgt nicht nur den Spuren Wagners in Wien, sondern stellt auch Personen vor, die zu den Freunden, Bewunderern und Mitarbeitern des Komponisten in dessen Wiener Zeit gehörten. Dies alles wird durch Bildmaterial, Literatur, Urkunden, Pläne und Notenbeispiele dokumentiert. Für Interessenten wird ein kleiner Katalog kostenlos abgegeben.

Mit der Musikstadt Wien verbindet man vor allem Komponisten wie Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert und Bruckner. Die Ausstellung zeigt aber, daß die Beziehung Wagners zu Wien, zum Musikleben dieser Stadt, nicht so unbedeutend war als vielleicht manchenorts angenommen wird.

Wagner kam 1832 als ein noch unbekannter angehender Musiker zum ersten Mal nach Wien. Bei seinen letzten Besuchen in der Zeit zwischen 1872 und 1876 war er - wenn auch noch vielfach bekämpft und umstritten - bereits ein äußerst erfolgreicher Komponist. Zahlreiche Stätten erinnern an die Aufenthalte des Meisters in Wien: die ehemaligen Gasthöfe "Erzherzog Karl", "Stadt London", das Hotel Imperial, die von Wagner oft benützte Wohnung seines Freundes Dr. Standhartner in der Singerstraße oder die heute noch erhaltene Wagner-Villa in Penzing (Hadikgasse 72). Nur mehr eine Gedenktafel am Haus 16, Thaliastraße 1, erinnert daran, daß am 28. August 1857 im ehemaligen Thalia-theater - das Gebäude wurde 1870 abgerissen - der "Tannhäuser" erstmals in Wien erklang. (Schluß) am/gg

NNNN

Wieder Preise für "Wien im Blumenschmuck"

=++++

6 Wien, 2.2. (RK-LOKAL) Für alle Wienerinnen und Wiener, die Fenster, Balkone, Fassaden, Portale oder Gasthausgärten mit Blumen schmücken, gibt es jeder Jahr im Rahmen der Aktion "Wien im Blumenschmuck" die Möglichkeit, schöne Preise zu gewinnen. Die Preisverteilung an die Gewinner der Aktion im Jahr 1982 nahm Gemeinderat Ernst VEJTISEK Dienstag im Rathaus vor.

Die Goldene Rose, einen von der Landwirtschaftskammer gestifteten Preis, erhielt dabei das Haus der Barmherzigkeit im 18. Bezirk. Die Silberne Rose ging an Frau Hay vom Institut für Computerwissenschaften in der Garnisongasse und die Bronzene Rose an Familie Hammetter aus dem 23. Bezirk.

Zu den Gewinnern der von der Stadt Wien gestifteten Goldenen Plaketten zählten u.a. die Hausgemeinschaft 13, Premrenergasse 24 und das Anton-Proksch-Institut im 23. Bezirk.

Die Gewinner der fünf Sonderpreise waren Frau Stadler aus Wien 13., Frau Kompein aus dem 2. Bezirk, Frau Steets aus Wien 22., Frau Allmer aus Favoriten und Familie Dr. Tesar aus Hietzing.

Außerdem gab es über 400 Pflanzenpreise und hundert Abonnements einer Gartenzeitschrift zu gewinnen. (Schluß) hs/ko

NNNN

Goldenes Ehrenzeichen für Ing. Josef Süß

=++++

7 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadtrat Josef VELETA überreichte Mittwoch das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den ehemaligen Leiter des Kanalbetriebs der städtischen Kanalisationsabteilung, techn. Oberamtsrat Ing. Josef SÜSS.#

Ing. Josef Süß, Jahrgang 1917, stand von 1945 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Mitte 1982 fast 37 Jahre lang im Dienste der Stadt Wien. 15 Jahre davon war er Leiter des Kanalbetriebes der städtischen Kanalisationsabteilung. Er war unter anderem mit sämtlichen Vorarbeiten für die Wiener Hauptkläranlage sowie für alle Projekte des neuen Wiener Abwasserbeseitigungssystems WABAS 80 in maschinenbautechnischer und elektrotechnischer Hinsicht zuständig. Um die Inbetriebnahme der Wiener Hauptkläranlage hat sich Ing. Süß sehr verdient gemacht. Darüber hinaus ist er namhaftes Mitglied des Fachnormenausschusses "Abfallwirtschaft", und in dem dazugehörenden Arbeitskreis "Kommunalfahrzeuge" ist er seit Jahren Vorsitzender. Zugleich ist Ing. Süß Mitglied des Redaktionskomitees des österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes, Fachgruppe Abwasser- und Abfalltechnik. In diesen Eigenschaften ist er im gesamtösterreichischen Interesse tätig. (Schluß) and/ap

NNNN

Palmenhaus: Alle Möglichkeiten werden geprüft

=++++

8 Wien, 2.2. (RK-KULTUR) Wie Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilt, hat Bautenminister Karl SEKANINA in einem Gespräch sein persönliches Interesse an der Prüfung aller Möglichkeiten für eine Sanierung des Schönbrunner Palmenhauses nach denkmalpflegerischen Kriterien zum Ausdruck gebracht. Die in verschiedenen Zeitungsartikeln geäußerte Sorge um die stilgerechte Renovierung des charakteristischen Gebäudes werde also durchaus ernst genommen.

Erst nach dem Ende der Ausschreibungsfrist soll entschieden werden, welcher Werkstoff für die Arbeiten verwendet wird. Ein wesentliches Problem liegt dabei allerdings in der Tatsache, daß die Tragfähigkeit der Eisenkonstruktion des Gebäudes nicht überfordert werden darf.

Fest steht jedenfalls, daß bei der Restaurierung dem Rang des Palmenhauses als technisch-künstlerisches Denkmal von europäischer Bedeutung voll entsprochen werden muß. Die Zusage des Bautenministers garantiert - so Zilk - eine denkmalpflegerisch einwandfreie Renovierung des Palmenhauses. (Schluß) gab/gg

NNNN

Immer mehr Grippekranke

Utl.: Voraussichtlich 19.000 Neuerkrankungen

=++++

9 Wien, 2.2. (RK-LOKAL) In Wien steigt die Zahl der an Grippe Erkrankten weiter - es handelt sich dabei um das sogenannte Hongkong-Virus Stamm A. Waren es in der Vorwoche 16.700 neue Grippefälle, so dürfte, wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, voraussichtlich im Laufe dieser Woche noch weitere 19.000 an Grippe erkrankte Wienerinnen und Wiener hinzukommen. Die von der Gebietskrankenkasse gemeldete Zahl der Gesamtkrankenstände ist auf 21.464 Personen - das sind 3,3, Prozent aller in der Bundeshauptstadt arbeitenden Menschen - gestiegen. Davon sind 4.944 an grippalen Infekten erkrankt. In den Schulen registrierte man ebenfalls ein Steigen des Prozentsatzes der kranken Schüler auf 6,9 Prozent. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden dürfte jedoch der Höhepunkt der Grippewelle noch nicht erreicht sein. (Schluß) zi/ko

NNNN

Friedrich Grundei neuer Landesjugendreferent

=++++

10 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Mittwoch den neuen Landesjugendreferenten, Friedrich GRUNDEI, vor. #

Friedrich Grundei, 1946 in Allensteig geboren, absolvierte die Lehrerbildungsanstalt in Wien. Neben seiner Unterrichtstätigkeit als Volksschullehrer war er mit der organisatorischen, inhaltlichen und freizeitpädagogischen Mitarbeit beim Aufbau der Ganztagschulen befaßt.

Grundei kommt aus der Pfadfinderbewegung. Bereits seit 1965 ist Grundei Mitarbeiter des Landesjugendreferates, seit 1974 als Schulleiter der Wiener Jugendleiterschule. Seit 1978 ist er als pädagogischer Sekretär der österreichischen Kinderfreunde tätig. Sein besonderes Interesse gilt dem Bereich der alternativen Spielpädagogik sowie der Ausbildung von Mitarbeitern der außerschulischen Jugendarbeit. Grundei fungierte im Rahmen seiner bisherigen Tätigkeit als Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter.

Als einer der Schwerpunkte seiner Tätigkeit als Landesjugendreferent nannte er eine intensivere Einbeziehung der 12 bis 17jährigen in das Angebot des Landesjugendreferates. (Schluß)  
emw/ko

NNNN

Wiener Semesterferienaktion für Kinder und Jugendliche (1)

=++++

11 #Wien, 2.2. (RK-LOKAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Mittwoch in einem Pressegespräch mitteilte, hat das Landesjugendreferat auch heuer wieder ein umfangreiches Semesterferien-Programm für Kinder und Jugendliche zusammengestellt.

Freizeit erleben - nicht Freizeit vertreiben - ist auch heuer wieder das Motto des Semesterferienprogramms. Kinder und Jugendliche sollen die vielfältigen Möglichkeiten ihrer Heimatstadt erleben können und Gelegenheit bekommen, ihre Freizeit aktiv zu gestalten. #

Wie Untersuchungen in den Vorjahren ergeben haben, verbringen etwa 56 Prozent der Volksschüler und 60 Prozent der Hauptschüler die Ferienwoche in Wien. Bei Sonderschülern und Kindern von Gastarbeitern liegt der Prozentsatz sogar noch höher. Um diesen Kindern eine anregende Ferienwoche zu ermöglichen, veranstaltet die Stadt Wien alljährlich anlässlich der Semesterferien ein "Mini-Ferienspiel".

Das Kinderprogramm, das in allen Schulen verteilt wurde, enthält die Möglichkeit, im Museum Moderner Kunst zaubern zu lernen, zu malen und Theater zu spielen. Das Theater an der Wien lädt zu einem Kindertag, wo hinter die Kulissen von "Anatevka" geblickt werden kann. Urania-Sternwarte und Planetarium dürfen auch diesmal nicht fehlen, in den Naturparks Geras und Hohe Wand können Wildtiere beobachtet werden, der Städtische Reservegarten Hirschstetten lädt zum Besuch ein, außerdem werden wieder zahlreiche Sportaktionen angeboten.

Kindertheatervorstellungen und Filme runden das Programm ab. Wer gern Spaß hat, findet den sicherlich bei einem der bunten Nachmittage mit Kinderliebling Heinz Zuber, die Station "Draußen sein" gibt Gelegenheit, frische Luft zu schnappen und ein wenig zu wandern. (Forts.) emw/ap

NNNN

Wiener Semesterferienaktion für Kinder und Jugendliche (2)

Utl.: Schulen, Horte und Jugendzentren laden ein

=++++

12 Wien, 2.2. (RK-LOKAL) 22 Schulen werden während der Semesterferien Gelegenheit zum Zeichnen, Malen, Basteln, Spielen und Turnen bieten. 75 Betreuer werden dort dafür sorgen, daß die Kinder eine lustige und anregende Ferienwoche verleben. Auch Horte der Stadt Wien, der Kinderfreunde und der Caritas laden zum Besuch.

Unter so verschiedenen Mottos wie "Manege frei im JZ Zwei", "Zirkus Krawalli Totalli", "Der Winterspeck muß weg", "Kinderchaos und Betreuerpanik" oder auch "Musikstadt" laden 13 Jugendzentren der Stadt Wien zu einer Fülle von Aktivitäten. Kinder können sich als Fotoreporter betätigen, ihren eigenen Zirkus machen, musizieren, spielen, nachdenken, Comics tauschen und darüber reden, theaterspielen, sich fit halten und noch vieles andere.

Zwtl.: Wiener Ferienclub: Literatur, Musik, Kino, Tanz, Sport

Der Wiener Ferienclub hat in seinem Jugendprogramm wieder viel Musik. Stefanie Werger, Alexander Goebel, Wilfried & die Fische werden in der Hans-Mandl-Berufsschule auftreten, in der Alten Schmiede werden wieder Autoren und Liedermacher zu hören sein, außerdem gibt es Gelegenheit zum "Schiiii...foarn", einen Moderatorenwettbewerb, Workshops, Tanzveranstaltungen und wieder interessante Filme. Ein Super-Jugendprogramm bieten selbstverständlich auch die Jugendzentren der Stadt Wien.

Zwtl.: Pop-odrom 1983: Österreichs größter Bandwettbewerb startet

Österreichs größter Bandwettbewerb, das Pop-odrom, startet seine diesjährige Bewerbe in der Semesterferienwoche mit Konzerten am 12. und 13. Februar. Zu jedem dieser Termine werden 10 Bands zu hören sein. Austragungsort der ersten Vorrunden des Pop-odroms 83 ist die Hans-Mandl-Berufsschule. Interessierte Gruppen, die noch mitmachen wollen, können sich noch bis Mitte Februar beim Landesjugendreferat anmelden (Tel.: 42 800/2746). (Schluß) emw/ko

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 3. Februar 1983

Blatt 284

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

20.000 Besucher in der Ausstellung "Wien 2000"  
Grippeinformationssystem bestätigt Erkrankungen  
Stadtwerke geben Heizersparnis sofort weiter

Kommunal:  
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan in der Leopoldau  
österreichs Städte und Gemeinden gaben  
140 Milliarden aus  
Oberamtsrat Valentin Regierungsrat  
Graz: Gaspreissenkung wird weitergegeben  
Städtebund: Vorschläge für neuen Finanzausgleich

Lokal:  
(orange)

Verkehrsbetriebe-Kampagne für "0,0 Promille"  
Wiener Fremdenverkehr 1982: Position gehalten

Termine:  
(weiß)

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung  
Führungen durch das Wiener Rathaus  
Ballkalender

Nur  
über FS:

Für die Kinder: Gratis in Schwimmhallen in den  
Semesterferien  
Rettungsmedaille für zwei Polizisten

.....  
Bereits am 2. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

20.000 Besucher in der Ausstellung "Wien 2000"

=++++

13 Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Rudolf WURZER begrüßte Mittwoch nachmittag in der Ausstellung "Wien 2000" im Wiener Messepalast die 20.000ste Besucherin. Die 17jährige Maturantin Eta KOPPENHÖFER besuchte die Ausstellung mit ihrer Klasse, der 8 A des Bundesgymnasiums in der ödenburger Straße in Floridsdorf. Zur Erinnerung überreichte ihr Stadtrat Wurzer ein Buch über den Wiener Karlsplatz.

Die Ausstellung "Wien 2000" zeigt an Hand von Plänen, Fotos und Modellen die städtebauliche Entwicklung Wiens von 1945 bis 1981 und informiert ausführlich über den Entwurf des neuen Stadtentwicklungsplanes für Wien. Dieser Stadtentwicklungsplan legt die Leitlinien für die künftige Entwicklung der Bundeshauptstadt fest und soll die Grundlage für die kommunalpolitischen Entscheidungen bis zur Jahrhundertwende bilden.

Die Ausstellung in der Halle P des Wiener Messepalastes ist Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr, Dienstag von 10.00 bis 19.00 Uhr und Sonntag von 10.00 bis 12.00 Uhr geöffnet. Führungen finden jeweils am Dienstag um 17.00 Uhr und am Sonntag um 10.00 Uhr statt. Die Ausstellung kann noch bis zum Sommer besucht werden. Dann wird sie für einige Zeit geschlossen, um die Pläne und Fotos auf den neuesten Stand zu bringen. Unter anderem werden die Darstellungen durch den Landschaftsrahmenplan für Wien und das Park-and-ride-Konzept ergänzt werden. (Schluß) sc/ap

NNNN

.....  
Bereits am 2. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Grippeinformationssystem bestätigt Erkrankungen

=++++

14 Wien, 2.2. (RK-LOKAL) In Wien ist ein eindeutiges Steigen der Grippeerkrankungen festzustellen. Im Rahmen des seit Jahren bewährten Grippeinformationssystems des Gesundheitsamtes der Stadt Wien werden von den niedergelassenen praktischen Ärzten, dem Ärztefunkdienst und den Schulen ständig neue grippale Erkrankungen gemeldet. So wurden etwa in der Woche vom 23. bis 28. Jänner 11.000 Neuerkrankungen, in der Vorwoche 16.700 neue Grippefälle registriert und für diese Woche rechnet man mit 19.000 Grippekranken. Diese Zahlen können selbstverständlich nicht mit jenen der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldeten Grippe- und Erkältungserkrankungen übereinstimmen. Bekanntlich scheinen dabei nur die im Krankenstand befindlichen Arbeitnehmer auf, nicht jedoch deren eventuell ebenfalls erkrankte Angehörige, ebenso wie Arbeitnehmer, die sich weniger als drei Tage im Krankenstand befinden oder bei einer anderen Sozialversicherung krankenversichert sind. Diese Feststellung wurde von Wiens Gesundheitsbehörden auf Grund einer Presseaussendung der Wiener Gebietskrankenkasse getroffen, in der nur von 4.944 registrierten Fällen gesprochen wurde.

In Folge der vorliegenden Meldungen muß daher nach Meinung der Gesundheitsbehörden von einer beginnenden Grippewelle, deren Ausmaß allerdings noch nicht abgeschätzt werden kann, gesprochen werden.

(Schluß) zi/spa

NNNN

.....  
Bereits am 2. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Stadtwerke geben Heizersparnis sofort weiter

=++++

15 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund der ungewöhnlich warmen Witterung hat Bürgermeister Leopold GRATZ die Wiener Stadtwerke angewiesen, die Gas- und Strompreis-Teilbeträge für April und Mai für alle jene Wienerinnen und Wiener, die mit Gas oder Strom heizen, als einmalige Aktion um 30 Prozent zu senken. # Das bedeutet natürlich keine Verbilligung des Gas- und Strompreises, sondern verringert das durch die warme Witterung möglicherweise am Ende des Jahres anlaufende Guthaben. Es bedeutet für den Einzelbezieher, daß er den Betrag, den er sich bei der Gas- oder Stromheizung durch die warme Witterung jetzt erspart hat, gar nicht bezahlen braucht. Ob die gleiche Aktion auch für Fernwärmebezieher möglich ist, muß noch geprüft werden. (Schluß) rd/spa

NNNN

## Verkehrsbetriebe-Kampagne für "0,0 Promille"

=++++

3 #Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe starten gemeinsam mit dem "Club 0,0 Promille" - einer Gründung des Gesundheitsministeriums und des Kuratoriums für Verkehrssicherheit - eine Kampagne gegen den Alkohol am Steuer. In U-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahngarnituren sowie in den städtischen Autobussen wird mit Plakaten auf die Gefahr hingewiesen, die mit dem Lenken eines Fahrzeuges in alkoholisiertem Zustand verbunden ist.#

Pro Jahr ereignen sich in Wien rund fünfhundert Verkehrsunfälle, bei denen Alkohol im Spiel ist. Die Plakate in den öffentlichen Verkehrsmitteln sollen nicht zuletzt dafür werben, nach dem Genuß von Alkohol - etwa nach einem Heurigenbesuch - keinesfalls mit dem eigenen Auto zu fahren, sondern sich lieber von Straßenbahn, U-Bahn oder Autobus sicher nach Hause bringen zu lassen. (Schluß) ger/gg

NNNN

## Neuer Flächenwidmungsplan in der Leopoldau

=++++

4 #Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und der Bebauungspläne für den 21. und 22. Bezirk wurde nun der Entwurf für ein etwa 25 Hektar großes Plangebiet fertiggestellt, in dem rund 4.300 Einwohner leben. Es wird von der Oskar Grissemann-Straße, Melangasse, Eipeldauerstraße, Zehdengasse und Josef Baumann-Gasse begrenzt. #

Den größten Teil der Fläche nimmt die städtische Wohnhausanlage "Dr. Josef Bohmann-Hof" ein. Im Gebiet nördlich der Zehdengasse befinden sich ein Sportplatz und eine Tankstelle, zum Teil wird es berufsgärtnerisch genutzt. Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan soll die Möglichkeit für einen weiteren Ausbau der Sportanlage bieten. Außerdem soll die Verlegung der Tankstelle, die sich im Kreuzungsbereich Eipeldauerstraße/Josef Baumann-Gasse befindet, zur Kreuzung Eipeldauerstraße/Zehdengasse vorgesehen werden, um die Eipeldauerstraße im vollen Umfang wie im übrigen Bereich ausbauen zu können.

Der Planentwurf (Plannummer 5750) liegt bis 3. März während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) sc/ko

NNNN

4,3 Millionen für Bezirkskulturveranstaltungen

=++++

5 #Wien, 3.1. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst genehmigte am Donnerstag einen Rahmenbetrag von 4,3 Millionen für kulturelle Aktivitäten in den Bezirken.

Damit ist auch 1983 die erfolgreiche Fortsetzung der Kulturarbeit in den Bezirken gewährleistet. 1982 wurden 170 Veranstaltungen in den Bezirken vom Kulturamt gefördert. Das Programm der Bezirksaktivitäten umfaßt ein breites Spektrum, das Konzerte, Straßentheater, Bezirkskulturtage, Ausstellungen, literarische Lesungen und andere Veranstaltungen umfaßt. (Schluß)  
gab/ko

NNNN

Wiener Fremdenverkehr 1982: Position gehalten

=++++

7 #Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Bei durchaus unterschiedlichen Einzelergebnissen konnte der Wiener Fremdenverkehr im Kalenderjahr 1982 seine Position im wesentlichen halten und blieb von in Konkurrenzstädten bereits aufgetretenen dramatischen Schwankungen verschont, erklärte Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS zu touristischen Jahresbilanz der Bundeshauptstadt. Wien erzielte 1982 4,594.222 Gästenächtigungen (minus 1,8 %) und schloß damit praktisch an die sehr guten Ergebnisse der Jahre 1980 und 1981 an. #

Dabei stehen Rückgänge von 6 bis 7 % in den ein- bis Dreisternbetrieben Zuwächse von 1,8 % in den Vier- und Fünfsterntouristenhotels gegenüber. Unter den wichtigsten Herkunftsländern der Wien-Besucher fielen die USA und Italien mit einem Plus von 16,5 bzw. 15,4 % besonders auf; der Zuwachs von 100.000 Nächtigungen aus diesen beiden Ländern trug ganz wesentlich zur stabilen Situation der Gesamtbilanz bei. Weitere erfreuliche Zuwachsraten wurden bei den Gästeübernachtungen aus Großbritannien (plus 6 %) und aus Schweden (plus 5,1 %) registriert.

Etwas hinter den Vorjahreswerten blieben die Übernachtungen aus der Schweiz (minus 3 %), Spanien (minus 4,4 %) und Ungarn (minus 9 %) zurück, doch zählen die Ergebnisse aus diesen Ländern nach wie vor zu den besten der letzten zehn Jahre. Deutlich zurück blieben die Niederlande (minus 9,5 %) und Belgien (minus 17,4 %).

Aus dem besonders wichtigen deutschen Markt, dessen Ergebnisse aufgrund seiner Spitzenposition im Wiener Gästeaufkommen regelmäßig deutlich auf die Gesamtbilanz "durchschlagen", wurden 1982 um rund 60.000 Nächtigungen weniger erzielt als 1981. Mit 1,000.446 Nächtigungen (minus 5,6 %) fiel das Deutschland-Ergebnis auf das Niveau der Jahre 1978 und 1979 zurück.

Die Auslastungszahlen für die einzelnen Hotelkategorien sind praktisch nur in der Fünf- und Viersternkategorie mit den Werten von 1981 vergleichbar, da in den anderen Kategoriegruppen bisher nicht erfaßte Betriebe hinzugekommen sind. In der bisherigen A1- und A-Kategorie wurde wie 1981 eine Auslastung von über 58 % erzielt, die rechnerische Durchschnittsauslastung der Wiener Beherbergungsbetriebe betrug - Saisonhotels einbezogen - 51 %.

(Schluß) fvv/ap

Österreichs Städte und Gemeinden gaben 140 Milliarden aus (1)

Utl.: Davon 26 Milliarden für Investitionen

=++++

8 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Österreichs Städten und Gemeinden kommt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Bedeutung zu, deren Gewicht in der Öffentlichkeit oft nicht ausreichend erkannt wird. Das geht aus einer Studie des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums Wien hervor, die der österreichische Städtebund Donnerstag in einer Pressekonferenz präsentierte.

Einschließlich Wiens mit seiner Sonderstellung gaben die Gemeinden 1980 rund 118 Milliarden S aus. Das entspricht etwa einem Viertel der Bruttoausgaben aller Gebietskörperschaften. Dazu kommen noch die kommunalen Unternehmungen mit eigenen Wirtschaftsplänen, wie etwa die Wiener Stadtwerke, wodurch eine Gesamtsumme von 140 Milliarden S an Ausgaben entsteht.

Ein wesentlicher Teil entfällt auf die Investitionstätigkeit: im Jahr 1980 26,4 Milliarden S. Davon entfielen auf Wien allein elf Milliarden. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ist daraus zu ersehen, daß die kommunalen Investitionen fast 57 Prozent der Investitionsausgaben aller Gebietskörperschaften zusammen ausmachten.

Die weitere Aufgliederung der Ausgaben der Gemeinden im Jahr 1980: 25,5 Milliarden für laufenden Erhaltungs- und Materialaufwand, 23,8 Milliarden für aktives Personal und 4,7 Milliarden für Pensionen. Zusätzlich zu den unmittelbaren Auswirkungen der Gemeindeausgaben auf die Wirtschaft ergibt sich noch die "Multiplikatorwirkung" - man nimmt an, daß durch eine Milliarde, die investiert wird, Konsumausgaben von etwa einer halben Milliarde ausgelöst werden. Dazu kommt noch die Auswirkung auf die Beschäftigungslage. Laut einer Schätzung sichern diese induzierten Konsumausgaben indirekt weitere 94.000 Arbeitsplätze. (Forts.)  
roh/gg

NNNN

Österreichs Städte und Gemeinden gaben 140 Milliarden aus (2)

Utl.: Beitrag der Gemeinden zur Beschäftigungssicherung

=++++

9 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1980 beschäftigten die Gemeinden samt den kommunalen Unternehmungen 135.119 Bedienstete, davon die Stadt Wien 60.203. Wenn man die Verteilung der kommunalen Bediensteten auf ihre Aufgabengebiete betrachtet, zeigt sich ihre große gesellschaftliche Bedeutung: 24,7 Prozent waren im Heil- und Pflegesektor tätig, 11 Prozent in den Schulen und Kindergärten, 9,9 Prozent im öffentlichen Verkehr, 9,5 Prozent in der Energie- und Wasserversorgung, 9,4 Prozent in der Entsorgung. Nur 13,3 Prozent der Bediensteten waren mit Aufgaben der allgemeinen Verwaltung befaßt.

Um den bedeutenden Beitrag der Gemeinden auf den Gebieten der Wirtschaftsbelebung, Arbeitsplatzsicherung, Ver- und Entsorgung zu sichern, sind gesunde Gemeindefinanzen notwendig. Diese Basis ist in mehrfacher Hinsicht gefährdet. So ist zum Beispiel im derzeit geltenden System des Finanzausgleichs ein tendenzieller Rückgang des Gemeindeanteils am Gesamtabgabenertrag zu beobachten. Er sank zwischen 1959 und 1979 von 21,4 auf 19,7 Prozent. Eine Beeinträchtigung des finanziellen Spielraumes stellt auch die im Gefolge der Hochzinspolitik drastisch gewachsene "Schulendienstbelastung" dar - 1960 nahmen die Zinsen- und Tilgungsleistungen der Gemeinden ein Zwanzigstel der Steuereinnahmen in Anspruch, 1980 bereits ein Fünftel oder, in absoluten Zahlen, mehr als 10 Milliarden.

Zur Lösung der finanziellen Probleme schlägt das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum vor: Verstärkte Bemühungen um eine möglichst wirtschaftliche Leistungserbringung, Überlegungen hinsichtlich einer verbesserten Kooperation etwa in Form von Gemeindeverbänden, Unterstützung der Gemeinden durch die anderen staatlichen Ebenen und eine allgemeine Stärkung der finanziellen Basis. (Schluß) roh/ap

NNNN

Oberamtsrat Valentin Regierungsrat

=++++

11       Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Franz NEKULA  
überreichte am Donnerstag das Dekret für den Berufstitel  
Regierungsrat an Oberamtsrat Alfred VALENTIN, einen Mitarbeiter der  
Magistratsdirektion-Koordinationsbüro. Regierungsrat Valentin ist  
ein "Mann der ersten Stunde". Seit 1945 ist er bei der Stadt Wien  
beschäftigt. Hervorgetreten ist er vor allem durch sein  
Organisationstalent. Große Verdienste hat er sich in seinem  
derzeitigen Arbeitsbereich - der Verwaltungsorganisation,  
insbesondere der Organisation der ADV im Rahmen der  
Magistratsdirektion - erworben. (Schluß) en/ko

NNNN

Gratz: Gaspreissenkung wird weitergegeben

=++++

12 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Falls die österreichische Mineralölverwaltung den Gaspreis senkt, wird die Stadt Wien diese Ersparnis an ihre Kunden weitergeben, erklärte Donnerstag, Bürgermeister Leopold GRATZ. "Wir wollen am Gaspreis nichts verdienen, aber natürlich auch nicht draufzahlen", betonte Gratz. Das heißt, daß die Senkung nicht die genannten Manipulationskosten für die Weiterleitung des Gases betreffen kann, sondern nur den Ankaufspreis des Gases. Dadurch kann nicht der volle Prozentsatz der ÖMV-Senkung weitergegeben werden. (Schluß) roh/ap

NNNN

Städtebund: Vorschläge für neuen Finanzausgleich (1)

Utl.: Ausübung der Besteuerungsrechte der Gemeinden

=++++

13 #Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Auf einer Pressekonferenz des österreichischen Städtebundes, unter Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ, stellt Donnerstag Stadtrat Hans MAYR, der auch Vorsitzender des Finanzausschusses des Städtebundes ist, Überlegungen für eine völlige Neuordnung des Finanzausgleiches vor.

"Die Leistung der österreichischen Städte ist für das gesamte Land von entscheidender Bedeutung", betonte Mayr. Der finanzielle Handlungsspielraum der Städte ist allerdings in letzter Zeit kleiner geworden. Das trifft vor allem auf die Kernstädte in den Ballungsgebieten zu, deren Attraktivität abgenommen hat. Stadtflucht, Unterhöhlung der Wirtschaftsbasis sind die Gefahren. Den Städten sollte, so Mayr, im kommenden Finanzausgleich eine Sonderstellung eingeräumt werden.#

Die Verbesserung der finanziellen Basis der Gemeinden sollte zunächst durch höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich erfolgen, Stadtrat Mayr: "Die Steuereinnahmen der Gemeinden müßten zumindest im gleichen Ausmaß wie die der anderen Gebietskörperschaften steigen". - Mayr schlug auch eine Ausweitung der Besteuerungsrechte auf Gemeindeebene vor. Damit sollten vor allem ordnungspolitische Ziel verfolgt werden - Beispiele dafür sind Hundesteuer oder Parkometerabgabe - eine wesentliche Erhöhung des Steueraufkommens könne daraus nicht erwartet werden. (Forts.) roh/ap

NNNN

Städtebund: Vorschläge für neuen Finanzausgleich (2)

Utl.: Städte können auf Lohnsummensteuer nicht verzichten

=++++

14 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Bei einer Neuordnung des Finanzausgleichs sollte einerseits der Grundbedarf der Gemeinden je nach Einwohnerzahl einheitlich gedeckt werden, erklärte Stadtrat Mayr. Andererseits müßte als zweite Komponente der Aufgabenbereich der Gemeinde berücksichtigt werden, ob sie zum Beispiel über Nahverkehrs- oder Spitalseinrichtungen verfügt oder, etwa als Bezirkshauptmannschaft, zentralörtliche Aufgaben zu übernehmen hat. In Wien liegen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich mit etwas mehr als 23 Prozent nur knapp über dem Bevölkerungsanteil, bei einem Anteil am Steueraufkommen von mehr als 30 Prozent. "Das ist sicherlich nicht bedarfsgerecht", sagte Stadtrat Mayr dazu.

Neben der Erweiterung des Handlungsspielraumes durch eine größere finanzielle Basis gehören auch neue Organisationsformen zu den Verbesserungsvorschlägen. Beispiele sind der Nahverkehr, wo bekanntlich kürzlich in der Ostregion durch die Errichtung des Verkehrsverbundes große Fortschritte erzielt wurden, oder das Gesundheitswesen, wo Verbände zumindestens auf Landesebene entstehen könnten.

Die Industriellenvereinigung hatte kürzlich eine Abschaffung der Lohnsummensteuer gefordert. Stadtrat Mayr sprach sich nun namens des Städtebundes gegen eine solche Abschaffung aus und betonte die Wichtigkeit dieser Steuer für den kommunalen Haushalt. Wien nimmt jährlich mehr als eine Milliarde Schilling aus dieser Steuer ein, für die Betriebe beträgt der Anteil der Lohnsummensteuer an den Produktionskosten maximal 0,8 bis ein Prozent. (Forts.) roh/gg

NNNN

Städtebund: Vorschläge für neuen Finanzausgleich (3)

=++++

15 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Der Klagenfurter Bürgermeister Dr. Leopold GUGGENBERGER erklärte, daß die Gemeinden fast 57 Prozent der Investitionsausgaben aller Gebietskörperschaften tätigen, damit mehr als Bund und Länder zusammen. Dabei sind im kommunalen Bereich nur etwa 15 Prozent der Einnahmen frei verfügbar, der Rest ist zweckgebunden. Dieser kleine Anteil ist durch die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung von einer weiteren Schrumpfung bedroht. "Es wäre katastrophal für die österreichische Wirtschaft, wenn die Gemeinden keine Investitionen mehr tätigen könnten", stellte Guggenberger fest.

Generalsekretär Reinhold SUTTNER nahm zur Frage des aufgeblähten Beamtenapparates Stellung. In größeren Städten ist die Anzahl der öffentlich Bediensteten unproportional höher als in kleineren. "Das liegt daran, daß diese Städte Aufgaben wie Nahverkehr und Spitalsversorgung übernehmen müssen", erklärte Suttner dieses Phänomen. Drei Viertel der etwa 135.000 Bediensteten der Gemeinden sind in Ver- und Entsorgung beschäftigt, ein Viertel alleine im Gesundheitssektor. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz sind echte "Schreibtischposten". (Schluß) roh/gg

NNNN

## Ballkalender

=++++

Wien, 3.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

## SAMSTAG, 5. FEBRUAR:

Maskenball der Landsmannschaft der  
Niederösterreicher in Wien

Albert-Sever-Saal  
Baumgartner Casino

Ball der SPÖ

Gschnasfest der Döblinger  
Faschingsgilde

Haus der Begegnung Döbling

Ball des Freien Wirtschafts-  
verbandes Floridsdorf

Haus der Begegnung Floridsdorf  
Haus der Begegnung Mariahilf

Ball der Polen "Strzecha"

Maskenball am Hofe von Kaiserin  
Maria Theresia zu Wien

Hofburg  
Hotel Wimberger

Margaretner Bürgerball

Ball des Wiener Wohlfahrts-  
vereins Volkshilfe

Kongreßhaus

UNIREA-Ball, Freunde Rumäniens  
in Österreich

Kursalon  
Restaurant Westbahnhof  
Sofiensäle

Ball der Eisenbahnersportförderung  
Wiener Bauernbundball

## DONNERSTAG, 10. FEBRUAR:

Kleiner Opernball  
Opernball

Messepalast  
Staatsoper

## FREITAG, 11. FEBRUAR:

Ball des Sportvereins der  
städtischen Angestellten (STAW)

Albert-Sever-Saal  
Haus der Begegnung Floridsdorf  
Konzerthaus

Unteroffiziersball

Ball der Wiener

## Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung

=++++

Wien, 3.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche findet folgende Wiener Bezirksvertretungssitzung statt:

## MITTWOCH, 9. FEBRUAR:

Simmering, 11, 14.00 Uhr, Bezirksvorstehung 11

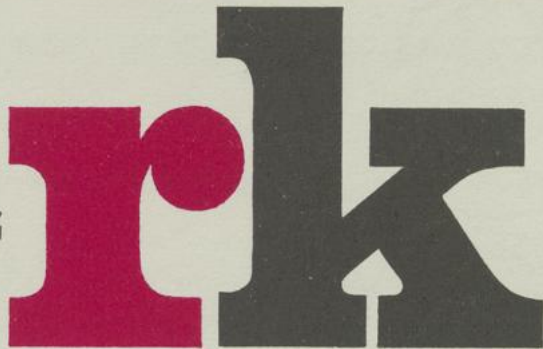
## Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 3.2. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 4. Februar 1983

Blatt 300

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Dr. Kramer vor Städtebund-Hauptausschuß: Konjunktur  
ausgesendet: hat sich stabilisiert  
(grau)

Kommunal: Diskussion über den Stadtentwicklungsplan  
(rosa) Wiener Landtag

Nur

über FS: 3.2. Vergiftung durch verdorbene Brötchen?  
4.2. Hermann-Bad am 8. Februar geschlossen  
Verkehrsbetriebe: Kinder fahren in den Ferien  
gratis  
Lebensmittelvergiftung: Schon 60 Personen erkrankt  
Straßenbahnlinie "40" und "41" umgeleitet

.....  
Bereits am 3. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Dr. Kramer vor Städtebund-Hauptausschuß: Konjunktur hat sich stabilisiert

=++++

17 Wien, 3.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die internationale Konjunkturlage hat sich zumindest stabilisiert, leichte Verbesserungen sind zu erwarten. Die Gefahr einer akuten Zahlungskrise ist für den Moment abgewendet. Österreich steht im Vergleich zu den anderen Industrieländern auf fast allen Sektoren noch immer wesentlich besser da. Das sind die wichtigsten Feststellungen, die der Leiter des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dr. Helmut KRAMER, bei einem Referat anlässlich einer Sitzung des Hauptausschusses des österreichischen Städtebundes im Wiener Rathaus traf.

Allerdings ist das Zinsniveau nach wie vor außergewöhnlich hoch, und auch die Beschäftigungslage hat sich in allen Industrieländern weiter verschlechtert. Aus den Konjunkturzyklen alleine ist kein Anspringen der Konjunktur zu erwarten. Der Anstoß durch eine grundlegende Änderung der internationalen wirtschaftspolitischen Strategien erfolgen, sagte Kramer.

In Österreich ist zumindest keine Verschlechterung, in einigen Bereichen sogar eine leichte Verbesserung der Wirtschaftslage zu beobachten. Während die österreichische Industrieproduktion im Vorjahr stagnierte, ging sie in Deutschland um 2,3 Prozent zurück. Die Arbeitslosenzahl hat sich, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, seit dem vergangenen Sommer einigermaßen stabilisiert. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten sank im Vorjahr nur um 0,5 Prozent (Deutschland: zwei Prozent). Die Verbraucherpreise, die im Dezember um 4,7 Prozent stiegen, werden laut Kramer im Jänner bei einer Steigerungsrate von 4 Prozent halten. Zum Vergleich: Der europäische Durchschnitt lag im Dezember bei 9,4 Prozent. Auch der Reallohn ist für dieses Jahr gesichert, es ist, so Kramer, sogar eine kleine Steigerung zu erwarten. Die Gesamtbeschäftigungszahl wird allerdings um 25.000 sinken, was einer prognostizierten Arbeitslosenrate von 4,6 Prozent für das Jahr 1983 entspricht.  
(Schluß) roh/ap

Diskussion über den Stadtentwicklungsplan (1)

Utl.: Verkehrsfragen im Vordergrund

=++++

4 #Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) In der Ausstellung "Wien 2000" im Wiener Messepalast fand Donnerstag abend wieder eine Diskussion über den Entwurf zum Stadtentwicklungsplan für Wien statt. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER und leitende Mitarbeiter der Geschäftsgruppe Stadtplanung beantworteten zahlreiche Anfragen und notierten interessante Vorschläge. Die Anregungen der Diskussteilnehmer werden soweit wie möglich in der endgültigen Fassung des Stadtentwicklungsplans berücksichtigt werden. Wie schon bei den bisherigen Diskussionen standen auch diesmal wieder Verkehrsprobleme im Mittelpunkt des Interesses.#

Unter anderem wurden von den Debattenrednern folgende Vorschläge gemacht:

- An der Westseite der Südautobahn in Inzersdorf sollten Lärmschutzwände errichtet werden.
- Die Geschwindigkeitskontrollen auf Hauptverkehrsstraßen müßten verschärft werden, da sich kaum jemand an die zulässige Höchstgeschwindigkeit hält. Ein Diskussteilnehmer schlug die Einführung des "Wiener Rouletts" vor: an den Straßen, die zum Schnellfahren verleiten, sollten Behälter aufgestellt werden können. Da die Autofahrer nicht wüßten, wo jeweils ein Gerät montiert sei, würden sie sicher vorsichtiger fahren.
- Das Kopfsteinpflaster sollte von den Straßen entfernt werden, da es starken Fahrlärm verursacht.

(Forts.) sc/gg

NNNN

## Diskussion über den Stadtentwicklungsplan (2)

=++++

5 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL)

- Betriebe, die keine Lärm- oder Geruchsbelästigung verursachen, könnten auch in Wohngebieten errichtet werden, um die Wege zu den Arbeitsstätten zu verkürzen und damit den Individualverkehr einzubremsen. So könnten zum Beispiel Gewerbehöfe entlang der Vorortelinie zugelassen werden.
- Zum Thermalbad Oberlaa, dem Tourotel und dem Austrian-Airlines-Bürogebäude sollte von der Favoritenstraße her eine Straßenverbindung geschaffen werden.
- Auch größere Straßen sollten als Wohnstraßen ausgestaltet werden.
- Der Grüngürtel müßte in Simmering, Donaustadt und Floridsdorf erweitert werden.
- Auf den sogenannten Denzelgründen an der Linken Wienzeile sollte ein Park errichtet werden.
- Die Fahrradwege sollten ausgebaut werden, zum Beispiel auch entlang der Ringstraße.

Ein Diskussionssteilnehmer, der unmittelbar an der Südost-Tangente wohnt, stellte fest, daß sich die von der Stadt Wien bezahlten Lärmschutzfenster hervorragend bewähren. Nach der Montage dieser Fenster gibt es nun in der Wohnung keine Lärmbelästigung mehr.

(Schluß) sc/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Robert KAUER (ÖVP) bezüglich der Bereitschaft, eine Novelle zur Wiener Stadtverfassung zum Ausbau der Bürgerrechte, vorzulegen, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß er nach langjähriger Tradition unmittelbar vor Wahlen keine Absichtserklärungen der Verwaltung abgegeben wolle. Derartige Initiativen müßten vom neugewählten Landtag ausgehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er nicht auch 1979 ein neues Wahlrecht angekündigt habe, beharrte der Landeshauptmann, daß Verfassungsänderungen nur von den Fraktionen des Landtages ausgehen könnten, da gerade bei Bürgerrechten ein Oktroy der Verwaltung nicht der richtige Weg sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Vorstellungen er bezüglich einer möglichen Verfassungsänderung habe, antwortete der Landeshauptmann, er sei nicht Sprecher seiner Fraktion, die ihre Vorstellungen im Wahlkampf sicher darlegen werde.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. Peter Mayr (ÖVP), daß der Schulversuch integrierte Gesamtschule an den Schulen Polgarstraße und Anton Krieger-Straße weitergeführt werden solle, antwortete Landeshauptmann Gratz, daß nach den Beschlüssen der siebenten SCHOG-Novelle die Schulversuche ab 1984/85 auslaufen würden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum keine AHS-Langform angeboten werde, antwortete der Landeshauptmann, daß neue Schulversuche zur Erprobung neuer Lehrplaninhalte im Sinne der inneren Schulreform für diese Schulen bereits in Ausarbeitung wären.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob neue Schultypen gerade in derartig bevölkerungsreichen Gebieten rasch angeboten würden, antwortete der Landeshauptmann, der Stadtschulrat für Wien sei selbst interessiert, zeitgerecht Vorsorge zu treffen. (Forts.) rd/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Ing. Horst RIEDLER (SPÖ), ob die gesetzlichen Regelungen zum Schutz von erhaltenswerten Bauten am Beispiel Margaretenstraße 88 als ausreichend bezeichnet werden könnten, antwortete StR. ZILK (SPÖ), daß es sich in diesem Fall um ein Musterbeispiel einer zynischen Divastierung eines Hauses in der Schutzzone und eine ausdrückliche Spekulation auf Abbruch handle. Der Fall dieses Hausbesitzers, der beim Obersten Gerichtshof eine Abbruchserklärung erwirkt hatte, trotzdem Mittel aus dem Altstadterhaltungsfonds in Anspruch nehmen wollte, seine Mieter 1975 eine Woche vor Weihnachten kündigte und ihnen gepöhlzte Ersatzwohnungen anbot, zeige, daß die gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichend seien. Sie wären ein großer Schritt gewesen, könnten aber nach wie vor unterlaufen werden. Es werde daher in der nächsten Legislaturperiode unbedingt nötig sein dieses Gesetz neu zu fassen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, daß in Fällen eindeutiger Spekulation der Hausbesitzer durch dieses neue Gesetz zu einem Verkauf zum angemessenen Preis gezwungen werden könne, bejahrte der Stadtrat.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er erwarte, daß sich die ÖVP diesem neuen Gesetz anschließen werde, meinte der Stadtrat, er könne sich nicht vorstellen, daß sie sich diesen Argumenten verschließen werde. (Forts.) rö/ko

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. KOPFENSTEINER (SPÖ), wieweit die generelle Planung der Bundesstraßen auf Wiener Stadtgebiet gediehen sei, antwortete StR. WURZER (SPÖ) wie folgt:

- o Bei der Inzersdorfer Straße am Knoten Vösendorf werde die Planung für die vierte Fahrspur im Frühjahr eingereicht.
- o Bei der Südeinfahrt und Triester Straße am Matzleinsdorfer Platz, Knoten Inzersdorf, werden die Planungsarbeiten bis Herbst abgeschlossen sein.
- o Die Planung für die Wiener Außenring-Autobahn von Kledering zum Knoten Kaiserebersdorf sei ebenfalls bereits abgeschlossen.
- o Beim Ausbau der A 24 habe das Bautenministerium aufgrund der hohen Kosten für die Umweltschutzeinrichtungen noch eine Kosten-Nutzen-Analyse verlangt.
- o Die Donaukanalschnellstraße zwischen Prager Straße und Brünner Straße stehe nach Änderungswünschen der Bezirksvorsteherung Floridsdorf vor Planungsende.
- o Am Südgürtel sei nach mehreren Varianten die Lösung einer Führung in Tieflage ebenfalls abgeschlossen.

Die ZUSATZFRAGE, ob das Südgürtelprojekt im Sinne der betroffenen Bevölkerung möglichst rasch vorangetrieben werde, bejahte der Stadtrat. (Forts.) rÖ/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE des LAbg. KUCHAR (FPÖ), welche gesetzlichen Maßnahmen er für erforderlich halte, um der immer mehr um sich greifenden Mietzinswucher bei Schlafstellen und Untermietzimmern wirksamer als bisher bekämpfen zu können, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), daß eine solche Regelung zum Zivilrechtswesen gehöre und damit Bundessache sei. Die Schutzbestimmungen des neuen Mietrechtsgesetzes, die allerdings der Öffentlichkeit zu wenig bekannt seien, wären in vielen Fällen geeignet zu helfen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob bei den landespolizeilichen Bestimmungen, die nicht ausreichend vorhanden seien, vor allem im Bezug auf die Schlafstellen Abhilfe geschaffen werden könnte, antwortete Stadtrat Nekula, auch die landespolizeilichen Regelungen bewegten sich auf Bundesebene. Die Schlafstellen wären ebenfalls im Mietrechtsgesetz berücksichtigt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, daß durch rigorosere Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen Massenquartiere verhindert werden könnten, antwortete Stadtrat Nekula, wenn solche Fälle bekannt würden, könne das Gesundheitsamt Räumungen vornehmen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE des LAbg. Dr. GOLLER (ÖVP), warum trotz Vorliegens eines entsprechenden Gesetzesentwurfes der Wiener ÖVP seit dem März 1982 die Frage der Auswüchse der Wohnungsprostitution in Wien bisher noch immer nicht zufriedenstellend geregelt worden sei, antwortete Stadtrat NEKULA, 1980 sei ein erster Entwurf eines Wiener Polizeigesetzes in Begutachtung gebracht worden. Die Probleme der Wohnungsprostitution und der Hundehaltung hätten Emotionen ausgelöst. Nach dem Initiativantrag der ÖVP im März 1982 sei ein Unterausschuß für Probleme der Wohnungsprostitution gegründet worden, wo eine auführliche Diskussion stattfand, die schließlich in einen im Dezember 1982 vorgelegten Gesetzesentwurf mündete. Bis zur Behandlung im Landtag müsse noch eine Stellungnahme der Polizei abgewartet werden.

Stadtrat Dr. GOLLER stellte fest, daß im Initiativantrag der ÖVP die Errichtung von Bordellen vorgesehen gewesen sei, worauf man sich in einer Besprechung am 8. Oktober auch geeinigt habe. Nun sei in der AZ ein Artikel erschienen, in dem stehe, daß man von der Errichtung von Bordellen absehen werde. Stadtrat Dr. Goller stellte daher die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in dieser Angelegenheit ein Sinneswandel eingetreten sei. Stadtrat Nekula antwortete, man wolle zwar keine eigentlichen Bordelle einführen, aber Häuser mit Bordellcharakter, in denen allerdings keine Anbahnung stattfinden dürfe. Eine geeignete Bezeichnung für diese Häuser wäre noch zu finden. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. BROSCHE (SPÖ), wieviele Förderungen aufgrund der sogenannten Stadterneuerungsmilliarden bereits vorgenommen wurden, nannte StR. HATZL (SPÖ) folgende Zahlen: 1982 wurden 87 Objekte mit insgesamt 116,787 Millionen gefördert, 1983 bisher 22 Objekte mit 24,734 Millionen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Altstadterneuerungsmilliarden nach wie vor als Stadterneuerungsbeitrag für private Hausbesitzer sieht, sagte StR. HATZL, im Prinzip ja, aber wegen des schleppenden Fortganges und im Interesse der Bauwirtschaft werden diesbezügliche Mittel auch in Zusammenhang mit dem Sonderprogramm für Gemeindebauten ausgeschöpft. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE vom LABg. GAWLIK (SPÖ), welche Maßnahmen es bei der Wohnbauförderung von Behinderten gibt, wies Stadtrat HATZL auf zwei wesentliche Entscheidungen in letzter Zeit hin. Erstens erhalten Bauträger, die Behindertenwohnungen bauen, Zuschläge für die Mehrkosten bis zu zehn Prozent. Zweitens werden Körperbehinderte bei der Berechnung der Wohnbeihilfe, wie Jungfamilien eingestuft.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Behindertenwohnungen in den letzten Jahren gefördert worden sind, sagte HATZL, daß seit 1971 541 Behindertenwohnungen in Gemeindebauten errichtet wurden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Ö-Norm B 1600 sowie weitere neue Erkenntnisse bei der Errichtung von Behindertenwohnungen angewendet werden, sagte Hatzl, daß dies der Fall ist. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. HAHN (ÖVP), wie hoch der Stand der Wohnbauförderungssonderrücklage per 31. Jänner 1983 war, nannte Stadtrat Hatzl den Betrag von 762 Millionen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso 1983 mit 5.500 plus 200 Wohnungen weniger als bisher gefördert werden und was mit den im fünfjährigen Wohnbauprogramm vorgesehenen 460 Millionen Schilling für Förderungszwecke ohne Programm geschehen ist, sagte Hatzl, die Reduzierung der Anzahl der Wohnungseinheiten resultiert aus der Änderung der Förderungsbestimmungen im Jahr 1982. Diese sieht statt bis dahin 50 Prozent Förderung, eine solche von 60 bis 70 Prozent vor. Zum zweiten Teil der Frage könne er jetzt keine Stellung nehmen, da er ja nicht alle Unterlagen bei sich haben könne.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch ein verstärkter Zufluß von Mitteln aus der Wohnbauförderungssonderrücklage in die sieben Stadterneuerungsgebiete zu erwarten ist, sagte Hatzl, daß natürlich für die Zwecke der großen und kleinen Wohnungsverbesserung derartige Mittel mit Priorität in die Stadterneuerungsgebiete fließen werden. Im Übrigen bekannte sich Hatzl dazu, daß stets eine gewisse Rücklage zur Verfügung steht, die aufgrund des Baufortschrittes für in Bau befindliche Objekte sofort zur Verfügung steht. Ende der Fragestunde.  
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Wahlen für den Bundesrat

=++++

15 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Als neues Mitglied des Bundesrates wurde Prof. Dr. Harald OGRIS (SPö) gewählt. Die Neuwahl war durch das Ausscheiden von Bundesrat Dr. Franz SKOTTON (SPö) notwendig geworden.

Zwtl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

Stadtrat SCHIEDER stellte den Antrag, den Abschluß einer Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl zu genehmigen. Schieder bezeichnete diese Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern als einen ersten und wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Luftqualität. Wien hätte sich eine noch stärkere Reduktion des Schwefelgehaltes vorstellen können. Weitere Schritte in diese Richtung müssen deshalb folgen.

LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß diese Vereinbarung zustande komme, weil der Wunsch der Bevölkerung nach einer gesünderen Umwelt immer stärker werde. In Dürnröhr zum Beispiel denkt man jetzt noch daran, eine Entschwefelung vorzunehmen, die dem letzten Stand der Technik entspricht. Die FPö wird sehr genau darauf achten, ob dieses von Landeshauptmann Ludwig im Wahlkampf gemachte Versprechen - das einer freiheitlichen Forderung entspricht - auch tatsächlich erfüllt wird.

An der vorliegenden Vereinbarung über den Schwefelgehalt im Heizöl übte Pawkowicz scharfe Kritik. Sie projiziere den Stand der Technik von Vorgestern in die Zukunft. Ab 1985 wird der höchstzulässige Schwefelgehalt im Heizöl schwer mit zwei Prozent festgelegt. Schon heute wird aber im Kraftwerk Donaustadt mit zweiprozentigem Heizöl gefeuert. Obwohl außerdem etwa die Hälfte der Feuerung mit schwefellosem Erdgas betrieben wird, beträgt die Emission im Durchschnitt 2.000 Milligramm pro Kubikmeter und liegt damit um 500 Prozent über der internationalen Toleranzgrenze.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

16 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Pawkowicz stellte einen ANTRAG, in dem der Landeshauptmann aufgefordert wird, neue Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl schwer ab 1985 auf 0,5 Prozent zu senken. In den USA sei ein solcher Wert schon heute verbindlich.

LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte, daß die Werte in der vorliegenden Vereinbarung bei weitem zu hoch angesetzt seien. Dennoch sei diese Vereinbarung sinnvoll, weil damit ein erster Schritt zu gleichen Bedingungen in allen Bundesländern getan wird und weil versucht wird, vom Verursacherprinzip auszugehen.

Im Zusammenhang mit der Wiener Luftqualität ergeben sich durch diesem Vertrag allerdings keine Verpflichtungen. Es steht zu befürchten, daß alle Belastungen weiter bestehen bleiben. Dies bedeute 40.000 Tonnen Schwefeldioxidemission jährlich, keine Filter in den kalorischen Kraftwerken, Nichtfunktionieren des Rinter-Zeltes, der Hauptkläranlage und der EBS.

Die Gesundheit der Bürger, die Natur und Gebäude sind durch die Luftverschmutzung gefährdet. Man hat nicht den Eindruck, daß sehr viel getan wird, um die Luftsituation zu verbessern. So fehlt der von Bürgermeister GRATZ angekündigte Etappenplan zur Umrüstung der Wiener kalorischen Kraftwerke noch immer.

Landeshauptmann Ludwig hat sichergestellt, daß Dürnröhr nur bei optimaler Entschwefelung in Betrieb geht. Dieser politische Auftrag an die Techniker fehlt in Wien.

Hawlik schlug vor, Bürgermeister Gratz möge sich für eine Änderung des Durchführungsgesetzes zum Dampfkesselmissionsgesetz einsetzen, um einen internationalen Stand der Technik entsprechenden Höchstwert von 400 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter zu erreichen. Außerdem sollen Verhandlungen mit der ÖMV geführt werden, um für Wien eine Sonderregelung mit einem Höchstwert von 0,5 Prozent Schwefel im Heizöl schwer zu erreichen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

17 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann GRATZ meinte zu den Dürnrohr-Erklärungen des niederösterreichischen Landeshauptmann LUDWIG, es sei für ihn völlig undenkbar und ausgeschlossen, daß diese Erklärungen eines verantwortungsvollen Landespolitikers nur unter dem Eindruck von Wahlen zustande gekommen wären. Er habe schon anläßlich der dringlichen Anfrage erklärt, daß ihm eine Zusage eines Landeshauptmannes mehr wert sei als jeder Bescheid. LUDWIG löse seine Zusage nun offenbar zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein.

Zur Debatte um die Wiener E-Werke erklärte GRATZ, er habe vergangenen Sommer angeordnet, daß eine Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit jener österreichischen Firma, die die meisten Erfahrungen besitze, die weitere Vorgangsweise prüfen solle. Da dies nicht Sache des Landtages wäre, werde er in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Etappenplan vorlegen, der innerhalb von sieben Jahren eine erhebliche Reduktion der SO<sub>2</sub>-Emmission bringen werde. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

18 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. OUTOLNY (SPö) meinte, es sei kein großer Jubel über die neue Regelung am Platze, da man neben dem Heizöl auch andere Bereiche in den Griff bekommen müsse. Überdies habe sich in Europa gezeigt, daß auch Wissenschaft und Technik noch nicht auf dem letzten Stand der Verhinderung von Schadstoffemissionen seien. OUTOLNY betonte dann, es hätte überhaupt erst durch die SPö Umweltschutzinitiativen gegeben und wies darauf hin, daß die ÖMV schließlich immer fest in ÖVP-Hand gewesen sei. Der nun getroffene Staatsvertrag werde bis Anfang 1985 die Luftbelastung auf die Hälfte reduzieren. Er wies darauf hin, daß die Vereinbarung über Dürnröhr auch die Stilllegung des Kraftwerkes Korneuburg gebracht habe und meinte, man müsse einen eigenartigen Eindruck von Umwelttechnikfirmen bekommen, wenn die gleichen Dinge noch vor Wochen nicht möglich - heute als Wunderwerk präsentiert würden.

OUTOLNY zählte dann einige Beispiele von der Grundwasserverschmutzung in der Mitterndorfer Senke bis zum Nationalpark Hohe Tauern auf, wo die ÖVP ihren Anspruch auf Umweltschutz nicht aufrechterhalten könne und wies auch darauf hin, daß das Bundesemissionsgesetz seit 1974 durch mißverstandenen Föderalismus von ÖVP-Landeshauptleuten blockiert werde. Unglaublich sei die ÖVP auch, weil etwa Nationalrat Wiesinger nur drei Tage nach dem 60-Milliarden-Einsparungs-Zahlenspiel der ÖVP im Parlament einen Imissionsschutzfonds mit Rechtsanspruch gefordert habe, während Obmann Mock in seiner Belvedere-Rede vom Verursacher-Prinzip gesprochen hätte. Und ein Luftreinhaltegesetz wie sie es in einem Inserat behauptete, habe die ÖVP im Parlament auch nicht eingebracht. OUTOLNY wies abschließend auf den großen Stellenwert des Umweltschutzes im Stadtentwicklungsplan und das Fernwärmeprojekt im Sonderbeschäftigungsprogramm hin. (Forts.) rü/ko

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

19 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. HAHN (ÖVP) wies darauf hin, daß GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) als erster in Wien und noch dazu auf eigene Kosten Umweltmessungen durchgeführt habe. Im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz sei unter Minister LEODOLTER überhaupt nichts geschehen, auch der jetzige Minister Dr. STEYRER erbringe trotz innerer Überzeugung keine Leistungen. Man könne die Umweltbelastungen auch nicht ausschließlich den privaten Unternehmungen anlasten. Das Kernproblem VOEST konnte bisher nicht gelöst werden.

Seit Jahren verlangten Städte- und Gemeindebund die Abschaffung der Landesumlage. Besser wäre nach Ansicht Hahns, diese Landesumlage für große Umweltschutzprojekte, an denen mehrere Gemeinden beteiligt sind, zu verwenden. Es sei jedenfalls zu hoffen, daß auf diesem Gebiet vermehrt einvernehmliche Lösungen gefunden werden.

Stadtrat SCHIEDER erklärte in seinem Schlußwort, er werde den Appell des LABg. HAWLIK (ÖVP), sich für eine Änderung des Durchführungsgesetzes zum Dampfkessellemissionsgesetz einzusetzen, gerne aufgreifen, wenn auch selbst die ÖVP im Parlament dem nicht zugestimmt habe. Zur Vereinbarung über den Schwefelgehalt im Heizöl stellte Schieder zusammenfassend fest, der Wiener Landtag habe mehr erreichen wollen, es mußte aber ein Kompromiß gefunden werden. Damit sei jedenfalls ein erster Schritt getan, auf dem man nun aufbauen könne.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit zugewiesen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

20 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA (SPö) beantragte eine Reihe von Änderungen der Gemeindewahlordnung im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Gemeinderats- und Bezirksratswahlen mit den Wahlen zum Nationalrat am 24. April. Da nach der geltenden Nationalratswahlordnung 1971 Wien nur mehr ein Wahlkreis ist und es keinen Wahlkreisverband Wien gibt, müssen eine Reihe von Bestimmungen neu gefaßt werden. So wird nunmehr klargestellt, daß die Bestimmungen der Gemeinderatswahlordnung über die Bestellung und den örtlichen Wirkungsbereich der 23 Bezirkswahlbehörden und der Stadtwahlbehörde unberührt bleiben.

Weiter werden die Bestimmungen des Paragraphen 101 im Interesse der Wahrung des Wahlgeheimnisses sowie der Ausschaltung von Wahlmanipulationen mittels Wahlkarten so umgestaltet, daß jede Wahlkartenwählerstimme jenem Wahlkreis (Bezirk) zugezählt werden kann, in dem der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist.

(Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (15)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

21 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Labg. HIRNSCHALL (FPö) sagte, es gehe nicht um die vom Berichterstatter erwähnten Fragen, sondern um die Sicherung des vollen Wahlrechtes für die Wiener Wahlkartenwähler. Landeshauptmann GRATZ habe zwar vor einer Woche gesagt, daß jeder Versuch einer diesbezüglichen Änderung verfassungsrechtlich bedenklich wäre. Dieser Meinung habe jedoch nun der bekannte Verfassungsrechtler Prof. Ermacora widersprochen, und man könne Ermacora sicherlich nicht unterstellen, aus Parteiräson unhaltbare Thesen gegen seine Überzeugung aufzustellen. Nach der derzeitigen Lage sei es auch so, daß Wiener Wähler nach der Abgabe der Wahlkarten in Niederösterreich auch keine Möglichkeit mehr hätten, Gemeinderat und Bezirksvertretung in Wien zu wählen. Das Chaos sei also vorprogrammiert.

Es entspreche jedenfalls nicht dem Geist der Verfassung rund 70.000 Wienerinnen und Wiener um ihr Wahlrecht zu prellen, sagte HIRNSCHALL. Die Gewährung des Wahlrechtes für alle Wiener müßte gewährleistet werden. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (16)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

22 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Es besteht kein Zweifel, daß die Zusammenlegung der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen sinnvoll ist, sagte LABg. FÜRST (ÖVP). Für die Wiener Wahlkartenwähler ergibt sich allerdings die äußerst unbefriedigende Situation, daß sie am 24. April außerhalb Wiens ihre Stimme zwar für die Nationalratswahl, nicht jedoch für die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl abgeben können. Kein Rechtsgelehrter hat gesagt, daß die Gewährleistung einer solchen Möglichkeit verfassungswidrig wäre. FÜRST stellte den ANTRAG, umgehend alle Vorkehrungen zu treffen, daß bei den kommenden Wahlen Wiener Wahlkartenwähler ihre Stimme für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen auch außerhalb Wiens abgeben können. Wegen der Dringlichkeit dieser Angelegenheit beantragte FÜRST, die Abstimmung noch in der heutigen Sitzung durchzuführen.

FÜRST sagte, daß es übrigens auch nicht dem Geist der Verfassung entspreche, daß viele Wienerinnen und Wiener deshalb von Wahlrecht ausgeschlossen werden, weil sie aus gesundheitlichen Gründen die Wohnung nicht verlassen können oder aus beruflichen Gründen im Ausland weilen.

LABg. Prof. WIESINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß die heutige Novelle zur Wiener Wahlordnung die rechtliche Voraussetzung zur Zusammenlegung der Wahlen schaffe. Er betonte, daß niemandem das Wahlrecht am 24. April genommen werde. Die SPÖ hat ein starkes Interesse daran, daß möglichst viele Wienerinnen und Wiener von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen. Wir haben keine Angst vor der Entscheidung der Wähler. Er habe, sagte WIESINGER, fünf Gutachten von Universitätsprofessoren studiert. Nur zwei davon hatten keinerlei Bedenken gegen die Abgabe der Stimme für die Gemeinderatswahl in einem anderen Bundesland. Das Wahlkartenrecht ist in vielen Jahrzehnten sehr behutsam entwickelt worden. Man sollte jetzt nicht durch ein "Husch-Pfuscher"-Gesetz etwas ändern.  
(Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (17)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

23 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, wenn die SPÖ wirklich wolle, daß alle Wienerinnen und Wiener wählen können, brauchte sie nur dem ÖVP-Antrag beizutreten. Er wies auch das Einsparungsargument zurück und zitierte aus Parlamentsreden Bürgermeister GRATZ aus Zeiten der SPÖ-Opposition, in denen GRATZ für eine Änderung des Wahlrechtes und Ausbau der Minderheitsrechte eingetreten wäre. Seitdem sei nichts geschehen, sodaß sich die SPÖ nicht über die Politikerverdrossenheit wundern dürfe.

Landeshauptmann Leopold GRATZ replizierte darauf, man dürfe aus seiner scherzhaften Bemerkung, er habe etwas besseres zu tun als seine eigenen Reden zu lesen, nicht ableiten, daß er sich von diesen distanzieren. Verfassungsänderungen wären eben nicht über Nacht möglich, er sei aber stolz darauf, daß die SPÖ-Regierung jene Forderungen durchgesetzt habe, die sie als Minderheit erhoben hatte. GRATZ verwies auch darauf, daß es sowohl im Nationalrat als auch im Gemeinderat eine Reihe von Fortschritten in bezug auf Minderheitsrechte gegeben habe, während die ÖVP im Nationalrat einer großen Wahlrechtsreform nie zugestimmt habe. Auf Wiener Verhältnisse bezogen meinte der Bürgermeister, wenn die ÖVP auch drei Wochen nach der Wahl so emotional und überzeugt zu argumentieren bereit sei, wie sie jetzt polemisiere, sei er überzeugt, daß in den Verhandlungen über Verfassungsänderungen noch viel erreicht werden könne. (Forts.)  
rö/gg

NNNN

Wiener Landtag (18)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

24 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA stellte in seinem Schlußwort zum Vorwurf der ÖVP, es habe keine Möglichkeit zur Diskussion gegeben, fest, daß es im betreffenden Gemeinderatsausschuß keine einzige Wortmeldung der Opposition zu diesem Thema gegeben habe. Der Leiter des Verfassungsdienstes habe festgestellt, daß die Abwicklung der Wahlen durch die Wahlkommissionen ein Hoheitsakt und damit an die Gebietshoheiten gebunden sei, die an den Ländergrenzen endeten. Der Ansicht Prof. Ermacoras folgend, müßten für jede Gemeinderatswahl in ganz Österreich Wahlmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlkartenwähler seien zu einem großen Teil der Oppositionspartei zugehörig, deswegen strapaziere diese auf solche Art das Wahlrecht. Wären die Wahlen nicht zusammengelegt worden, hätte es für die Wiener auch keine Wahlmöglichkeit außerhalb Wiens gegeben.

Zur technischen Abwicklung erklärte StR. NEKULA, man werde an den wichtigsten Ausfallsstraßen Wiens Wahllokale für die Wahlkartenwähler einrichten, außerdem würde die Wahlzeit um eine Stunde auf 18 Uhr verlängert, um den Wochenendurlauber die Möglichkeit zu wählen zu geben. Jedem Wahlkartenwähler würde bei der Beantragung der Wahlkarte mitgeteilt, in welcher Form er zur Wahl gehen kann.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen, der Beschlußantrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (19)

Utl.: Artenschutzgesetz

=++++

25 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) beantragte ein Gesetz zur Durchführung des Washingtoner Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen.

SCHIEDER verwies darauf, daß die wirtschaftliche Ausbeutung und der internationale Handel zahlreiche Tier- und pflanzenarten gefährden. Bereits 1972 gaben die Vereinten Nationen eine Grundsatzerklärung ab, die Naturschätze der Erde zu schützen. 1973 folgte das Washingtoner Übereinkommen. Dieses ist am 27. April 1982 in Österreich in Kraft getreten. Da in Österreich jedoch die Vollziehung der diesbezüglichen Maßnahmen durch den Bund und die Länder erfolgt, müssen die einzelnen Bundesländer auch Landesgesetze erlassen. Das Landesgesetz für Wien liegt nun vor, schloß SCHIEDER. Das Land Wien leistet damit seinen Beitrag zum Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in aller Welt.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (20)

Utl.: Krankenanstaltenfinanzierung

=++++

26 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) stellte den Antrag, eine Vereinbarung über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds zu genehmigen. Die Aufteilung der bisherigen Mittel bleibt unverändert, zusätzlich wird ein "dritter Topf" eingeführt, der ausschließlich nach leistungsbezogenen Kriterien aufgeteilt wird.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (21)

Utl.: Schlußwort Landtagspräsident Pfoch

=++++

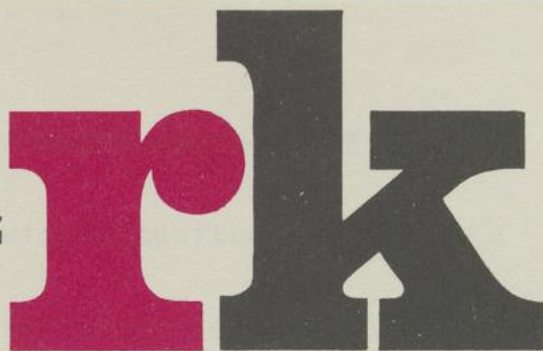
27 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der letzten Landtagssitzung dieser Legislaturperiode erinnerte Landtagspräsident PFOCH daran, daß in dieser Periode 34 Sitzungen des Wiener Landtages abgehalten wurden. Seit der Verfassungsnovelle 1978 wurden in 18 Fragestunden mehr als 170 Fragen beantwortet. 72 Gesetzesvorlagen wurden größtenteils einstimmig beschlossen, darunter drei für die unmittelbare Demokratie sehr wichtige Gesetze, nämlich das Volksbefragungs-, Volksabstimmungs- und das Volksbegehrengesetz. Unter den Gesetzesnovellen, die ebenfalls in dieser Zahl enthalten sind, sind diejenigen bezüglich der Wasserversorgung, der Luftreinhaltung und des Schutzes gegen Baulärm hervorzuheben.

Abschließend dankte Landtagspräsident Pfoch, Landeshauptmann Leopold GRATZ, den Landtagspräsidenten HAHN und SCHWEDA und allen Mitglidern der Wiener Landesregierung für die geleistete konstruktive Arbeit.

Die Sitzung wurde um 14.27 Uhr geschlossen. (Schluß) roh/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1867*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 5. Februar 1983

Blatt 322

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:           Feuerpolizei kontrollierte Kaufhäuser  
(rosa)               Wohnungsverbesserungs-Aktion im 5. und 9. Bezirk

Kultur:             Subvention für Akademie der Wissenschaften  
(gelb)

Subvention für Akademie der Wissenschaften

=++++

1 Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß eine Jahressubvention von einer Millionen Schilling für die österreichische Akademie der Wissenschaften.

Von der Gesamtsumme entfallen 100.000 Schilling an das Insitut für vergleichende Verhaltensforschung (Biologische Station Wilhelminenberg) und 50.000 an die Redaktion des österreichischen Biographischen Lexikons. Mit dem Betrag von 850.000 werden sechs Forschungsprojekte, darunter die vollständige Herausgabe des Tagebuchs von Arthur Schnitzler, die Rekonstruktion des Plans des Römischen Legionslagers Vindobona und ein "Wörterbuch der bayrischen Mundarten in Österreich" gefördert. (Schluß) gab/ap

NNNN

Feuerpolizei kontrollierte Kaufhäuser

Utl.: Weniger Beanstandungen als im Jahr vorher

=++++

2 #Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) In 27 Wiener Kaufhäusern haben Mitarbeiter der Magistratsabteilung 36 (Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei) in der Vorweihnachtszeit die Fluchtmöglichkeiten für Kunden und Dienstnehmer überprüft. Nur in 7 Fällen wurden Mängel registriert. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER zur "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Die Sicherheitssituation hat sich im vergangenen Jahr deutlich gebessert. Vor den Weihnachtsfeiertagen 1981 wurden noch in 19 von 22 Kaufhäusern Mängel festgestellt. Die von der Feuerpolizei regelmäßig durchgeführten, genauen Kontrollen haben also Erfolg gehabt. Die nächste größere Überprüfungsaktion wird vor Beginn des Sommerschlußverkaufes im Juli 1983 stattfinden."

Bei den feuerpolizeilichen Kontrollen wird vor allem darauf geachtet, daß die Fluchtwege ordnungsgemäß beschildert und nicht verstellt sind. Außerdem wird geprüft, ob die Notausgänge benützbar sind und die Notbeleuchtung und die Feuerlöscher funktionieren.  
(Schluß) sc/gg

NNNN

## Wohnungsverbesserungs-Aktion im 5. und 9. Bezirk

=++++

3 #Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnungsverbesserungsaktion der Stadt Wien, die aus einem 40prozentigen Zuschuß auf die Rückzahlung des Bankkredits besteht, soll nach der Kampagne in Wilhelmsdorf nun auch gezielt im 5. und im 9. Bezirk eingesetzt werden. Mitarbeiter der für die Wohnungsverbesserung zuständigen Magistratsabteilungen werden im Magistratischen Bezirksamt des 5. Bezirks, Schönbrunner Straße 54, 3. Stock, Zimmer 308 und im 9. Bezirk im Gebietsbetreuungslokal der Stadterneuerung in der Säulengasse 18 zur Beratung der Bewohner zur Verfügung stehen. Außerdem werden in den Beratungszimmern kostenlose Informationsbroschüren aufliegen. In dieser Broschüre sind Tips enthalten, wie und wo man um eine Wohnungsverbesserung ansuchen kann, was gefördert wird und welche Wege zur Einreichung notwendig sind.#

Die Zeiten zu denen die Experten für die Wohnungsverbesserung den Bewohnern zur Verfügung stehen:

Im 5. Bezirk am 28. Februar, am 7. März und am 14. März in der Zeit von 9 bis 13 Uhr und

am 2. März, am 9. März und am 16. März von 14 bis 19 Uhr.

Im 9. Bezirk am 1. März, am 8. März und am 15. März von 9 bis 13 Uhr und

am 3. März, am 10. März und am 17. März von 14 bis 19 Uhr.

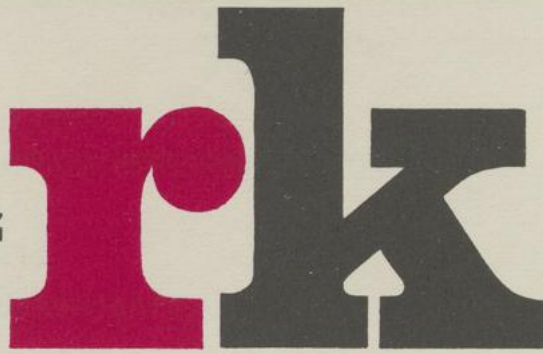
Seit 1. Jänner 1983 ist für die Wohnungsverbesserung eine wichtige Neuerung in Kraft getreten. Bisher konnten pro Wohnung und pro Jahr Verbesserungskosten bis maximal 120.000 Schilling eingereicht werden, nun wurde diese Obergrenze auf 150.000 Schilling angehoben.

Wohnbaustadtrat Johann HATZL will diese Kampagne auch in anderen dicht besiedelten Gebieten, vor allem in den Stadterneuerungsgebieten Wiens durchziehen, da es gerade in jenen Stadtvierteln besonders viele Substandardwohnungen gibt. (Schluß)  
ba/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198  
*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 7. Februar 1983

Blatt 326

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Hallenbäderboom im Jänner  
(rosa) Neue Einsatzkleidung für die Feuerwehr  
Graz: Tarifsenkungen, sobald Öl und Gas billiger  
31,3 Millionen für Wiens Schulen  
Busek: Gas- und Fernwärmepreis senken

Lokal: Wo stand Kara Mustafas Zelt?  
(orange)

Nur  
über FS: 5.2. Lebensmittelvergiftung: 97 Personen erkrankt  
6.2. Schneefälle über Wien  
7.2. Faschingsfest im Psychiatrischen Krankenhaus  
Zwar Schnee - doch nicht genug für Wintersport in  
Wien  
Semesterferienaktion: Kinderfilme in der Urania

Wo stand Kara Mustafas Zelt? (1)

Utl.: Erinnerungen an Wiens Türkenjahre

=++++

3 #Wien, 7.2. (RK-LOKAL) Als erste der vom Wiener Stadt- und Landesarchiv in enger Zusammenarbeit mit dem Verein für Geschichte der Stadt Wien im Rahmen des Türkenjahrs (300 Jahre nach der Zweiten Türkenbelagerung Wiens) geplanten Publikationen ist soeben im Verlag Jugend und Volk in der seit langem gut eingeführten Reihe "Wiener Bezirkskulturführer" das Heft 29, "Erinnerungen an Wiens Türkenjahre" von Univ.-Doz. Dr. Peter CSENDES, erschienen. Der Autor behandelt nicht nur das Jahr 1683, sondern die Türkenzeit überhaupt. Die Publikation zeigt, daß Wiens Türkenjahre weit über Österreich hinaus - und bis in die Gegenwart - den Stoff für künstlerische Gestaltungen auf verschiedensten Gebieten besonders für die bildenden Künste, bieten.#

Die "Erinnerungen an Wiens Türkenjahre" sind nach topographischen Gesichtspunkten, also Adressen, geordnet und geben erstens einen Überblick über heute noch sichtbare Objekte wie sakrale und profane Gebäude, Reste der Befestigungsanlagen und Türkenkugeln, und zweitens über von der Nachwelt gesetzte Erinnerungsmale wie Denkmäler, Gedenktafeln, Straßennamen und moderne Kunstwerke an Gebäuden. Schließlich wird auch auf museale Gegenstände hingewiesen: Waffen, Beutestücke, Kunstwerke oder auf den im Historischen Museum der Stadt Wien befindlichen Schädel Kara Mustafas, der mit großer Wahrscheinlichkeit echt sein dürfte.

Zwtl.: Sagen auf Wahrheitgehalt überprüft

In einem weiteren Abschnitt der Publikation überprüfte Dr. Csendes den Wahrheitsgehalt einer Reihe von Türkensagen. So verbindet beispielsweise die Sage "Der Heidenschuß" das Haus an der Ecke Strauchgasse 1 zum Heidenschuß mit beiden Türkenbelagerungen. Der Name "Heidenschuß" ist aber schon im frühen 15. Jahrhundert belegt und stammt von einem Hauszeichen, das einen pfeilschießenden Sarazenen zeigte. Mit den Türkenbelagerungen hatte der "Heidenschuß" also nichts zu tun. Es gibt überhaupt nur wenig echte Erinnerungsstätten, die meisten sind erst später zu solchen "ernannt" worden. (Forts.) am/gg

Wo stand Kara Mustafas Zelt? (2)

Utl.: Neueste Forschungsergebnisse berücksichtigt

=++++

4 Wien, 7.2. (RK-LOKAL) Der Autor berücksichtigt bei seiner Arbeit die neuesten Forschungsergebnisse. So erinnern zum Beispiel in Wien-Neubau, Neustiftgasse 32-34, ein türkischer Reiter, eine Steinplastik, und eine Gedenktafel daran, daß sich an dieser Stelle während der Belagerung Wiens das Zelt des Kara Mustafa befunden haben soll. Nun war aber - wie Csendes ausgeführt - an dieser Stelle, im schmalen Einschnitt des Ottakringer Baches, dessen Lauf dort durch die Neustiftgasse genau festgehalten wird, kein Platz für die ausgedehnte Zeltburg des Großwesirs. Und überdies lag der Platz noch in Reichweite der Kanonen der Verteidiger Wiens. Das große Zelt Kara Mustafas war viel weiter westlich, etwa auf der Höhe des Schmelz, errichtet worden. Bei St. Ulrich befand sich jedoch eine Schanze, ein Gefechtsstand, den der Großwesir - wie aus türkischen Quellen hervorgeht - persönlich befehligte und dort öfter auch Ruhestunden verbracht. Darauf bezieht sich offensichtlich die Erinnerung an Kara Mustafas Zelt.

Der "Wiener Bezirkskulturführer" mit "Erinnerungen an Wiens Türkenjahre", herausgegeben von Archivdirektor Uni.-Prof. Dr. Felix Czeike, ist im Buchhandel zum Preis von S 68,- erhältlich. (Schluß)

am/ko

NNNN

## Hallenbäderboom im Jänner

=++++

5 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Wie immer ist des einen Leid des andren Freud: der wärmste Jänner seit Jahrhunderten hinderte zwar die Schifahrer daran, auf der Hohen-Wand-Wiese oder auf Schipisten in der Umgebung Wiens zu fahren, dafür brachte er der Bäderverwaltung volle Schwimmhallen. In den städtischen Hallenbädern stieg die Besucherzahl im Jänner 1983 gleich um rund 27 Prozent gegenüber dem Jänner des Vorjahres - damals waren es 128.000 Badegäste heuer 163.000. Die Saunabäder verzeichneten einen Besucherzuwachs von über vier Prozent. Offentsichtlich haben also zahlreiche Wienerinnen und Wiener den Schi - mit dem Badeanzug vertauscht. (Schluß) hs/ap

NNNN

Neue Einsatzkleidung für die Feuerwehr

=++++

6 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Auch Feuerwehruniformen halten nicht ewig. Fünf Millionen Schilling wird die Wiener Feuerwehr daher in nächster Zeit ausgeben, um neue Kleidungsstücke zu kaufen. Je 2.300 Einsatzhosen und Einsatzblusen werden um diesen Betrag bestellt, beschloß der Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit.# (Schluß)

hs/ap

NNNN

Gratz: Tarifsenkungen, sobald Öl und Gas billiger

=++++

9 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ erneuerte Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" seine Zusage: Sobald Erdöl und Erdgas tatsächlich billiger geworden sind, werde er dafür sorgen, daß diese Preissenkungen sofort an die Verbraucher von Strom, Gas und Fernwärme in Wien weitergegeben werden.

Gratz hatte in der Vorwoche bereits angekündigt, daß die Stadt Wien - falls die österreichische Mineralölverwaltung den Gaspreis senkt - diese Ersparnis an ihre Kunden weitergeben wird. Am Gaspreis soll nicht verdient, aber auch nicht "draufgezahlt" werden, betonte Gratz.

Unberührt davon bleibt die Reduzierung der nächsten Akontierung bei Gas und Stromrechnungen, die in Hinblick auf den milden Winter vorgenommen wird. (Schluß) pr/gg

NNNN

31,3 Millionen für Wiens Schulen

=++++

12 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie beschloß Montag die Bereitstellung von insgesamt 31,3 Millionen S für Wiens Schulen.#

Neben Renovierungen und Adaptierungen wurde der Ankauf von Schreib-, Zeichen- und Handarbeitsrequisiten für das Schuljahr 1983/84 beschlossen.

Unter den anzukaufenden Schulrequisiten, die den Wiener Pflichtschülern zur Verfügung gestellt werden, sind 1,3 Millionen Hefte, mehr als eine halbe Million Bleistifte und 57 Kilometer Kleiderstoff. (Schluß) emw/ko

NNNN

Busek: Gas- und Fernwärmepreis senken

=++++

13 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Für eine Senkung des Gaspreises um 10 Prozent und des Fernwärmepreises um 11 Prozent in Wien sprachen sich Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Gemeinderat Ing. Otto KREINER am Montag in einem Pressegespräch aus.

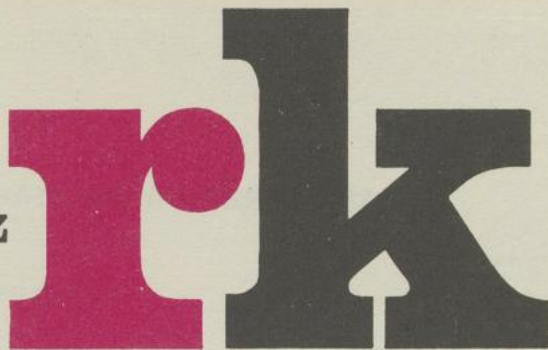
Der Sinn kommunaler Unternehmungen liegt darin, Preissenkungen direkt und rasch weiterzugeben, betonte Vizebürgermeister Busek. Es müsse daher die Verbilligung beim Einstandspreis für "Russengas" weitergegeben werden. Außerdem könne der Gaspreis durch den Wegfall der indirekten Subventionierung der Verkehrsbetriebe durch die Gaswerke und Änderungen der Abschreibungszeiten um insgesamt 10 Prozent reduziert werden.

Auch bei dem Fernwärmepreis wären durch Verlängerung der Abschreibungszeiten von Fernwärmeleitungen auf 50 Jahre, sowie der Erhöhung des Eigenkapitals, eine Preisreduktion um 11 Prozent möglich, sagte Busek. (Schluß) en/gg

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 8. Februar 1983

Blatt 334

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neuer Entwicklungsabschnitt in der kommunalen  
(rosa) Wohnbauplanung  
Generelle Planung für die Station Volkstheater der U 3  
Weniger Bauarbeiter arbeitslos als im Vorjahr  
Untertunnelung des Südgürtels ist gerechtfertigt  
BVP verlangt Vorziehen der Donaustaustufe Wien

Lokal: 15,8 Millionen für den Sport  
(orange)

Kultur: Zwei Millionen für "Freie Gruppen"  
(gelb)

Nur  
über FS: Wieder Brandstiftung in einem Wirtshaus  
Semesterferienaktion: Kinder besuchen "Blumenfabrik"

Zwei Millionen für "Freie Gruppen"

=++++

3 #Wien, 8.2. (RK-KULTUR) Seit einigen Jahren tragen die "Freien Gruppen" wesentlich zur Belebung der Wiener Theaterszene bei. Dieser Bedeutung entsprechend genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst in seiner letzten Sitzung einen Gesamtsubventionsrahmen vom zwei Millionen Schilling für Produktionszuschüsse zu Aufführungen von "Freien Gruppen.#

Ensembles wie die "Gruppe 80", "Die Showinisten", "Stückwerk", "Gruppe Domino", "Angelus Novus" oder "Paravent" stellen eine wichtige Ergänzung des Wiener Theaterspektrums dar. Indem sie unkonventionelle Spielstätten wie Kulturbeiseln- oder Zentren, Häuser der Begegnung und auch Plätze im Freien bespielen, erschließen sie dem Theater neue Publikumsschichten. Um die Arbeit der "Freien Gruppen" wirksam unterstützen zu können, steht nun ein Rahmenbetrag zur Verfügung, der es ermöglicht, die Produktion mit entsprechenden Zuschüssen zu unterstützen. (Schluß) gab/ko

NNNN

15,8 Millionen für den Sport

=++++

4 Wien, 8.2. (RK-LOKAL/SPORT) Allein im Monat Februar stellt die Stadt Wien für direkte Förderung, bauliche Investitionen und Instandhaltung von Sportplätzen und Anlagen Subventionsmittel in Höhe von 15,817.000 S für den Sport zur Verfügung. Wie StR. Peter SCHIEDER erklärt, sind für das Jahr 1983 Subventionsmittel in der Höhe von mehr als 238 Millionen vorgesehen. Damit wird der eingeschlagene Weg der direkten und indirekten Sportförderung konsequent fortgesetzt. (Schluß) hof/ap

NNNN

Neuer Entwicklungsabschnitt in der kommunalen Wohnbauplanung (1)  
Utl.: Planungsmodell Wohnhausanlage "Gräf-und-Stift-Gründe"

=++++

5 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters stellte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER Dienstag vormittag eines der interessantesten Wohnbauprojekte der Stadt Wien nach dem Krieg vor: die Wohnhausanlage in der Weinberggasse 70 - 74 - auf den "Gräf-und-Stift-Gründen" - im 19. Bezirk.

Stadtrat Wurzer erinnerte daran, daß die Stadt Wien im Herbst 1981 für die Wohnbebauung der "Gräf-und-Stift-Gründe" einen städtebaulichen Architektenwettbewerb durchgeführt hat, um eine größere Zahl von Gestaltungsvorschlägen zu erhalten. Von den 31 eingereichten Projekten wurden zehn prämiert. Alle zehn Preisträger wurden mit der Planung beauftragt; jeder konnte in einem Teil des Projekts seine Ideen selbständig verwirklichen. Die Koordination der Planungen erfolgte durch die Architekten selbst.

Stadtrat Wurzer hob hervor, daß auf diese Weise ein Projekt verschiedenartiger Architekturen entstand, die jedoch harmonisch aufeinander abgestimmt sind: so bleibt die Vielfalt innerhalb einer Einheit erhalten. Dementsprechend gibt es auch ein reichhaltiges Angebot unterschiedlicher Wohnformen und Wohnungslösungen. Trotz der hohen Wohnqualität liegen die Kosten innerhalb der Wohnbauförderung.#

Stadtrat Wurzer wörtlich: "Obwohl die Anlage mit 441 Wohnungen relativ groß ist, entsteht durch die individuelle Gestaltung ein sehr menschlicher und fröhlicher Eindruck. Das Projekt und die Projektabwicklung leiten - zusammen mit anderen städtischen Wohnbauvorhaben der letzten Zeit - einen neuen Entwicklungsabschnitt in der kommunalen Wohnbauplanung ein und sollen als Modell für weitere Planungstätigkeiten dienen." (Forts.) sc/gg

NNNN

Neuer Entwicklungsabschnitt in der kommunalen Wohnbauplanung (2)

Utl.: Große Parkfläche in der Wohnhausanlage

=++++

6 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) In der Mitte der Anlage befindet sich eine 7.500 Quadratmeter große Parkfläche, die von drei- bis fünfgeschossigen Gebäuden eingerahmt wird. Diese Grünfläche ist auch der Mittelpunkt einer parallel zur Sieveringer Straße verlaufenden Fußgängerverbindung, die an der Weinberggasse in einen kleinen Platz mündet, der das Kommunikationszentrum der Anlage werden soll. Hier sind Läden verschiedener Größe, eine freistehende Cafe-Konditorei und die Ordination eines Arztes vorgesehen. Ein zweiter Fußgängerweg quert die Anlage in Ost-West-Richtung. Im nördlichen Teil der Anlage ist ein zur Grünfläche ausgerichtetes Kindertagesheim mit fünf Gruppen geplant.

Die zehn ebenerdigen Behindertenwohnungen erhalten über Aufzüge einen direkten Zugang zu den drei Tiefgaragen. Im Bereich der Grünflächen und des öffentlich zugänglichen Parks wird es einen Radweg, Spiel- und Ballspielplätze geben. Ein Teil der Mieter wird bei der Wohnungsgestaltung mitbestimmen können.

Der Baugrund für die Anlage ist fast 34.000 Quadratmeter groß, die bebaute Fläche knapp 13.000 Quadratmeter. Die vermietbare Wohn- und Nutzfläche beträgt rund 39.000 Quadratmeter. 7 Prozent der Wohnungen haben eine Durchschnittsgröße von 41 Quadratmetern, 14 Prozent von 60 Quadratmetern, 27 Prozent von 75 Quadratmetern, 46 Prozent von 90 Quadratmetern und 6 Prozent von 115 Quadratmetern.

(Schluß) sc/gg

NNNN

Generelle Planung für die Station Volkstheater der U 3 (1)

Utl.: Neuer Aufgang in den Messepalast

=++++

7 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters berichtete Dienstag vormittag Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Rudolf WURZER über die generelle Planung für die Station Volkstheater und der U-Bahnlinie U 3. Mit dem Bau der U 3 wird, wie Stadtrat Wurzer erklärte, noch Ende 1983 im 3. Bezirk begonnen. Der erste Bauabschnitt ist die Strecke zwischen den Stationen Kundmanngasse und Volkstheater. Hier soll der Betrieb 1991 aufgenommen werden. Schon vorher wird jedoch von diesem mittleren Abschnitt aus der Bau in Richtung Erdberg und in Richtung Westbahnhof fortgesetzt, so daß dieser zweite Streckenteil bereits 1992/93 befahren werden kann. In der dritten Ausbaustufe wird die U 3 einerseits nach Simmering, andererseits nach Ottakring verlängert.

Wie Stadtrat Wurzer erläuterte, reicht das Stationsgebäude Volkstheater von der Bellaria-Passage am Ring bis unter den Messepalast. Es wird größtenteils in offener Bauweise errichtet. Die Bellaria-Passage am Ring, das Kreuzungsbauwerk mit der bestehenden U-Bahnlinie U 2 und ein Teil des Messepalastes erfordern Sondermaßnahmen zur Unterfangung.

Der Bahnsteig der U 3 liegt zwischen der U 2 und dem Ring. Er befindet sich zwischen den beiden Gleisen und ist 9 Meter breit. Das Bahnsteigniveau liegt rund 16 Meter unter dem Gehsteigniveau. Stadtauswärts führt zuerst eine Treppenanlage (Fahrtreppen, feste Treppen, Lift) zum Bahnsteig der Linie U 2 in Richtung Schottenring.  
(Forts.) sc/ap

NNNN

Generelle Planung für die Station Volkstheater der U 3 (2)

=++++

8 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Noch weiter stadtauswärts - nach Unterquerung der U 2 - führt eine gleichwertig ausgestaltete Treppenanlage auf das Bahnsteigniveau der U 2 Richtung Karlspaltz. Von hier zur Oberfläche wird ein neuer Aufgang in den Messepalast (Ecke Burggasse) errichtet, der später sehr wichtig für das geplante multifunktionale Zentrum Messepalast sein wird. Dadurch kann der bestehende Aufgang vor dem Messepalast entfallen und der Grünraum vor dem Messepalast bis zur Burggasse vorgezogen werden. Auch hier sind Fahrtreppen, Treppen und ein Aufzug vorgesehen. Stadteinwärts führt eine Treppenanlage (Fahrtreppen, Treppen, Lift) auf das Niveau der Bellaria-Passage, die mit einem Verbindungsgang an das U-Bahnbauwerk angeschlossen wird.

Stadtauswärts der Station ist ein Abstell- und Wendegleis angeordnet. In der ersten Betriebsstufe zwischen Volkstheater und Kundmannngasse können die U-Bahnzüge hier wenden beziehungsweise 2 Vierwagenzüge abgestellt werden. Der gesamte Streckenabschnitt dieser Ausbaustufe ist mit der vollen Ausbaugeschwindigkeit von 80 Kilometern pro Stunde befahrbar.

Der öffentliche Verkehr (U 2, Straßenbahnlinien 46, 49 und Ring, Autobuslinien 48 A und 3 S) kann während der gesamten Baudauer ohne Änderungen der Linienführung aufrecht erhalten werden.

Stadtrat Wurzer stellte fest, daß die Gesamtkosten des Stationsbauwerkes Volkstheater auf Preisbasis 1982 rund 1,2 Milliarden Schilling betragen. (Schluß) sc/ko

NNNN

Weniger Bauarbeiter arbeitslos als im Vorjahr

Utl.: Wiener Arbeitslosenrate betrug im Jänner 4,4 Prozent

=++++

10 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Ende Jänner waren in Wien 34.285 Personen arbeitslos, die Arbeitslosenrate betrug 4,4 Prozent. Österreichweit gab es 181.449 Arbeitslose bei einer Arbeitslosenrate von 6,3 Prozent. Das Wiener Jänner-Ergebnis kann als Erfolg gewertet werden, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, da noch im Dezember mit einem Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen auf 40.000 gerechnet werden mußte.#

Von den 34.285 Arbeitslosen entfielen 5.173 Arbeitslose auf die Sparte Bau-Holz, um 1.096 weniger als im Jänner 1982. Ansonsten gab es überall mehr Arbeitslose als im Jänner des Vorjahres: So bei den Angestellten mit 9.083 um 2.030 mehr, bei Metall-Chemie mit 5.298 um 1.067 mehr, bei den persönlichen Diensten-Gastgewerbe mit 4.497 um 899 mehr und bei Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft mit 6.017 um 1.585 mehr Arbeitslose.

Zwtl.: Der Wiener Arbeitsmarkt im Jahr 1982

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ging in Wien im Jahr 1982 um rund 10.000 oder 1,3 Prozent auf 754.404 zurück. Den Großteil dieser Rückgänge machen Ausländer mit rund 7.300 Beschäftigten aus. Innerhalb der Wirtschaftssektoren betrug der Rückgang bei den Beschäftigten im sekundären Sektor 5,5 Prozent, während der tertiäre Sektor mit 0,1 Prozent leicht zunahm.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 1982 in Wien im Jahresdurchschnitt 25.556 Personen. Die Zunahme gegenüber 1981 betrug 56,5 Prozent (Österreich plus 52 Prozent). Die Steigerungsraten wiesen über das ganze Jahr hindurch eine ständig fallende Tendenz auf. Von plus 71,9 Prozent im Jänner auf 37,2 Prozent im Dezember.

Die Arbeitslosenrate betrug in Wien 3,3 Prozent, in Österreich 3,7 Prozent.

Die Zahl der Lehrstellensuchenden blieb mit 1.029 im Jahresdurchschnitt auf dem Niveau des Jahres 1981. Dieses gute Ergebnis ist sicher auf die Wiener Lehrplatzförderung zurückzuführen. (Schluß) sei/gg

Untertunnelung des Südgürtels ist gerechtfertigt

Utl.: Entscheidende Verbesserung für den Verkehr und die Anrainer  
=++++

11 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER Dienstag vormittag, daß die Untertunnelung des Südgürtels in Wien absolut gerechtfertigt sei, wenn man dieses Projekt mit ähnlichen Bauvorhaben in den Bundesländern vergleiche, wie zum Beispiel dem Plabutsch-Tunnel in Graz oder dem Pfändertunnel in Bregenz. Der Südgürtel werde voraussichtlich 60 Prozent des Gürtelverkehrs aufnehmen, das sind etwa 30.000 Kraftfahrzeuge pro Tag. Die Gürtelstraße soll oberhalb des Tunnels in die Mitte verlegt werden, so daß sie von den Wohnbauten wegkommt. Schon dadurch tritt eine wesentliche Verbesserung für die Anrainer in diesem Gebiet auf. Auch für den Querverkehr ergibt sich eine bessere Situation. Zusätzlich sollten jedoch auch Maßnahmen getroffen werden, um die Wohnungen nach Möglichkeit umzugruppieren, daß heißt, Nebenräume zur Straße hin, Wohn- und Schlafräume zu den Innenhöfen hin zu orientieren.#

Wie Stadtrat Wurzer betonte, könne der Südgürtel jedoch nur in Zusammenhang mit der Lösung der Frage der Wiener Südeinfahrt gesehen werden. An diesem Projekt, der umweltfreundlichen Straßenführung zwischen der Autobahnabfahrt Inzersdorf und Matzleinsdorf, werde seit drei Jahren gearbeitet. Es wurden dafür mehrere Varianten ausgearbeitet. Von dieser Strecke sei jedenfalls eine unterirdische Verbindung - unter dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof - zum untertunnelten Südgürtel vorgesehen. Die generelle Planung für dieses Projekt werde noch 1983 fertiggestellt und dann gemeinsam mit dem Projekt Südgürtel beim Bautenministerium eingereicht.

Die Kosten für die Untertunnelung des Südgürtels bezifferte Planungsstadtrat Wurzer mit rund 1,7 Milliarden Schilling. (Schluß)  
sc/gg

NNNN

öVP verlangt Vorziehen der Donaustaustufe Wien

=++++

13 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Das Donaukraftwerk Wien soll vor dem Donaukraftwerk Hainburg errichtet werden. Dies forderte am Dienstag öVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER in einer Pressekonferenz. Er warf der SPÖ vor, auf diesem Gebiet bereits viel versäumt zu haben. So wurde die Chance vertan, nach dem Einsturz der Reichsbrücke die Weichen für ein Donaukraftwerk in Wien zu stellen.

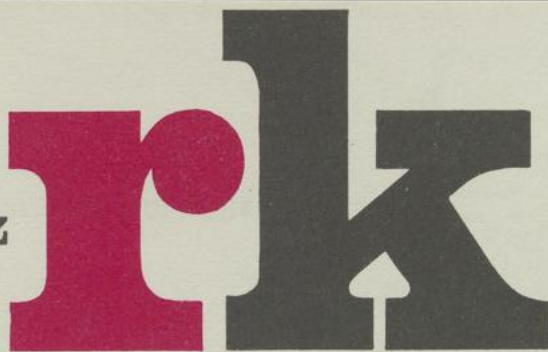
Erst 1981 wurden die Auswirkungen analysiert, die sich aus einem früheren Bau der Staustufe Hainburg für Wien ergeben würden: Es käme zu einer Änderung der Grundwasserqualität und zu einer Beeinträchtigung des Grundwasserwerkes Lobau. Entweder müßte ein Ersatz-Grundwasserwerk errichtet oder es müßten aufwendige Abdichtungen vorgenommen werden. Die zweite gravierende Auswirkung wäre die Erweiterung der Wiener Hauptkläranlage auf eine vollbiologische Reinigung.

Alles in allem ergäben sich durch den vorzeitigen Bau des Kraftwerkes Hainburg in Wien Kosten von rund 1,5 Milliarden S. Diese Kosten müßten zwar von den Donaukraftwerken getragen werden, dennoch bedeutet dieser Aufwand eine Verschleuderung von Volksvermögen. Bürgermeister Gratz möge deshalb alles daran setzen, daß die Donaustaustufe der Stadt Wien vor dem Donaukraftwerk Hainburg errichtet wird. (Schluß) ger/gg

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 9. Februar 1983

Blatt 344

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS  
ausgesendet: Wieder Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte  
(grau)
- Kommunal: Patientencafe für Lainz  
(rosa) Grundstück für Wiener Judo-Center
- Politik: Dittrich für einheitlichen Strompreis  
(rosa)
- Lokal: Bauplatz für Pfarrkirche Raxstraße  
(orange) Grippe: vergangene Woche über  
21.000 Neuerkrankungen
- Kultur: Josef Matthias Hauer-Ausstellung im Historischen  
(gelb) Museum
- Nur  
Über FS: Hernalser Faschingsumzug  
Zaubertricks und Clownerie im "Lustigen Museum"

.....  
Bereits am 8. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Wieder Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte

=++++

14 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Gerade schwerst behinderte Menschen haben oft Schwierigkeiten, ein geeignetes Urlaubsquartier zu finden. Oft müssen sie außerdem noch mit überdurchschnittlich hohen Kosten bei einem Urlaubsaufenthalt rechnen. Die Stadt Wien hat daher schon 1975 eine eigene Aktion gestartet, bei der Schwerstbehinderte Zuschüsse für ihren Urlaub erhalten. Diese Aktion wird auch heuer wieder durchgeführt, beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales Donnerstag nachmittag. #

Die Behinderten - im Rahmen der Aktion 1983 werden rund 1000 Behinderte einen Zuschuß von je 1.000 Schilling erhalten - werden von den verschiedenen Interessensvertretungen wie Verband aller Körperbehinderten Österreichs, österreichischer Zivilinvalidenverband, "club handicap" und österreichische Multiple Sklerose-Gesellschaft dem Sozialamt vorgeschlagen.

Die Zuschüsse sind aber selbstverständlich nicht an eine Mitgliedschaft zu diesen Vereinen gebunden. Zahlreiche Zuschüsse werden auch an Behinderte, die zum Sozialamt oder zu anderen Magistratsdienststellen wie dem Gesundheitsamt kommen, vergeben.  
(Schluß) hs/ap

NNNN

Grippe: vergangene Woche über 21 000 Neuerkrankungen

=++++

5      Wien, 9.2. (RK-LOKAL) Mit über 21 000 neu an Grippe Erkrankten hält die vorige Woche in der diesjährigen Grippewelle einen neuen Rekord. Waren die Krankmeldungen schon Anfang Jänner rapid gestiegen - in der 2. Jännerwoche etwa verzeichnete das Gesundheitsamt 11 000 Neuerkrankungen, ebenso erkrankten in der darauffolgenden Woche rund 11 000 Personen an Grippe - so kam man in der letzten Jännerwoche bereits auf 16 700 "neue" Grippekranke. In der ersten Februarwoche erwischte es dann gleich 21 000 Wienerinnen und Wiener.

Für die Semesterferienwoche liegen keine genauen Zahlen vor, da zahlreiche Bewohner der Bundeshauptstadt auf Urlaub sind, ein Steigen der Zahl der Krankheitsfälle wird allerdings nicht mehr gemeldet. (Schluß) hs/ko

NNNN

Dittrich für einheitlichen Strompreis

=++++

6 #Wien, 9.2. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH sprach sich Dienstag abend in einem Pressegespräch für einen einheitlichen Strompreis in Österreich aus. In einem Wirtschaftsgebiet wie Österreich seien Unterschiede im Strompreis, die schon über 50 Prozent ausmachen, für die Wirtschaft der betroffenen Regionen kaum verkraftbar, betonte Dittrich. Man sollte jedoch den einheitlichen Strompreis nicht auf das hohe Niveau in Wien und Niederösterreich heraufziehen, sondern einen "Mischsatz" zwischen den derzeitigen Preisen im Westen und Osten Österreichs suchen.#

Die Wiener Handelskammer legte auch eine Untersuchung vor, bei der sich 72 Prozent aller Wienerinnen und Wiener pessimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung äußerten. Allerdings schätzen die Wiener die Entwicklung in der Bundeshauptstadt positiver ein als in den anderen Bundesländern. 52 Prozent der Wiener Bevölkerung stufen die wirtschaftliche Situation in Wien Ende 1982 besser als in den anderen Bundesländern ein. Ein Jahr zuvor, Ende 1981, waren nur 46 Prozent der Wiener Bevölkerung dieser Meinung. Nur 9 Prozent der Wiener Bevölkerung glaubten, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Wien ungünstiger als in den anderen Bundesländern verläuft. (Schluß) sei/ap

NNNN

Patientencafe für Lainz (1)

=++++

7 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Patienten des Krankenhauses Lainz gibt es seit kurzem ein durch einen eigenen Verein geführtes Patientencafe. Diese für Österreich einmalige Einrichtung stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch bei einer Pressekonferenz vor. Das Cafe, das Mittwoch bis Sonntag von 13 bis 16 Uhr geöffnet ist, bietet den Patienten ebenso wie ihren Besuchern Mehlspeisen und alkoholfreie Getränke zum Selbstkostenpreis an, dazu werden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, Zeitungen und Zeitschriften gibt's natürlich auch.#

Betrieben wird das in einer ehemaligen Kapelle untergebrachte Patientencafe vom "Geselligkeitsverein der Patienten des Pflegeheimes Lainz". Das selbstverwaltete Cafe wird auch in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Hietzing Lesungen, Filmvorführungen usw. durchführen. Tanzveranstaltungen, musikalische Nachmittage, die von Patienten gestaltet werden, Gymnastikkurse und Gesellschaftsspiele stehen ebenfalls auf dem Programm. Als eigene Zeitung wird der "Lainzer Cafehauskurier" von den Patienten in Eigenregie herausgebracht.

Zwtl.: Weitere Patientencafes

Ähnliche Einrichtungen wie das selbstverwaltete Lainzer Patientencafe gibt es auch in anderen städtischen Pflegeheimen: so betreibt eine Kantineurin ein Cafe im Pflegeheim St. Andrä, auch im Pflegeheim Klosterneuburg stehen Räume für einen Kaffeehausbetrieb zur Verfügung, und im Pflegeheim Liesing wurde im Vorjahr ein Aufenthaltsraum in ein "Wiener Kaffeehaus" umgestaltet. Eine ähnliche Einrichtung soll auch im Pflegeheim Baumgarten geschaffen werden. (Forts.) hs/gg

NNNN

Patientencafe für Lainz (2)

Utl.: Pflegeheime: Durchgehende ärztliche Betreuung

=++++

8 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wies bei dem Pressegespräch auch auf die städtischen Pflegeheime und die Pensionistenheime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime hin.

Wien verfügt über sechs städtische Pflegeheime mit 6.057 Betten. Die diversen Privatpflege- und Wohnheime weisen 1.450 Pflegeplätze und 2.445 Wohnheimplätze auf. Was die Pensionistenheime des "Kuratoriums Wiener Pensionistenheime" betrifft, verfügen diese über 4.087 Wohn- und 500 Pflegeplätze in den B-Stationen. Damit ergibt sich für Wien eine Gesamtzahl von 6.771 Wohn- und 7.127 Pflegeplätzen. Durch die verbesserte medizinische und soziale Betreuung sowie die erhöhte Lebenserwartung ist allerdings gerade in den letzten Jahren die Verweildauer in den städtischen Pflegeheimen ganz erheblich gestiegen. Durch die kürzlich erfolgte Eröffnung des Pflegeheims im Sozialmedizinischen Zentrum Ost und die verstärkte Errichtung von Pensionistenheimen wurde und wird das jahrelange Manko an Pflegebetten in Wien in den kommenden Jahren weiter abgebaut. Zusätzlich unterstützt die Stadt Wien auch eine Reihe privater Pflegeheime.

Im Gegensatz zu den Privat-Pflegeheimen wird allerdings in den städtischen Pflegeheimen durchgehende ärztliche Betreuung geboten. Ein heutiges Pflegeheim entspricht praktisch einem geriatrischen Krankenhaus. (Forts.) hs/gg

NNNN

Patientencafe für Lainz (3)

Utl.: Modernisierung der Pflegeheime

=++++

9 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die Adaptierung und Modernisierung der städtischen Pflegeheime zählte in den letzten Jahren zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung. Neben der Schaffung kleinerer Krankenzimmer wurden unter anderem die Einrichtung - Betten und Nachtkästchen - erneuert sowie die Telefonanlagen verbessert und Grünanlagen gestaltet. Insgesamt wurden dafür von 1979 bis 1982 388 Millionen aufgewendet. Seit der Erstellung des Zielplanes für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien im Jahr 1975 wurden im Bereich der städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime aber auch eine Reihe von patientenbezogenen Maßnahmen im Sinne einer stärkeren Humanisierung durchgeführt. Neben Vorhängen und Spannteppichen, bunter Bettwäsche und TV-Geräten wurde in den letzten Jahren auch eine neue Bekleidung der gehfähigen Patienten in den Pflegeheimen - Schlafröcke, Pyjamas und Dressinggowns - eingeführt. Insgesamt wurden von 1974 bis 1982 in den Krankenanstalten und Pflegeheimen dafür 216,6 Millionen ausgegeben.

Zwtl.: Rehabilitation der Patienten

Einen weiteren Schwerpunkt bilden alle Maßnahmen zur Rehabilitation der Patienten, betonte Stacher. Dies geschieht sowohl in psychischer wie auch physischer Hinsicht. Im Rahmen der Arbeits- und Beschäftigungstherapie können Patienten z. B. malen, zeichnen, töpfeln, stricken, weben, musizieren usw.

Auch die Statistik zeigt, daß ein Pflegeheim keinesfalls von vornherein Endstation ist: so wurden 1982 221 Patienten des Pflegeheims Lainz wieder entlassen, weit mehr konnten zumindest auf Urlaub zu ihren Angehörigen kommen.

Im Pflegeheim Lainz gab es im vergangenen Jahr übrigens auch ein reiches Veranstaltungsprogramm - mit Frühlings- und Sommerfest, Musik, Volkstanzgruppen, Theateraufführungen, Muttertagsfeiern, Faschingsveranstaltungen usw. (Forts. mögl.) hs/ko

NNNN

Bauplatz für Pfarrkirche Raxstraße

=++++

10 Wien, 9.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte am Mittwoch den Verkauf von Grundstücken in der Laaer Berg-Straße an die Erzdiözese Wien. Das Grundstück, das dann insgesamt 1.615 Quadratmeter groß ist, dient als Bauplatz für eine neue Pfarrkirche. Heute stehen auf dem Gelände eine sogenannte Notkirche und ein Pfarrheim. (Schluß) fk/ko

NNNN

Grundstück für Wiener Judo-Center

Utl.: Baurecht auf den Wienerberggründen vergeben

=++++

11 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL/SPORT) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte am Mittwoch die Baurechtsbestellung für das Wiener Judo-Center zugunsten der TOKAI-Universität und der "Matsumae International Foundation". Auf einem 35.000 Quadratmeter großen Grundstück auf den Wienerberggründen, westlich der Triester Straße, wird das Budokan-Europa-Center, das europäische Zentrum für den Judo-sport, errichtet.#

Das neue Judo-Sportzentrum wird sich an der Gutheil-Schoder-Gasse befinden. Die Sporthalle mit einem achteckigen Grundriß mit einem Durchmesser von 65 Meter und einer Höhe von 26 Meter wird 1.500 Zuschauern Platz bieten. Angrenzend an die Sporthalle ist ein Teehaus geplant. In einer weiteren Ausbauphase wird auch eine Sportlerunterkunft errichtet.

Die Stadt Wien stellt das Grundstück zu einem symbolischen Zins von einem Schilling pro Jahr zur Verfügung. (Schluß) fk/gg

NNNN

Josef Matthias Hauer-Ausstellung im Historischen Museum

=++++

13 #Wien, 9.2. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 10. Februar bis 3. April die Ausstellung "Josef Matthias Hauer zum 100. Geburtstag am 19. März 1983". Die Ausstellung bietet einen Überblick über Leben und Werk des Entdeckers des Zwölftongesetzes sowie eine didaktische Einführung in das Zwölftonspiel. Die Schau ist Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr und Sonn- und Feiertag von 9 bis 17 Uhr zu sehen. #

Der in Wiener Neustadt geborene Josef Matthias Hauer wurde zunächst Lehrer, fühlte sich jedoch bald zur Musik hingezogen. Aus der Erkenntnis der grundlegenden Bedeutung der "gleichschwebend temperierten Stimmung" mit ihrer Gleichberechtigung der 12 Töne entwickelte Hauer die Entdeckung des Zwölftongesetzes. Die Ordnung des Tonuniversums aller Kombinationsmöglichkeiten der 12 Töne wird durch ein System der 44 Kategorien, der "Tropen", erreicht.

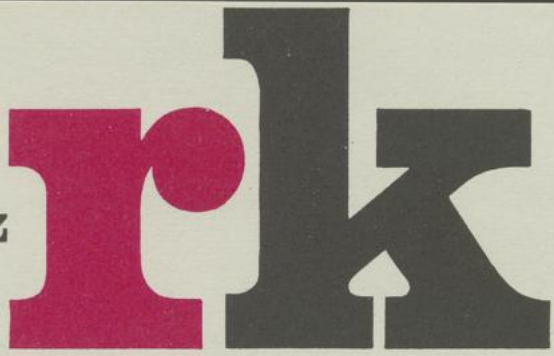
In die Schaffungsperiode Hauers bis 1940 fallen die "Hölderlin-Lieder", Klavierwerk, Kammermusik, Konzerte, Kantaten, Suiten sowie theoretische Schriften. 1940 gelang ihm die Entdeckung des Zwölftonspiels, die er als "Kosmische Sphärenmusik" bezeichnete.

Im Rahmen der Ausstellung im Historischen Museum finden auch Konzerte und Vorträge statt. Der Ausstellungs-Katalog kostet 90 Schilling.

(Schluß) gab/ap

NNNN

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 10. Februar 1983

Blatt 354

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:      Programm zur Senkung der SO<sub>2</sub>-Emissionen  
(grau)

Kommunal:  
(rosa)                      50 Stadtteilplanungen in den nächsten Jahren  
                                    Gratz besuchte die "Austria-Email"  
                                    Leopoldstadt - gründlich verändert

Lokal:  
(orange)                    Friedhof-Ausschmückung um 4,5 Prozent teurer  
                                    Wien auf der Ferienmesse  
                                    Rechtsservice des Jugendamtes in allen  
    Bezirksjugendämtern

Termine:  
(weiß)                      Ballkalender  
                                    Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur  
über FS:                    9.2. Buslinie "17 A" wird umgeleitet  
                                    Hermannbad Donnerstag noch geschlossen  
                                    Unvorsichtigkeit mit Leben bezahlt  
                                    10.2. Zimmerbrand fordert ein Todesopfer  
                                    Wintersport in Wien: Hoffen auf weiteren Schnee  
                                    Schule - einmal anders: in den Semesterferien in  
    die Schule

.....  
Bereits am 9. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Programm zur Senkung der SO<sub>2</sub>-Emissionen (1)

=++++

18 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Bis 1987 werden die SO<sub>2</sub>-Emissionen der Wiener kalorischen Kraftwerke auf weniger als die Hälfte des Wertes von 1980 sinken, bis 1990/91 sogar auf 4.000 Tonnen/Jahr und damit auf nur rund 15 Prozent des Wertes von 1980. Bürgermeister Leopold GRATZ und die Stadträte Ing. Fritz HOFMANN und Peter SCHIEDER informierten am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz über das von den Wiener Stadtwerken eingeleitete Programm. Im Vordergrund stehen die Ausrüstung des künftigen neuen Kraftwerksblockes der Wiener E-Werke mit einer Kraft-Wärme-Kupplung und einer technisch optimalen Rauchgasentschwefelungsanlage, der forcierte Einsatz von Erdgas statt Heizöl in den bestehenden Kraftwerken, die Erhöhung des Verbundstrom- und damit Wasserkraftanteiles an der Wiener Stromversorgung, die Beteiligung an den künftigen Donaustaufen sowie der Einbau einer Kraft-Wärme-Kupplung auch im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau.#

Die Maßnahmen im einzelnen:

- o 1990/91 werden die Wiener E-Werke einen weiteren Kraftwerksblock in Betrieb nehmen. Diese Anlage wird nicht nur mit einer Kraft-Wärme-Kupplung, sondern auch mit einer optimalen Rauchgasentschwefelung ausgestattet werden. Die E-Werke haben gemeinsam mit österreichischen Firmen erste Vorplanungen und Untersuchungen eingeleitet, doch sind derzeit wegen der rasanten technischen Entwicklung auf diesem Gebiet noch keine definitiven Aussagen darüber möglich und sinnvoll, welches Verfahren zur Rauchgasentschwefelung zur Anwendung kommen wird. Es ist jedoch selbstverständlich, daß es dem letzten Stand der Technik entsprechen wird. Aufgrund der spezifischen Situation eines Kraftwerkes in einer Großstadt kommt in Wien dabei auch der Frage der Entsorgung der bei der Entschwefelung anfallenden Sekundärstoffe erhöhte Bedeutung zu. Neben anderen technischen Verfahren der Entschwefelung wird deshalb auch die Möglichkeit eines Entsorgungsverbundes mit der ÖMV in die Überlegungen miteinbezogen.

(Forts.) ger/gg

.....  
Bereits am 9. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Programm zur Senkung der SO<sub>2</sub>-Emissionen (2)

=++++

19 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Die Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes wird es ermöglichen, in den übrigen kalorischen Kraftwerken der Wiener E-Werke ab diesem Zeitpunkt praktisch ausschließlich schwefelloses Erdgas zu verfeuern.
- o Bereits vorher wird aber der Anteil von Erdgas auf Kosten von Heizöl beim Betrieb der Wiener Kraftwerke schrittweise weiter erhöht. Durch die langfristige Sicherung entsprechend großer Erdgasmengen durch den im Vorjahr abgeschlossenen 4. Erdgas-liefervertrag mit der UdSSR kann bis zum Jahr 1989 ein Brennstoff-verhältnis zwischen Heizöl und Erdgas von 1 : 2 erreicht werden.
- o Durch den im Vorjahr abgeschlossenen neuen Vertrag mit der Verbundgesellschaft wurde der Anteil von Verbundstrom an der Wiener Stromversorgung von ca. 35 Prozent auf 40 Prozent ab September 1982 erhöht. Dieser Anteil steigt vertragsgemäß bis September 1985 auf 42 Prozent und bis September 1987 auf 43 Prozent.
- o Außerdem ist es den Wiener E-Werken gelungen, eine Beteiligung an den künftigen Donaukraftwerken Greifenstein, Hainburg und Wien im Ausmaß von 12,5 Prozent zu erreichen. Durch diese beiden Vereinbarungen wird der Anteil des vornehmlich aus Wasserkraft stammenden Stromes an der Wiener Versorgung entsprechend erhöht.
- o Insgesamt bringen diese Maßnahmen eine Reduzierung der SO<sub>2</sub>-Belastungen durch die Wiener Kraftwerke um mehr als die Hälfte bis 1987 und auf lediglich 15 Prozent bis 1990/91 (im Vergleich zum Wert des Jahres 1980). Die Gesamtemissionen aller Wiener Kraftwerke zusammen werden damit niedriger sein als jene des Kraftwerkes Dürnrohr allein bei optimaler Entschwefelung.

(Forts.) ger/gg

.....  
Bereits am 9. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Programm zur Senkung der SO<sub>2</sub>-Emissionen (3)

Utl.: Kraft-Wärme-Kupplung

=++++

20 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Darüber hinaus leisten die Wiener E-Werke durch die laufend steigende Fernwärmeabgabe aus Kraft-Wärme-Kupplungen einen weiteren entscheidenden Beitrag zur Verminderung der Umweltbelastungen. Ab 1987 wird auch im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau, ab 1990 im Kraftwerksblock 3 in der Donaustadt eine Kraft-Wärme-Kupplung zur Verfügung stehen. Der Ausbau der Fernwärmeversorgung mit energiesparenden Kraft-Wärme-Kupplungen ist eine der wichtigsten Umweltschutzmaßnahmen überhaupt, weil dadurch Hausbrand- und Industrieanlagen mit hoher Schadstoffbelastung ersetzt werden können. Die GESAMTEN SO<sub>2</sub>-Emissionen in Wien - also nicht nur die der Kraftwerke, sondern auch die aller anderen Verursacher, die ja einen weit höheren Anteil an der Gesamtemission ausmachen - werden dadurch bis Anfang der 90er Jahre auf rund ein Drittel des Wertes von 1980 sinken. (Forts.) ger/gg

NNNN

.....  
Bereits am 9. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Programm zur Senkung der SO<sub>2</sub>-Emissionen (4)

Utl.: Schieder: Umfassendes Luftverbesserungsprogramm

=++++

21 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Das Programm der E-Werke bezeichnete Umweltstadtrat Peter SCHIEDER als echten Umwelthit und als Luftverbesserungsprogramm, das wahrscheinlich das größte sei, das je von einer Millionenstadt entwickelt wurde. Wie Schieder dazu betonte, werde die Wiener Luftqualität 1990 dreimal so gut wie 1980 sein und damit einen Stand erreichen, wie er vermutlich nur vor Beginn der Industrialisierung in der Bundeshauptstadt vorhanden war. Selbst nach den kritischen Richtlinien der Akademie für Wissenschaften werde Wiens Luft dann als gut bzw. gesund zu bezeichnen sein. "Wien kam glücklicherweise nie in eine smogähnliche Situation", sagte Schieder weiter, "mit diesem Programm kann weiter ausgeschlossen werden, daß es in Wien je dazu käme."#

Schieder betonte außerdem, daß mit dem verstärkten Erdgaseinsatz auch weitere Schadstoffanteile (Staub usw.) vermindert werden können. Allerdings bleibe noch das Problem der Schadstoffe wie Stickoxid, die aus dem Kfz-Verkehr stammen: es werde daher eine der Herausforderungen an die Autoproduzenten sein, den Verbrennungsmotor entsprechend zu verbessern.

Zur Frage der Müllverbrennungsanlage erklärte Dipl.-Ing. Löffler von der Umweltschutzabteilung, daß derzeit eine neue Richtlinie (geplanter Grenzwert 50 mg Staub/m<sup>3</sup>, 100 mg HCL/m<sup>3</sup>) erarbeitet werde, die österreichweit für Neuanlagen gelten soll. Laut Dampfkessellemissionsgesetz müssen aber auch Altanlagen, also auch die Anlagen in Wien, innerhalb von fünf Jahren so umgerüstet werden, daß sie höchstens das Doppelte dieser Emissionen erreichen. Um Mißverständnisse auszuschließen, betonte Bürgermeister Gratz dazu, daß er nicht daran denke, in Wien eine weitere Müllverbrennungsanlage errichten zu lassen. (Schluß) hs/gg

Friedhof-Ausschmückung um 4,5 Prozent teurer

=++++

6 #Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz beschloß Mittwoch die Erhöhung der Ausschmückungspreise durch die städtische Friedhofsgärtnerei für die Saison 1983 um 4,5 Prozent.#

Diese Erhöhung bedeutet, daß zum Beispiel die Pflege eines Grabes auf dem Zentralfriedhof, die bisher 499 Schilling kostete, auf 521 Schilling angehoben wird.

Die Erhöhung geht auf einen Preisantrag der Landesinnung Wien der Gärtner zurück. Der Preisunterausschuß der paritätischen Kommission hat im Dezember 1982 einer Erhöhung der Preise für friedhofgärtnerische Leistungen um bis zu 4,5 Prozent per 1. Jänner 1983 zugestimmt. (Schluß) and/gg

NNNN

## Wien auf der Ferienmesse

=++++

7 Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Auf der Ferienmesse '83 am Wiener Messegelände ist das Bundesland Wien mit einem eigenen Stand vertreten. Das Motto der Wiener lautet "Urlaub zwischendurch". Insgesamt werden 204 Aussteller - so viele wie noch nie - vom 12. bis 20. Februar Reklame für 33 Urlaubsländer machen.

Ein Überblick über das Wiener Freizeitspektrum zeigt, wie groß das Angebot für den "Urlaub in der eigenen Stadt" ist. Als Schwerpunkt wird über Möglichkeiten zum Wildbaden in Wien informiert - viele Wiener fahren in das Umland, weil sie nicht wissen, wo es in Wien geeignete Badeteiche gibt. Als Hinweis auf die kommende Donauinsel-Saison wird Gratis-Eis verteilt. Auf der Donauinsel werden heuer nämlich erstmals zwölf mobile "Eis-Wagerln" im Einsatz sein. Weiter gibt es Prospekte über die wichtigsten Wiener Freizeitaktionen wie zum Beispiel Donauinsel, Laaer Wald, Lobau und das Radwegenetz. (Schluß) roh/ap

NNNN

Rechtsservice des Jugendamtes in allen Bezirksjugendämtern

=++++

8 10.2. (RK-LOKAL) Die Rechtsfürsorge der Wiener Bezirksjugendämter, die früher fast ausschließlich die Interessen der unehelich geborenen Kinder vertreten hat, hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einer Serviceeinrichtung für Familien entwickelt. In allen Rechtsfragen, die sich aus dem Eltern-Kinder-Verhältnis ergeben, erteilt die Rechtsfürsorge Rat und hilft auch, wenn es erforderlich ist.

Zwtl.: Rechtsfürsorge hilft bei Unterhaltsproblemen

Immer mehr wird die Rechtsfürsorge mit Fällen befaßt, in denen nach geschiedenen oder getrennten Ehen bei der Eintreibung der Unterhaltsbeiträge Schwierigkeiten auftauchen. Die Möglichkeiten, die sich aus dem Unterhaltsvorschußgesetz ergeben, werden konsequent ausgeschöpft, um die materiellen Grundlagen für die Entwicklung der Kinder sicherzustellen.

Die Zahl der Fälle, in denen Wiener Bezirksjugendämter als Sachwalter bei der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen fungierten, stieg von 1. Jänner bis 31. Dezember 1982 um 9 Prozent von 13.460 auf 14.630.

Zwtl.: Amtsvormundschaften gehen weiter zurück

Das Jugendamt der Stadt Wien war auch im abgelaufenen Jahr bemüht, die Vormundschaft über unehelich geborene Kinder weitgehend den Müttern dieser Kinder zu übertragen. So konnte die Anzahl der Amtsvormundschaften in den Bezirksjugendämtern weiter vermindert werden. Wurden am 1. Jänner 1982 noch 3.434 gesetzliche Amtsvormundschaften geführt, so waren es zum Ende des vergangenen Jahres nurmehr 3.108. (Schluß) emw/ko

NNNN

50 Stadtteilplanungen in den nächsten Jahren (1)

Utl.: Planungsstadtrat Wurzer setzt auf Bürgermitbestimmung

=++++

9 #Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Für mehr als die Hälfte des dicht bebauten Gebiets in Wien soll es Ende 1984 neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne geben. Bisher wurden 14 Stadtteilplanungen durchgeführt, 1983 und 1984 sollen es jeweils etwa 25 sein. In Wien gibt es noch Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die schon älter als 50 Jahre sind. Andererseits wurden in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren unter dem Druck der Entwicklung manche Pläne bereits mehrmals geändert. Alle diese Pläne müssen daher überarbeitet werden, wobei die Richtlinien des Stadtentwicklungsplans und der Bezirksentwicklungspläne zu berücksichtigen sind.

Der Gemeinderatsausschuß für Stadtteilplanung hat einen entsprechenden Bericht von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER grundsätzlich zur Kenntnis genommen.#

Für die Vorgangsweise bei der Änderung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hat Stadtrat Wurzer im Jahr 1980 das Bürgerbeteiligungsmodell Stadtteilplanung eingeführt. Die Stadtteilplanung soll unter anderem

- Anträge der Bezirksvertretungen, Gebietskörperschaften, Genossenschaften und von privaten Personen auf Widmungsänderungen berücksichtigen,
- die Wohnqualität in dicht bebauten Gebieten verbessern (Stadt-erneuerung),
- bisher nicht genutzte Standorte für Hochhäuser überprüfen und die Gebäudehöhe nach Möglichkeit auf maximal 26 Meter (Bauklasse V) reduzieren und
- kleingärtnerisch genutzte Flächen und "wilde Siedlungen" sanieren helfen.

(Forts.) sc/gg

50 Stadtteilplanungen in den nächsten Jahren (2)

Zwtl.: Die Bevölkerung soll aktiv mitgestalten

=++++

10 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Wurzer gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" ergänzte, bietet die Durchführung der Stadtteilplanung der betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit, die künftige Entwicklung ihres Lebens- und Arbeitsbereichs aktiv mitzubestimmen. Die Bürger werden durch Postwurfsendungen und Ausstellungen informiert und auch ersucht, ihre Meinung in Fragebogen, schriftlichen Stellungnahmen oder bei Diskussionsveranstaltungen mitzuteilen. Die Vorschläge und Anregungen werden dann bei der endgültigen Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne soweit wie möglich berücksichtigt. (Schluß) sc/ap

NNNN

Gratz besuchte die "Austria Email"

=++++

13 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ besuchte Donnerstag vormittag die Wiener Niederlassung der Firma "Austria Email" in der Breitenseer Straße.

Die Gesellschaft betreibt in Österreich zwei Werke in Wien und Knittelfeld mit insgesamt mehr als 700 Beschäftigte, davon 230 in Wien. Sie entstand 1980 durch eine Fusionierung der Austria Email AG mit der Aktiengesellschaft für Elektro-Heizungstechnik (EHT).

Ihre Bedeutung für den kommunalen Bereich liegt in der Herstellung von Leuchten, Schildern, Architekturplatten, wie sie etwa in den Wiener U-Bahn-Stationen verwendet werden, und vor allem Müllbehältern. Auf diesem Gebiet steht die Firma stark unter dem Konkurrenzdruck ausländischer, vor allem deutscher Unternehmen, die in größerem Umfang und damit etwas billiger produzieren können. Bürgermeister Gratz konnte in dieser Hinsicht seine Gastgeber beruhigen: "Die Stadt Wien wird sicher bei österreichischen Produkten bleiben. Wir werden nicht so kurzfristig sein und Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gesunder österreichischer Betriebe riskieren, um uns im Moment ein paar Schilling zu ersparen."

Gratz wurde vom Penzinger Bezirksvorsteher Otto BAUER und ÖIAG-Generaldirektor Dkfm. Dr. Oskar GRÜNWARD begleitet. Seitens der Firma wurde Gratz von den Vorstandsmitgliedern Dr. Friedrich GÖSTL und Dkfm. Ing. Leopold WINKELMAYER sowie von den Betriebsratsobmännern Josef SURBÖCK und Anton VOJIR empfangen und durch das Werk geführt. (Schluß) roh/gg

NNNN

Leopoldstadt - gründlich verändert

=++++

15 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz, in der die sozialistischen Mandatare der Leopoldstadt einen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegten, nahm auch Bürgermeister Leopold GRATZ zur Entwicklung dieses Bezirkes Stellung.

Gratz erinnerte daran, daß die Bevölkerung der Leopoldstadt, unter der bis 1938 ein hoher Anteil von Juden war, durch die Verbrechen der Nazi dezimiert wurde. Im Krieg erlitt der Bezirk besonders schwere Schäden. Im Zuge des Aufbaues seither hat sich die Leopoldstadt, die früher ein Bezirk großer Kontraste war, gründlich verändert. Die Leopoldstadt gehört zu den Bezirken, in denen man die Auflockerung der alten Wohngebiete, die Zunahme des Grüns und die Fortsetzung des Wohnungsbaues besonders deutlich erkennt. Durch die U-Bahn und die Neugestaltung der Praterstraße hat der Bezirk weiter an Attraktivität gewonnen. Die größten Vorhaben der nächsten Zeit sind die Verbauung des Nordbahnhofgeländes an der Lassallestraße, mit der die Achse von der UNO-City zum Stephansplatz geschlossen wird, und die Fertigstellung des Hochwasserschutzes, mit der außer der Donauinsel auch ein zwar schmaler, aber durch die Länge insgesamt sehr großer Park am rechten Donauufer entsteht.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Edgar SCHRANZ verwies auf die besondere Bezirksstruktur durch die Insellage, den Prater, das Messegelände, den Hafen und die größten Sportanlagen Österreichs. Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR hob hervor, daß große Wohnbauten im 2. Bezirk vor allem durch Betriebsabsiedlungen möglich wurden - in der Vergangenheit auf den Gründen von Siemens-Schuckert und vom E-Werk, in Zukunft auf den Nordbahnhof- und den Hammerwerkgründen sowie statt der Remise Vorgartenstraße. Die geleistete Arbeit wird dadurch bestätigt, daß bei einer Meinungsbefragung 70 Prozent der Leopoldstädter erklärt haben, daß sie gerne in diesem Bezirk wohnen.  
(Schluß) sti/gg

NNNN

## Ballkalender

=++++

Wien, 10.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

## FASCHINGSAMSTAG, 12. FEBRUAR:

Ball der Pfarre Krim	Haus der Begegnung Döbling
Maskenball der Fa. öAF-Gräf & Stift	Haus der Begegnung Floridsdorf
Juristenball	Hofburg
Landstraßer Bürgerball	Hotel Hilton
Ball der Sudetendeutschen Landsmannschaft	Hotel Inter-Continental
Gschnas beim Wimberger (Hadersdorfer)	Hotel Wimberger
Ball der österreichischen Brown-Boveri-Werke AG	Kongreßhaus
Stadtball öVP I	Kursalon
Ball des Freien Wirtschaftsverbandes	Konzerthaus
Ball der KAV Bajuvaria	Palais Auersperg
Ball des Wirtschaftsbundes Fünfhaus - Bürgerball	Restaurant Westbahnhof
Ball der tschech. kath. Jugend	Schwechaterhof
Tirolerball	Sofiensäle

## FASCHINGSONNTAG, 13. FEBRUAR:

Kinderball der Kinderfreunde Penzing	Baumgartner Casino
Ball des Pensionistenverbandes österreichs	Konzerthaus

## MONTAG, 14. FEBRUAR:

Rudolfina Redoute	Hofburg
Ball des Polizeichors Wien	Schwechaterhof

## DIENSTAG, 15. FEBRUAR:

Pensionistenbälle	Haus der Begegnung Floridsdorf
Hausball	Hotel Hilton
Ball der Wiener Singgemeinschaft	Hotel Wimberger
Kränzchen der Tanzschule Elmayer	Sofiensäle

## DONNERSTAG, 17. FEBRUAR:

ökista Gschnas (2.)	Sofiensäle
---------------------	------------

## FREITAG, 18. FEBRUAR:

Ball des Jagdclubs "Eichenlaub"	Haus der Begegnung Döbling
Ball der Exekutive	Haus der Begegnung Floridsdorf
Ball der Post (Sportverein)	Hotel Hilton
Ball des österr. Siedlerverbandes	Hotel Wimberger
Ball der HTBL Wien X	Parkhotel Schönbrunn
Ball der Zentralsparkasse Wien	Sofiensäle

## Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 10.2. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidhalle des Wiener Rathauses.

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 11. Februar 1983

Blatt 367

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Verkehrsverbund: Pröll schmückt sich mit fremden  
Federn  
Alois Jaklitsch gestorben

Kommunal:  
(rosa)

26 Wettbewerbsprojekte für die U 6-Brücke über  
das Wiental  
Am Freitag: Gemeinderat beschließt Auflösung  
500 Millionen Kreditaktion für  
Kleingewerbetreibende

Lokal:  
(orange)

Vorläufig ein billiger Winter  
Holli Knolli ging aufs Eis

Nur  
über FS:

10.2. Blechsalat in der Brigittenau  
11.2. Wohnungsbrand in Neubau  
103. Geburtstag  
Radiorede des Bürgermeisters  
Pressegespräch des Bürgermeisters

.....  
Bereits am 10. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Verkehrsverbund: Pröll schmückt sich mit fremden Federn

Utl.: Wien für Einbeziehung der Buslinien

=++++

17 Wien, 10.2. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR warf Donnerstag dem Niederösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL vor, die Tatsachen zu verdrehen, wenn er das Zustandekommen des Verkehrsverbundes als eine wesentliche Leistung des Landes Niederösterreich darstelle. Vielmehr haben Ludwig und Pröll acht Jahre lang eine Einigung verhindert, da Niederösterreich sich beharrlich weigerte, einen finanziellen Beitrag zum Verbund zu leisten. Wien habe dagegen von Anfang an seine finanzielle Bereitschaft gezeigt. Pröll, der sich nun mit fremden Federn schmücken will, müßte auch wissen, daß die Initiative, die zum Erfolg führte, von Verkehrsminister Karl LAUSECKER ausgegangen ist.

Der Einbeziehung der Buslinie in den Verkehrsverbund stehe Wien, so Mayr, sehr positiv gegenüber. "Wir unterstützen das voll, noch dazu, da das Wiener Verkehrsnetz bereits im 1. Schritt fast vollständig erfaßt wurde. Wir haben auch in dieser Frage bereits hohe Vorleistungen erbracht - nun sind die Niederösterreicher an der Reihe", erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/ko

NNNN

.....  
Bereits am 10. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Alois Jaklitsch gestorben

=++++

19 Wien, 10. 2. (RK-LOKAL) Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der langjährige Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Margareten, Alois JAKLITSCH (SPÖ) am 31. Jänner im 62. Lebensjahr einem Herzanfall erlegen.

Alois Jaklitsch gehörte seit 1950 der Margarether Bezirksvertretung an und wurde 1978 zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Er war fast 20 Jahre lang Direktor der Volksschule Einsiedlergasse und seit dem Weltkrieg als Lehrer der Margarether Schuljugend tätig.

Alois Jaklitsch hat sich große Verdienste um das Kulturleben des 5. Bezirkes erworben. Als Präsident des "Kulturforum Margareten" hat er zuletzt die Aktivitäten "120 Jahre Margareten" geleitet und stand mitten in den Vorbereitungen für die Bezirksfestwochen.

Die Trauerfeierlichkeiten für Alois Jaklitsch finden am kommenden Montag, dem 14. Feber, um 15 Uhr, im Krematorium Simmering statt. (Schluß) fk/sim

NNNN

26 Wettbewerbsprojekte für die U 6-Brücke über das Wiental

=++++

2 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Für den von der Stadt Wien veranstalteten Projektwettbewerb "Brücke über das Wiental für die Trasse der U-Bahnlinie U 6 im Bereich Gaudenzdorf" sind bis Ende Jänner 26 Arbeiten eingereicht worden. Derzeit werden die Projekte einer Vorprüfung unterzogen. Wie Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wird die Wettbewerbsjury am 28. Februar zu ihrer ersten beurteilenden Sitzung zusammentreten. # (Schluß) sc/ko

NNNN

Vorläufig ein billiger Winter

Utl.: Ein Zentimeter kostet 1,5 Millionen

=++++

3 #Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Vorläufig ist der heurige Winter für die Schneeräumung relativ billig. Bis zum 10. Februar fielen in Wien insgesamt 21 Zentimeter Schnee. Die Kosten für die Räumung betragen rund 31 Millionen. Im Durchschnitt ergeben sich Räumkosten pro Zentimeter Schneefall von 1,5 Millionen. Im Vorjahr fielen in Wien in der gesamten Wintersaison 122 Zentimeter Schnee, bis zum 31. Jänner 1982 waren es bereits 106 Zentimeter. Die Schneeräumkosten der Vorjahressaison betragen rund 144 Millionen.#  
(Schluß) fk/ap

NNNN

Am Freitag: Gemeinderat beschließt Auflösung

=++++

5 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Freitag, dem 18. Februar, wird der Wiener Gemeinderat seine vorzeitige Auflösung beschließen. Unter Post 1 der Tagesordnung, zu der der für die Durchführung der Wahlen zuständige Amtsführende Stadtrat Franz NEKULA berichten wird, lautet der Antrag: "Der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt gemäß § 13, Absatz 2 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien seine Auflösung vor Ablauf der Wahlperiode".

(Schluß) red/ap

NNNN

500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende (1)

=++++

10 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag einstimmig eine 500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende. Durch die neue Aktion, die am 1. März gestartet wird, können Kleingewerbetreibende Kredite bis zu 250.000 Schilling und mit einer Laufzeit von fünf Jahren zur "Top-Kondition" von 7 1/2 Prozent pro Jahr bekommen. Dieser günstige Zinssatz ist möglich, weil die Stadt Wien, die Wiener Handelskammer, die Zentralsparkasse und die "Erste österreichische" Zinsenzuschüsse leisten.#

Sinn dieser Aktion ist es, wie Finanzstadtrat Hans MAYR in einem Pressegespräch erklärte, eine Lücke bei den bestehenden Förderungsaktionen zu schließen. Die Neugründung von Betrieben, die Modernisierung und Investitionen wurden schon bisher gefördert. Durch die neue Aktion ist jedoch auch der Ankauf von Betriebsmitteln möglich.

Anträge für die neue Aktion können bei den beiden Sparkassen gestellt werden. Antragsberechtigt sind Klein- und Mittelbetriebe: Die Bilanzsumme darf maximal 4 Millionen, der Umsatz maximal 14 Millionen und die Beschäftigungszahl maximal 40 ausmachen. Eines der drei genannten Kriterien darf überschritten werden.

Zwtl.: Bürgschaftsübernahme für Kleingartenförderungsaktion

Der Finanzausschuß beschloß ebenfalls einstimmig eine Bürgschaftsübernahme über 700 Millionen Schilling für das kürzlich vorgestellte neue Kleingartenprogramm der Stadt Wien. Die Stadt Wien übernimmt für günstige Kredite der Zentralsparkasse, die für die Aufschließung der Kleingärten und für Kleingartenhäuser verwendet werden, die Bürgschaft. (Forts.) sei/ap

NNNN

500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende (2)

Utl.: General Motors Förderung

=++++

11 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß weiter mit den Stimmen der SPÖ einen Barzuschuß vom maximal 38,9 Millionen Schilling für eine 700 Millionen Investition von General Motors in Wien Aspern. Finanzstadtrat Mayr erklärte dazu, daß er froh sei, daß die mit der Ansiedlung von General Motors verbundenen grundsätzlichen Überlegungen aufgegangen sind. Die Firma setzt weitere Investitionen auf einem Gebiet, wo Österreich bisher zu 100 Prozent auf Importe angewiesen war. Außerdem wurde die Förderung für dieses zukunftsbezogene Projekt stark herabgesetzt - Bund und Stadt Wien sollen dieses neue Projekt nur zu einem Sechstel fördern.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß General Motors im vergangenen Jahr Gewinne in Milliardenhöhe erzielt habe. Es sei unverständlich, daß man einen solchen Betrieb in dieser Höhe fördert. Besser wäre das Geld bei den vielen Wiener Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt.

Durch die neue Investition erhöht sich das Investitionsvolumen von General Motors in Österreich auf 8,5 Milliarden Schilling. Man wird nun in Aspern neben 1,2 Liter Motoren und 4-Gang-Getrieben auch 1,3 Liter Motoren und 5-Gang-Getriebe herstellen. (Forts. möglich) sei/ko

NNNN



# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 12. Februar 1983

Blatt 376

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:                    28 Millionen für Müllentsorgungseinrichtungen  
(rosa)                         Neue Wohnhausanlagen in Simmering

Lokal:                         Bereits 10 Streetworker in Wien unterwegs  
(orange)

Kultur:                        Weiterer Ausbau der Bezirksmuseen  
(gelb)                         Heizer als Maler

28 Millionen für Müllentsorgungseinrichtungen

=++++

1 #Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt 28 Millionen für Müllfahrzeuge und -behälter genehmigte der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz. Damit werden drei Müllfahrzeuge, 13 Müllfahrzeugaufbauten sowie mehr als 14.000 Müllbehälter gekauft.

Bereits Ende vergangenen Jahres waren zehn Müllwagenfahrgestelle von der städtischen Müllabfuhr gekauft worden. Für sie sowie für drei weitere Fahrzeuge werden nun die Aufbauten angeschafft. Insgesamt verfügt die Müllabfuhr über rund 200 Müllwagen, von denen 172 täglich auf festgelegten Touren eingesetzt werden. Die Müllwagen haben eine Lebensdauer von rund acht Jahren. Das bedeutet, daß jährlich etwa 25 neue Fahrzeuge angeschafft werden müssen. Die Fahrzeuge der Müllabfuhr legen pro Jahr fast vier Millionen Kilometer zurück. #

Der gleichzeitig vom Ausschuß genehmigte Ankauf von Müllgefäßen betrifft eintausend Großraummüllbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l und 150 Behälter mit 770 l Fassungsvermögen, 11.000 Kunststoff-Großmülltonnen zu 120 l und 2.000 Kunststoff-Großmülltonnen zu 240 l. Während die 1100 l- und 770 l-Behälter vor allem zum Austausch der Behälter dienen sowie für Neuaufstellungen zum Beispiel im Zusammenhang mit Neubauten benötigt werden, können mit den 120 l- und 240 l-Kunststoffbehältern alte 110 l-Blechtonnen ersetzt werden. Sie kommen in die westlichen Stadtbezirke, wo derzeit die Umstellung auf die wirtschaftlicheren, größeren Behälter läuft, die mit Rädern ausgerüstet und daher auch einfacher zu transportieren sind.

Die städtische Müllabfuhr stellt ihre Behälter seit mehreren Jahren aus Rationalisierungsgründen auf zwei Systeme um: zum einen sind es die 770 l- und 1100 l-Großbehälter, zum anderen die 120 l- und 240 l-Kunststoffbehälter, die jeweils auf je einer Tour entleert werden können. Das bedeutet, daß künftig auch nur mehr zwei Typen von Müllsammelfahrzeugen eingesetzt werden müssen. (Schluß) and/ko

NNNN

Weiterer Ausbau der Bezirksmuseen

=++++

2 Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst genehmigte eine Subvention in der Höhe von 1,43 Millionen Schilling für die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen. Damit wird neben dem Betrieb der Bezirksmuseen auch der weitere Ausbau einiger Bezirksmuseen ermöglicht.

So sollen die Adaptierungsarbeiten am ehemaligen städtischen Bad in der Klagbaumgasse soweit fortgesetzt werden, daß hier der Museumsbetrieb für den vierten Bezirk aufgenommen werden kann. Das Bezirksmuseum Mariahilf übersiedelt in neue Räume in der Mollardgasse, die für einen erweiterten Betrieb adaptiert werden sollen. Ebenfalls erweitert wird das Bezirksmuseum Floridsdorf, und schließlich wird sich im kommenden Frühjahr die letzte Dampftramstation am Kagraner Platz als Bezirksmuseum Donaustadt präsentieren. Das Bezirksmuseum Josefstadt hat seinen Betrieb im ehemaligen Gemeindehaus in der Schmidgasse mit der Präsentation von Sonderausstellungen bereits aufgenommen. (Schluß) gab/ap

NNNN

## Heizer als Maler

=++++

3 Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Im Speisesaal des Franz Josef-Spitals ist bis 18. Februar eine Ausstellung zu sehen, die Bilder von Alfred REICHEL, einem Bediensteten der MA 17 (Anstaltenamt) zeigt. Zu Beginn seiner künstlerischen Tätigkeit vor vier Jahren benutzte Alfred Reichel, der in seinem Hauptberuf Heizer im Kesselhaus des Franz Josef-Spital ist, Bildvorlagen aus alten Kalendern. Die Aktion "So sehe ich mein Grätzel" des Kulturamtes der Stadt Wien brachte ihn auf den Gedanken, unter dem Motto: "Unser Fensterausblick" in einer anderen Richtung zu arbeiten. Eine weitere Wende in seinem Malstil trat ein, als er eine Künstlerpostkarte von Serge Poliakoff kopierte. Heute sagt der inzwischen von vielen Experten anerkannte Maler: "Ich bin wie ein Architekt. Bevor ich mit der Arbeit beginne, muß ich ein Bild gedanklich in allen Details entworfen haben."

Bisher hat Alfred Reichel an die 50 Bilder geschaffen. Das größte Werk - es ist über acht Meter lang - ist am Balkon seiner Wohnung angebracht.

(Schluß) ull/ap

NNNN

## Neue Wohnhausanlagen in Simmering

=++++

4 #Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In Simmering wurden wieder neue städtische Wohnhausanlagen fertiggestellt: In der Eisteichstraße 17-Fuchsröhrenstraße wird Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Montag, dem 14. Februar um 16 Uhr die Schlüsselübergabe zum neuen Gemeindebau mit 69 Wohnungen vornehmen. Vor kurzem konnten die ersten Mieter in die "Mitterfeldsiedlung" zwischen der Schemmerlstraße und der Gadnergasse einziehen.#

Die städtische Wohnhausanlage in der Eisteichstraße ist ein Stadterneuerungsprojekt, das gemeinsam mit dem bereits vor Jahren bezogenem ersten Bauteil 120 Wohnungen umfaßt. Der eben fertiggestellte erste Bauteil besteht aus 6 Stiegenhäusern mit je einem Kellergeschoß, einem Erdgeschoß und mit 4 bis 6 Wohngeschoßen. 50 Wohnungen haben drei beziehungsweise vier Zimmer. Sechs Wohnungen wurden als Behindertenwohnungen ausgestattet. Außerdem gibt es 2 Gemeinschaftsräume, 3 Hobbyräume und eine Sauna. In einer Tiefgarage stehen 51 Parkplätze zur Verfügung. Die Baukosten betragen 81 Millionen Schilling.

Bei der städtischen Wohnhausanlage Mitterfeldsiedlung wurde der erste Bauteil fertiggestellt. Sie beherbergt insgesamt 143 Wohnungen, eine Ordination, Gemeinschaftsräume und eine große Tiefgarage. In den Innenhöfen der Wohnhausanlage sind Grünflächen und Kinderspielplätze vorgesehen. (Schluß) ba/ko

NNNN

Bereits 10 Streetworker in Wien unterwegs

=++++

5 Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Bereits zehn ausgebildete Sozialarbeiter sind als Streetworker in Wien unterwegs. Im Vorjahr wurden von den Streetworkern 441 drogensüchtige oder schwer drogengefährdete junge Menschen betreut. 35 Prozent dieser "Klienten" waren jünger als 20 Jahre.

Die Streetworker führten hauptsächlich Beratungen und Nachbetreuungen durch, außerdem halfen sie bei der Arbeits- und Wohnungssuche und vermittelten "Klienten" zu Entzugs- oder Therapiestationen. Ein Kleinbus, der den Streetworkern seit kurzem zur Verfügung steht, leistet nützliche Dienste. So konnten bereits Wochenendausflüge mit gefährdeten jungen Menschen unternommen werden. Auch der Kontakt mit Behandlungseinrichtungen für Drogenabhängige wurde verstärkt.

Neben der Kontaktaufnahme in Szene-Treffpunkten wird in Zusammenarbeit mit Lehrern die Einzelbetreuung von drogengefährdeten Schülern unternommen. Ein Streetworker betreut auch die im Gefangenenhaus Favoriten untergebrachten Drogenabhängigen.

Der Kontakt mit den Fußballfans besteht nach wie vor, ein im Streetworker-Lokal Burggasse 20 eingerichteter Klubbetrieb hat sich bewährt.

Wer sich mit den Streetworkern in Verbindung setzen möchte, kann dies Montag bis Freitag zwischen 14 und 18 Uhr bei den Stützpunkten 3, Rochusgasse 8 (Tel. 72 44 70) und 7, Burggasse 20 (Tel. 96 37 51) tun. (Schluß) emw/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 14. Februar 1983

Blatt 382

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Schieder: Information soll die Menschen  
erreichen

Kommunal:  
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan an der  
Argentinierstraße  
Rechter Hauptsammelkanal-Schlußrohrverlegung  
Wahlprogramm der Wiener ÖVP

Lokal:  
(orange)

Wien ist Wintersportort

Termine:  
(weiß)

Vorträge in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung

Nur  
über FS:

12.2. Wien "erstickt" im Schnee  
Winterreinigung der Gehsteige  
13.2. Straßenbahnumleitung am Ring  
14.2. Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters

.....  
Bereits am 11. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Schieder: Information soll die Menschen erreichen (1)

-++++

13 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Vorwürfen, die ÖVP-Gemeinderat Anton FÜRST heute, Freitag, in einer Presseaussendung gegen den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien erhob und in der er eine Erweiterung eines Strafverfahrens ankündigt, stellte Informations-Stadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUS-KORRESPONDENZ" fest:

Der Postwurf an alle Haushalte ist rein informativ. Man kann dies an Hand der einzelnen Themen auch genau erkennen:

- 1) Information über das Beschäftigungsprogramm
- 2) Information über das Brigittenauer Hallenbad, das am 19. April fertig wird.
- 3) Hinweis auf den Jazz-Frühling
- 4) Hinweis auf die Möglichkeit, Die Broschüre "Budget 83" (in der alle Parteien zu Wort kommen) beim PID zu bestellen.
- 5) Darstellung der Aktion "2000 neue Kleingärten"
- 6) Information über das Budget 1983
- 7) Darstellung der neuen Vorhaben im Bereich Neue Donau - Donauinsel
- 8) Information über den künftigen neuen Stadtwanderweg 8
- 9) Darstellung der Baumaßnahmen auf dem Sektor öffentlicher Verkehr sowie Straßenbau
- 10) Dokumentation der Vorhaben auf dem Sozial- und Gesundheitssektor
- 11) Information über Kindergärten
- 12) Information über das Modernisierungskonzept und Neugestaltung der Berufsschulen Mollardgasse und Hütteldorfer Straße
- 13) Mitbestimmung beim Stadtentwicklungsplan und Bürgerbeteiligungsmodell Stadtteilplanung
- 14) Chronik der wichtigsten Ereignisse 1973 bis 1983 (in der selbstverständlich auch Vizebürgermeister Dr. BUSEK vorkommt)
- 15) Dokumentation über die Erweiterung der Kultur-, Freizeit- und Sportmöglichkeiten
- 16) Information über die Vermehrung der Grünflächen.

(Forts.) hs/ko

.....  
 Bereits am 11. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
 .....

Schieder: Information soll die Menschen erreichen (2)

=++++

14 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL)

- 17) Darstellung der Plätze in Pensionistenheimen, Zahl der Ärzte usw.
- 18) Überblick über Dinge, die es 1973 noch nicht gegeben hat (z.B. Fußgängerzone Kärntner Straße, Kindertelefon, Oben ohne in Bädern, Qualitätssiegel für Würstwaren)
- 19) Überblick über die Sozialdienste
- 20) Bericht über Wohnen und Wohnungsverbesserung in Wien
- 21) Information über U-Bahn
- 22) Hinweis auf Südost-Tangente
- 23) Bericht über Donaubrücken
- 24) Hinweis auf die sieben Stadtwanderwege
- 25) Fährschiff zur Donauinsel
- 26) Erinnerung an Rasenfreiheit in Wien
- 27) Information über Hallenbäder
- 28) Bericht über 60 km Radwege
- 29) Darstellung der Lobau (Naturschutz)
- 30) Information über den Laaer Wald
- 31) Darstellung des Baumschutzes
- 32) Bericht über Kulturmaßnahmen, wie Schauspielhaus, Kulturzentrum Petersplatz, "Tanz 84".

"Das ist beim besten Willen keine Parteipropaganda, sondern ein Bericht über Einrichtungen und Maßnahmen, die vorhanden sind oder durchgeführt werden", betonte Schieder dazu. "Demnächst verlangt GR. Fürst wahrscheinlich noch, daß man die Donauinsel wegreißen müsse oder die Kärntner Straße wieder für Autos freigebe, da ihr Bestehen sonst "Wahlpropaganda" sei".

Zur Frage des Wahlkampfübereinkommens selbst, erklärte Schieder, daß der von Fürst kritisierte Postwurf zu einem Zeitpunkt produziert wurde, zu dem das Übereinkommen noch gar nicht in Kraft war. Der PID übe im Gegenteil wegen des Wahlkampfes Zurückhaltung. Davon können sich alle Wienerinnen und Wiener selbst überzeugen: Die drei neuen Plakate der Serie "Wien - ein guter Platz zum Leben" zum Thema: "Beschäftigung", "Wohnen", "Kultur" sind nicht wie ihre Vorgänger vierfärbig und mit schönen Bildern versehen, sondern zurückhaltend und bloß textlich gestaltet." (Forts.) hs/ap

.....  
Bereits am 11. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Schieder: Information soll die Menschen erreichen (3)

=++++

15 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) "Ich wundere mich, daß sich die ÖVP gegen die Darstellung all dieser Maßnahmen nun ausspricht, denn - wenn man von der Donauinsel und wenig anderen Dingen absieht - sind zahlreiche Projekte dabei, bei denen alle drei Parteien zugestimmt haben. Am wenigsten verstehe ich die Haltung der ÖVP bei den Sozialdiensten, denn gerade hier müßten alle ein besonderes Interesse daran haben, daß die Information über Hilfs- und Serviceangebote auch tatsächlich alle Menschen erreicht", sagt Schieder.

Abschließend stellte er fest: "Wenn GR. Fürst auf mich als Politiker losgeht, verstehe ich es. Es ist aber wirklich ein Schlag unter die Gürtellinie, daß er die Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien einschüchtern will. Das sollte man selbst im Wahlkampf nicht machen."

(Schluß) hs/ap

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan an der Argentinierstraße  
Utl.: ORF-Gebäude, Tiefgarage und Parkschutzgebiet geplant  
=++++

1 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) In der Baulücke gegenüber dem Funkhaus in der Argentinierstraße sollen in einem Neubau Einrichtungen des österreichischen Rundfunks untergebracht werden können. Die im Blockinneren liegenden Flächen der Liegenschaft sollen zum Parkschutzgebiet erklärt werden, wobei unter einem Teil dieses Geländes eine Tiefgarage gebaut werden kann. Das ist der wesentliche Inhalt eines neuen Flächenwidmungs- und eines Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Argentinierstraße, Wohllebengasse, Prinz-Eugen-Straße und Plößlgasse im 4. Bezirk.

Über der Decke der Tiefgarage müssen eineinhalb Meter Erde aufgeschüttet werden, um die Pflanzung großwüchsiger Bäume zu ermöglichen. Mit den bereits in diesem Bereich vorhandenen und gewidmeten Parkflächen, die teilweise einen sehr wertvollen Baumbestand aufweisen, soll ein großes zusammenhängendes Grüngebiet entstehen. Um diese Grünflächen besser zugänglich zu machen, sind öffentliche Durchgänge von der Argentinierstraße und der Plößlgasse aus vorgesehen.

Der Entwurf für den neuen Flächenwidmungs- und den Bebauungsplan liegt zwischen 17. Februar und 17. März während der Arbeitsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17,30), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zum Entwurf Stellung nehmen. (Schluß) sc/ko

NNNN

Rechter Hauptsammelkanal-Schlußrohrlegung (1)

Utl.: Verbessertes Hochwasserschutz für Wien

=++++

2 #Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA nahm am Montag die Schlußrohrlegung beim Rechten Hauptsammelkanal vor. Damit ist die Verwirklichung eines 300-Millionen-Schilling-Projektes bis auf Restarbeiten abgeschlossen. Der Bau war am 30. März 1981 begonnen worden. Auf der Baustelle waren durchschnittlich 120 Arbeiter beschäftigt.

Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN verwies darauf, daß die Fertigstellung des Rechten Hauptsammelkanals nun die Möglichkeit bietet, rasch und zügig die A 4, die Flughafenautobahn, weiterzubauen. Der Anschluß der A 4 zur Südost-Tangente beim Knoten Prater kann damit bis zum Sommer 1983 verwirklicht werden.

Der Rechte Hauptsammelkanal führt vom Kahlenbergerdorf bis zur Hauptkläranlage in Simmering - Kaiserebersdorf und ist insgesamt rund 16 Kilometer lang. Er nimmt rund drei Viertel der Wiener Abwässer auf. Mit einem Aufwand von rund 300 Millionen Schilling wurde nun einer der wichtigsten Abschnitte dieses aus der Zeit der Jahrhundertwende stammenden Kanals - zwischen dem Knoten Prater der Südost-Tangente und der 7. Haidequerstraße - in einer Länge von 1,8 km auf ein Doppelprofil umgebaut. #

Die Realisierung des Projektes steht auch im Zusammenhang mit dem verbesserten Hochwasserschutz für Wien: Der Hauptsammelkanal ist durch entsprechende Einrichtungen so ausgelegt, daß das Donaukanalhochwasser nicht in das Kanalsystem eindringen kann.

Zwtl.: Rohre in Feldfabrik hergestellt

Das Doppelprofil besteht aus Stahlbetonrohren mit einem Innendurchmesser von 4,3 m und einer Wandstärke von 35 cm, die in einer Gesamtlänge von 3314 m aus Fertigteilen hergestellt wurden. Der Rest sind Sonderbauwerke, die in Ortbetonbauweise errichtet wurden. Verwendet wurde besonders dichter, druck- und abriebfester Beton, sodaß sich die beim alten Profil benötigte Innenauskleidung erübrigt. Wegen ihrer Größe mußten die einzelnen Rohre in einer Feldfabrik neben der Trasse hergestellt werden. (Forts.) fk/gg

## Rechter Hauptsammelkanal-Schlußrohrlegung (2)

Utl.: Zeit- und Kostenrahmen eingehalten

=++++

3 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Die Verwirklichung des Vorhabens erfolgte im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen, obwohl sich bei Projektierung und Bau große Schwierigkeiten ergaben. Dazu gehört etwa die weitestgehend unbehinderte Aufrechterhaltung des Kanalbetriebes während der Bauzeit mit einer Durchflußmenge bis zu 8.000 Liter pro Sekunde und der gleichzeitige Bau der A 4-Ostautobahn (Flughafenautobahn). Sehr schwierig und aufwendig war auch die Kreuzung der Kanaltrasse mit dem Kühlwasserzu- und abfluß für das Kraftwerk Simmering.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Hauptkläranlage war bereits ein 2,2 Kilometer langer Abschnitt des Rechten Hauptsammelkanals gebaut worden - bis zu diesem Zeitpunkt war das gesamte Abwasser dieses Kanals in den Donaukanal geleitet worden. Ein weiterer 850 m langer Abschnitt wurde gleichzeitig mit dem Bau der Südost-Tangente Anfang der Siebzigerjahre errichtet. Das neue, nun fertiggestellte Teilstück fügt sich zwischen diese beiden bereits bestehenden neuen Abschnitte. Es besteht die Absicht, auch den übrigen Rechten Hauptsammelkanal innerhalb eines überschaubaren Zeitraums nach und nach durch ein zweites Profil, den sogenannten Entlastungskanal zu ergänzen, wodurch das Anspringen der Regenüberfälle wesentlich reduziert werden kann. Dafür sind Kosten von rund einer Milliarde Schilling erforderlich. (Schluß) fk/gg

NNNN

Wien ist Wintersportort

=++++

4 Wien, 14.2. (RK-LOKAL) Lange genug hat es ja gedauert, jetzt aber liegt endlich genügend Schnee, um in der Bundeshauptstadt schifahren, rodeln oder langlaufen zu gehen.

Den Schifahrern steht der Schlepplift auf der Hohen-Wand-Wiese jeweils Montag bis Freitag von 12 bis 22 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 9.30 bis 22 Uhr zur Verfügung.

Einen kleinen Schlepplift gibt es auch auf dem Himmelhof.

Langläufer können drei Loipen ausprobieren: eine auf dem Cobenzl, eine beim Böhmischem Prater/Laaerberg und die dritte im Südteil der Donauinsel, bei der Steinspornbrücke. Bei allen Loipen gibt es auch einen Ausrüstungsverleih.

Auf Initiative von Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER wurde heuer am Laaerberg, bei der Löwygrube, eine neue Rodelbahn angelegt. Eine weitere Bahn steht am Gallitzinberg zur Verfügung. Auch die fünf Rodelstraßen (12, Schwenkgasse, 15, Eduard-Sueß-Gasse, 18, Leschetitzkygasse, 18, Edmund-Weiß-Gasse und 15, Mareschgasse) und viele Rodelhügel in den Parkanlagen können benützt werden. Außer den fünf Wiener Kunsteisbahnen (Eisring Süd, Wiener Eislaufverein, Stadthalle, Engelmann und Donauparkhalle) existieren in Wien auch mehrere Natureislaufplätze. Beim Sportamt erfährt man unter der Telefonnummer 42 800/2795, welche Eisplätze in Betrieb sind.

(Schluß) hs/ap

NNNN

## Wahlprogramm der Wiener ÖVP

=++++

7 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Es könnt' viel besser gehn" legte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag das Wahlprogramm der Wiener ÖVP für die kommenden Gemeinderatswahlen vor. Schwerpunkte dabei sind die Verlängerung der Lehrplatzaktion, die Förderung von Betriebsgründungen, der Vorrang für die Stadterneuerung unter Verwendung von zwei Dritteln der Wohnaufförderungsmittel, eine unbürokratische Vergabe von Gemeindewohnungen, eine Wohnstarthilfe von 100.000 Schilling als zinsenloser Kredit und die Übertragung von Schrebergärten ins Eigentum.

Weiter garantierte Busek, daß Wien keine Atomstadt wird, sprach sich für eine optimale Entschwefelung im Kraftwerk Dürnrohr und die Einführung von bleifreiem Benzin und entschwefeltem Heizöl aus und forderte den raschen Bau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost.

Beim öffentlichen Verkehr versprach Busek drei Jahre Tarifstopp und die Einführung eines Wegkostenpauschales, forderte neuerlich den Verzicht auf Stadtautobahnen und versprach überdies eine Volksabstimmung über jedes Großprojekt in Wien.

Finanzieren will der Wiener ÖVP-Chef sein Programm durch den Verzicht auf das Konferenzzentrum, den Verzicht auf die Stadtautobahnen und viele Millionen Schilling jährlich, die - so Busek - bei der unnötigen Rathauspropaganda des Presse- und Informationsdienstes ausgegeben werden würden. (Forts. mgl.) r6/gg

NNNN

14. Februar 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 391

Vorträge in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung  
des Historischen Museums der Stadt Wien (1983)

=++++

Wien, 14.2. (RK-TERMINE)

SAMSTAG, 19. FEBRUAR, 15 UHR

Dr. med. Erwin Schramm

(Forschungskreis für Neobioelektronische Diagnostik  
und Therapie):

"Relationen des Zwölftonspieles zur Neobioelektronik"

SAMSTAG, 26. FEBRUAR, 15 UHR

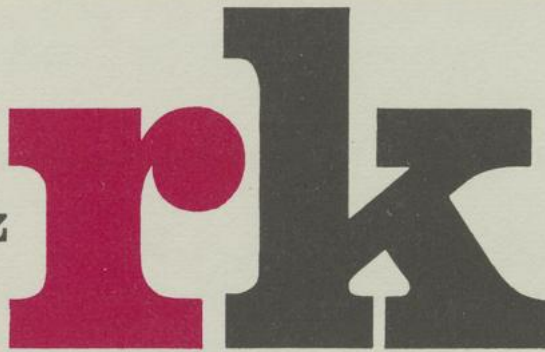
DDr. Werner Reiss

(Internationales Kulturzentrum, Wien):

"Zahl - Symbol - Harmonie"

NNNN

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 15. Februar 1983

Blatt 392

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Wahlprogramm der Wiener ÖVP  
(grau)

Kommunal: 227 Millionen für Wohnbau und Stadterneuerung  
(rosa) Konrad Lorenz wird Ehrenbürger der Stadt Wien  
Landwirtschaft ist wichtig für die Wr. Grünpolitik

Lokal: Bis Faschingsdienstag 510 Bälle in Wien  
(orange)

Nur  
über FS: 14.2. Störung bei der Linie 1  
Straßenbahnunfall im 10. Bezirk  
Störung auf der U 2  
U 2 wieder in normalen Intervallen  
15.2. 2.400 Mann im Schnee-Einsatz

.....  
Bereits am 14. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Wahlprogramm der Wiener ÖVP (2)

=++++

8 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Zu seiner Wahlausgangserwartung befragt, meinte Vizebürgermeister Busek lediglich, er erwarte sich eine Steigerung der Stimmen und Mandate. Prognosen wären nicht möglich, da es noch nie eine so starke Wahlverweigerung gegeben hätte, als bei der vergangenen Gemeinderatswahl und überdies das Auftreten neuer Gruppen berücksichtigt werden müsse.

Busek erwartet allerdings nicht, daß eine der Grün- oder Alternativgruppen (die sich gegenseitig die Stimmen wegschnappen würden) die Fünf-Prozent-Hürde überspringen könnten. Zu einer möglichen Koalition meinte der Wiener Vizebürgermeister neuerlich, er verlange für einen solchen Fall eine Verfassungsänderung.

Landtagspräsident Fritz Hahn warf der SPÖ Bruch der Verfassung vor, da 32 der 433 ÖVP-Anträge gar nicht behandelt worden seien.  
(Schluß) rö/gg

NNNN

227 Millionen für Wohnbau und Stadterneuerung

=++++

2 #Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Wohnungsneubau, den nachträglichen Aufzugseinbau und für die Erhaltungsarbeiten an abgewohnten Häusern wurden von der Wiener Landesregierung am Dienstag auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL 227 Millionen Schilling genehmigt.#

133,5 Millionen Schilling beträgt die Förderung für 224 Wohnungen, die von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet werden sowie für 16 Eigenheime. 42 Millionen Schilling wurden für Nachförderungen von Neubauten bewilligt, die vor allem infolge von Lohnerhöhungen erforderlich wurden. In sieben städtischen Wohnhausanlagen werden 23 Aufzüge nachträglich mit einem Kostenaufwand von 12,8 Millionen eingebaut. Schließlich wurden auch im Rahmen der Althausmilliarde rund 50 Millionen Schilling für die Renovierung von 35 privaten Wohnhäusern gewährt. (Schluß) ba/gg

NNNN

Konrad Lorenz wird Ehrenbürger der Stadt Wien

Utl.: Ehrenmedaille für Dorothea Neff

=++++

4 #Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag, den bekannten Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Univ.-Prof. DDR. Konrad LORENZ zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen.#

Lorenz feiert heuer seinen 80. Geburtstag. Vor 55 Jahren erwarb er den Dokortitel der gesamten Heilkunde, vor 50 Jahren den Doktor der Philosophie und vor 43 Jahren erhielt er seine erste Professur in Königsberg. Seine wissenschaftliche Tätigkeit wurde vor zehn Jahren mit der Verleihung des Nobelpreises besonders ausgezeichnet. Die nun durch die Stadt Wien vorgenommene Ehrung geht auf einen Vorschlag von Bürgermeister Leopold GRATZ zurück.

Der Stadtsenat beschloß weiter, Dorothea NEFF, die heuer ebenfalls 80 Jahre wird, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold zu verleihen. Dorothea Neff ist eine der bedeutendsten und größten österreichischen Schauspielerinnen, die in ihrem Leben auch ein großes Maß an Courage bewiesen hat: Während der Nazi-Herrschaft versteckte sie vier Jahre lang eine Jüdin in ihrem Haushalt.

(Schluß) sei/gg

NNNN

Bis Faschingdienstag 510 Bälle in Wien

=++++

5 Wien, 15.2. (RK-LOKAL) Bis Faschingdienstag wurden im Vergnügungssteuerreferat der Stadt Wien 510 Bälle angemeldet, das sind um 35 Bälle weniger als in der Ballsaison des vergangenen Jahres. Es gab 334 kleine Bälle mit weniger als 500 Besuchern (im Vorjahr 378). Die Zahl der mittleren Bälle (mit 500 bis 1000 Besucher) nahm um 10 Veranstaltungen auf 86 zu, die Zahl der Großbälle (über 1.000 Besucher) blieb mit 91 nahezu gleich (90 Großbälle im Vorjahr). (Schluß) lei/ko

NNNN

Landwirtschaft ist wichtig für die Wiener Grünpolitik (1)

Utl.: Stadtrat Wurzer: Flächen müssen gesichert werden

=++++

6 #Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Land- und Forstwirtschaft sei mit ihren 4.000 Arbeitsplätzen nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung, sie habe auch wichtige Aufgaben für die Klimaverbesserung, als Gliederungs- und Gestaltungselement der Stadtlandschaft und als Freizeit- und Erholungsraum zu erfüllen. Das erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Rudolf WURZER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Der Landschaftsrahmenplan für Wien, dessen Entwurf vor kurzem fertiggestellt worden sei und nun magistratsintern beraten werde, sehe deshalb die Erhaltung und Sicherung der landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Bundeshauptstadt auch in Zukunft vor. Der Landschaftsrahmenplan konkretisiere die bereits im Stadtentwicklungsplan enthaltenen Richtlinien und Ziele der Grünpolitik für Wien.

Stadtrat Wurzer verwies darauf, daß seit den 50er Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Wien und die Größe der von ihnen genutzten Flächen kontinuierlich zurückgegangen seien. Die Ausweitung des städtischen Siedlungsgebietes und der Ausbau des Verkehrssystems haben zu einer Verringerung der Anbauflächen geführt.

Dennoch erbringe die Wiener Landwirtschaft Leistungen, die man in einer Großstadt eigentlich nicht erwarte. So bewirtschafteten die landwirtschaftlichen Betriebe der Bundeshauptstadt 1981 mehr als dreimal soviel Ackerland wie die Betriebe in Vorarlberg. (Forts.)

sc/ap

NNNN

Landwirtschaft ist wichtig für die Wiener Grünpolitik (2)

=++++

7 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Nicht weniger als ein Drittel der Erwerbsgartenfläche Österreichs befindet sich in Wien. Nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung habe der Endwert der pflanzlichen Produktion in Wien 1981 mehr als 1 Milliarde Schilling betragen, das sei ein Mehrfaches von jenem in den Bundesländern Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, für die Werte zwischen 119 und 316 Millionen Schilling angegeben wurden.

Der Landschaftsrahmenplan schlage, wie Stadtrat Wurzer erklärte, unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Für die allgemeine Landwirtschaft sollen "Vorrangzonen" festgelegt werden. Vorrangstandorte sind zum Beispiel die noch weitgehend geschlossenen Landwirtschaftsgebiete in Stammersdorf, Süßenbrunn, Breitenlee, Hirschstetten, Eßling, Kaiserebersdorf, Oberlaa und Unterlaa, die vielfach die Lebensgrundlage für die alten dörflichen Ortskerne bilden.
- Für die Erwerbsgärtnerereien, die eine wesentliche Bedeutung für die Versorgung der Wiener Bevölkerung haben, sind große, zusammenhängende Gartenbaugebiete zu erhalten (Donaufeld, Simmeringer Haide, Albern) beziehungsweise zu erweitern (vor allem Hirschstetten, Eßling). Es sollen aber auch einzelne Gartenbaubetriebe in Wohngebieten erhalten bleiben.
- Die Weinbauflächen sind in ihrem Bestand gesichert, da sie größtenteils im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel liegen. Zusätzliche Weinbauflächen wären vor allem in Stammersdorf möglich. Die Weinbaugebiete müssen auch deshalb bestehen bleiben, weil sie für die Wiener Stadtlandschaft charakteristisch sind. (Heurigenorte, Kellergassen). (Forts.) sc/gg

NNNN

Landwirtschaft ist wichtig für die Wiener Grünpolitik (3)

=++++

8 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Wurzer betonte, daß es ein wichtiges Anliegen des Landschaftsrahmenplanes sei, die landwirtschaftlich genutzten Flächen teilweise auch für die Erholung zu nutzen. So sollten Windschutzpflanzungen (Alleen, Gehölzstreifen) nicht nur die Landwirtschaftsflächen vor Winderosion schützen und die Landschaft optisch gliedern und gestalten, sondern auch als Grünverbindungen mit Fuß- und Radwegen für die erholungssuchende Bevölkerung ausgestaltet werden.

Der Landschaftsrahmenplan weise auch auf die Notwendigkeit hin, die landwirtschaftlichen Produktionsflächen vor Schadstoffemissionen durch den Verkehr oder durch Betriebe zu schützen. Das könne zum Beispiel in Form von Grünverbauungen ("Pufferzonen") erfolgen. Da aber allgemein der Wunsch bestehe, bessere Umweltverhältnisse zu schaffen, müsse man die Emissionsbelastungen überhaupt begrenzen.

Abschließend stellte Planungsstadtrat Wurzer fest, daß der Entwurf des Landschaftsrahmenplanes für Wien weitgehend die Bedürfnisse der Wiener Landwirtschaft berücksichtige. Er werde aber auch noch - ebenso wie der Stadtentwicklungsplan - öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Die Wienerinnen und Wiener werden also wieder Gelegenheit haben, ihre Wünsche und Anregungen vorzubringen, die dann soweit wie möglich in die endgültige Fassung dieses Planes eingearbeitet werden. (Schluß) sc/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 16. Februar 1983

Blatt 400

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:  
(rosa) Stadtplanung informiert über die U 3  
Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro zurückgetreten
- Lokal:  
(orange) Altes Spielzeug, Puppen und Malereien  
82.000 bei Semesterferienaktion der Stadt Wien
- Kultur:  
(gelb) 68,2 Millionen für Altstadterhaltung
- Wirtschaft:  
(blau) Donauturm: Mehr Umsätze bei 410.000 Besuchern
- Termine:  
(weiß) Führungen und Veranstaltungen im März 1983
- Nur  
über FS: Kreativität als Therapie

## Altes Spielzeug, Puppen und Malereien

=++++

1 Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Phantastische - ornamentale Malereien in Öl und Tempera von Inka JANETSCHEK-ROTHERMANN bilden den Inhalt einer Ausstellung, die Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER kommenden Freitag, 18. Februar, um 19 Uhr in den Räumen des Bezirksmuseums Meidling 12, Kobingergasse 7, eröffnen wird. Im Rahmen der Ausstellung werden auch Exponate aus der privaten Spielzeug- und Puppensammlung der freischaffenden Künstlerin gezeigt. Inka Janetschek-Rothermann, 1941 in St. Pölten geboren, lebt in Meidling. Sie ist ausgebildete Werbegraphikerin, wobei zahlreiche Auslandsaufenthalte in Schweden, Griechenland, Kanada und Mexiko Richtung und Stil ihrer Arbeiten beeinflussten.

Die Ausstellung ist bis 31. März 1983 jeweils Montag und Freitag von 18 bis 20 Uhr sowie Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet.  
(Schluß) zi/ko

NNNN

Stadtplanung informiert über die U 3

Utl.: Pläne und Zeichnungen in der Mariahilfer Passage

=++++

2 #Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) In der Mariahilfer Passage können sich derzeit die Wienerinnen und Wiener über die künftige Linienführung der U 3 in Mariahilf informieren. In einer Auslage der Wiener Stadtplanung beim Bahnsteig der U-Bahnlinie U 2 in Richtung Schottenring sind die entsprechenden Pläne ausgestellt. #

Die Trasse der U 3 wird - vom Volksgarten kommend - unter dem Ring, der Bellariastraße, dem Messepalast und dann in einem weiten Bogen unter der Stiftskaserne zur Mariahilfer Straße und weiter gerade zum Westbahnhof geführt. In diesem Streckenabschnitt wird es - wie aus einem Plan ersichtlich ist - Stationen beim Volkstheater (mit einem neuen Aufgang in den Messepalast), bei der Kirchengasse, der Zieglergasse und schließlich beim Westbahnhof geben. Die Entscheidung für die U-Bahntrasse Mariahilfer Straße fiel nach umfangreichen Untersuchungen dieser Linienführung und einer Linienführung unter Lindengasse/Apollo-gasse. Auch diese Variante ist auf einer Karte in der Auslage zu sehen.

Für die Trasse Mariahilfer Straße sprach vor allem, daß hier 32.000 Quadratmeter Verkaufsflächen angeschlossen und 10.000 Arbeitsplätze versorgt werden. Nach der Aufnahme des U-Bahnbetriebes kann die Mariahilfer Straße als attraktiver Geschäftsboulevard ausgestaltet werden, da dann die Straßenbahn eingestellt wird. Da etwa drei Viertel der Strecke in offener Bauweise errichtet werden können, ist diese Variante auch um rund 500 Millionen Schilling billiger als die Variante Lindengasse/Apollo-gasse, die zu 85 Prozent in geschlossener Bauweise hergestellt werden müßte.

In der Auslage wird auch ein Foto der derzeitigen Verkehrssituation in der Mariahilfer Straße gezeigt und eine Zeichnung, wie es nach der Inbetriebnahme der U 3 aussehen könnte. Bekanntlich wird die U 3 den Betrieb auf der Strecke Kundmann-gasse - Volkstheater 1991, auf der Strecke Erdberg - Westbahnhof 1992/93 aufnehmen. (Schluß) sc/ap

NNNN

Donauturm: Mehr Umsätze bei 410.000 Besuchern

=++++

4 #Wien, 15.2. (RK-WIRTSCHAFT) 410.903 Besucher, die im Durchschnitt um 11 Prozent mehr für Speis und Trank im Restaurant des Donauturms ausgaben als 1981, bestätigen, daß der Donauturm seine Stellung als Attraktion der Bundeshauptstadt weiter ausbauen konnte.#

Ebenso bestätigten sich die Erwartungen, die in das neue Unternehmenskonzept für die "ISOLA" im Donaupark gesetzt wurden. Die Zustimmung des Publikums, das vor allem die Kinderfreundlichkeit des Lokals zu schätzen weiß - für die kleinen Gäste gibt es Malbögen und Comic-Lektüre - drückte sich 1982 in einer 48 prozentigen Umsatzsteigerung aus. Anziehend auf Gourmets wirken die oft wechselnden Spezialitätenwochen.

Im gesamten Bereich der DONAUTURM Aussichtsturm und Restaurantbetriebsgesellschaft, einem Tochterunternehmen der EKAZENT-Gruppe, wurde 1982 eine Umsatzsteigerung von 9 Prozent erreicht und ein Reingewinn von 1,9 Millionen Schilling erzielt. Für 1983 sind Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionen in der Höhe von rund 4,8 Millionen Schilling vorgesehen. Schwerpunkte des Konzepts für 1983 sind eine Modernisierung der Produktionsbereiche und des Gästebereichs. (Schluß) je/ap

NNNN

68,2 Millionen für Altstadterhaltung (1)

Utl.: Cafe Sperl wird renoviert

=++++

5 #Wien, 16.2. (RK-KULTUR) Der Altstadterhaltungsbeirat beschloß in seiner letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode am Dienstag die Vergabe von 23,5 Millionen Schilling für denkmalpflegerische Arbeiten. Mit der Bereitstellung von vier Millionen aus dem Fonds ist die Renovierung des Cafe Sperl gesichert. Insgesamt hat der Beirat in den letzten drei Sitzungen seit 26. November 68,2 Millionen Schilling für 108 Objekte genehmigt. #

Gefördert werden zum Großteil Wohnbauten in allen Wiener Bezirken, vor allem jedoch - den Satzungen des Fonds gemäß - Gebäude in Schutzzonen. Dazu zählen neben der gesamten Innenstadt schützenswerte Wohnviertel vom Barock bis zum Klassizismus und die Ortskerne der alten Randgemeinden der Stadt. Darüber hinaus können auch Arbeiten an Häusern von besonderer Bedeutung für das Stadtbild gefördert werden.

Der Altstadtfonds trägt auch wesentlich zur Instandhaltung der Wiener Sakralbauten bei. Dafür wurden in den letzten Sitzungen Beträge von insgesamt 3,5 Millionen Schilling beschlossen. Diese Summe enthält alljährliche Beiträge für Arbeiten an der Karlskirche, der Votivkirche und der Minoritenkirche, ebenso wie die Mittel für die Sanierung der griechisch-orthodoxen St. Lazarus-Kapelle am Zentralfriedhof oder des Friedhofswärterhauses auf dem jüdischen Friedhof in Währing.

Mit dem Beschluß, vier Millionen zur Renovierung des Cafe Sperl beizutragen, leistet der Altstadtbeirat - nach dem Cafe Landtmann - einen weiteren Beitrag zur Kaffeehausrenaissance in Wien. Dienstag wurde auch die Generalinstandsetzung des Künstlerhauses beschlossen. Mit der Bereitstellung von Mitteln für eine Reihe von Häusern im alten Ortskern von Jedlesee soll dazu beigetragen werden, diesem dörflichen Ensemble sein altes Aussehen zu erhalten. (Forts.)

gab/gg

NNNN

68,2 Millionen für Altstadterhaltung (2)

Utl.: Zilk: Renovierung wesentlicher Anziehungspunkte Wiens

=++++

6 Wien, 16.2. (RK-KULTUR) Die Renovierung des Cafe Sperl und des Künstlerhauses sieht Kulturstadtrat als besonders wichtige Vorhaben des Altstadterhaltungsfonds: "Mit dem Beschluß der Mittel für die glanzvolle Wiederherstellung des Cafe Sperl erfolgt ein neuer großer Schritt zur Pflege der weltweit berühmten Wiener Kaffehaustadttradition. Sie ist kulturell ebenso bedeutend wie die Pflege traditioneller Kulturstätten. Besonders freue ich mich auch, daß die große Wiener Türkenausstellung bereits im renovierten Wiener Künstlerhaus stattfinden wird. Mit dem "Sperl" und dem Künstlerhaus werden zwei wesentliche Anziehungspunkte Wiens - auch für die Gäste unserer Stadt - wiederhergestellt." (Schluß) gab/ko

NNNN

Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro zurückgetreten (1)

=++++

7 Wien, 16.2. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ hat Mittwoch Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz DELABRO zu einer Aussprache gebeten. Als Ergebnis dieser Unterredung übermittelte Dr. Delabro dem Bürgermeister folgendes Schreiben:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!"

Unter Bezugnahme auf das mit Ihnen heute geführte Gespräch erlaube ich mir, nachstehende Zeilen an Sie zu richten.

In diesem Gespräch eröffneten Sie mir, daß über mich Gerüchte im Umlauf sind, wonach ich in den Spielbanken sehr große Beträge verspielt haben soll und auf einen entsprechenden Schuldenstand angewachsen bin. Man sehe deshalb eine Gefährdung dahingehend, daß ich durch diese Verschuldung leicht Bestechlichkeiten ausgesetzt sein könnte. Dazu möchte ich anführen, daß es richtig ist, daß ich einen größeren Schuldenstand habe, der aber einerseits darauf zurückzuführen ist, daß ich seinerzeit einen größeren Betrag an einen in Not geratenen Freund verliehen habe und den ich nicht mehr zurückerhalten habe. Darüberhinaus habe ich - gerade eingedenk meiner Funktion - bei der Wohnungssuche für meinen Sohn weder die Gemeinde noch ein gemeinnütziges Genossenschaftswesen aufgesucht, sondern ihm diese Wohnung auf dem frei finanzierbaren Eigentumswohnungsmarkt besorgt. Dies hat mich sicherlich in Schwierigkeiten gebracht und ich leugne auch nicht, daß ich mein Glück bei der Elfenbeinkugel versuchte. Leider ist diese Rechnung nicht aufgegangen. Aber eines muß ich jedenfalls feststellen: Es stimmt nicht, daß ich durch diese Situation auch nur im geringsten Ausmaß in eine Abhängigkeit geraten bin. Wenn mir morgen der Herr Stadtrat Nekula das Dekret für das 40jährige Dienstjubiläum aushändigen wird, so kann ich mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß ich nur immer Gemeindeinteressen verfolgt habe und aus meinen vielfachen Funktionen niemals eigennützige Vorteile gezogen habe.  
(Forts.) rd/gg

NNNN

Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro zurückgetreten (2)

=++++

8 Wien, 16.2. (RK-POLITIK)

Ich sehe aber ein, daß die Stadt Wien, der ich immer verbunden war und immer verbunden sein werde, es gerade derzeit nicht verträgt, an der Spitze eines - glaube ich - geachteten Amtes einen ins Schußfeld Geratenen zu haben und ich stelle Ihnen, Herr Bürgermeister, die Funktion als Kontrollamtsdirektor mit sofortiger Wirkung zur Verfügung.

Für das mit Ihnen geführte Gespräch danke ich herzlich und verbleibe ich letztmalig als Kontrollamtsdirektor.

Ihr sehr ergebener  
Dr. Fritz Delabro"

Bürgermeister Gratz dankte dem Kontrollamtsdirektor für seine langjährige Tätigkeit, die er unter Anerkennung aller Fraktionen des Gemeinderates und der Medien ohne Rücksicht auf Personen und Institutionen ausgeübt hat. Besonders würdigte der Bürgermeister den Umstand, daß Delabro durch seinen Bericht wesentlich an der Aufdeckung krimineller Machenschaften beim Bau des AKH beigetragen hat. Die Tätigkeit des Kontrollamtsdirektors und seiner Mitarbeiter hat durch notwendige und genaue Kontrollen in allen Bereichen der Verwaltung zu vielen Verbesserungen geführt und namhafte Beträge einsparen geholfen.

Dennoch verstehe er, meinte Gratz, daß die Funktion des Kontrollamtsdirektors höher stehen müsse als die Person. Er nehme daher den Rücktritt Delabros zur Kenntnis. (Schluß) rö/gg

NNNN

82.000 bei Semesterferienaktion der Stadt Wien

=++++

9 Wien, 16.2. (RK-LOKAL) 82.000 Kinder und Jugendliche haben in der vergangenen Woche an der Semesterferienaktion der Stadt Wien, die vom Landesjugendreferat veranstaltet wurde, teilgenommen. Generell zeigte sich, daß an Aktionen, bei denen die Kinder selbst aktiv werden konnten, heuer noch größeres Interesse bestand als in den Vorjahren. Großen Zulauf hatten die Sportaktionen (Schilaufen, Eislaufen, Bäder, Sporthallen), in die "offenen Schulen" kamen 3.600 Kinder, bei der Aktion "Lustiges Museum", wo die Kinder zaubern, Theaterspielen und als Clown agieren konnten, machten 2.370 Kinder mit. Der Kindertag im Theater an der Wien war mit mehr als 1.000 Besuchern ausgebucht, die heuer erstmals ins Programm aufgenommene Besichtigung der "Blumenfabrik" im Reservegarten Hirschstetten stieß ebenfalls auf großes Interesse. (Schluß) emw/gg

NNNN

## Führungen und Veranstaltungen im März 1983

=++++

Wien, 16.2. (RK-TERMINE)

- HISTORISCHES MUSEUM DER STADT WIEN, WIEN 4, KARLSPLATZ
- Donnerstag, 3.3. 16 Uhr Seniorenführung: "Anmerkungen zur Geschichte Wiens - eine Auswahl aus der Schausammlung" (Dr. Günter Düriegl)
- Samstag, 5.3. 15 Uhr "Das Zwölftonspiel als musikalische Meditation", Vortrag in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Univ.-Prof. Dr. Robert H. Reichardt)
- Sonntag, 6.3. 10 Uhr Kinderführung: Übersichtsführung durch die Schausammlung (Dr. Regina Forstner)
- Donnerstag, 10.3. 15 Uhr Seniorenführung: "Klavier- und Kammermusik von Josef Matthias Hauer", Konzert in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Mitwirkende: Rosemarie Salzbrunn, Robert M. Weiß, Robert Wächter, Konstantin Weitz, Fritz Schabata)
- Samstag, 12.3. 16 Uhr "Das Zwölftonspiel", Vortrag in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Robert M. Weiß)
- Samstag, 12.3. 15 Uhr "Die Römer in Wien" (Dr. Ortolf Harl)
- Sonntag, 13.3. 10 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - zum 100. Geburtstag am 19. März 1983" (Robert M. Weiß)
- Sonntag, 13.3. 11 Uhr "Wien im Mittelalter" (Dr. Ortolf Harl)
- Sonntag, 13.3. 15 Uhr "Die Türken vor Wien" (Dr. Ortolf Harl)
- Donnerstag, 17.3. 16 Uhr Seniorenführung: "Neues aus der Wiener Archäologie" (Dr. Ortolf Harl)
- Donnerstag, 17.3. 18 Uhr "Violinabend/Zwölftonspielabend", Konzert in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Mitwirkende: Prof. Ernst Kovacic, Robert M. Weiß, Rosemarie Salzbrunn, Karl Kravac, Peter Rauscher, Fritz Schabata)
- Samstag, 19.3. 15 Uhr "Herzensbildung im Atomzeitalter", Vortrag in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Dr. phil. Max Thürkauf)
- Samstag, 19.3. 16 Uhr "Wien bis ans Ende des Mittelalters" (Dr. Günter Düriegl)
- Sonntag, 20.3. 10 Uhr "Anmerkungen zur Geschichte Wiens - eine Auswahl aus der Schausammlung" (Dr. Günter Düriegl)
- Sonntag, 20.3. 15 Uhr "Vom Planriß des Augustin Hirschvogel bis zur Scenographie des Joseph Daniel Huber" (Dr. Günter Düriegl)
- Donnerstag, 24.3. 16 Uhr Seniorenführung: "Anmerkungen zur Geschichte Wiens - eine Auswahl aus der Schausammlung" (Dr. Günter Düriegl)
- Samstag, 26.3. 15 Uhr "Die 44 Tropen", Vortrag in der Josef Matthias Hauer-Ausstellung (Robert M. Weiß)
- Sonntag, 27.3. 10 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - zum 100. Geburtstag am 19. März 1983" (Robert M. Weiß)
- Sonntag, 27.3. 15 Uhr "Wien unter Kaiser Franz Joseph" (Dr. Renata Kassal-Mikula)
- Donnerstag, 31.3. 16 Uhr Seniorenführung: "Wien unter Kaiser Franz Joseph" (Dr. Renata Kassal-Mikula)
- HAYDN-MUSEUM, WIEN 6, HAYDNGASSE 19
- Sonntag, 27.3. 10.30 h Übersichtsführung durch das Haydn-Museum mit Brahms-Gedenkraum (Dr. Adelbert Schusser)

RÖMISCHE RUINEN UNTER DEM HOHEN MARKT, WIEN 1, HOHER MARKT 3  
 Dr. Ortolf Harl führt am Dienstag, dem 1., 8. und 29.3. um 16 Uhr.

VIRGILKAPELLE, WIEN 1, U-BAHN-STATION STEPHANSPLATZ  
 Dr. Ortolf Harl führt am Mittwoch, dem 2., 9. und 30.3. um 16.30 Uhr.

NEIDHART-FRESKEN, WIEN 1, TUCHLAUBEN 19  
 Dr. Ortolf Harl führt am Dienstag, dem 1., 8. und 29.3. um 17 Uhr.

UHRENMUSEUM, WIEN 1, SCHULHOF 2

Sonntag,	6.3.	10 Uhr	"800 Jahre Uhrmacherkunst" (Franz Scharinger)
Sonntag,	6.3.	11 Uhr	"Spielwerke aus Holz und Metall" (Franz Scharinger)
Sonntag,	20.3.	10 Uhr	"Die unterschiedlichen Funktionen der Uhren" (Franz Scharinger)
Sonntag,	20.3.	11 Uhr	"Flötenuhren und singende Vögel" (Franz Scharinger)
Samstag,	26.3.	15 Uhr	Übersichtsführung (Otto Kamleithner)

ALLE FÜHRUNGEN MIT VORFÜHRUNGEN!

Für geschlossene Gruppen ab acht Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65, für das Historische Museum und die übrigen Museen und Gedenkstätten der Stadt Wien unter der Nummer 42 804/741 Kl. 49.

NNNN



# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 17. Februar 1983

Blatt 411

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:           Graz und Benya besichtigten Konferenzzentrum  
(grau)

Kommunal:               Wien hat 1,531.346 Einwohner  
(rosa)

Politik:                 Graz legte SPÖ-Wahlprogramm vor  
(rosa)                   Papandreou im Rathaus  
                              Wiener FPÖ stellte Gemeinderatskandidaten vor

Lokal:                  "Huber-Park" in Ottakring  
(orange)                Wien bietet für Langläufer sechs Loipen an  
                              40jähriges Dienstjubiläum von Dr. Delabro

Termine:                Ballkalender  
(weiß)                 Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen  
                              Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur  
über FS:                16.2. Arbeitsbroschüren erschienen

.....  
Bereits am 16. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Gratz und Benya besichtigten Konferenzzentrum

=++++

12 Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Das Konferenzzentrum biete für Wien die Möglichkeit, daß die Bundeshauptstadt nicht nur in der Vergangenheit als Begegnungsort gelte, erklärte Mittwoch nachmittag Bürgermeister GRATZ bei einer Besichtigungstour für eine Betriebsrätelegation aus den Bundesländern. Die Delegation wurde von ÖGB-Präsident Anton BENYA angeführt, für die Stadt Wien nahm auch Stadtrat Peter SCHIEDER teil.

Zehntausende Gäste würden nach Fertigstellung des Konferenzzentrums jährlich nach Wien kommen können, während für den Rechtsanwältetekongreß im kommenden Jahr mit 5.000 Teilnehmern die Stadthalle um mehrere Millionen umgebaut werden müsse. Wie die UNO-City bringe auch das Konferenzzentrum Beschäftigung für Betriebe in ganz Österreich und wie bei der UNO-City würden alle jene, die jetzt dagegen sind, bei der Eröffnung sicherlich in der ersten Reihe sitzen, schloß der Bürgermeister. (Schluß) rö/di

NNNN

"Huber-Park" in Ottakring

=++++

2 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte kürzlich den Ankauf der Liegenschaft 16, Hubergasse 15. Das Areal ist insgesamt 4.177 Quadratmeter groß. Im Innenhof der Wohnhausanlage befindet sich ein schöner Altbaumbestand. Nach Absiedlung von Gewerbebetrieben wird es möglich sein, auf dieser Fläche einen öffentlichen Park zu schaffen, den "Huber-Park".  
(Schluß) fk/ap

NNNN

Wien bietet für Langläufer sechs Loipen an (1)

Utl.: Eine weitere Loipe wird noch präpariert

=++++

3 #Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Wien wird zur Stadt für Langläufer: um bei der derzeitigen Witterung die Freizeitmöglichkeiten innerhalb der Stadt zu erweitern, wurden auf Initiative von Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER bereits sechs Loipen - am Cobenzl, auf der Donauinsel/Südteil, am Laaer Berg, auf den Steinhofgründen, im Prater sowie im Bereich Sophienalpe - präpariert.#

Eine weitere Loipe soll morgen im Donaupark gespurt werden.

Bei drei der Loipen gibt es außerdem auch einen Verleih für Langlaufausrüstungen: bei der Loipe am Cobenzl und bei der Loipe im Südteil der Donauinsel steht der Verleih jetzt schon zur Verfügung, bei der Loipe am Laaer Berg, die beim Parkplatz des Böhmisches Praters beginnt (aber auch vom Parkplatz bei der Bitterlichstraße zu erreichen ist) wird ab dem kommenden Wochenende der Ausrüstungsverleih aufsperrern.

Zusätzlich zu diesen Langlaufmöglichkeiten wurden noch drei weitere geschaffen. Eine Loipe befindet sich im Erholungsgebiet der Steinhofgründe und beginnt beim Eingang bei der Feuerwache in der Johann-Staud-Straße. Eine weitere Loipe führt von der Jesuitenwiese im Prater zum Lusthaus und zurück. Einziges kleines Hindernis dabei: man muß eine Straße überqueren und dazu die Bretteln abschnallen. Die dritte neue (und längste) Loipe wurde mit Unterstützung der Bundesforste beim Parkplatz bei der Sophienalpe angelegt und führt auf einem zehn Kilometer langen Rundkurs zurück zum Ausgangspunkt.

Morgen, Freitag, soll außerdem eine weitere Langlaufstrecke im Donaupark präpariert werden, die ab dem Nachmittag zur Verfügung stehen wird.

Wer Schifahren dem Langlauf vorzieht, hat auf der Hohen-Wand-Wiese Gelegenheit dazu. Der Lift ist unter der Woche von 12 Uhr bis in die Abendstunden in Betrieb, am Wochenende beginnt der Liftbetrieb schon um 9.30 Uhr. (Forts.) hs/gg

NNNN

Wien bietet für Langläufer sechs Loipen an (2)

Utl.: Zwei Rodelbahnen in Wien

=++++

4 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Auch für Rodler gibt es sportliche Angebote - etwa die Rodelbahn am Gallitzinberg, die gesäubert und vereist wurde.

Heute, Donnerstag, soll außerdem eine Rodelbahn am Laaerberg mit Hilfe der Feuerwehr und des Pistengeräts von der Hohe-Wand-Wiese hergerichtet werden. Diese Rodelbahn, die auf 400 Meter Länge einen Höhenunterschied von 40 Metern überwindet, wird vereist und ist vor allem für sportliche Fahrer bestimmt. Kleinkinder sollten die Rodelbahn am Laaerberg nicht benützen - für sie stehen aber in der näheren Umgebung mehrere Rodelhügel zur Verfügung. (Schluß) hs/ko

NNNN

Gratz legte SPÖ-Wahlprogramm vor (1)

=++++

5 Wien, 17.2. (RK-POLITK) Unter dem Motto "Bewußt sehr detailliert" legte Donnerstag Bürgermeister Leopold GRATZ in einem Pressegespräch das Wahlprogramm der Wiener Sozialistischen Partei vor. Gratz meinte, die SPÖ-Wien sei nicht ein politischer Kurzstreckenläufer, der nur möglichst rasch zu einem Termin erfolgreich sein wolle. Daher gehe das Programm über die nächsten fünf Jahre hinaus. Die wichtigsten Punkte des Wahlprogrammes sind die Sicherung der wirtschaftlichen Basis Wiens, die Schaffung und Erhaltung einer humanen Umwelt und die Stadterneuerung. Gratz, der es als sein Wahlziel bezeichnete, zur Bestätigung seiner Politik mit der SPÖ wieder annähernd in gleicher Stärke einzuziehen, ging dann auf zwei Punkte näher ein. Zur von der ÖVP geforderten vollbiologischen Klärung der Abwässer meinte Gratz, einerseits sei diese nicht vor Bau der Staustufe Hainburg nötig, und zweitens müsse sie nach dem Verursacherprinzip zumindest teilweise von den Kraftwerkebauern mitbezahlt werden. Zur umstrittenen Flötzersteigstraße meinte Gratz, wenn es gelinge, die enorm kostenintensive Tieflage im abgesenkten Wientalbett zu erreichen, wäre der Flötzersteig sicherlich nicht nötig.

Über etwaige Chancen von Grün- und Alternativgruppen könne er derzeit noch nichts Konkretes sagen, meinte Gratz. Man werde sich aber genau mit ihren Forderungen auseinandersetzen. (Forts.) rd/ap

NNNN

Gratz legte SPÖ-Wahlprogramm vor (2)

Utl.: Vertrauensbasis zu ÖVP erschüttert

=++++

6 Wien, 17.2. (RK-POLITIK) Seine Einschränkung der Bereitschaft, nach der Wahl mit allen Parteien die Arbeitsprogramme zu besprechen, sei zum Teil natürlich einer Verärgerung entsprungen, erklärte Donnerstag Bürgermeister Leopold GRATZ. Wenn man Politik nicht als Computer betrachte, sondern auch um die menschliche Seite bemüht sei, könne man eben nicht im Interesse politischer Argumentation behaupten, daß Gratz Delabro nur wegen dem Wahlkampf gehalten habe. Das betreffe die fundamentale Frage der politischen Behandlung des Schicksals eines Einzelmenschen, der sich im Amt immer korrekt verhalten hat. Es sei auch enttäuschend, wenn um den Wert einer politischen Aussendung und eines politischen Erfolges die Einrichtung des sogenannten Weißen Tisches im Stadtsenat - bei dem die Beamten aus dem Raum geschickt werden, um gewisse Dinge ohne Öffentlichkeit und ohne Protokoll offen besprechen zu können - so verwendet werde. Das sei der zweite Punkt, in dem die Vertrauensbasis zur ÖVP erschüttert sei. Aber es gehöre sich eben, alle Parteien nach der Wahl zu den Zielvorstellungen zu befragen.

Zu der ÖVP-Forderung nach einem weisungsfreien Kontrollamt meinte Gratz, da Wien verfassungsmäßig keine Länderverwaltung, sondern eine Gemeindeverwaltung hat, könne es keine organisatorische Einheit geben, die nicht im Wege über den Bürgermeister dem Gemeinderat verantwortlich ist. Er habe aber nie irgendwelche Änderungen an Kontrollamtsberichten vorgenommen. Die Übermittlung der Berichte direkt an den Kontrollausschuß und die Übergabe des Vorsitzes im Kontrollausschuß an die kleinste Oppositionspartei wären auch seine Vorschläge gewesen, betonte Gratz. (Schluß) rd/ko

NNNN

## Papandreou im Rathaus

=++++

7 #Wien, 17.2. (RK-POLITIK) Der griechische Ministerpräsident Andreas PAPANDREOU wurde Donnerstag von Bürgermeister Leopold GRATZ im Wiener Rathaus empfangen und trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. #

Gratz verwies darauf, daß Wien wieder ein internationaler Treffpunkt der Politik und Wirtschaft geworden ist. Dazu genüge nicht die Berufung auf die Traditionen, dazu war eine zielstrebige Politik notwendig, von der Außenpolitik bis zu den notwendigen Investitionen in der Stadt. "Wir wollen", so Gratz, "keine zweigeteilte Stadt, eine schöne für die Gäste und eine andere für die Bewohner. Wenn sich die Bewohner in ihrer Stadt wohlfühlen, werden es auch die Gäste tun." Gratz betonte, daß Papandreou von der Stadt Wien nicht nur als Ministerpräsident eines befreundeten Landes begrüßt werde, sondern auch als Mensch, der sich in seinem ganzen Leben für die Demokratie eingesetzt hat.

Papandreou verwies auf die gemeinsamen Erfahrungen Griechenlands und Österreichs im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie. Das Wiener Rathaus ist ein Symbol der Demokratie, weil hier die Mitwirkung der Bürger bei der Gestaltung ihrer Stadt manifestiert ist. In Griechenland wurde die staatliche Gewalt stark zentralisiert. Erst jetzt ist es ein wichtiges Ziel, die regionale Selbstverwaltung als Keimzelle der Demokratie herzustellen. (Schluß)

sti/ko

NNNN

Wiener FPÖ stellte Gemeinderatskandidaten vor

Utl.: Partik-Pable kandidiert auch für den den Gemeinderat

=++++

8 Wien, 17.2. (RK-POLITIK) Ihre Kandidaten für die Gemeinderatswahl stellte die Wiener FPÖ Donnerstag in einer Pressekonferenz vor. Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL ist wieder Spitzenkandidat, die beiden anderen FPÖ-Mandatäre im Wiener Gemeinderat, Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ und Friedrich KUCHAR, folgen auf Platz zwei und drei. An vierter Stelle steht Mag. Hilmar KABAS, gefolgt von Dr. Helene PARTIK-PABLE, die auch für den Nationalrat kandidiert.

Mit ein bißchen Mandatsglück werde die FPÖ in Wien mehr Mandate als bisher erreichen, erklärte Bundes- und Wiener Landesparteiobmann Dr. Norbert STEGER. Wahlziel für die Wiener Gemeinderatswahl sei das Halten der drei Mandate, ein viertes zu gewinnen und sich an das fünfte heranzuwagen.

Große Chancen auf Stimmengewinne bei enttäuschten SPÖ-Wählern sieht Dr. Hirnschall, da seine Partei in den letzten fünf Jahren Umwelt- und Grünprobleme konsequent angegangen ist und glaubwürdig vertreten hat. (Schluß) en/gg

NNNN

Wien hat 1,531.346 Einwohner (1)

Utl.: Überprüfung des Volkszählungsergebnisses von 1981 gab der Stadt Wien recht

=++++

9 #Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Wien hat zum Stichtag 12. Mai 1981 eine Wohnbevölkerung von 1,531.346 Personen. Das sind um 15.680 Personen mehr als die damals abgehaltene Volkszählung ergeben hatte, bei der viele Wienerinnen und Wiener ihr Wochenendhaus oder ihre Sommerwohnung als ordentlichen Wohnsitz angegeben hatten. Das gab der Präsident des österreichischen Statistischen Zentralamtes, Dr. Josef SCHMIDL, Donnerstag vormittag bei einer Pressekonferenz von Innenminister Erwin LANC bekannt.#

Auf Grund des Volkszählungsergebnisses von 1981 erhob die Stadt Wien bekanntlich Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Dieser gab der Beschwerde statt und hob das Volkszählungsergebnis auf. Gleichzeitig nannte er erstmals umfassende Kriterien für die Bestimmung des ordentlichen Wohnsitzes. Dadurch war es möglich, die Reklamationen einzelnen Gemeinden, die der Meinung waren, daß Personen fälschlich anderer Gemeinden zugeordnet wurden, zu behandeln. Die klare Aussage, daß Wochenendhausbesitzer und Inhaber von ständigen Sommerwohnungen ihren ordentlichen Wohnsitz nicht am Ort der Freizeitwohnungen haben, führte nun nach der Überprüfung aller reklamierten Fälle vor allem zu einer Rückführung solcher Personen aus Niederösterreich und dem Burgenland nach Wien. (Forts.)  
sc/gg

NNNN

Wien hat 1,531.346 Einwohner (2)

Utl.: Um 100 Millionen mehr aus dem Finanzausgleich

=++++

10 Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt wurden vom Statistischen Zentralamt rund 52.000 Reklamationen in mehr als 1900 österreichischen Gemeinden überprüft. Allein von der Stadt Wien waren es rund 30.000 Reklamationen. 15.680 Personen wurden nun der Stadt Wien zugeordnet. Dementsprechend sind auch die Verluste an Wohnbevölkerung in Niederösterreich mit 11.288 und im Burgenland mit 2.503 Personen am größten. Die Zurechnung der Wohnbevölkerung erfolgte nach objektiven Kriterien, wobei vor allem überprüft wurde, ob

- sich die Wohnung am Ort der Arbeit befindet,
- die Wohnung am Arbeitsort überwiegend genutzt wird und
- auch der Familienverband am Arbeitsort wohnt.

Nach wie vor ist es allerdings möglich, daß jemand zwei Wohnsitze hat. Dann kann er selbst entscheiden, welchen davon er als "ordentlichen Wohnsitz" deklariert.

Wie Innenminister Lanc bekanntgab, bewirkt das neue Volkszählungsergebnis, daß nicht vier, sondern nur drei Nationalratsmandate von Wien in die westlichen Bundesländer abwandern. Ein Mandat wird von der Steiermark in den Westen gehen. Der Bundesrat wird voraussichtlich um zwei Mandate reduziert werden, von denen eines Kärnten und eines Oberösterreich verliert.

Das neue Zählungsergebnis wird sich auch auf den Finanzausgleich auswirken: Wien wird aus dem Finanzausgleich mehr Mittel erhalten, rund 100 Millionen im Jahr. (Schluß) sc/ko

NNNN

40jähriges Dienstjubiläum von Dr. Delabro

=++++

11       Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Das Dekret über die vierzigjährige Dienstzugehörigkeit bei der Stadt Wien überreichte Donnerstag Personalstadtrat Franz NEKULA an Dr. Fritz DELABRO, der am Mittwoch als Kontrollamtsdirektor zurückgetreten ist.

Delabro ist seit 1946 bei der Stadt Wien tätig, unter Anrechnung der Militärzeit ergibt sich daher das 40jährige Dienstjubiläum. Personalstadtrat Nekula erinnerte an die vielen Verdienste, die Delabro mit seiner Tätigkeit für die Stadt Wien erbracht hat. Wien zählt heute zu den bestverwalteten Städten der Welt, nicht zuletzt wegen der guten Kontrolle. Es ist bedauerlich, erklärte Nekula, daß private Angelegenheiten dazu geführt haben, daß er heute diese Tätigkeit nicht mehr ausüben könne. (Schluß) en/gg

NNNN

## Ballkalender

=++++

Wien, 17.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

## SAMSTAG, 19. FEBRUAR:

Gschnas der Markt-, Straßen- und  
Wanderhändler

Albert-Sever-Saal

Ball der Eisenbahner

Baumgartner Casino

75. Alpenfreunde-Kränzchen

Haus der Begegnung Döbling

Floridsdorfer Ball

Haus der Begegnung Floridsdorf

Ball des Tauchklubs Austria

Haus der Begegnung Mariahilf

Ball der Tanzschule Dick Roy

Hotel Hilton

Ball der Landesinnung Wien der  
Kürschner

Hotel Inter-Continental

Jazzbandball (Gschnas) Nr. 2  
"High Society"

Hotel Wimberger

Ball des Bildungsreferates -  
Postamt 1010

Kursalon

37. Roter-Nelken-Ball

Messepalast

Ball der Fachgruppe des Güter-  
beförderungsgewerbes

Parkhotel Schönbrunn

Ball der Bundesgendarmarie

Sofiensäle

Fünfhauser Ballnacht

Hotel Bohemia

## SONNTAG, 20. FEBRUAR:

Ball der Pensionisten

Haus der Begegnung Döbling

## DONNERSTAG, 24. FEBRUAR:

Ball der Fotohändler

Hotel Inter-Continental

## FREITAG, 25. FEBRUAR:

Ball der Sozialistischen Fraktion,  
Verbundgesellschaft

Albert-Sever-Saal

Ball der Tanzschule Heidenreich

Hotel Hilton

Ball der Gewerkschaft der  
Eisenbahner

Kongreßhaus

Ball des Landesverbandes des  
österreichischen Alpenvereins

Kursalon

Ball der Feuerwehr der Stadt Wien

Sofiensäle

## Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen

=++++

Wien, 17.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

## DIENSTAG, 22. FEBRUAR:

Floridsdorf, 21, 15 Uhr, Bezirksvorstehung 21

## MITTWOCH, 23. FEBRUAR:

Favoriten, 10, 17 Uhr, Bezirksvorstehung 10

Meidling, 12, 15 Uhr, Bezirksvorstehung 12

## DONNERSTAG, 24. FEBRUAR:

Rudolfsheim-Fünfhaus, 15, 16 Uhr, Bezirksvorstehung 15

Wieden, 4, 18 Uhr, Bezirksvorstehung 4

Währing, 18, 17.30 Uhr, Bezirksvorstehung 18

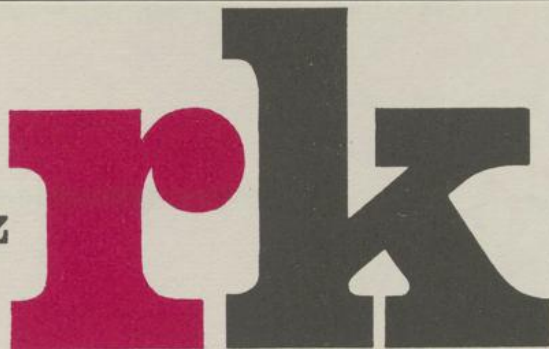
## Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 17.2. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 18. Februar 1983

Blatt 424

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) Intensiv-Förderungskurse für Schwerstbehinderte  
Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981

Lokal: Wiens neue Rodelbahn liegt am Laaer Berg  
(orange)

Nur  
über FS: Hetzendorfer Pelzmodelle beim Kürschnerball  
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters  
Baracke in Brand geraten

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

1 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) mit der Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), was unternommen wird, um die 397 freien Dienstposten bei den Wiener Stadtwerken ehestens zu besetzen, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß eine Informationsaktion geplant ist, und eine Kontaktaufnahme mit der Magistratsabteilung 2 erfolgte, um weiteres Personal aufzunehmen. Die Überstundenleistungen haben sich zu einem Großteil verringert, da termingebundene Arbeiten erledigt sind und wegfallen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Arbeitsmarktverwaltung nicht in der Lage sei, Dienstposten zu vermitteln, stellte StR. HOFMANN fest, daß eine wesentliche Reduzierung des Personalunterstandes bereits erfolgt sei. Nur in der Sparte des Fahrdienstes gibt es noch offene Stellen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich StR. Hofmann an den Sozialminister wenden wird, mit der Bitte, Arbeitssuchende an die Wiener Stadtwerke zu vermitteln, stellte StR. Hofmann fest, daß eine Kontaktaufnahme mit der Arbeitsmarktverwaltung bereits erfolgt sei.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), welche Maßnahmen auf dem Sektor Verkehrsberuhigung 1983 gesetzt werden, unterschied StR. Hofmann zunächst zwischen den definitiv ausgestalteten Fußgängerzonen und den provisorischen Maßnahmen, die auf die Wünsche der Bezirksvertretungen zurückgehen. Von 50 möglichen Maßnahmen wurden 20 bereits realisiert, insgesamt wurden für die Verkehrsberuhigung im Vorjahr 45,4 Millionen beantragt. 1983 werden in nahezu allen Bezirken Wiens Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung getroffen. Die Bevölkerung wird darüber informiert. Sollte sich die eine oder andere Wohnstraße als unzweckmäßig erweisen, wird der frühere Zustand wieder hergestellt.

(Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

-++++

2 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), ob geplant ist, zwischen dem Hietzinger Friedhof und der Maria Theresien-Kaserne ein Blockheizwerk zu errichten, antwortete StR. VELETA, daß für dieses Gebiet einige Varianten ausgearbeitet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wo das Blockheizwerk errichtet werden soll, verwies StR. Veleta auf die drei möglichen Standortbestimmungen der Studie: eine Möglichkeit wäre, ein Blockheizwerk direkt auf dem Areal der Maria Theresien-Kaserne, die zweite Möglichkeit wäre eine Erweiterung der bestehenden Kesselhausanlage des ORF und als dritter Standort käme ein Areal zwischen der Maria Theresien-Kaserne und dem ORF in Frage. Derzeit erscheint die Variante zwei am ehesten möglich. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch die dritte Variante noch in Betracht gezogen wird, und wann mit einer Realisierung zu rechnen sei, sagte StR. Veleta, daß derzeit intensive Verhandlungen mit dem ORF geführt werden, ein genauer Zeitpunkt zur Realisierung kann noch nicht angegeben werden. Das Ziel sei eine Einigung der Heizbetriebe Wien mit dem ORF. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP), wieviele Zwischenfälle bei der EBS im Jahr 1982 ein Einschreiten der Feuerwehr notwendig gemacht haben, wird wegen Erkrankung des Antragstellers auf schriftlichem Wege beantwortet.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HIRSCH (SPÖ), ob sich die sogenannte Straßenmusikverordnung bewährt hat, sagte StR. Dr. ZILK, daß durch die Verordnung die Frage der Straßenmusik in bezug auf Zeit, Ort und Form zufriedenstellend geordnet werden konnte.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Bundespolizeidirektion in den Jahren 1981/82 ein Überhandnehmen von Bettelmusikanten und Gammlern bemerkt hat, sagte Zilk, daß hier zwei Problemkreise angesprochen werden. Zum ersten die Frage der Straßenmusik, die, wie schon gesagt, zufriedenstellend geordnet werden konnte, und zum zweiten das Problem der "Nicht Seßhaften". Nach Mitteilung der Bundespolizeidirektion stellt die Straßenmusik kein Problem dar. Auf Einzelpersonen, wo das Musizieren Erwerbscharakter annimmt, sind die Steuerbehörden aufmerksam gemacht worden. Im Übrigen bejahen rund 80 Prozent der Bevölkerung die Straßenmusik.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum die Verordnung heuer schon ab 1. Jänner wirksam gemacht wurde, und ob es eine diesbezügliche Absprache mit der Bezirksvertretung gegeben hat, sagte Zilk, das Inkrafttreten der Verordnung ab Jänner sei wegen des milden Wetters erfolgt. Im Übrigen sei die Verordnung in Übereinstimmung mit dem Bezirksvorsteher in Kraft gesetzt worden. Wie schwer einem manchmal der Konsens gemacht werde, zeigten die Angriffe in der ÖVP-Zeitung "City-Wien", die trotz dieser Übereinstimmung gegen die Straßenmusik unternommen wurden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ROSENBERGER (SPÖ), ob die Stadt Wien die Absicht hat, gemeindeeigene Siedlungshäuser an deren Mieter zu verkaufen,, sagte StR. HATZL, das sei nicht der Fall.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Konsequenzen ein derartiger Verkauf hätte, sagte Hatzl, dadurch würden zwei Klassen geschaffen: jene, die genügend Geld zum Ankauf hätten, und die anderen die die Mittel nicht aufbringen könnten. Größere Probleme würden auch bei der Einhebung der Betriebskosten und Steuern entstehen, da die Anlagen eine wirtschaftliche Einheit sind. Letzten Endes würde durch eine derartige Politik auch das Angebot der Stadt Wien für Wohnungswerber verknappt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was von einem Brief der ÖVP an die Mieter von Siedlungshäusern zu halten sei, in dem auf die Vorteile im Bezug auf die Übertragbarkeit und Verwertbarkeit der Häuser bei einem Ankauf hingewiesen wird, sagte Hatzl, daß das Eintrittsrecht für die Kinder auch bei der Hauptmiete gesichert sei. Die bessere Verwertbarkeit könne man nur als Aufforderung zur Spekulation verstehen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. KUCHAR (FPÖ), wieviele unvermietete Wohnungen der Stadt Wien seit Anfang 1983 angeboten wurden, um von der Abgabe auf unvermietete Wohnungen befreit zu werden, gab Wohnbaustadtrat HATZL (SPÖ) die Zahl mit 29 an.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele unvermietete Wohnungen zur Weitervermietung gemeldet wurden, verwies StR. HATZL auf die Beantwortung der Anfrage, die Zahl beträgt 29.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele unvermietete Wohnungen besteuert werden, betonte StR. HATZL, daß diese Antwort nur vom Finanzressort gegeben werden könne.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. RAUTNER (SPÖ), ob die Stadt Wien die im Bereich des Wohnbaues vorgesehenen Beträge 1982 ausgeschöpft habe, gab StR. HATZL bekannt, daß die Mittel im Vorjahr sogar überschritten wurden. Im Bereich des Personalwohnbaus wurden fünf Millionen mehr ausgegeben, beim städtischen Wohnhausbau fast drei Milliarden. Diese Beträge wurden 1982 bauwirksam. Die Inanspruchnahme des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes hat es ermöglicht, daß im Vorjahr insgesamt mehr als 8.200 Wohnungen gefördert werden konnten. Auch im Bereich der Wohnhäusererhaltung wurden die Budgetansätze und die Zusatzkredite voll ausgenützt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich das beschäftigungspolitisch ausgewirkt habe, sagte StR. HATZL, daß es auf den Baustellen nahezu tausend Beschäftigte mehr gab. Auch Kündigungen wurden zurückgezogen. Die Bauprogramme wurden so ausgelegt, daß eine Winterbeschäftigung möglich ist. Mit Jahresende waren 7.200 Wohnungen in Bau, das sind 700 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, das brachte auch eine Steigerung der Beschäftigungszahlen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es abschätzbar sei, wie sich das Sonderprogramm im Baubereich auswirkt, stellte StR. HATZL fest, daß die Wiener Entwicklung weitaus günstiger sei, als in anderen Bundesländern. Auch heuer werden zusätzliche Impulse gesetzt. 1983 werden um 300 Wohnungen mehr gefördert, als ursprünglich beabsichtigt. Das ist eine wichtige Steigerung, die rasch bauwirksam sein wird. Auch im Bereich der Instandsetzung der städtischen Wohnhäuser werden Arbeiten vorgezogen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), welche Ansprüche Dr. Freudenreich anlässlich seines Ausscheidens als Leiter der begleitenden Kontrolle beim AKH zustehen, antwortete StR. MAYR, Dr. Freudenreich sei nicht beim AKH, sondern bei der VAMED Chef der begleitenden Kontrolle. Dort habe er einen Konsulentenvertrag, in dem für den Fall der Auflösung keine Ansprüche auf Abfindung oder Pension vorgesehen sind.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Dr. Freudenreich anlässlich des Ausscheidens als Generaldirektor der AKPE eine Abfertigung zustehe, antwortete StR. MAYR, das sei nicht der Fall.

Auf die ZWEITE ANFRAGE, wie sich jetzt die begleitende Kontrolle zusammensetze, antwortete StR. Mayr, sie sei unverändert, Dr. Freudenreich übe nach wie vor seine Funktion aus. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria KUHN (SPÖ), welche Vorleistungen der Stadt Wien bei der Errichtung der U-Bahnlinien U 3 und U 6 vom Bund anerkannt wurden, antwortete StR. MAYR, wesentliche Planungs- und Grundfreimachungskosten vor dem 1. Jänner 1983, sowie Arbeiten im Rahmen der Errichtung des Grundnetzes, wie zum Beispiel bei der Station Stephansplatz oder der Adaptierung der Gürtelstrecke, wurden vom Bund anerkannt. Die Summe der anerkannten Vorleistungen betrage 1,2 Milliarden Schilling, wovon 50 Prozent der Bund beglichen habe.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dieser Betrag für das Jahr 1982 vom Bund bereits entrichtet worden sei, antwortete StR. MAYR, der gesamte Betrag wurde bereits teilweise durch direkte Zahlung, teilweise in Form eines Kredites, bei dem der Bund die Tilgung trägt, beglichen. Für das Jahr 1983 sei im Bundesbudget Vorsorge getroffen, die Mittel werden nach dem Baufortschritt refundiert.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob im Jahr 1982 bereits Aufträge vergeben wurden, antwortete StR. MAYR, erste Aufträge seien vergeben worden, vor allem konnten aber alle Sperren im Voranschlag aufgehoben werden. Dadurch konnte beispielsweise die Bestellung der Wagen für die U 6 vorgezogen werden, womit eine Auftragslücke bei einer Wiener Waggonfirma geschlossen werden konnte. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wie das Ergebnis der Verhandlungen mit den ÖBB betreffend das Areal des Nordbahngeländes an der Lassallestraße sei, antwortete StR. VELETA seitens seiner Geschäftsgruppe gebe es keine Verhandlungen mit den ÖBB.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum in dieser zukunftssträchtigen Frage keine Gespräche geführt werden, wo doch heute die betreffende Flächenwidmung beschlossen werden sollte und Bürgermeister Gratz diesen Grund als Bundesgeschenk verlangt habe, antwortete StR. Veleta, der heutige Akt sei Voraussetzung für diese Verhandlungen. Die Bundesbahn sei seines Wissens grundsätzlich bereit, die Nutzung dieser Fläche unter jeder Rechtsform zu übertragen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er glaube, daß die Verhandlungen rascher beendet sein würden als die über die Rennwegkaserne, die seit 10 Jahren laufen, antwortete StR. Veleta - ja, weil die grundsätzliche Bereitschaft der ÖBB vorhanden sei. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

10 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der letzten Gemeinderatssitzung vor der Wahl am 24. April legte Bürgermeister Leopold GRATZ dem Gemeinderat einen Bericht über die Arbeit in der zu Ende gehenden Periode vor. Es ist der Mehrheit in diesem Haus gelungen, ihr Arbeitsprogramm voll zu erfüllen.

Der Bürgermeister erinnerte an seine Rede nach der Wiederwahl 1978 in der er erklärt hatte: "Es ist das Wesen kommunaler Arbeit, daß sie aus vielen tausenden Einzelheiten besteht, vielfach den sogenannten Kleinigkeiten, die sich dann wie ein Mosaik zum Gesamtbild der Stadtentwicklung zusammenfügen." Dennoch habe er damals fünf Bereiche besonders hervorgehoben und wolle dies auch heute tun: Wirtschaft, Wohnen, Gesundheit und Soziales, öffentlicher Verkehr sowie Freizeit.

Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung bilde die Basis für alle anderen Leistungen der Stadt, betonte der Bürgermeister. Die Weltwirtschaftskrise seit dem Jahre 1974, die zu mehr als 30 Millionen Arbeitslosen geführt habe, blieb auch für Österreich und Wien nicht ohne Folgen. Aus wirtschaftlichen und humanitären Überlegungen sei es wichtigstes Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik gewesen, Arbeitsplätze zu schaffen. Und auch 1982 sei es so gelungen die Arbeitslosenrate in Wien mit 3,3 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,7 Prozent zu halten. Was nicht zuletzt auch ein Verdienst des guten Wiener Wirtschaftsklimas gewesen sei.

(Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

11 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als Hauptfaktor der guten wirtschaftlichen Lage der Bundeshauptstadt bezeichnete GRATZ die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien, aber auch die Wiener Wirtschaft, die sich in der Krise als gesund erwiesen habe. GRATZ gab dann einen Überblick über die Tätigkeit des 1973 von ihm gegründeten Wiener Wirtschaftsbeirats. Seit 1973 wurden von der Stadt Wien für Klein- und Mittelbetriebe - also ohne General Motors - mehr als 3.000 Millionen Schilling ausgeschüttet. Auf Grundstücken im Gesamtausmaß von über drei Millionen Quadratmeter wurden 308 Betriebe in Wien neu angesiedelt oder umgesiedelt. Auch sei es im vergangenen Jahr wieder gelungen, durch die Förderung von 1.500 zusätzlichen Lehrplätzen, die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern und durch das Sonderbeschäftigungsprogramm der Bauwirtschaft neue Impulse zu geben.

Zum zweiten Schwerpunkt, dem Wohnbau, meinte der Bürgermeister, die quantitative Wohnungsnot in Wien sei vorbei, geblieben wäre die qualitative Wohnungsnot, der Anteil an unzulänglichen Wohnungen als Erbe der Gründerzeit. In dieser Situation sei es richtig gewesen den Schwerpunkt allmählich von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung zu verschieben.

GRATZ berichtete, daß in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 83.500 Wohnungen mit knapp mehr als 30 Milliarden S gefördert wurden. Daneben wurde aber auch ein neues System der Wohnbeihilfen geschaffen, der kommunale Wohnbau wurde durch Fortschritte der Architektur aufgelockert und die Wohnungsverbesserung auf eine neue Basis gestellt.

Am Beispiel der 1974 erst nach einer umfassenden Informationskampagne erfolgreichen Wohnungsverbesserungsaktion, wie auch am Beispiel von verschiedenen Sozialhilfen befaßte sich der Bürgermeister mit dem zur Zeit unter Oppositionsbeschluß stehenden Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien. (Forts.) r0/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

12 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Jede noch so gute Einrichtung sei wertlos, wenn sie nicht bekannt sei, erklärte GRATZ. Er sei überzeugt davon, daß noch immer in vielen Fällen, die Einrichtungen der Stadt von Menschen die sie benötigen würden, nur deshalb nicht in Anspruch genommen werden würden, weil diese Menschen über die Existenz dieser Einrichtungen nicht informiert seien.. Und Menschen zu helfen, indem man ihnen zeige, was ihnen die Stadt alles biete, um ihnen das Leben zu erleichtern, das könne doch nicht Propaganda sein, betonte GRATZ.

Zum Mietengesetz, von dem die ÖVP gerne behauptete, daß es den Wienerinnen und Wienern ihre Wohnungen unerschwinglich mache und die Häuser dem Verfall preisgebe, meinte GRATZ, man dürfe nicht vergessen, daß die ÖVP dem Gesetz im Nationalrat nur deshalb nicht zugestimmt habe, weil es Obergrenzen für die Mietzinse brachte. Rasche und gründliche Abhilfe kündigte der Bürgermeister gegen Grundstücksspekulation mit Altbauten an.

Beim Kapitel Gesundheit und Soziales befaßte sich Gratz unter anderem auch mit dem Allgemeinen Krankenhaus und betonte, es werde nicht nur vielen Wienerinnen und Wienern sondern auch Patienten aus allen anderen Bundesländern alle Spezialbehandlungen ermöglichen. Wenn dauernd von sechs Milliarden gesprochen werde, die durch Fehlplanungen verloren gegangen seien, so müsse er sich ganz energisch gegen den kalten Zynismus wehren, die Finanzierung neuester medizinischer Entwicklungen als Fehlplanungen zu bezeichnen. Jeder noch so hohe Betrag, mit dessen Hilfe man Menschenleben retten und menschliches Leid überwinden könne, könne doch nie Fehlplanung sein.

Der Bürgermeister würdigte dann den Ausbau der Sozialdienste, die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, sowie den Bau von 33 neuen Schulen. (Forts.) rd/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

13 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als das schwierigste Problem aller modernen Großstädte, bezeichnete Gratz das Verkehrsproblem. Besonders groß sei dieses Problem in einer alten, in Jahrhunderten gewachsenen Stadt, so wie Wien, weil die Straßen und die ganze Konzeption der Stadt nicht für den Autoverkehr angelegt seien. Es müsse daher Aufgabe der Stadtverwaltung sein, ein Leben mit dem aus unserer Welt nicht mehr wegzudenkenden Verkehrsmittel "Auto" möglichst erträglich zu machen. Lärm und Geruchsbelästigung könnten in vielen Fällen nur durch Umfahrungen gemildert werden. Auf solche Straßenbauten könne man nicht verzichten. Es sei keine Ersaprnis, wenn die Bewohner der Simmeringer Hauptstraße weiterhin dem endlosen Bandwurm aus Richtung Schwechat ausgesetzt blieben und es sei auch keine Einsparung, wenn zum Plan der Stadtverwaltung den stark frequentierten Südgürtel in Tieflage zu legen, nichts anderes vorgeschlagen werde, als die Gürtelbewohner einfach abzusiedeln. Dennoch habe der Straßenbau seine Grenzen, sodaß Attraktivität und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel weiter gesteigert werden müßten. Die Frequenzsteigerung durch die U-Bahn um 17 Prozent ermögliche es nun, die Kreditmittel für den beschleunigten Ausbau der U-Bahn zu finanzieren.

Zum Schwerpunkt menschengerechte Umwelt betonte GRATZ neuerlich, daß menschengerechte Umwelt in einer Großstadt, Gestaltung bedeute und nicht Passivität. Nichts tun hätte im Donaupark und Oberlaa eine Mülldeponie gelassen und anstelle des Laaer Waldes eine Steppe. Zum Thema Rinter blieb der Bürgermeister dabei, er vertraue darauf, daß es der österreichischen Industrie und Technik nach anfänglichen Schwierigkeiten möglich sein werde, ein Recycling-Unternehmen aufzubauen, um das man Wien einmal ebenso beneiden werde, wie um sein Wasser. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=+++++

14 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Er bekenne sich nach wie vor dazu, trotz aller Anfangsspannen nicht aufzugeben und den Müll mit seinen immer wertvoller werdenden Rohstoffen wiederzuverwerten, statt aufzuschütten oder zu verbrennen. GRATZ verwies auch darauf, daß Grünpolitik nicht in Bäumchenpflanzungen am Michaeler Platz oder der Verteilung von Gurkensandwiches bestehe, sondern in Weiterführung vorausschauender Politik. 35 Jahre habe es gedauert, bis die versteppte Kuppe des Laaer Berges zu einem Wald geworden war, 20 Jahre, bis aus der Idee des damaligen Bürgermeisters Jonas die Donauinsel entstand.

GRATZ würdigte dann die Wiener Kulturpolitik und betonte, daß die Bundeshauptstadt auf die Einwohnerzahl bezogen die meisten bespielten Theaterplätze Europas hätte. Die Bezirksfestwochen sowie eine Unzahl von Freizeitaktivitäten für Senioren, Kinder und Familien hätten das Kulturghetto des ersten Bezirkes aufgebrochen.

GRATZ berichtete dann über die Verstärkung der demokratischen Möglichkeiten, wie Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, verwies auf die Schaffung des Kontrollausschusses unter Vorsitz eines oppositionellen Abgeordneten, die zunehmende Dezentralisierung der Verwaltung und die Übertragung von Kompetenzen an die Bezirkvertreter. Er stellte fest, daß Wien ohne Zweifel nach wie vor eine der sichersten Großstädte der Welt sei, und bedauerte, daß die personelle Aufstockung bei der Wiener Polizei im Nationalrat mit SPÖ-Mehrheit geschlossen werden mußte. Zur Behebung der vielen kleinen Störungen des täglichen Lebens wäre das Büro für Sofortmaßnahmen und der Bürgerdienst geschaffen worden. (Forts.)  
rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

17 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Weiter erwähnte der Bürgermeisterr die Rechtsbereinigung, die die Voraussetzungen geschaffen habe, alle überflüssig gewordenen Gesetze außer Kraft zu setzen.

Die UNO-City habe garantiert, daß Wien heute seine Funktion als dritte Stadt der Vereinten Nationen voll erfülle, was gleichzeitig auch eine Art permanente Fremdenverkehrswerbung garantiere. Nun müsse aber auch durch den Bau eines Kongreßzentrums sichergestellt werden, daß Wien nicht in wenigen Jahren beim Kongreßtourismus hoffnungslos ins Hintertreffen gerate.

Als drei Beispiele für langfristige Stadtpolitik nannte GRATZ den Bau der U-Bahn, den Hochwasserschutz mit der Donauinsel, sowie die Rettung und Wiederbelebung des ersten Bezirkes. Diese erfolgreichen Arbeiten der vergangenen Jahre müssen nun auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes fortgesetzt werden.

Die kommenden Jahre würden auch nicht leicht werden, meinte der Bürgermeister. Er sei aber überzeugt davon, daß eine Bevölkerung, die unter unvergleich schwierigeren Bedingungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das große Aufbauwerk begonnen und in so großartiger Weise durchgeführt habe, auch mit den kommenden Schwierigkeiten in einer wesentlich reicher gewordenen Stadt fertig werden werde. (Forts.) rö/ap

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

18 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Wie in der letzten Landtagssitzung angekündigt, teilte der Bürgermeister dem Gemeinderat auch den Plan zur Entschwefelung der Wiener E-Werke mit. Bis 1987 wird die Schwefelemission auf die Hälfte, bis 1990/91 mit vier Tonnen pro Jahr auf 15 Prozent des Wertes von 1980 gesunken sein. Dies einerseits durch die Verwendung von Gas und Öl im Verhältnis von 2:1, was durch den vierten Erdgasliefervertrag möglich wird, andererseits durch eine Beteiligung an den Donaustufen und vermehrten Einsatz von Kraft-Wärme-Kupplungen beim Kraftwerk Leopoldau, sowie in den neuen Kraftwerksblöcken. Die Verbindung von optimaler Rauchgasentschwefelung und Kraft-Wärme-Kupplungen, die wieder Fernwärme schaffen, bringe eine minimale Umweltbelastung. Die gesamten E-Werke Wiens werden weniger SO<sub>2</sub> ausstoßen, als das Kraftwerk Dürnrrohr bei maximaler Entschwefelung, betonte der Bürgermeister. (Schluß) rö/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

19 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Abstimmung über die Durchführung der Besprechung der Mitteilung des Bürgermeisters: EINSTIMMIG ANGENOMMEN.

Die Ära von Bürgermeister GRATZ war keine Glanzperiode der Wiener Kommunalpolitik, stellte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest. Nicht umsonst habe sich Bundeskanzler Dr. Kreisky lange Zeit gegen die Wahlzusammenlegung gewehrt. Kein noch so großer Reklameaufwand könne von den Fehlleistungen ablenken. In der zehnjährigen Berichtsperiode habe es in Wien kaum ein größeres Projekt gegeben, das anstandslos und ohne Affären abgewickelt worden wäre. Die Wiener Stadtverwaltung hat von 1973 bis 1983 rund 400 Milliarden Schilling an Steuermitteln ausgegeben. Auch wenn die Mißwirtschaft noch so groß ist, muß dabei etwas zum Herzeigen übrig bleiben.

In den letzten Tagen wurde eine Postwurfsendung von Wien aktuell mit einem Leistungsverzeichnis von A bis Z an die Wiener Haushalte verschickt. Auch ihm fällt dabei ein Alphabet ein, das allerdings das A bis Z der Fehlleistungen beinhaltet, erklärte GR. HIRNSCHALL. Für "A" nannte Hirnschall das Allgemeine Krankenhaus, für "E" EBS, für "K" Kläranlage, für "R" Rinter-AG und für "W" Winter und Wilfling.

Wenn man das gesamte Alphabet der Mißwirtschaft und Mängel Revue passieren läßt, wundere man sich über den Mut der Verantwortlichen, die zehn Jahre als Erfolg zu verkaufen. Man wundere sich auch über den Langmut der Wiener Bürger, man sei allerdings nicht mehr verwundert über den Entschluß der SPÖ, die Nationalratswahl mit der Gemeinderatswahl zusammenzulegen. (Forts.)

ba/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

20 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL wies darauf hin, daß die FPÖ 1972 eine Sonderprüfung der Vergabe bei der Planung des AKHS verlangt hat. Auf Initiative seiner Partei wurde die Überprüfung der Med-CONSULT eingeleitet, die kleine Oppositionspartei hat das Rinter-Projekt als Seifenblase entlarvt.

Die FPÖ hat ihre Aufgabe als Kontrollpartei sehr ernst genommen, sagte GR. HIRNSCHALL, sie sei bereit, diese Aufgabe auch in Zukunft fortzusetzen. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

21 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) sagte, die Bilanz von zehn Jahren SPÖ-Alleinregierung in Wien sei bei weitem nicht so glanzvoll, wie sie Bürgermeister Gratz darstelle. In vieler Hinsicht seien die Verhältnisse heute schlechter als vor zehn Jahren. So sei die Verschuldung Wiens auf 45 Milliarden S gestiegen und das Investitionsvolumen auf 13,7 Prozent gesunken. Die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren seien allein in den letzten fünf Jahren um 190 Prozent gestiegen. Fehlplanungen im Bereich des AKH oder bei der Rinter-AG sowie sonstige Planungsmängel und Korruptionsaffären seien ebenfalls als Negativpunkte zu erwähnen. Es sei daher kein Wunder, daß Bürgermeister Gratz mit der Zusammenlegung der Gemeinderats- und Nationalratswahlen die Flucht nach vorne antrete. HAHN bemängelte ferner, daß die Zusammenarbeit der Stadt Wien mit dem Bund im Bereich der Kasernenverlegung nicht funktioniere, daß der Stadterneuerungsfonds nicht zustande gekommen sei und daß verschiedene Umweltschutzmaßnahmen erst unter dem Druck der ÖVP für die nächsten Jahre angekündigt worden seien. Die Zahl der Sozialfälle habe sich in den letzten Jahren verdreifacht, Gemeindewohnungen seien für viele Wiener bereits unerschwinglich geworden.

Durch die schlechte Wirtschaftspolitik der SPÖ sei die Zahl der Arbeitslosen auf 34.000 angestiegen. Schließlich sei es auch mit der versprochenen Politik der Information und Transparenz nicht weit her, wenn man bedenke, daß von 432 ÖVP-Anträgen der letzten Legislaturperiode 32 noch nicht beantwortet seien. HAHN abschließend: Es sei nun Zeit für eine andere Art von Politik, die von der Wiener ÖVP vertreten werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=+++++

26 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) betonte, daß die Gemeinderatswahlen vorverlegt worden seien, um den Wahlkampf zu komprimieren. Das war keine Wahltaktik, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. "Sonst wäre das ganze Jahr Wahlkampf gewesen".

Die Bilanz, die Bürgermeister Gratz gezogen hat, gibt eine Übersicht der sozialdemokratischen Politik in dieser Stadt. "Wir können heute sagen, daß sich diese Großstadt von allen anderen in der Welt unterscheidet, wir haben gestaltend eingegriffen". Die letzten zehn Jahre waren Jahre der Arbeit ohne Mitarbeit der ÖVP.

GR. SALLABERGER stellte die Leistungen der Stadtverwaltung den Arbeitsprogrammen der SPÖ seit 1945 gegenüber. Alle Punkte seien erfüllt worden. Seit die SPÖ die Alleinverantwortung in der Stadt trägt gibt es mehr Demokratie, mehr Kontrollrechte für die Opposition.

GR. SALLABERGER verwies auf die großartigen Leistungen im Bereich der Stadterneuerung "wir haben in den zehn Jahren seit 1973 eine Stadt so groß wie Linz erneuert. 80.000 Wohnungen wurden im Rahmen der Wohnungsverbesserung und der Stadterneuerung saniert, wir werden dies in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir brauchen keine Gags am laufenden Band, wir brauchen Menschen, die für diese Stadt arbeiten." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

27 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) bezeichnete die Ausführungen seines Vorredners als etwas nostalgisch. Die ÖVP sei mit der vergangenen Legislaturperiode sehr zufrieden, die Opposition habe die politischen Themen in dieser Stadt bestimmt.

In den Ausführungen des Bürgermeisters seien einige wichtige Tatsachen nicht vorgekommen, so zum Beispiel, daß die SPÖ jahrelang U-Bahn und Schnellbahn bekämpft habe, daß die Themen Umwelt und Grün in der Gratz-Erklärung von 1978 gefehlt hätten, daß das Luftreinhaltegesetz auf einen ÖVP-Antrag und die Entschwefelung der Wiener Kraftwerke auf die von der ÖVP ausgelöste Dürnrrohr-Diskussion zurückgehen.

Zur wirtschaftlichen Situation stellte Busek fest, daß die Beschäftigungszahl am produktiven Sektor um 5 Prozent zurückgegangen sei und man dieses Problem nicht in den Griff bekommen habe. Seit 1978 sei durch die Regierungspolitik fast 2.000 Klein- und Mittelbetrieben "das Licht ausgeblasen worden". Wesentliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadterneuerung, die die Wirtschaft hätten beleben können, seien unterblieben. Der von der ÖVP immer wieder geforderte "Stadterneuerungsfonds" sei abgelehnt worden. Das neue Mietengesetz habe als, wie Busek sagte, "asoziale Maßnahme" tausende Menschen an den Rand der Existenz gedrängt. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

28 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Liste der Versäumnisse der Regierungspartei, ließe sich beliebig lang fortsetzen, stellte Busek fest. Es gäbe aber auch Bereiche, in denen er zufrieden sei, wie zum Beispiel den der Kultur, wo sich einiges zum Positiven geändert habe.

Der bunte Vogel sei ein Symbol für eine andere Art von Politik, die jetzt zu erfolgen habe. Dazu zähle Stadterneuerung auf breitester Ebene, Umweltschutz mit Verzicht auf unnötige Straßenprojekte, eine funktionierende Infrastruktur, erschwingliche Wohnungen und eine gerechte Vergabe der Gemeindewohnungen, Bürgernähe und Bürgerinformation.

Die kommende Wahl sei für die Entwicklung der Demokratie richtungsweisend und sollte deshalb eine gewisse Nachdenklichkeit hervorrufen. Faktoren wie die ständig sinkende Wahlbeteiligung, neuauftretende Parteien und die Verdrossenheit der Bevölkerung mit den existierenden Parteien würden das Erscheinungsbild der Politik in Zukunft bestimmen.

Abschließend stellte Busek fest, er sei überzeugt, daß seine Partei das bessere Programm habe und sich am Geist der Demokratie orientieren werde. Aus diesem Blickwinkel müsse auch jede Zusammenarbeit gesehen werden. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

29 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die Wortmeldung von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) meldete sich Bürgermeister GRATZ zu einer tatsächlichen Berichtigung und stellte fest, daß er Niederösterreichs Landeshauptmann Siegfried LUDWIG nie angegriffen habe. Sein Zurückziehen des Einspruches gegen das Kraftwerk Dürnröhr sei von der festen Überzeugung getragen gewesen, daß das Wort Ludwigs mehr wiege und daher ebenso viel wert sei wie ein Bescheid des Gemeinderates. Mit der Forderung nach der höchstmöglichen Entschwefelung habe Ludwig nur sein Wort eingehalten und er - Gratz - sei ihm dankbar dafür.

(Forts.) rö/ap

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

30 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gesetzentwurf zur Novelle der Wohnbauförderung wird eine Vereinheitlichung von Gesetzen auf dem Wohnbausektor und in der Stadterneuerung mit sich bringen, stellte StR. HATZL (SPÖ) fest. Durch die erweiterte Kompetenzmöglichkeit der Länder werden die finanziellen Mittel besser ausgeschöpft werden können. Es wird dadurch sicherlich zu keiner Einschränkung der Wohnbauleistung oder der Stadterneuerung kommen. StR. HATZL kritisierte, daß gerade von jener Partei die Stadterneuerung gefordert wird, die im Bundesrat gegen die Althausmilliarde gestimmt hat. Nicht nur im 1. Bezirk wird Stadterneuerung betrieben, sondern in ganz Wien. Jeder könne sich davon überzeugen. Es sei auch unglaublich, sich für billige Wohnungen einzusetzen und gleichzeitig gegen ein Gesetz zur Einengung der Mietzinse zu stimmen. Gerade durch dieses neue Mietrechtsgesetz, daß die ÖVP im Parlament ablehnte, können 1982/83 rund eine Milliarde Schilling für die Sanierung der städtischen Wohnhausanlagen aufgebracht werden. Dies sei nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Stadterneuerung, sondern gleichzeitig ein kräftiger Impuls für die Bauwirtschaft. Nach dem alten Mietengesetz hätten die Bewohner dieser Häuser über den sogenannten "Paragraph 7" 600 Millionen Schilling mehr an Bankzinsen für die Instandsetzungen zahlen müssen. Stadterneuerung ist im Programm der Wiener SPÖ nicht auf enge räumliche Gebiete begrenzt sondern eine Aufgabe, die die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt umfaßt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

31 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) ging auf den Stadtentwicklungsplan ein, der ja nun eine längere Phase ohne vorausschauende Planung abschließen sollte. Allerdings sei dieser Stadtentwicklungsplan, der nun erst in der kommenden Legislaturperiode beschlossen werden könne, eher als Bestandsaufnahme zu sehen. Es fehle ihm die Zukunftsvision. Es wäre also an der Zeit für konstruktive Änderungsvorschläge, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie haben müßten. Besonders gelte dies für die Verkehrs-, Energie- und Entsorgungsplanung. Die FPÖ habe in allen diesen Bereichen bereits entsprechende Vorschläge gemacht, während die SPÖ die Untertunnelung des Südgürtels lediglich als Wahlkampfschlager bringe. Die FPÖ fordere schon lange den Verzicht auf Hochleistungsstraßen, die Entschwefelung von Kraftwerken auf dem höchstmöglichen technischen Standard und die Reduktion des Schwefelgehaltes im Heizöl auf 0,5 statt der von der Bundesregierung vorgesehenen zwei Prozent. Auch ein Wasserhaushaltsgesetz und ein Abfallwirtschaftsgesetz sei bereits von den Freiheitlichen gefordert worden. Alles in allem sei es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für die Technik und die Wirtschaft zu stellen, um eine schönere, gesündere und lebenswertere Stadt zu erreichen, schloß Pawkowicz.

StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) nahm zu den Ausführungen von GR. PAWKOWICZ Stellung und sagte, daß die SPÖ in Verbindung mit dem Stadtentwicklungsplan auch den gesellschaftspolitischen Überbau dazu geliefert habe. Was das Fehlen der Zukunftsvision betreffe, so sei dies eine Aussage der Ingenieurkammer für Wien und Niederösterreich, die keine Allgemeingültigkeit beanspruchen könne. Für den Südgürtel gebe es entsprechende Tunnelprojekte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Triester Straße. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

32 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPÖ) stellte einleitend fest, daß die SPÖ ihre Politik immer wieder nahtlos fortsetze. Der Vorwurf von Vizebürgermeister Busek, daß sein Vorredner SALLABERGER (SPÖ) in Sachen Nostalgie reite, sei deshalb falsch, weil es für die SPÖ keine Ursache gibt, sich von der eigenen Geschichte zu distanzieren. "Während sie von der ÖVP reden und reden" warf Edlinger der Volkspartei vor, "haben wir gearbeitet, damit unsere Stadt so wie heute dasteht. Wir haben den Beschäftigtenstand gehalten, während es in anderen Ländern Millionen Arbeitslose gibt. Für uns ist Arbeit ein Recht des Einzelmenschen. Nicht nur eine Chance auf einen Arbeitsplatz wie es Busek fordert, sondern ein Recht!"

Am Beispiel der Stadterneuerung zeige sich, was wirklich geleistet wird. Milliarden wurden durch die öffentliche Hand aufgebracht. Die ÖVP hat die Altstadtmilliarde und das Mietengesetz mit dem Erhaltungsbeitrag abgelehnt. Der von der ÖVP geforderte Verzicht auf die Stadtautobahn kostet tausende Arbeitsplätze.

Die Sparvorschläge der ÖVP enthalten unsinnige Punkte. Das alles würde den Verlust auf Bundesmittel und den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen bedeuten. Er bedauere, sagte Edlinger, daß das Wahlprogramm der ÖVP keine Aussagen zu den Themen Soziales, Schulbau, Jugend, Freizeit, Sport, Bildung und öffentlicher Verkehr enthalte. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

33 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) präzisierte seine Vorstellung zur Arbeitsplatzsicherung. "Das Recht auf Arbeit ist derzeit ein Jus nudum, ein nacktes Recht, solange keine Chance auf einen Arbeitsplatz besteht. Wir wollen jedem Bürger eine Chance auf einen Arbeitsplatz bieten."

Die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadt Wien, er vermute auch, daß der Bürgermeister diese nicht selbst verfaßt habe. Am Beispiel der Broschürenserie des PID kritisierte Fürst, daß die Stadtratsvorworte vom Pressereferenten des Bürgermeisters laut Dienstanweisung angeschaut werden sollen. "Der Herr Bürgermeister sollte sie selbst anschauen", forderte GR. Fürst.

Fürst bedauerte ferner, daß kein Wort der Selbstkritik, keine Anerkennung für die Mitwirkung der Bürger gefallen sei. "Mehrheit bedeutet nicht immer Wahrheit".

Die 10-Jahres-Chronik sei bedauerlich. Es stellt eine Weiterführung der Skandale dar." Die Kampagne des PID stellt eine ungeheure Steuergeldverschwendung dar. Es ist ein Mißbrauch von Steuergeld für sozialistische Propaganda."

"Welche Konsequenzen haben Sie aus all den Fehlern gezogen?", fragte GR. Fürst den Bürgermeister. Der Kontrollamtsdirektor mußte wegen privater Fehler seinen Rücktritt einreichen. Der Bürgermeister habe den Rücktritt zwar spät aber doch angenommen. Wo aber blieben die Konsequenzen für all die Fehler, die das Kontrollamt aufgedeckt hat? "Es wäre dem Ansehen der Stadtverwaltung sicher zuträglich", meinte Fürst, würden andere dem Beispiel des Kontrollamtsdirektors folgen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

34 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Wortmeldung von Vizebürgermeister Busek stellte StR. SCHIEDER fest, er gebe zwar gerne zu, daß dieser viel gefordert habe, erreicht habe er aber nichts. Die Maßnahmen wurden durch die Stadtverwaltung gesetzt. So habe auf dem Luftsektor kürzlich ein Auftrag des Bürgermeisters, die Entschwefelung der Wiener Kraftwerke zu überprüfen, zu einem Ergebnis geführt. Die Wiener Luft wird bis 1992 eine Güte habe, von der jede andere Millionenstadt nur träumen kann. Die Belastung wird bis dahin um zwei Drittel gesenkt werden.

Zu den Vorwürfen bezüglich der Informationstätigkeit der Stadt Wien stellte Schieder fest, es würde nur über Dinge berichtet, die auf Beschluß des Gemeinderates geschehen. Würde man den Gedankengang der ÖVP weiterverfolgen, müßte man U-Bahn, Donauinsel und Fußgängerzonen wieder abschaffen, weil diese durch ihr Bestehen Propaganda für die erfolgreiche Tätigkeit der Regierungspartei sind.

Auf dem Grünsektor beweisen die nackten Tatsachen und Zahlen, daß der Vorwurf der ÖVP, es würde nichts geschehen oder die Lage würde sich sogar verschlechtern, nicht stimmt. So wurde zum Beispiel der Wald- und Wiesengürtel - der laut ÖVP immer wieder beschnitten wird - in den letzten zehn Jahren von 52 auf 70 Millionen Quadratmeter ausgeweitet, die Fläche der Parkanlagen von insgesamt 14 auf 16,8 Quadratkilometer, die Anzahl der Alleebäume von 70.000 auf 77.000 erhöht und die der Kleingartenanlagen von 6 auf 6,8 Millionen Quadratmeter, wobei ein Programm für weitere 2.000 Kleingärten vorliege.

"Wenn sich Dr. Busek ins Gras legt, bekommt er davon nur grüne Flecken, wenn ich das tue, ist das der Auftakt zu einer großen Aktion, die allen Wienern die Rasenfreiheit gewährleistet", sagte Schieder zu dem Vorwurf, er habe sich im Gras gewälzt. Das sei auch der prinzipielle Unterschied zwischen der Tätigkeit der ÖVP und der der Regierungspartei. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

35 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Wohnungspolitik und zum Schulwesen nahm GR. KUCHAR (FPÖ) Stellung. In Wien sei es nicht gelungen, die Wohnungsprobleme in den Griff zu bekommen. Die Anzahl der neuen Wohnungen, wird immer geringer, die Wohnungsverbesserung ist nur Stückwerk. Die Zahl der für die Gemeindewohnungen Vorgemerkten ist nicht gesunken, weil immer weniger Gemeindewohnungen gebaut werden. Es werden nur mehr Mittel aus der Wohnbauförderung 1968 in den Neubau investiert und keine Mittel aus dem Wiener Budget. Die Form der Wohnungsvergabe wurde nicht geändert, es gibt kein objektives Punktesystem, das Wohnungsamt hat keinen Überblick über die unbewohnten Gemeindewohnungen. Auch mit dem geförderten Wohnbau geht es bergab. Dem Wohnungssuchenden werden von den gemeinnützigen Bauträgern Angebote gemacht, die nicht eingehalten werden. Die tatsächlichen Kosten zur Eigenmittelaufbringung und für den Mietzins liegen wesentlich höher als das ursprüngliche Angebot. Die Wiener SPÖ habe auch die Initiative zur Vereinheitlichung der Wohnbeihilfe mit der Mietzinsbeihilfe verabsäumt. Das neue Mietrechtsgesetz schaffe nicht die Voraussetzungen dazu, den Menschen in absehbarer Zeit zu qualitativ gutem Wohnraum zu verhelfen. Die Sozialisten stellen sich gegen jede Eigeninitiative und Eigenvorsorge. Eine weitere Forderung der FPÖ sei eine bessere Bausparförderung gewesen.

Im Bereich des Schulwesens gab es eine Reihe von Versprechungen, die nicht eingehalten wurden: beispielsweise, daß es in jedem Wiener Bezirk eine 6-Tage-Schule geben wird, ohne daß die integrierte Gesamtschule eine Angebotsschule bleiben soll. Die regierende Mehrheit in der Stadt habe sich über die Wünsche der Bürger hinweggesetzt. Die FPÖ wird sich dafür einsetzen, daß die Glaubwürdigkeit der Demokratie erhalten bleibt. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

36 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) verwies vor allem auf die Vollbeschäftigungspolitik der Wiener SPÖ. Durch die Erstellung von Sonderprogrammen sei es gelungen, daß heuer tausend Menschen mehr als vor einem Jahr am Bau Arbeit gefunden haben. Vizebürgermeister BUSEK wolle dagegen 12 Milliarden beim Straßenbau einsparen und 10 Milliarden beim Konferenzzentrum - was ein besonderes Rechnungskunststück sei, da nur 4,5 Milliarden verbaut werden. Was den Straßenbau betreffe, so sei es eben notwendig, bestimmte Straßen wie etwa die Süd-Ost-Tangente zu bauen, um die Lebensqualität in weiten Bereichen der Stadt zu verbessern. Ansonsten müsse man wie Busek den ungeheuerlichen Vorschlag machen, Menschen aus ihren Wohnungen abzusiedeln.

Rautner betonte, es sei das Recht der Sozialisten, ihre Leistungen aufzuzeigen. Dazu zählen die Donauinsel ebenso wie der Kurzpark Oberlaa, das ausgebaute Gesundheitswesen ebenso wie die verbesserte Umwelt, die Maßnahmen in der Familienpolitik ebenso wie die in der Sozialpolitik, die Energiesicherung ebenso wie die Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs und schließlich die Chancengleichheit durch ein optimales Schulsystem ebenso wie der Zugang zum Recht für alle.

Wenn die ÖVP unbedingt von Skandalen oder Fehlleistungen reden wolle, so solle sie in ihren eigenen Reihen forschen. Gelegenheit dazu gebe es genug, man vermisse nur die jeweiligen Konsequenzen.

Rautner betonte, die SPÖ werde auch in Zukunft dafür arbeiten, daß das Leben in dieser Stadt und diesem Land weiterhin besser und schöner werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

37 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bedauerte, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage das Beschäftigungsprogramm dem Gemeinderat nicht vorgestellt worden sei. Die Lage darf nicht leicht genommen werden. Und auch der Hinweis, daß wir es in Österreich besser haben als in anderen Ländern löse die Probleme nicht. Große Sorgen mache auch die versteckte Arbeitslosigkeit, die Experten mit 2,2 Prozent beziffern. Das bedeutet, daß Wien tatsächlich eine Arbeitslosenquote von 6,6 Prozent hat. "Plakate und Programme sind zuwenig", meinte WÖBER. Auch die Arbeitslosenandrangziffer, das heißt, die Anzahl der offenen Stellen pro Arbeitssuchenden ist in Wien höher als im gesamten österreichischen Durchschnitt. Das sei eine Folge des permanenten Investitionsrückganges. Es ist immer weniger Geld für Investitionen da. Und die Arbeitslosenziffer sei zu rund einem Drittel eine Folge der sinkenden Investitionsraten im Wiener Budget. Dazu komme die Belastungslawine, die weit über dem Index liege. "Der kleine Verdiener spürt die Belastung, die Wirtschaft leidet darunter, die Konsequenz ist die Abwanderung von Betrieben". Dieser Trend kann nur durch Stadterneuerung gestoppt werden. Eine sinnvolle Stadterneuerung, wie sie die ÖVP seit Jahren fordert, bringt für die Beschäftigungslage und für die gesamte Volkswirtschaft einen echten Nutzen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

38 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Aus den Wortmeldungen der Opposition sei nicht zu schließen, daß über Wien geredet werde, stellte GR. WIESINGER (SPÖ) fest. Die erfolgreiche Regierungstätigkeit der SPÖ werde mit keinem Wort erwähnt, man bemühe sich nur, alles schlecht zu machen. Der Wähler werde entscheiden, wie über den bunten Vogel, den die ÖVP als Symbol habe, zu denken sei.

Das Beschäftigungsprogramm, das GR. WÖBER kritisiert habe, sei in seiner Gesamtheit durch Beschlüsse der entsprechenden Gemeinderatsausschüsse gedeckt. Die ganze Welt bewundere die Aufrechterhaltung der Beschäftigungslage in Österreich.

"Wir werden nicht müde werden, die Leistungen der Stadtverwaltung darzulegen und das irreführende Wahlprogramm der ÖVP aufzuzeigen," sagte GR. Wiesinger. Vor allem das Finanzprogramm, das Vizebürgermeister Busek vorgelegt habe, gehöre in dieser Beziehung zum Ärgsten, was er je erlebt habe.

Zur Betriebs- und Bevölkerungsabwanderung erklärte Wiesinger, das sei ein allgemeiner Trend in allen europäischen Großstädten, gerade in Wien werde sehr viel dagegen getan. Die ÖVP prophezeie seit Jahren den Bankrott. Die Vergleichszahlen zur Wirtschaft anderer Länder zeigen, wie gut Österreich dastehe. Im Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes liegt Österreich in den letzten zehn Jahren an zweiter Stelle. Der soziale Friede und die niedrige Arbeitslosenrate sind Zeichen für die gute Situation Österreichs. Das ständige Gejammer der Opposition werde bei den Wienern sicherlich nicht ankommen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

39 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte, daß die Stadterneuerung in Wien nur schleppend vor sich geht und daß zu wenig geschieht. Auf dem Ulrichsberg gibt es seit 1980 eine Bausperre. Ebenso im Untersuchungsgebiet Währing. Die neue Entwicklung für Gumpendorf läßt seit 1979 auf sich warten. In der Praxis bedeutet dies einen Stillstand der Stadterneuerung. Die Bevölkerung resigniert.

Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring ist viel geschehen. In diesem Modellversuch des Magistrats wurde viel investiert. Allerdings setzte man die hier gewonnenen Erfahrungen anderswo nicht um. Die ÖVP hat im Laufe der letzten zwei Jahre drei wichtige Anträge zur Stadterneuerung gestellt, alle Anträge blieben unbeantwortet und wurden vermutlich schubladiert. Die ÖVP wird sich weiterhin zum absoluten Vorrang für die Stadterneuerung bekennen.

Die ÖVP-Anträge sind in Beantwortung, stellte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) fest. Beispielsweise kann der Haussubstanzqualitätskataster erst nach Vorliegen aller Unterlagen aus der letzten Volkszählung erstellt werden. Die Entwicklung geht unabhängig vom Beschluß des Bebauungsplanes in den Stadterneuerungsgebieten weiter. Es sei allerdings schwierig, Maßnahmen zu beschleunigen, wenn nach vorheriger Übereinstimmung mit der Bevölkerung plötzlich der politische Konsens fehlt. Das Beispiel Ulrichsberg habe die Schwierigkeit bewiesen. Die Stadterneuerungsplanung sei ein überaus sensibler Bereich. Die wesentlichsten Impulse zur Stadterneuerung sind bisher von der öffentlichen Hand ausgegangen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

40 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen der Wohnbaupolitik Stellung. Er warf den Sozialisten vor, den kommunalen Wohnbau als Sinnbild der Macht der regierenden Partei zu benützen. Durch den Verzicht auf den Marktmechanismus wird die Wohnungssituation verschlechtert. Die Krise des Wiener Wohnungsbaues sei eine Krise des Systems des wohnungspolitischen Dirigismus. Viele Bürger könnten sich Gemeindewohnungen nicht mehr leisten, überdies seien sie zu Bittstellern degradiert.

Die Eigentumsfeindlichkeit der Sozialisten zeige sich in der Auflage, beim Verkauf von geförderten Wohnungen die Förderung retournieren zu müssen, ebenso wie in der Ablehnung, Gemeindereihenhäuser ins Eigentum zu übertragen. Das ganze System bedinge eine aufgeblähte Bürokratie, die auch ein diffuses System der Wohnungsvergabe verwalte. PETRIK wandte sich auch gegen die Steuer auf unvermietete Wohnungen. Diese sei nicht vollziehbar, 29 privaten Wohnungen, die aufgrund dieses Gesetzes gemeldet wurden, stünden bereits 326 Gemeindewohnungen gegenüber. Schließlich sagte PETRIK, die Stadterneuerung sei nicht im notwendigen Ausmaß durchgeführt worden. Anstatt ein aufwendiges Konferenzzentrum zu bauen, wäre es besser, in Zukunft diese Mittel in den Wohnbau und die Stadterneuerung zu lenken. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

41 Wien, 18.2 (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) nahm zu den Ausführungen von GR. PETRIK Stellung und sagte, für die 326 leerstehenden Kommunalwohnungen gebe es eine einfache Erklärung. Diese Wohnungen seien für Zusammenlegungen gedacht. Dadurch würden strukturpolitische Verbesserungen erzielt. Überdies seien - insbesondere bei den gemeldeten Privatwohnungen - Wohnungen in Häusern dabei, die wegen neuer Projekte abgesiedelt würden.

Zu den Mietzinsrückständen sagte HATZL, daß diese nicht einmal zwei Prozent der Gesamteinnahmen aus den Mietzinsen betragen würden. Im Unterschied zu Privaten sei die Stadt Wien jedoch bereit, Menschen, die in Not gekommen sind, ihre Mieten zu stunden und ihnen dadurch eine Chance für die Zukunft zu geben. Was die Wohnungskosten betrifft, so würden diese bei Gemeindewohnungen noch immer unter denen anderer geförderter Wohnungen liegen.

HATZL wandte sich dagegen, die Mitarbeiter im kommunalen Wohnungswesen als Bürokraten zu bezeichnen und sagte, er könne Wohnungsfragen eben nicht - wie PETRIK - als Marktwirtschaftsfragen sehen. Daher wende er sich auch gegen die Spekulation mit öffentlich geförderten Eigentumswohnungen. Schließlich wies HATZL darauf hin, daß in den letzten fünf Jahren mit Förderungen in der Gesamtsumme von 16 Milliarden Schilling 30.000 Wohnungen für rund 100.000 Wiener gebaut wurden. Dies sei eine stolze Bilanz und ein weiterer Beitrag zum sozialen Wohnbau in Wien, der als Sinnbild des Lebens und des sozialen Fortschritts gelten könne. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

42 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erklärte, daß die Mitteilung des Bürgermeisters Lücken enthalten habe. Die SPÖ nehme nicht zur Kenntnis, daß die alte Armut wieder auflebt, daß es zahlreiche Menschen in der Stadt gibt, die echten Mangel auch im finanziellen Bereich haben. Betroffen sind vor allem die betagten Mitbürger und die alleinstehenden Mütter. Die drückende finanzielle Not zeigt sich im Ansteigen der Miet- und Heizkostenrückstände, bei den steigenden Wohnbeihilfen und den immer zahlreicher werdenden Ansuchen um Sozialhilfe.

Bei der Heizkostenbeihilfe wurde eine ungeheure Bürokratie aufgezoegen. "Dabei wurden Steuermittel verschwendet, dem Bürger nicht geholfen". Ein Ausweg wäre nach Hampel-Fuchs eine stärkere Förderung der privaten Nachbarschaftshilfe.

Die Familien kommen in immer größere Schwierigkeiten. Es gibt keine Erhöhung der Familienbeihilfen, dafür steigen die Mieten, die Betriebskosten, die Preise für Gas, Strom und Fernwärme.

GR. Hampel-Fuchs kritisierte weiter, daß Hauptkläranlage und EBS nach Jahren noch immer nicht funktionieren und daß das Müllkonzept zusammengebrochen sei. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

43 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA (SPÖ) meldete sich zu Wort und wies die Kritik an Hauptkläranlage und EBS im Interesse der Mitarbeiter, die bemüht sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, vehement zurück. Die Kläranlage erfüllt ihre Aufgabe. Das Wiener Abwasser wird zu 80, ja bis zu 95 Prozent geklärt, obwohl der gesetzliche Auftrag nur 70 Prozent vorschreibt. Zur Kritik an der EBS stellte StR. Veleta fest, daß Wien die einzige Anlage zur Beseitigung von Sondermüll in ganz Österreich in Betrieb genommen hat. "Wien hat damit einen richtungsweisenden Weg eingeschlagen."

Das Müllkonzept ist eine Fortschreibung des Mittel-Konzeptes. Es basiert auf einem einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates. Die Opposition habe alle Unterlagen zur Verfügung gehabt und habe auch die Zustimmung erteilt. "Weil Private versagt haben", betonte Veleta, "darf die Stadtverwaltung heute nicht beschuldigt werden." Es geht nun bei der Erweiterung des Müllkonzeptes darum, lagerfähigen Brennstoff zu entwickeln. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

44 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In der ÖVP-Broschüre zum Thema Armut sei kein einziger Vorschlag zur Verbesserung der Situation zu finden, erklärte StR. STACHER (SPÖ). Das Thema sei auch keineswegs tabuisiert, es hätte dazu große Enqueten gegeben. Die jetzige Armutsgrenze liege in einer Höhe, die in der Zwischenkriegszeit noch Durchschnittsverdienst gewesen sei. Zur Erweiterung des Armutsbegriffes zähle auch die sogenannte "neue" Armut - die der Kranken, Behinderten oder isolierten Menschen, die in Wirklichkeit gar nicht so neu ist.

Zu der von der ÖVP geforderten Unterstützung der Selbsthilfegruppen erklärte Stacher, daß das in Wien in Form der Unterstützung von Vereinen, die meist nichts anderes als ehemalige Selbsthilfegruppen sind, gehandhabt wird. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

45 Wien, 18.2 (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ ging in seiner Wortmeldung nicht auf Einzelvorwürfe seiner Vorredner ein, sondern nur auf den Stil der Debatte. Er warf die Frage auf, ob die Menschen dieser Stadt der Opposition abnehmen werden, daß alles Gute der letzten fünf Jahre Zufall war oder von der Opposition erfunden wurde. Die Parteien hätten heute ihre Plädoyers gehalten, aber der Richter war heute nicht im Saal, sondern gehe am 24. April zur Wahlurne. GRATZ appellierte auch, man möge trotz aller Leidenschaftlichkeit auf den Wahlkampf aufpassen, da man den Gemeinderat nachher ja nicht einfach in die Luft sprengen könne. Auch bewundere er oft die Selbstsicherheit der Opposition, die oft innerhalb von fünf Minuten wisse, was die absolute Wahrheit sei.

Ganz sicher könne man die Opposition nicht an ihren Taten messen, da sie nicht an der Regierung gewesen sei und den Vorteil habe, keine Fehler machen zu können. Man könne sie aber an der Ernsthaftigkeit und Vorausberechenbarkeit ihrer Politik messen. Etwa wenn sie 500 Millionen an der Witwerpension einsparen wolle, obwohl diese dem Staat nur 62 Millionen kostet. Oder wenn sie am Kongreßzentrum zehn Milliarden einsparen wolle, obwohl dieses nur 4,5 Milliarden kostet und Wien davon nur 35 Prozent bezahlt. Auch wären die 14 Milliarden, die die ÖVP mit dem Nichtbauen von Bundesstraße einsparen wolle, das komplette Wiener Bundesstraßenbudget der kommenden zehn Jahre. Da müsse sich die ÖVP gefallen lassen, daß man sie auf ihre Berechenbarkeit prüfe - und da sei es schlecht bestellt. GRATZ warf der ÖVP überdies vor, ihre Politik nach Modeströmungen wie Grün oder Bürgernähe zu orientieren und sprach sich noch einmal für einen fairen Wahlkampf aus. Er selber wolle im Wahlkampf niemanden persönlich beleidigen oder kränken. (Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Mitteilung des Bürgermeisters

=++++

46 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) warf der Sozialistischen Partei vor, Trennendes über das Gemeinsame zu stellen, den Bürger nicht zu fragen und ohne Federlesen Beschlüsse zu fassen. Sozialisten könnten mit der Partizipation nichts anfangen, der "Andere" ist ein Mensch zweiter Klasse für die Sozialisten. Sie regieren unter dem Motto "Alles fürs Volk, aber nicht mit dem Volk". Der Staat und die Institution gehe ihnen über alles. Anders die ÖVP: Ihr imponieren Menschen, die ihre eigenen Anliegen vertreten und nicht alles hinnehmen. Die ÖVP tritt für Aufgabenteilung in einer partnerschaftlichen Gesellschaft ein. Die Sozialisten haben sich zu einer Magistratspartei entwickelt. Stereotyp hört man: Es gibt in Wien keine Mängel. Personelle Werte wie Operbereitschaft, Nächstenliebe und Pflichtbewußtsein werden in einer sozialistischen Politik hintangestellt.

Mit dieser Wortmeldung ging die Debatte über die Mitteilung des Bürgermeister zu Ende. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Bildungsquiz für Senioren

=++++

47 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP brachte einen dringlichen Antrag betreffend die Unabhängigkeit des Presse- und Informationsdienstes ein. Ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird, wird vor Ende der Sitzung behandelt.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) stellte den Antrag dem Verband Wiener Volksbildung zur Durchführung eines "Bildungsquiz für Senioren" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 350.000 Schilling zu gewähren.

Zu diesem Punkt meldete sich GR. GAWLIK (SPÖ) zu Wort, der damit nach 18-jähriger Zugehörigkeit zum Wiener Gemeinderat seine Abschiedsrede hielt. Gawlik brachte eine Lanze für die ältere Generation, der auch selbst angehört und für die Kommunikation zwischen Alt und Jung. Er sagte, es genüge nicht, den älteren Menschen materielle Sicherstellung zu geben, sondern man müsse sie darüber hinaus am geistigen Leben teilnehmen und sie nicht in die Passivität absinken lassen. Gawlik bezeichnete es als Tragik jeder Generation, daß sie von ihrer Vorgeneration nicht lernen wolle und dadurch oft bittere Erlebnisse habe. Er verwies dabei auf den "Kreuzweg", den seine Generation gegangen sei, und der sie gelehrt habe, über alle ideologischen Grenzen hinweg auch das Gemeinsame im Auge zu behalten. Aus seiner Erfahrung heraus forderte er die Jüngeren auf, einerseits das demokratische System von Regierung und Opposition beizubehalten, andererseits aber stets den Blick auf das Gemeinsame im Auge zu haben und Anfängen faschistischer Tendenzen zu wehren. Gawlik wünschte dem Gemeinderat weiterhin eine erfolgreiche Arbeit für Wien und verabschiedete sich - wie er sagte, im Sinne der Konsensbereitschaft, die er immer hatte - mit dem Gruß "Grüß Gott in aller Freundschaft".

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Subvention Amerlinghaus

=++++

48 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) stellte den ANTRAG eine Subvention in Höhe von 2,3 Millionen für den Verein Kulturzentrum Spittelberg zur Führung des Kommunikationszentrums im Amerlinghaus zur Verfügung zu stellen.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) gab die Zustimmung ihrer Fraktion bekannt, stellte jedoch die Frage, ob die Höhe der Subvention gerechtfertigt sei. Laut Auskunft von Kennern des Amerlinghauses würden die Veranstaltungen zunehmend gemieden, während die Verwaltung den Großteil des Geldes verschlingt. Außerdem habe die "Alternative Liste Österreich" das Amerlinghaus als ständige Adresse angegeben.

GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) freute sich, daß die Volkspartei, die bisher immer die Subvention für das Amerlinghaus abgelehnt hat, diesmal zustimmt. Die Rednerin verwies darauf, daß das Amerlinghaus ein echtes Integrationszentrum geworden sei, in dem Kinder, Jugendliche, Senioren und Gastarbeiter eine Kultur- und Kommunikationsstätte gefunden haben. Es gibt zwischen 160 und 170 Veranstaltungen im Jahr, täglich werden 200 Besucher gezählt.

Einzelne Mitglieder der Alternativen Liste arbeiten fallweise im Amerlinghaus. Die Alternative Liste Wien hat das Amerlinghaus seit der Bekanntgabe ihrer Wahlwerbung nicht mehr als Treffpunkt angegeben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Wohnhaus Quellenplatz

=++++

49 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPÖ) beantragte die Errichtung eines städtischen Wohnhauses am Quellenplatz 4 in Favoriten mit 35 Wohnungen, 6 Geschäftslokalen, einer Ordination, Waschküche und Tiefgarage mit einem Gesamtaufwand von 42,5 Millionen zu genehmigen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) erklärte, daß in diesem Fall ein durchaus erhaltungswürdiges Althaus von der Gemeinde Wien abgerissen wurde, statt in so einem Fall beispielgebend für private Hausherren zu sein. 1973 wurde dem damaligen privaten Hauseigentümer die Abbruchgenehmigung nicht erteilt, der daraufhin das Haus an die Gemeinde verkaufte. Es wurde mit Renovierungsarbeiten begonnen. 1976 erhielten die Hausbewohner die Aufforderung, sich für eine neue Wohnung anzumelden. Man stellte sie vor die Möglichkeit, entweder den 29fachen Zins zu zahlen oder einem Abbruch zuzustimmen. Kurz darauf wurde im Gemeinderatsausschuß der Abbruch beschlossen, obwohl noch Verhandlungen bei der Schlichtungsstelle im Gang waren.

Aus diesem Anlaß stellte GR. Arthold den ANTRAG, daß die Gemeinde Wien in Zukunft von ihrem Recht der Ersatzvornahme im Zuge von Bauaufträgen zur Erhaltung von Althäusern Gebrauch machen solle. Im Falle des wiederholten Unterlassens von notwendigen Erhaltungsarbeiten und des spekulativen Abbruchs von erhaltungswürdiger Althaussubstanz sollten die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nach dem Stadterneuerungsgesetz zur Sanierung durch die Gemeinde Wien angewandt werden. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Wohnhaus Quellenplatz

=++++

50 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Dieses Projekt werde den Quellenplatz architektonisch jedenfalls bereichern, stellte GR. LUDWIG (SPÖ) fest. Die ÖVP zeige hier, daß sie von Stadterneuerung immer nur spreche - auch dieser Fall sei dem Sinne nach Stadterneuerung. Das Haus wurde 1976 von der Gemeinde Wien erworben, der Privatbesitzer war vor allem an einem Verkauf interessiert. Der Abbruch wurde 1978 im Gemeinderatsausschuß einstimmig beschlossen. Im Haus gab es nur wenige gute Wohnungen, eine völlige Sanierung war laut mehreren Gutachten wirtschaftlich nicht vertretbar. Auch die Mieterversammlung habe sich mehrheitlich gegen eine Renovierung ausgesprochen. Es wurden alle Möglichkeiten ausgenützt, alle Mieter wurden zum Großteil mit besseren Wohnungen versorgt, auch den Geschäftsinhabern wurden Ersatzlokale zur Verfügung gestellt.

In seinem Schlußwort stellt GR. MICHALICA fest, daß es sich hier jedenfalls um keine Spekulation gehandelt habe, und wies darauf hin, daß ein Programm für die Instandsetzung städtischer Althäuser bestehe.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen, der ÖVP-Beschlußantrag dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Sonnenhaus

=++++

51 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) beantragte die Erhöhung eines Sachkredites für das städtische Wohnhaus, das als "Sonnenhaus" auf dem Flötzersteig im 14. Bezirk errichtet wird. Die städtische Wohnhausanlage wird 23,8 Millionen S kosten.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte die lange Bauzeit. Der Magistrat sei nicht in der Lage, ein Bauvorhaben termingerecht durchzuführen. Der Standort der acht Reihenhäuser sei bedenklich. Es mußten ein Kanal und eine eigene Trafostation errichtet werden. Außerdem wird in Zukunft die Flötzersteigstraße in zwölf Meter Entfernung an der Wohnhausanlage vorbeigeführt. Die Planungen gehen schon auf das Jahr 1978 zurück. Die Kosten einer Wohnung betragen derzeit 1,6 Millionen Schilling. GR. MAYR kritisierte außerdem den schlechten Bauzustand des Gemeindebaues im 2. Bezirk, Tandelmarktgasse. Das 1929 errichtete Haus sei seit Jahren verwahrlost, im ersten Geschöß steht ein Kindergarten leer.

GR. Rautner wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß gegenüber der ursprünglichen Planung von sechs Einfamilienhäusern zwei weitere Häuser dazugekommen sind. Außerdem habe es Materialpreis- und Lohnsteigerungen gegeben und ein Bauunternehmen ist in Konkurs gegangen. Es handle sich um Modellhäuser der Stadt Wien, wo ein Versuch mit alternativer Energie gestartet wird.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: U-Bahn-Bau

=++++

52 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. RIEDLER bat um die Genehmigung eines Sachkredites in der Höhe von 1.650.000.000 S für den Ausbau der U 3 zwischen Landstraßer Hauptstraße und Gigergasse. Der Teilbetrag für 1983 beträgt 10 Millionen.

GR. Dipl.Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, er begrüße generell den forcierten Ausbau der U-Bahn, er sei jedoch gegen die in diesem Bereich vorgesehene offene Bauweise. Diese bedeute eine große Beeinträchtigung der Wohnqualität der Anrainer. Er wisse um verschiedene Argumente für die offene Bauweise, doch seien letzten Endes alle technischen Probleme, wie etwa die Gefahr von Setzungsschäden an Häusern bei geschlossener Bauweise lösbar. Im Interesse der Anrainer sollte man die Tunnelbauweise bevorzugen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wies zunächst darauf hin, daß die ÖVP schon immer für den U-Bahn-Bau war. Diesem Akt könne sie jedoch nicht zustimmen, da die Unterlagen absolut nicht ausreichend seien und der Verdacht auf mangelhafte Planung durchaus begründet sei. Mit keinem Wort würden in dem Akt überdies die begründeten Einwände von Landstraßer Bürgern und Geschäftsleuten sowie der Bezirksvertretung Landstraße, die einstimmig für die geschlossene Bauweise stimmte, erwähnt. Kauer sagte, aufgrund des Planungswirrwarrs bei der U 3, sowie der geplanten Umleitungen durch reine Wohngebiete sei die Bevölkerung zu Recht beunruhigt. Es sei symptomatisch für die Politik der SPÖ, daß sie sich über alle Bedenken hinwegsetze und dieses Geschäftsstück beschließe, ohne die davon Betroffenen anzuhören. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: U-Bahn-Bau

=++++

53 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) wunderte sich darüber, daß die ÖVP im Gemeinderatsausschuß Straßen, Verkehr und Energie zugestimmt hat und nun plötzlich dagegen ist. Die U-Bahn sie für den 3. Bezirk nötig. Täglich gibt es 60.000 Ein- und Auspendler. Auf der Landstraße gibt es viele Arbeitsplätze. Energisch wies SALLABERGER die Vorwürfe zurück, daß die Diskussion über die Bauweise der U 3, zur Frage ob offene Bauweise oder Schildvortrieb, abgewürgt werde. Es gab zahlreiche öffentlichen Diskussionen, Bürgerversammlungen, Bezirksvertretungssitzungen. Das Argument, daß bei geschlossener Bauweise der Verkehr auf der Landstraße ungestört sei, stimme nicht. Dazu kommt die Forderung der ÖVP, oberhalb des Stationsbauwerkes Tiefgaragen zu errichten. "Das ist bei geschlossener Bauweise unmöglich", betonte GR. SALLABERGER. Da das Stationsbauwerk zwischen Invalidenstraße und Gärtnergasse in offener Bauweise errichtet werden muß, bleiben für die Strecke Beatrixgasse - Weyrgasse 200 bis 250 Meter über, diese Strecke mit Schildbauweise zu bauen wäre ein "Schildbürgerstreich".

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) verwies im Schlußwort darauf, daß für die Detailplanung bei einem derartigen Bau das Rohbauwerk die Voraussetzung sei. Insoferne sei der Vorwurf von GR. Mag. KAUER bezüglich der Detailplanung nicht zutreffend. Die Kritik an der Finanzierung sei ebenfalls unberechtigt, da der Bund die Hälfte der Baukosten trägt. Aus dem Akt gehe auch hervor, daß Baubeginn November 1983 ist.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (48)

Utl.: General-Motors

=++++

54 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Firma General-Motors-Austria eine Unterstützung in der Höhe von 38,9 Millionen S für die geplanten Investitionen zu gewähren.

Es sei unverantwortlich, einem amerikanischen Multi Steuergelder in den Rachen zu werfen, wo österreichische Klein- und Mittelbetriebe das Geld viel nötiger hätten, erklärte GR. NEUMANN (ÖVP). Das Projekt koste den österreichischen Steuerzahlern bisher 2,6 Milliarden S, die jetzige Subvention solle anscheinend eine Kündigungswelle verhindern. Da bis jetzt nur 1.750 Arbeitsplätze verwirklicht wurden, komme ein Arbeitsplatz auf 1,4 Millionen Subvention statt wie üblich auf eine Millionen Schilling. Die Aufträge an die österreichische Wirtschaft seitens General-Motors seien zu gering, dafür müßten die Österreicher Sparbuchsteuer, Urlaubs- und Weihnachtsgeldbesteuerung und Mietenerhöhungen hinnehmen. (Stadtrat Mayr (SPÖ) erhält für den Zwischenruf "Das ist plumpe und dumme Demagogie" vom Vorsitzenden des Gemeinderates einen Ordnungsruf.) So lange es das GM-Werk in Aspern geben werde, wird es auch immer wieder Subventionen geben müssen, prophezeite GR. Neumann. Das sei sozialistische Wirtschaftspolitik in Reinkultur - Sauriern und Multis werde das Geld nachgeschmissen. Die ungleiche Behandlung von österreichischen Klein- und Mittelbetrieben sei eine schlichte Provokation, erklärte GR. Neumann abschließend. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)

Utl.: General Motors

=++++

55 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Grund für die neuerliche Subvention sei eine Ausweitung der Produktionspalette durch General Motors, die in Zukunft auch 1.300 Kubikzentimeter-Motoren und Fünfganggetriebe erzeugen werden, erklärte GR. PÖDER (SPÖ). GM wird dafür 700 Millionen investieren, Stadt Wien und Bund werden gemeinsam ein Sechstel dieser Summe als Subvention geben, wofür eine vertragliche Verpflichtung besteht.

Es handelt sich beim GM-Werk um ein gewaltiges Projekt zur Sicherung von Arbeitsplätzen. 7,4 Milliarden Schilling wurden von General Motors für die Errichtung des Werkes aufgewendet, 42 Prozent davon gingen direkt in die österreichische Wirtschaft. Mit dem Vollbetrieb - spätestens im Herbst 1983 - werden fast 3.000 Arbeitnehmer bei General Motors beschäftigt sein, derzeit sind es bereits 2.099. Mit den in Österreich getätigten Investitionen werden indirekt weitere 4.000 Arbeitsplätze gesichert. In wenigen Jahren würden über Steuern und Investitionen sämtliche Subventionen wieder zurückfließen.

Stadtrat MAYR stellte fest, es sei nicht denkbar, daß eine Firma so hohe Investitionen tätigen und danach das Werk wieder aufgeben würde. Zwei Drittel des durch die Subvention erschlossenen Geländes stünde noch als Industriegrund zur Verfügung. Die weiteren Ausbaustufen würden mit wesentlich geringeren Beträgen als die Erschließung gefördert werden, wie im jetzigen Fall mit einem Sechstel statt einem Drittel.

Die ÖVP lehne anscheinend Betriebsansiedlungen in Wien grundsätzlich ab, wenn nicht auch Niederösterreich davon profitiere, erklärte Mayr. Die Rede von GR. Neumann bezeichnete Mayr als Schande für den Gemeinderat. "Wir werden dafür sorgen, daß Wirtschaft und Industrie sich in dieser Stadt trotzdem weiterentwickeln", schloß Mayr. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)

Utl.: General Motors

=++++

56 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP sei nicht gegen die Ansiedlung eines großen Industriebetriebes, aber gegen seine Bevorzugung, stellte StR. NEUSSER (ÖVP) fest. Um eine gute Wirtschaftsstruktur zu erzielen, dürfe man einzelne Betriebe nicht so offensichtlich bevorzugen. Die SPÖ habe dem General Motors-Konzern große Geschenke gemacht, um den Wunsch des Bundeskanzlers zu erfüllen und in Österreich ein Autowerk aufzuziehen. Bei General Motors werden hundert Lehrplätze außerhalb der Verordnungen des Sozialministers gefördert. Um die Lehrplatzförderung habe es ein langes Ringen zwischen den Parteien gegeben. StR. Neusser bezeichnete es als reine Wahlpropaganda der SPÖ diese Lehrplatzförderung nun als Erfolg der Sozialisten hervorzuheben. StR. Mayr habe von 10.000 bis 12.000 Arbeitsplätzen durch General Motors gesprochen. Tatsächlich sind es derzeit nur 4.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die ÖVP hat erwartet, daß General Motors mehr Zulieferungen aus Österreich bezieht und sieht sich in ihren wirtschaftlichen Hoffnungen enttäuscht. Es sei ein großes Risiko, daß General Motors mit den Zulieferfirmen nur Einjahresverträge abschließt. Es erhebt sich die Frage, ob sich dieser Aufwand ausgezahlt hat. Förderungsmittel in dieser Höhe angewendet, hätten bei Klein- und Mittelbetrieben den gleichen Erfolg gebracht.

In seinem Schlußwort stellte GR. KNEIDINGER (SPÖ) fest, daß ein Arbeitsplatz bei General Motors mit 780.000 Schilling gefördert wird. Als es darum ging, bei der Firma Legat Arbeitsplätze in Niederösterreich zu sichern, war die ÖVP einverstanden. Man habe den Eindruck, daß die Wiener ÖVP überall in Österreich für Arbeitsplätze eintrete, nur nicht in Wien.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (51)

Utl.: Kleingartendebatte

=++++

57 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft bis zu einem Gesamtbetrag von 700 Millionen Schilling für Darlehen an Kleingärtner, die im Rahmen der kommenden Kleingartenaktion angesiedelt werden sollen.

GR. GLÜCK (ÖVP) erklärte, er sei für diese Kleingartenaktion, er sei jedoch dagegen, daß die Finanzierung der Grundkäufe für neue Gärten auch aus einer Erhöhung des Pachtschillings bestehenden Kleingärten um 2 Schilling pro Quadratmeter im Jahr finanziert werden soll. Der Pachtschilling hat sich ohnedies in den letzten fünf Jahren um rund 600 Prozent erhöht. GLÜCK stellte den ANTRAG, die vorgesehene Pachtschillingerhöhung nicht vorzunehmen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) verwies darauf, daß die Sozialisten schon immer die Kleingartenbewegung gefördert haben. Zur Aussage von Glück, daß nun alle Kleingärtner mehr zahlen müssen, sagte Svoboda, dies sei nicht richtig. Bei wirklich bedürftigen älteren Menschen, wo kein Eintrittsberechtigter da ist, kommt diese Kostenerhöhung jedenfalls nicht zum Tragen. Svoboda verwies darauf, daß gerade mit der neuen Kleingartenaktion wieder für viele Menschen die Möglichkeit geschaffen wird, kostengünstig zu einem Stück Grün zu kommen.

In seinem Schlußwort erklärte GR. KNEIDINGER, sein Antrag befaße sich zwar ausschließlich mit dem Darlehen, er empfehle aber trotzdem die Zuweisung des ÖVP-Antrages.

ABSTIMMUNG: Die Übernahme der Bürgschaft wurde einstimmig angenommen, der Beschlußantrag der ÖVP wurde den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (52)

Utl.: Stadtkino

=++++

58 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Kammerlichtspielen am Schwarzenbergplatz, bekannt unter dem Namen Stadtkino, eine Subvention für das Betriebsjahr 1983 in Höhe von 2,5 Millionen zu gewähren.

StR. GOLLTER (ÖVP) lehnte dies für seine Fraktion ab. Bei der Beteiligung des Wiener Kunstvereins mit 30 Prozent am Wiener Stadtkino habe Kulturstadtrat Zilk zugesichert, daß künftig keine Subventionen nötig sein werden. Es wurde auch seitens der Gesellschaft keine Abgangsdeckung vorgelegt. Der Betrag, der bisher für das Stadtkino aufgewendet wurde, mehr als 7,8 Millionen, ist höher als die jährliche Filmförderung. StR. GOLLER regte an, für Kinos, die anspruchsvolle Filme anbieten, Prämien zu geben. Die Subvention ist zu einseitig und nur auf das betreffende Kino, eben das Stadtkino, zugeschnitten.

GR. MAYRHOFER bedauerte die Ablehnung. Das Stadtkino decke ein kulturelles Bedürfnis, das von kommerziellen Betrieben nicht befriedigt werden kann.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (53)

Utl.: Kurier-Gründe

=++++

59 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) beantragte eine zeitlich begrenzte Bausperre im 7. Bezirk im Bereich Lindengasse.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) lehnte die Bausperre ab. Seit 1980 sei bekannt, daß die Kurier-Druckerei verlegt wird. Seit damals wäre Zeit gewesen, Überlegungen über die weitere Zukunft anzustellen. Die zeitlich begrenzte Bausperre bedeutet für die Bewohner des Gebietes eine Unsicherheit.

GR. BROSCHE (SPÖ) verwies darauf, daß allein der Aktenlauf eine Verzögerung um ein dreiviertel Jahr mit sich gebracht hat. Den Vorwurf, daß die Bausperre aus parteipolitischen Gründen verhängt werde, lehnte er ab. Seiner Ansicht nach versucht das Kuriermanagement das Optimum aus der Verwertung des Grundstückes herauszuholen. Auch im Zusammenhang mit der Trassenführung der U 3 müsse Vorsicht walten.

Bezirksvorsteher KARRER, 7. Bezirk (ÖVP), verwahrte sich gegen den Vorwurf der Verzögerungstaktik. "Nur eine Bausperre ohne Planung ist mir zu wenig". Der 7. Bezirk ist der ärmste Wiener Bezirk an Grün- und Sportflächen. Die Bevölkerung ist verängstigt, nur zehn Prozent der Fläche, über die die Bausperre verhängt wird, ist Kurier-Gelände. "Was wird mit den anderen 90 Prozent gemacht?", fragte KARRER. Die Bevölkerung ist verängstigt, die Leute wissen nicht, ob sie in ihre Wohnungen investieren sollen. Für mich ist die Bausperre eine kalte Enteignung."

GR. ROSENBERGER (SPÖ) meinte, von Enteignung könne keine Rede sein. Die ÖVP-nahe Kurier-Gesellschaft möchte doppelt verdienen. Zuerst bei der Unterstützung für das neue Betriebsareal in Liesing und dann durch den Grundstücksverkauf in Wien 7.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (54)

Utl.: Pflegeheimkommission

=++++

60 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ) präsentierte den Bericht der Pflegeheimkommission. Diese Kommission wurde 1980 gegründet und bestand aus zehn SPÖ- und fünf ÖVP-Gemeinderäten. Sie hatte die Aufgabe, unangemeldete Besuche in den Pflegeheimen durchzuführen. GR. Szöllösi stellte fest, daß in allen Pflegeheimen wesentliche Instandsetzungen durchgeführt werden. Auch auf dem Gebiet der Aktivierung der alten Patienten wurde einiges geleistet, als Beispiel kann das "Patienten-Cafe" im Pflegeheim Lainz gelten. In Gesprächen mit den Heimbewohnern habe sich gezeigt, daß die meisten bis auf einige Kleinigkeiten mit ihrer Unterbringung zufrieden sind. Der Bericht der Pflegeheimkommission kommt zu dem Schluß, das Menschlichkeit und Verständnis für die Probleme alter Leute wesentliche Faktoren auf dem Gebiet der Betreuung in Pflegeheimen sind.

GR. DINHOF (SPÖ) verwies in einer kurzen Wortmeldung auf die angenehme Zusammenarbeit in dieser Kommission zwischen den Mitgliedern der Fraktionen und regte eine ähnliche Einrichtung für die nächste Legislaturperiode an.

In ihrem Schlußwort dankte GR. Szöllösi allen Mitgliedern der Kommission und anlässlich ihres Abschiedes vom Wiener Gemeinderat allen Fraktionen für die angenehme Zusammenarbeit.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.  
(Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (55)

Utl.: Auflösung des Gemeinderates

=++++

61 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA berichtete den Antrag, den Gemeinderat der Stadt Wien aufzulösen. Der Bürgermeister wird ersucht, die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, daß diese am 24. April 1983 durchgeführt werden kann.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (56)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

62 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) verlas den dringlichen Antrag der ÖVP betreffend Unparteilichkeit der Rathausinformation. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky habe sich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe vom 2. März 1977 über die Grundsätze und Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung angeschlossen. In Zeiten der Wahlauseinandersetzungen sei besondere Zurückhaltung in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung geboten, besonders bei der Herausgabe von sogenannten Arbeits-, Leistungs- und Erfolgsberichten. Da seit Bekanntgabe der Vorerlegung der Wiener Wahlen ein massives Zunehmen von Publikationen der Stadt Wien festzustellen ist, stellte die ÖVP folgenden dringlichen Antrag:

"Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die im Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an die Mitglieder der Bundesregierung dargelegten Grundsätze des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe auch im Bereich der mit Steuergeld finanzierten Rathausinformation angewendet werden.

Der Herr Bürgermeister wird überdies aufgefordert, zu veranlassen, daß die durch die bereits erfolgte Verletzung der Unparteilichkeit entstandenen finanziellen Kosten im Bereich der Rathausinformation der Stadt Wien von der SPÖ-Wien ersetzt wird.

GR. FURST (ÖVP) begründete die Dringlichkeit des Antrags. Seit Bekanntgabe der Wahlzusammenlegung habe der Presse- und Informationsdienst eine Flut von Propagandamaterial losgelassen. Dabei wird Steuergeld zur parteipolitischen Werbung mißbraucht.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (57)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

63 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Tagen ist ein umfangreicher Leistungsbericht fertiggestellt worden, stellte GR. FÜRST (BVP) fest. Diese Bilanz wurde in Tag- und Nachtschicht fertiggestellt, um den Delegierten zur Wiener Konferenz der SPÖ rechtzeitig auf dem Tisch zu liegen. Dies widerspricht den Intentionen des Bundeskanzlers. In der Bilanz wurde nicht erwähnt, wieviel Geld die Rathausinformation seit 1973 ausgegeben hat. Es ist rund eine Milliarde Schilling. Die Vorverlegung der Wiener Wahl wurde mit der Einsparung von vielen Millionen Schilling begründet. Nun gibt der Presse- und Informationsdienst jedoch Millionen aus, die besser zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet und nicht Wahlpropaganda verschwendet werden sollten.

ABSTIMMUNG ÜBER DRINGLICHKEIT: Einstimmig angenommen.

ABSTIMMUNG ÜBER DIE BEHANDLUNG AM HEUTIGEN TAG:

Einstimmig angenommen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (58)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

64 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat GOLLER (BVP) erklärte, mit der Übernahme des PID im Jahr 1973 durch Stadtrat Schieder, habe die Verpolitisierung dieser Abteilung begonnen. Als Beispiel nannte Goller ein Plakat der Aktion "Ganz Wien trägt Grün" im Jahr 1981, daß die Pflanzung von 500.000 Bäumen ankündigt. Dieses Plakat sei keine Information, sagte Goller, sondern eher eine Täuschung, da bis heute erst rund 20.000 Bäume gepflanzt worden seien. Anschließend ging Goller auf die vom Presse- und Informationsdienst in den letzten Wochen hergestellten Bilanzbroschüren ein, und sagte, daß auch diese mehr der Propaganda als der Information dienen würden. Daher sei es nicht korrekt, wenn diese Broschüren aus Steuermitteln finanziert werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (59)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

65 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bekannte sich grundsätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit. Bedenklich finde er es aber, wenn wenige Wochen vor Wahlen aus Mitteln der Steuerzahler Öffentlichkeitsarbeit in überhöhtem Ausmaß betrieben wird. Es komme ihm auch penetrant vor, wenn zum Beispiel in der Chronik im Dezember 1982 nur mehr der Bürgermeister GRATZ vorkommt.

"Öffentlichkeitsarbeit ist in einer Demokratie nötig, es ist damit aber auch ein breites demokratisches Spektrum abzudecken". Damit der Eindruck parteipolitischer Werbung vermieden wird, sollte man in Vorwahlzeiten nicht übermäßig publizieren. Er habe Verständnis dafür, daß geringe Leistungsberichte und hoher Propagandaaufwand in einem Zusammenhang stehen. Als Opposition könne die Freiheitliche Partei dem Propagandaaufwand aber nicht zustimmen.  
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (60)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

66 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition habe in ihrem dringlichen Antrag das Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofes unzulässig verkürzt, erklärte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ). Es ist Staatsorganen untersagte, durch unzulässige Wahlwerbung die Entscheidung des Wähler zu beeinflussen weil dadurch das Recht der politischen Partei auf Chancengleichheit verletzt wird. Anzeichen für eine unzulässige Wahlwerbung sind der fehlende Anlaß und der gesteigerte Einsatz öffentlicher Mittel, was in Wien nicht zutrefte, da die Mittel im Rahmen des vom Gemeinderat genehmigten Budgets zur Verfügung stünden. Das Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofes schließe an mehrere ähnliche Urteile an, und es gebe bereits eine Reihe von Kommentierungen, die sich zum Großteil zur Informationspflicht öffentlicher Organe bekennen.

Auch beim Kreisky-Zitat im dringlichen Antrag der ÖVP seien wesentliche Teile weggelassen worden: Auch Kreisky habe auf die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen, um dem Bürger die Teilhabe am Staatsgeschehen durch Kenntnis der Zusammenhänge zu ermöglichen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien stellt Beschlüsse durch den Gemeinderat und darauffolgende Maßnahmen der Verwaltung dar. In diesem Zusammenhang sei es unerheblich, durch welche Parteien die Beschlüsse im Gemeinderat zustande gekommen sind. Es liege in der Natur der Zusammensetzung des Gemeinderates, daß nur über Beschlüsse und daraus entsprechenden Maßnahmen, denen die SPÖ zugestimmt hat, berichtet werden könne.

Zur Aktion "Wien ist ein guter Platz zum Leben", stellte Schieder fest, jede Stadt müsse das Recht haben, sich in positiver Weise darzustellen. Zur Frage nach dem Verbleiben der angekündigten 500.000 Bäume sagte Schieder, im Jahre 1981 wurden mehr als diese Anzahl von Bäumen gepflanzt, der Großteil davon, nämlich mehr als 450.000, vom Forstamt der Stadt Wien. Stadtrat Schieder gab dazu die von der Opposition geforderte genaue Aufschlüsselung dieser Baumpflanzungen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (61)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

67 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Stadtverwaltung, Informationen zu geben, stellte StR. SCHIEDER fest. In der Wandzeitung "Wien - ein guter Platz zum Leben" erfahren beispielsweise die Kinder, wo sie Eislaufen und Schi fahren können, wann die Bäder offen sind, welche Rodelhügel es gibt und so weiter. Ist das alle Propaganda, fragte Schieder? Die Informationsarbeit schafft die Möglichkeit, Serviceleistungen oder soziale Hilfsangebote der Stadt zu nützen. Zum "Wien-aktuell-Wochenblatt" stellte Schieder fest, daß alle Parteien die Möglichkeit haben, sich in diesem Blatt selbst darzustellen.

Zur Bilanz-Postwurfsendung: auch hier stellt sich wieder die Frage, wo es Propaganda gibt. Es wird über das Vollbeschäftigungsprogramm berichtet, über neue Kleingärten, über Heimhelferinnen und über zahlreiche Dinge, die die Stadtverwaltung für die Menschen in dieser Stadt ermöglicht.

Die ÖVP hat einen dringlichen Antrag gestellt, welcher jeder Dringlichkeit entbehre. Denn selbst wenn die Bilanzbroschüren ein Arbeits-Leistungs- oder Erfolgsbericht wären, sind sie veröffentlicht worden, bevor das Wahlkampfübereinkommen seine Gültigkeit hat. Dieses Wahlkampfübereinkommen der drei Parteien gilt ab 25. Februar.

Zur Frage, wer die Broschüren erhält: StR. Schieder wies darauf hin, daß er noch vor der Wiener Konferenz den Klub der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ die Broschüren zugeschickt habe, mit dem Angebot, weitere Exemplare zur Verfügung zu stellen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (62)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

68 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik an der Fotoserie der Mitglieder des Wiener Stadtsenats wandte StR SCHIEDER ein, daß das jüngste Foto von Vizebürgermeister Dr. Busek hergestellt worden sei. Das Porträt von Bürgermeister Gratz sei vor Jahren das letzte Mal auf Plakaten zu sehen gewesen. Wien sei in der Persönlichkeitspropaganda zurückhaltender und bei den Werbekosten sparsamer als die anderen Bundesländer. (Forts.) ba/fe

Wiener Gemeinderat (63)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

69 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Schieder wandte sich gegen unseriöse Vergleiche der Rathausinformation mit anderen Bundesländern. Auch hier, so Schieder, biege sich die ÖVP die Argumente zurecht, bis sie ihrer Absicht entsprächen.

Schieder wies darauf hin, daß die Öffentlichkeitsarbeit in den nächsten Monaten völlig der eines normalen Frühjahres entsprechen werde. Zusätzlich werde es nur einen Postwurf mit dem Wahlservice sowie weitere Informationen im Rundfunk über den Wahlvorgang selbst geben. Ansonsten werden über stattfindende Ereignisse wie etwa "Wien im Blumenschmuck", die Wiener Festwochen, die Fertigstellung eines Radweges oder eines Hallenbades informiert.

Aufgrund der zahlreichen Zwischenrufe der ÖVP stellte Schieder die Ernsthaftigkeit der Debatte in Frage. Er habe vorgehabt, so Schieder, aufgrund einer dringlichen Anfrage über die Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit zu sprechen. Nun sehe er, daß es der ÖVP ausschließlich um Gags gehe. Dazu hätte es keiner dringlichen Anfrage bedurft.

Kritik an sich selbst - als Politiker - sei er jeder Zeit bereit, zu akzeptieren, sagte Schieder. Wogegen er sich wende, seien Methoden wie die, durch Strafanzeigen gegen die Mitarbeiter des PID diese zu kriminalisieren. Das müsse er aufs Schärfste zurückweisen. Wenn die ÖVP damit vielleicht eine Einschränkung der Informationsarbeit erzwingen wolle, so werde ihr das nicht gelingen. Denn die Mitarbeit des PID seien gerne für diese Stadt tätig, weil sie sich eben zu dieser Stadt bekennen. Und letzten Endes werde in der Arbeit des PID immer nur dargestellt, was in der Stadt Wien geschehe. Diese Arbeit stehe absolut im Einklang mit dem Auftrag des Presse- und Informationsdienstes. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (64)  
Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

70 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) GR FÜRST (ÖVP) erklärte, er sei nicht der Meinung von StR Schieder, daß die Sache von der ÖVP ins Lächerliche gezogen wurde. "Wir sind der Meinung, daß mit Steuermitteln keine Propaganda betrieben werden soll."

Die Bediensteten der Rathausinformation sind zur Unparteilichkeit verpflichtet. "So weit, daß Mehrheitspolitiker die Erhebungen der Staatsanwaltschaft zurückweisen, sind wir noch nicht. Sie verlangen eine Arbeit, die die Gesetze der Unparteilichkeit verletzt. Die Forderung nach Unparteilichkeit ist von Journalisten des Pressedienstes zu erfüllen."

Aus einer Anfragebeantwortung von StR Schieder gehe hervor, daß in den Jahre 1981 und 1982 19.636 Bäume gepflanzt worden seien, fuhr GR Fürst fort, es fehlen daher 480.364 Bäume auf die angekündigte halbe Million. "Gepflanzt wurden lediglich 1,6 Millionen Wiener."

Es ist richtig, so Fürst, daß StR Schieder auch der ÖVP-Fraktion die Bilanzbroschüren angeboten hat. Sie wurden gleichzeitig, nämlich um 16.30 Uhr, auch der SPÖ angeboten. Und um 19 Uhr waren die Broschüren bereits beim Parteitag der SPÖ in Oberlaa eingetroffen. "Rathausbeamte mußten also Überstunden machen, damit die Bilanzbroschüren rechtzeitig beim SP-Parteitag in Oberlaa eintreffen."

Er sehe eine Gleichschaltung von Wien-aktuell-Wochenblatt mit der Sozialistischen Propaganda, hob Fürst hervor. "Das ist ein ständiger Mißbrauch von Steuergeldern für parteipolitische Zwecke. Wir ziehen sie heute dafür zur Verantwortung." (Forts) fk/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (65)  
Utl.: Dringlicher Antrag  
=++++

71 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) "Wir wenden uns dagegen, daß unser aller Geld für die SPÖ gebraucht wird", fuhr FÜRST fort. "An der Demokratie sparen sie mit der Vorverlegung der Wahlen aber für die Rathausinformation werfen sie Millionen hinaus".

Der Antwort von StR. Schieder über weiteres Informationsmaterial des Presse- und Informationsdienstes im Frühjahr entnehme er, daß das Geld, daß für Parteipropaganda aufgewendet werden soll, bereits ausgegeben ist. Damit sei der erste Punkt des Antrages erledigt.

Die Rathauspropaganda im Dienst der SPÖ macht einen Betrag von rund 26 Millionen aus. Fürst zählte auf: Wien aktuell-Wochenblatt, Plakatserie, Bilanzbroschüren. "Die Sozialistische Partei Wiens soll die mißbrauchten Millionen zurückzahlen", forderte Fürst abschließend. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (66)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

72 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der dringliche Antrag der ÖVP sei vermutlich nur ein Alibiakt im Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen die Redakteure des PID, sagte GR. OUTOLNY (SPÖ). Die Redakteursversammlung des PID habe die Unterstellungen von GR. FÜRST in einer Aussendung eindeutig zurückgewiesen. Fürst habe sich anscheinend, seit er im betreffenden Gemeinderatsausschuß tätig ist, dem Pressedienst der Stadt Wien als Feindbild geschaffen. Der Spaß habe aber ein Ende, wenn wieder versucht wird, eine Skandalisierungskampagne loszulassen. Bei der Kriminalisierung der PID-Redakteure handle es sich um einen versuchten Wahlkampf im Gerichtssaal, was ein ganz mieser Stil sei.

Daß die ÖVP mit zweierlei Maß messe, zeigen folgende zwei Tatsachen: Erstens habe im Verfassungsausschuß im Parlament bei der Diskussion der Begrenzung der Wahlkampfkosten SP-Klubobmann Fischer vorgeschlagen, mit dem beginnenden Wahlkampf allen Gebietskörperschaften jede Informations- oder Propagandatätigkeit zu verbieten, was die ÖVP-Fraktion interessanter Weise abgelehnt habe, vermutlich im Hinblick auf ihre Landeshauptleute. Zweitens habe das Land Niederösterreich im Wahlkampf seines Landeshauptmannes Ludwig für eine Reihe von ganzseitigen Inseraten 100 Millionen Schilling ausgegeben. Besonders erwähnenswert sei, daß solche Inserate nicht nur in den Tageszeitungen, sondern auch in der rechtsradikalen Wochenzeitung "Die neue Ordnung" erschienen sei.

Abschließend forderte Gr. Outolny, man solle den Pressedienst in Ruhe seine sachliche und qualifizierte Arbeit tun lassen. (Forts.)  
roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (67)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

73 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zu zwei tatsächlichen Berichtigungen meldete sich StR. Schieder zu Wort. Erstens: GR. FÜRST habe einen Betrag von 26 Millionen Schilling für Informationsausgaben genannt. Die Kosten für diese Informationsausgaben machten jedoch 15 Millionen Schilling aus. Das ist eine schlichte Verschätzung von 11 Millionen Schilling.

Zweitens: Der Text einer ÖVP-Anfrage zu Baumpflanzungen hat gelautet: Wieviele Bäume wurden von der Stadt Wien 1982 gepflanzt? 1982 waren es weniger als 500.000, aber 1981 wurden 500.000 Bäume gepflanzt. In den letzten zehn Jahren wurden über zwei Millionen neue Baumpflanzungen durchgeführt.

Der ÖVP-Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit zugewiesen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (68)

Utl.: Schlußrede des Vorsitzenden

=++++

74 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Abschluß der Debatte erklärte der Vorsitzende GR. MAYRHOFER, daß der Gemeinderat in dieser Sitzung seine vorzeitige Auflösung beschlossen hat. In der abgelaufenen Periode seit dem 13. November 1978 hat der Gemeinderat in 51 öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen mehr als 4.300 Geschäftsstücke beraten und beschlossen. 550 Sitzungen von Ausschüssen fanden in diesem Zeitraum statt, dazu kamen noch Sitzungen der Unterausschüsse und Kommissionen. Nur 200 Geschäftsstücke wurden im Gemeinderat nicht einstimmig beschlossen, was auf eine sachliche Arbeit hinweise. Die Mehrheitspartei hat in diesem Zeitraum den Auftrag ausgeführt, sagte Mayrhofer, die Opposition ist ihrer Aufgabe nachgekommen. Im gemeinsamen Interesse aller Wiener, so MAYRHOFER, solle die Arbeit des Gemeinderates auch in Zukunft fortgeführt werden. Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach 14 1/2 Stunden Dauer geschlossen. (Schluß) gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

## Intensiv-Förderungsgruppen für Schwerstbehinderte

Utl.: Autobus als Therapiemittel

=++++

16 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Im psychiatrischen Krankenhaus Ybbs wurde Donnerstag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, ein von der Stadtgemeinde Ybbs zur Verfügung gestellter Autobus namens des Krankenhauses übernommen. Der Autobus wird künftighin als Übungsbus für eine Intensiv-Förderungsgruppe von schwerst geistig behinderten Menschen dienen und bei der Vorbereitung für Ausflüge außerhalb des Krankenhauses ebenso wie für Rehabilitationsübungen verwendet werden.#

Ebenfalls Donnerstag wurde von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher und dem Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer Adolf Czettel im Foyer der Arbeiterkammer, 4, Prinz-Eugen-Straße 20 - 22, eine Ausstellung mit Bildern und Objekten von schwerst behinderten Patienten des psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe eröffnet. Die Arbeiten entstanden im Rahmen einer Aktivgruppe im Pavillon 18 des Krankenhauses. Stacher betonte im Rahmen der Eröffnung, daß selbst bei schwerst behinderten Patienten eine Förderung möglich ist. So gibt es in dieser Ausstellung unter anderem Bilder eines Patienten zu sehen, der nach vielen Jahren Hoffnungslosigkeit im Gitterbett mit Hilfe der kreativen Aktivitäten dieser Intensivgruppe mobilisiert werden konnte. Der Gesundheitsstadtrat wies ferner darauf hin, daß jeder siebente Mensch im Laufe seines Lebens zu mindestens einmal mit der Psychiatrie zu tun hat. Psychiatrie gehe daher jeden an, und das Interesse für die Anliegen der Betroffenen muß daher geweckt werden und erhalten bleiben.

Die Ausstellung in der Arbeiterkammer ist bis 11. März Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 12 Uhr geöffnet.  
(Schluß) zi/gg

NNNN

Wiens neue Rodelbahn liegt am Laaer Berg

=++++

23 Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Wiens neue Rodelbahn, die auf Initiative von Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER am Laaer Berg angelegt wurde, wird ab morgen, Samstag mittag, voll und ganz zur Verfügung stehen. Die Rodelbahn beginnt beim Ende des Böhmisches Praters und führt durch die Löwygrube bis zur Ostbahn. Sie ist jedoch nur für sportliches Fahren bestimmt, Kleinkinder sollten die Bahn nicht benützen, ebenso sind Plastikbobs u. ä. dafür nicht geeignet.

Die rund 400 Meter lange Bahn am Laaer Berg überwindet einen Höhenunterschied von 40 Metern. Die ersten Arbeiten zum Anlegen der Bahn - Geländemodellierungen usw. - wurden bereits im vergangenen Jahr durchgeführt. Nun wurde noch zusätzlicher Schnee hingebacht, außerdem vereiste die Feuerwehr die neue Bahn.

Wer selbst keine Rodel besitzt, kann trotzdem auf der neuen Rodelbahn fahren: direkt am Start befindet sich ein Ausrüstungsverleih für Rodeln und Langlaufausrüstung, der ab Samstag täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet ist - jedenfalls, solange Schnee liegt.

Die Rodler sollten allerdings im eigenen Interesse einige Sicherheitsregeln beachten. Kleinkinder etwa sollen die Bahn nicht benützen - für sie stehen Rodelhügel in der Umgebung zur Verfügung. Auch die beliebten Plastikrodeln sind für die neue, sportliche Bahn absolut ungeeignet. Nach einem Sturz muß die Bahn sofort geräumt werden, ebenso soll ein Abstand von 20 Sekunden zwischen den einzelnen Fahrern eingehalten werden. Die Bahn darf auch nur vom Start weg benützt werden: wer in der Mitte einsteigt, gefährdet sich und andere.

Eine weitere Rodelbahn steht den Wienerinnen und Wienern auch am Gallitzinberg zur Verfügung.

Zwtl.: Ab Samstag sieben Loipen in Wien

Ab morgen Samstag ist in Wien auch die siebente Langlaufloipe fertig. Sie befindet sich im Donaupark und beginnt beim Parkplatz beim Donauturm. Die Langläufer können damit in der Bundeshauptstadt insgesamt 50 Kilometer Loipen benützen: am Cobenzl, im Südteil der Donauinsel und am Laaer Berg (jeweils mit Ausrüstungsverleih), auf den Steinhofgründen, im Prater (Beginn bei der Jesuitenwiese) und bei der Sophienalpe. Diese Loipen werden von der Stadt Wien auch ständig präpariert. (Schluß) hs/gg

## Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981

=++++

24 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Die nun festgestellten 1,531.346  
Bewohner Wiens verteilen sich auf die Bezirke:

Gemeindebezirk	Wohnbevölkerung	Bürgerzahl
1.	19.537	17.986
2.	95.892	87.046
3.	86.054	78.024
4.	31.800	29.034
5.	52.436	46.737
6.	28.771	25.812
7.	29.490	26.332
8.	24.769	22.276
9.	45.314	40.830
10.	147.101	137.500
11.	65.859	62.674
12.	79.408	73.626
13.	55.331	52.686
14.	78.996	74.605
15.	70.066	61.668
16.	88.587	79.356
17.	49.337	43.846
18.	52.548	47.358
19.	67.522	63.265
20.	73.696	67.630
21.	116.033	112.937
22.	99.801	97.112
23.	72.998	69.583
-----		
Wien	1,531.346	1,417.923
=====		

(Schluß) en/gg

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 19. Februar 1983

Blatt 486

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:           Jährlich 18.000 Fahrzeuge unter der Lupe  
(rosa)               70 Jahre Krankenpflegeschule im AKH  
                          Gemeinderat: Einstimmig und ohne Debatte  
                          Mittelgasse: Grundstücksankauf dient der Assanierung

Mittelgasse: Grundstücksankauf dient der Assanierung

=++++

1 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte den Kauf der Liegenschaft Mittelgasse 2 in Wien Mariahilf. Das Haus ist abgewohnt und baufällig. Auf dem Grundstück Mittelgasse 2 kann in Zusammenhang mit der gegenüberliegenden Baufläche Mittelgasse 1 ein Neubau errichtet werden. Damit ist es möglich, die Mittelgasse zu überbauen und das Wohngebiet gegenüber dem Verkehrslärm der Stumpergasse abzuschirmen. Gleichzeitig kann damit auch im Bereich der Mittelgasse ein fußgängerfreundlicher Bereich geschaffen werden, wobei die Mittelgasse mit dem geplanten Park in der Garbergasse verbunden werden kann.

Zwtl.: Grundverkauf für Betriebserweiterung

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte ferner den Verkauf von Grundstücken im 23. Bezirk. Sie werden für eine Betriebserweiterung benötigt.

Die verkauften Flächen sind insgesamt knapp zweieinhalbtausend Quadratmeter groß. Sie werden einem Unternehmen an der Hetmanekgasse dienen, das sich mit Schall- und Wärmeisolierung befaßt. (Schluß)  
and/ap

NNNN

Jährlich 18.000 Fahrzeuge unter der Lupe

Utl.: Landesfahrzeugprüfstelle dank Computerhilfe doppelt so schnell  
=++++

2 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die Landesfahrzeugprüfstelle in Wien hat die Aufgabe, Einzelgenehmigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern zu erteilen. Außerdem werden bei der Landesfahrzeugprüfstelle - sie gehört zur MA 46 - genehmigungspflichtige Änderungen an bereits zugelassenen Fahrzeugen überprüft. Ihrer Tätigkeit widmet "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe einen ausführlichen Bericht.

Seit 1981 führt die Landesfahrzeugprüfstelle die Bescheiderstellung mittels EDV durch. Dadurch ist Wien derzeit als einziges Bundesland in der Lage, den gesamten Einzelgenehmigungsbescheid noch am selben Tag auszufertigen.

Zur Illustration einige Zahlen: Pro Jahr werden rund 180.000 Fahrzeuge begutachtet. Innerhalb von nur fünf Jahren hat sich die Anzahl verdoppelt. Dies zu bewältigen war nur durch den EDV-Einsatz möglich. Über Bildschirm erhält der Sachverständige aus einer Typendatei die erforderlichen technischen Daten. Er ergänzt Motor- und Fahrgestellnummer und der fertige Bescheid kann sofort ausgedruckt werden. Ist das Fahrzeug noch nicht in der Typendatei enthalten, kann der Sachverständige die Datei nach eigenen Kriterien absuchen und die Daten eines möglichst ähnlichen Fahrzeuges auf den Bildschirm holen. Alle Änderungen, entsprechend dem geprüften Fahrzeug, kann er direkt am Bildschirm überschrieben, der Einzelgenehmigungsbescheid wird über einen Formulardrucker ausgegeben. In gleicher Form werden Änderungsbescheide erstellt.

Bei Mängel an Fahrzeugen oder bei unvollständigen Unterlagen wird ein neuer Überprüfungsstermin vereinbart.

(Schluß) ull/ap

NNNN

## 70 Jahre Krankenpflegeschule im AKH

=++++

3 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die Krankenpflege ist so alt wie die Menschheit, aber die berufsmäßige Krankenpflege durch speziell ausgebildete Fachkräfte ist eine Errungenschaft des Industriezeitalters. "Wien aktuell - Wochenblatt" berichtet, daß die Krankenpflegeschule im AKH heuer 70 Jahre alt wird. Als Dr. Meder im Jahre 1909 die Direktion des AKH übernahm, griff er sofort die Bemühungen seines Vorgängers Dr. Mucha auf, eine Krankenpflegeschule zu errichten. Anfang 1913 erhielt er endlich die Genehmigung, am 25. November 1913 begann im ehemaligen Versorgungshaus, Spitalgasse 23, der Unterricht für die ersten 36 Schülerinnen. Damals wurden im wesentlichen nur persönliche Pflege und Verbandlehre unterrichtet. 1921 wurde die Krankenpflegeausbildung im AKH und gleichzeitig auch eine weitere, im Lainzer Krankenhaus, dem ersten Gemeindespital, auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Inzwischen wurden aus diesen Anfängen acht allgemeine Krankenpflegeschulen, drei Kinderkrankenpflegeschulen, zwei Schulen für psychiatrische Krankenpflege sowie ein ganzes System von Schulungen für medizinisch-technische Dienste und andere spezielle Aufgaben im Rahmen der Krankenpflege. (Schluß) sti/ko

NNNN

Gemeinderat: Einstimmig und ohne Debatte

Utl.: Subventionen - Pflegegelder erhöht - Stadterneuerung

=++++

4 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates vor den Neuwahlen standen 135 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung. Davon wurden 124 einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Der Gemeinderat setzte die Pflegegelder und Pflegebeiträge neu fest. Für Kinder bis zu 18 Jahren in Einzelpflege beträgt der neue Satz 2.600 Schilling monatlich, in Großfamilien (vier bis zehn Kinder) 3.000 Schilling monatlich.

Einstimmig genehmigte der Gemeinderat Subventionen für zahlreiche kulturelle Organisationen. Unter anderem erhält das Künstlerhaus 2,1 Millionen, der Verein Wiener Stadtfeste-Metropol 800.000 S, die österreichische Gesellschaft für christliche Kunst 650.000 S.

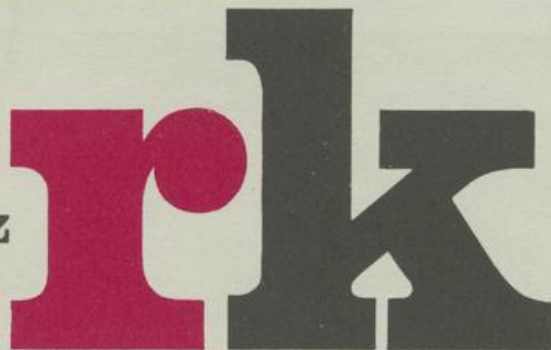
Für kulturelle Aktivitäten in den Bezirken erhalten die Wiener Bezirksmuseen 1,4 Millionen, sowie weitere 4,3 Millionen für verschiedene Bezirksveranstaltungen. Der Verein "Zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser, WUK", in der Währinger Straße erhält für seine kulturellen Tätigkeiten im laufenden Jahr eine Subvention in der Höhe von drei Millionen.

Zur Sportförderung wurden mehr als elf Millionen zur Verfügung gestellt. Unter anderem erhält der österreichische Judoverband zur Durchführung der Frauenweltmeisterschaft im kommenden Jahr 400.000 S.

Im Rahmen der Stadterneuerung werden für die Modernisierung maschineller Kleinwaschküchen 180 Waschmaschinen, 200 Waschsleudermaschinen, 200 Wäschetrockner sowie 180 Zentrifugen im Gesamtbetrag von 20,5 Millionen angeschafft. Die Instandsetzung der Werkbundsiedlung in Hietzing und der städtischen Wohnhausanlage Sandleitengasse in Ottakring mit einem Gesamtaufwand von 102 Millionen wurde ebenfalls einstimmig genehmigt. (Schluß) fk/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 21. Februar 1983

Blatt 491

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

**Kommunal:**                   Entwicklungsdiagnostik: Erfolgreiche Früherkennung  
(rosa)                        Beschleunigungsprogramm für die Linie "J"  
                                  ÖVP-Antrag zur Verfassungsänderung  
                                  Bürgerdienst hilft den Konsumenten  
                                  "Gräf & Stift-Gründe": Kein Grün verschwindet  
                                  ÖVP fordert mehr Mitsprache bei Straßenprojekten

**Lokal:**                        Bausperre im 3. Bezirk  
(orange)

**Nur über FS:**   19.2. Lagerhallenbrand im 11. Bezirk  
                  20.2. Zimmerbrand - Wohnungsinhaberin tot  
                  21.2. Der 27. Februar ist wieder "Familiensonntag"  
                  Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters  
                  Neuer Kindergarten in Ottakring  
                  Kesselwaggon - Ventil undicht

Bausperre im 3. Bezirk

=++++

1 Wien, 21.2. (RK-LOKAL) Für den Bereich zwischen Dampfschiffstraße, Weißgerber Lände, Rasumovskygasse, Löwengasse, Obere Viaduktgasse, Hetzgasse und Hintere Zollamtsstraße wird derzeit eine neuer Flächenwidmungs- und ein Bebauungsplan erarbeitet. Das Gebiet muß überprüft werden, da hier nur zum Teil innere Baufluchtlinien festgelegt sind, was zu einer nicht vertretbaren Erweiterung der Bauten führen könnte. Auch die Verkehrsorganisation muß überlegt werden. Schließlich wird auf Antrag der Bezirksvertretung Landstraße der Bebauungsplan im Bereich der Dampfschiffstraße untersucht, vor allem die dort derzeit mögliche Bauhöhe.

Um diese Planungsarbeiten nicht durch zwischenzeitliche Bauführungen zu gefährden, soll über dieses Gebiet eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.

Der Planentwurf für die zeitlich begrenzte Bausperre (Plannummer 5768) liegt zwischen 24. Februar und 24. März während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413 öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zum Entwurf Stellung nehmen. (Schluß) sc/ap

NNNN

Entwicklungsdiagnostik: Erfolgreiche Früherkennung (1)

Utl.: 15 Prozent der Neugeborenen sind "Risikokinder"

=++++

3 #Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurden im vergangenen Jahr 14.954 Kinder geboren. Bei rund 15 Prozent davon ergab sich die Notwendigkeit einer besonders intensiven ärztlichen Betreuung, da Schwangerschaft und Geburt mit Risiken verbunden waren.

Entwicklungsdiagnostischen Einrichtungen zur Früherkennung und Behandlung kommt deshalb große Bedeutung zu, erklärte Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Bereits 1974 wurde in der Universitätskinderklinik gemeinsam mit dem Gesundheitsamt der Stadt Wien eine entwicklungsdiagnostische Einrichtung in Betrieb genommen. Ergänzend dazu wurden vor drei Jahren eine Spezialambulanz im 10. Bezirk, Gellertgasse 42 - 48, und ein entwicklungsdiagnostisches Zentrum im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141, geschaffen. Beide Vorsorgeeinrichtungen haben sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt. So wurden 1982 rund 900 Risikokinder untersucht, worunter sich Frühgeburten ebenso befanden wie Kinder, die eine stärkere Gelbsucht nach der Geburt oder Störungen der Muskulatur oder der Atmung hatten. Bei 27 Prozent wurden geringe Auffälligkeiten diagnostiziert und 2,5 Prozent hatten schwere Störungen.

791 Kinder wurden diesen Stellen von praktizierenden Kinderärzten, Ambulatorien, Mutterberatungsstellen oder aus Spitälern zugewiesen. Diesen Stellen war etwa bei der Mutter-Kinder-Paß-Untersuchung eine Entwicklungsstörung aufgefallen.  
(Forts.) zi/gg

NNNN

Entwicklungsdiagnostik: Erfolgreiche Früherkennung (2)

Utl.: Erfolgreiches Risikokinderprogramm

=++++

4 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Früherkennung werden aber auch seit nunmehr drei Jahren alle Risikokinder, die nicht an einer Kinderabteilung betreut werden, im 4. und 7. Lebensmonat vom Gesundheitsamt der Stadt Wien zu einer entwicklungsneurologischen Kontrolle eingeladen und von speziell geschulten Ärzten untersucht. Der Zeitpunkt des 4. Lebensmonats wurde deshalb gewählt, weil dieser für die Frühdiagnose einer Entwicklungsstörung sehr entscheidend ist.

Gesundheitsstadtrat Univ.Prof.Dr. Stacher appelliert in diesem Zusammenhang an alle Eltern, gegebenfalls von den zur Verfügung stehenden Einrichtungen Gebrauch zu machen. In den entwicklungsdiagnostischen Ambulanzen im 10. Bezirk, Gellertgasse 42-48 (Tel. 64 35 84), und im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141 (Tel. 34 42 70) stehen außer neurologisch geschulten Ärzten auch Orthopäden, Augenärzte und Psychologen kostenlos zur Verfügung. (Schluß) zi/ko

NNNN

Beschleunigungsprogramm für die Linie "J" (1)

Utl.: Neue Verkehrsorganisation durch Bau der U-3

=++++

6 #Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für die U-3 im dritten Bezirk wird die Straßenbahnlinie "J" ab Jänner 1984 von Ottakring zur neuen Schleife Oper/Karlsplatz geführt. Gleichzeitig kann mit der Entscheidung, daß die Straßenbahnlinie "J" erhalten bleibt, ein Beschleunigungsprogramm durch die Josefstädter Straße und die Neulerchenfelder Straße verwirklicht werden. Die Linien "52" und "58" werden ab 1984 über den Ring geführt. Im dritten Bezirk werden die Straßenbahnlinien "J" und "T" durch Autobusse ersetzt.#

Zwtl.: Beschleunigungsprogramm für die Linie "J"

Die Linie "J" wird ab Jänner 1984 zur neugeschaffenen Schleife Oper/Karlsplatz geführt. Die Schleife durch die Operngasse, Bösendorferstraße, Akademiestraße zurück zum Ring wird noch heuer verwirklicht. Der "J-Wagen" wird damit an die U-Bahnlinien U1, U2 und U4 angebunden. Gleichzeitig mit der Entscheidung, daß die Linie "J" weiterhin als Straßenbahn geführt wird, kann durch die Josefstädter Straße im 8. Bezirk und durch die Neulerchenfelder Straße im 16. Bezirk ab 1984 das Beschleunigungsprogramm verwirklicht werden. Abschnittsweise werden die Gleise neu verlegt und die Straßenoberfläche saniert. Das Beschleunigungsprogramm soll so verwirklicht werden, daß die legalen Stellplätze in der Josefstädter Straße und in der Neulerchenfelder Straße erhalten bleiben. In einem Gespräch mit Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Montag vormittag haben sich die beiden Bezirksvorsteher, Walter KASPAREK, vom 8. Bezirk, und Alfred BARTON von Ottakring, mit den Beschleunigungsmaßnahmen für die Linie "J" einverstanden erklärt. (Forts.) fk/ap

Beschleunigungsprogramm für die Linie "J" (2)

Utl.: Ring-Rund-Linie mit "52" und "58"

=++++

7 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Die Linien "52" und "58" werden ebenfalls ab Jänner 1984 über den Ring verlängert. Die Weichenanlagen in der Babenbergerstraße werden noch heuer errichtet. Mit der verkürzten Führung des "J" gibt es dann ab 1984 zwei echte Ring-Rund-Linien. Es ist noch nicht entschieden, welche der beiden Linien in welche Richtung geführt werden sollen. Ob der "52er" nach rechts oder nach links in den Ring einbiegen wird und umgekehrt der "58er". Hier werden von den Verkehrsbetrieben noch Frequenzanalysen erarbeitet. (Forts. mgl.) fk/gg

## ÖVP-Antrag zur Verfassungsänderung

=++++

9 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Im Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten wurde Montag ein Antrag der ÖVP betreffend der Änderung der Wiener Stadtverfassung zum Ausbau der direkten Demokratie, mehr Bürgernähe und verstärkte Kontrolle beraten. Stadtrat Franz NEKULA bezeichnete den Antrag, der am 28. Jänner im Landtag eingebracht worden ist, als reinen "Propagandaantrag". Der Klubobmann der ÖVP, einer der Antragsteller, betonte Nekula, hatte bereits in Parteienverhandlungen der Auflösung des Gemeinderats zugestimmt und stellte zur gleichen Zeit einen Antrag, der grundlegende Fragen aufwirft, die über die Legislaturperiode hinausgehen. Die Verfassungsänderung 1978 wurde drei Jahre beraten, der Antrag der ÖVP so knapp vor Ende der Legislaturperiode ist daher nicht glaubwürdig, sagte Nekula.

GR. Mag. Robert KAUER (ÖVP) erklärte, seine Partei werde den Antrag noch einmal einbringen, da ein sukzessiver Ausbau der Bürgerrechte notwendig ist.

Die Antragsbeantwortung wurde mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen. (Schluß) en/gg

NNNN

Bürgerdienst hilft den Konsumenten

Utl.: Zusammenarbeit mit Staatssekretariat

=++++

10 #Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Neben vielen anderen Problemen hilft der Bürgerdienst der Stadt Wien auch bei Konsumentenfragen. Besonders günstig erweist sich dabei die Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie. Sowohl Staatssekretärin Annelise ALBRECHT als auch Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK betonten am Montag beim Pressefrühstück im Handelsministerium die Vorteile der diesbezüglichen Zusammenarbeit.#

Zilk wies darauf hin, daß es Aufgabe des Bürgerdienstes sei, den Bürgern der Stadt in allen Fragen mit Rat und Hilfe beizustehen. Der Bedarf für eine Einrichtung wie den Bürgerdienst zeige sich schon daran, daß diese Institution jährlich rund 200.000 Kontakte verzeichnet.

Die Konsumentenprobleme, die an den Bürgerdienst herangetragen werden, betreffen vor allem Vertragsabschlüsse an der Wohnungstür und in letzter Zeit zunehmend Verträge in Zusammenhang mit energiesparenden Investitionen. Bei diesen - meist schwierigen - Fällen ist die Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle im Staatssekretariat eine besonders wertvolle Hilfe. (Schluß) gab/ap

NNNN

"Gräf & Stift-Gründe": Kein Grün verschwindet

Utl.: Stadtrat Wurzer berichtigt Bezirksvorsteher Tiller

=++++

11 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNLA) Zu der Behauptung des Bezirksvorstehers für den 19. Bezirk, Rudolf TILLER, in der heutigen "Kronenzeitung", beim Projekt für die Wohnhausanlage auf den "Gräf & Stift-Gründen" seien 3.000 Quadratmeter Grün "verschwunden", stellte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest:

"Die Behauptung von Bezirksvorsteher Tiller ist völlig falsch. Das Areal der geplanten Wohnhausanlage ist 33.861 Quadratmeter groß, davon sollen 12.958 Quadratmeter bebaut werden. 9.956 Quadratmeter sind befestigte Flächen, wie Spielplätze, Gehwege usw., sodaß 10.947 Quadratmeter Grünflächen innerhalb der Wohnhausanlage zur Verfügung stehen. Außerdem wird sich in der Mitte der Anlage ein öffentlich zugänglicher Park in einer Größe von rund 7.500 Quadratmeter befinden. Das entspricht genau der derzeitigen Widmung einer Parkanlage, die bisher allerdings am Rand situiert war. Es ist also keine Rede davon, daß Grünflächen verschwunden sind oder etwas zubetoniert wird. Stadtrat Wurzer bedauerte es, daß der Wahlkampf dazu führe, daß die Bevölkerung falsch informiert werde. Bezirksvorsteher Tiller hätte sich durch einen Anruf jederzeit über den richtigen Sachverhalt informieren können. (Schluß) sc/gg

NNNN

ÖVP fordert mehr Mitsprache bei Straßenprojekten

Utl.: Landschaftsrahmenplan enthält nützliche Vorschläge

=++++

13 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK erklärte Montag vormittag in einer Pressekonferenz, daß die Bundesstraßengesetznovelle 1983 den Vorstellungen der Wiener ÖVP nach Umweltverträglichkeit und Bürgermitsprache nicht entspreche. Der Grüne Rat der Wiener Volkspartei fordere daher unter anderem weiterhin

- eine Volksabstimmung über jedes große Straßenprojekt bereits vor Beginn der Planungsphase,
- Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Information und Einbindung aller Betroffenen und eine Parteistellung aller Anrainer im Bauverfahren,
- einen Rechtsanspruch auf Erstattung des Wiederbeschaffungswertes (Verkehrswert) bei unbedingt notwendigen Absiedlungen
- und die Sicherstellung von wirksamen Umweltschutzmaßnahmen (Lärmschutz, Immissionsschutz) auch bei bestehenden Bundesstraßen.

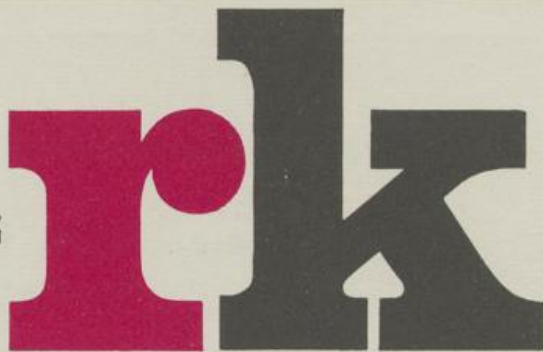
Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK erklärte, der Landschaftsrahmenplan für Wien enthalte eine Summe guter, nützlicher Vorschläge. Da die Vorschläge über den Stadtentwicklungsplan hinausgehen, sollte dieser an die Inhalte und Zielsetzungen des Landschaftsrahmenplans angepaßt werden. Im einzelnen sollten verwirklicht werden:

- Schutzwidmung für die bestehenden Landwirtschaftsflächen,
- mehr Parks im dicht bebauten Stadtgebieten
- Erhaltung aller bestehender Kleingärten
- Schutz für die Auwälder im Donaubereich (z. B. Sauhaufen, Lobau) und für wertvolle Biotope (z. B. Blaues Wasser).

(Schluß) sc/gg

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 22. Februar 1983

Blatt 500

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:**  
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan für den Königlgberg  
Schieder: Gute Luftsituation Wiens wird weiter  
verbessert  
Neues Mietrechtsgesetz schafft Arbeitsplätze  
15 Jahre Wohnungsberatung in Wien  
Gratz: öMV genau beobachten  
Schieder: VP hängt sich an städtische Initiativen an
- Politik:**  
(rosa) Freudenreich kehrt in den Rechnungshof zurück
- Lokal:**  
(orange) Die Rettung im Jänner  
Neuer "Club Bassena" am Schöpfwerk  
Wien im Jänner gut besucht  
Jubiläumswarte: Bunkeranlagen wurden abgerissen
- Nur  
über FS:** Pensionistenheim für den Alsergrund

## Neuer Flächenwidmungsplan für den Königlgberg

Utl.: ORF-Zentrum kann erweitert werden

=++++

1 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Führt wird von der Elisabethallee, wurden ein neuer Flächenwidmungs- und ein Bebauungsplan entworfen. Das etwa 60 Hektar große Plangebiet Lainzer Straße begrenzt und hat Klimtgasse, Fasangartengasse und Lainzer Straße begrenzt und hat rund 2.100 Einwohner. Das städtebauliche Ziel des neuen Plans ist es vor allem, das örtliche Stadtbild und die Grünräume zu erhalten, unter Berücksichtigung des Bestandes und des Ortsbilds unterschiedliche Gebäudehöhen festzulegen und für den Ausbau des ORF-Zentrums vorzusorgen.

Die Festsetzung innerer Baufluchtlinien im Plangebiet soll eine intensive Bebauung der Liegenschaften verhindern. In Teilbereichen soll eine Begrenzung der Firsthöhe auf 4,50 Meter bewirken, daß keine weitere Verdichtung der Bebauung erfolgen kann. Um den Eindruck großflächiger Grünräume im Inneren der Blöcke nicht zu stören, dürfen Einfriedungen an seitlichen und hinteren Grundgrenzen im allgemeinen nicht höher als 1,20 Meter und nur bis zu 30 Prozent vollflächig sein. Ein Gebiet östlich der Wattmannngasse, das für ein Kindertagesheim und eine Schule vorgesehen war, soll die Widmung Bauland/Wohngebiet für Gebäude mit maximal 6,50 Meter Höhe erhalten. Schließlich soll das ORF-Zentrum erweitert werden können, wobei jedoch das bisher bewilligte Bauvolumen nicht vergrößert werden darf.

Die Entwürfe für den neuen Flächenwidmungs- und den Bebauungsplan (Plannummer 5752) liegen zwischen 24. Februar und 24. März während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zu den Entwürfen Stellung nehmen.

(Schluß) sc/ap

NNNN

## Die Rettung im Jänner

Utl.: Herzerkrankungen und Unfälle

=++++

2 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Herzerkrankungen und Unfälle bildeten einen wesentlichen Teil der Einsätze des städtischen Rettungsdienstes im Jänner dieses Jahres. Insgesamt leisteten die Ärzte und Sanitäter der Rettung in diesem Monat bei 4.682 Ausfahrten und in den diversen Rettungsstationen in 4.601 Fällen "Erste Hilfe". Davon gab es unter anderem Einsätze bei 2.643 Akuterkrankten, 424 sogenannten Herzalarmpatienten und 1.746 verletzten Personen.

Den stärksten Anteil bei den Verletzten hatten die Verkehrsunfälle mit 376 verletzten Personen, gefolgt von 79 Betriebsunfällen und 38 Sportunfällen. Ferner mußte die Rettung im Jänner bei 55 Selbstmordversuchen intervenieren, wobei in 20 Fällen jede Hilfe zu spät kam. Darüber hinaus wurde die Hilfe der Rettung aber auch bei fünf Geburten in Anspruch genommen und ärztliche Hilfe geleistet.

Der Krankenbeförderungsdienst transportierte 5.235 Patienten und legte dabei 64.354 Kilometer zurück. An das Wiener Rote Kreuz wurden 602 Einsätze, an den Arbeiter-Samariter-Bund 283 Einsätze abgegeben. (Schluß) zi/ko

NNNN

Neuer "Club Bassena" am Schöpfwerk

Utl.: Eröffnung am Freitag

=++++

3 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Mit einem großen Eröffnungsfest wird der "Club Bassena" in der Wohnhausanlage Am Schöpfwerk kommenden Freitag eröffnet. Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER wird die offizielle Eröffnung vornehmen.

Das Familien- und Freizeitzentrum "Club Bassena", ein Modellversuch, mit dem bereits in der Per-Albin-Hansson-Siedlung und in Wien-Alsergrund gute Erfahrungen gemacht worden sind, hat bereits vor einem halben Jahr am Schöpfwerk seinen Betrieb aufgenommen. Vor allem bei den Frauen der Wohnhausanlage war das Echo enorm, binnen kurzer Zeit entstand eine "Problemselbsthilfegruppe für Frauen", die bereits zahlreiche Initiativen gesetzt hat, so etwa die Gründung einer Kindergruppe, die jeden Vormittag von den Frauen der Wohnhausanlage selbst betreut wird. Ein "Feierabendtreff", der jeden Mittwoch abend stattfindet, soll auch die Männer aktivieren. Kurse für Englisch, Nähen und Jazzgymnastik werden in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Margareten durchgeführt. (Schluß) emw/gg

NNNN

Wien im Jänner gut besucht

=++++

4 #Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im Wiener Fremdenverkehr wurden im Jänner 1983 insgesamt 167.000 Gästeübernachtungen gezählt, davon 162.000 in Hotels und Pensionen.#

Dazu kommen weitere 2.700 Übernachtungen von Flüchtlingen, die nun in der touristischen Statistik seperat ausgewiesen werden.

#Verglichen mit Jänner 1982 ergab sich ein Minus von 0,4 Prozent, positiv haben sich die Gästezahlen aus den USA, Ungarn, Australien, Frankreich und Japan ausgewirkt.

(Schluß) red/ap

NNNN

Jubiläumswarte: Bunkeranlagen wurden abgerissen

=++++

6 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Durch die immer wiederkehrende Neugier der Spaziergänger wurde aus einer Bunkeranlage in der Nähe der Jubiläumswarte eine gefährliche Falle. Immer wieder gruben Neugierige Löcher, um in das Innere des Bunkers zu gelangen, immer wieder wurde die Anlage auch von der Stadt Wien wieder zugeschüttet.

Als man nun vor einigen Tagen feststellte, daß neuerlich ein Zugang zu der Bunkeranlage geschaffen worden war, der von einer Schneeschicht überdeckt war und damit für Wanderer und Kinder die Gefahr des Einbrechens bestand, wurde das Bunkersystem endgültig abgetragen. Im Frühjahr wird der Wald in der Umgebung der Jubiläumswarte außerdem genau kontrolliert werden, um eventuelle weitere Kinderfallen zu entdecken. (Schluß) hs/ko

NNNN

Freudenreich kehrt in den Rechnungshof zurück

Utl.: Max Gessler zum neuen Leiter der begleitenden Kontrolle bestellt

=++++

7 #Wien, 22.2. (RK-POLITIK) In einer Sitzung der Arge AKH - darin sind die Bundesminister Dr. Hertha FIRNBERG und Dr. Herbert SALCHER und die Stadträte Hans MAYR und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vertreten - wurde Montag abend beschlossen, daß mit 1. April 1983 Max GESSLER neuer Chef der begleitenden Kontrolle beim Neubau des AKH wird. Der bisherige Leiter, Ministerialrat Dr. Fritz FREUDENREICH, kehrt mit 1. April in den Rechnungshof zurück, um eine neugegründete Abteilung für die Überprüfung der Gebarung der Krankenanstalten sowie der Krankenanstaltenfinanzierung zu übernehmen.#

Freudenreich wird die aus seiner bisherigen Tätigkeit gewonnene Erfahrung für das gesamtösterreichische Gesundheitswesen einsetzen können, damit natürlich auch weiterhin für das AKH. Max Gessler ist seit 35 Jahren bei Kommunaleinrichtungen und im privatwirtschaftlichen Sektor in führender Position tätig gewesen. Seine Erfahrung erstreckt sich vor allem auf den industriellen Anlagenbau und auf den investiv-organisatorischen Sektor.

Gessler wird bereits im März von Freudenreich in seine neue Funktion eingeführt. Dadurch ist gewährleistet, daß die inzwischen bewährte begleitende Kontrolle beim Neubau des AKH weitergeführt und im Interesse einer raschen und kostengünstigen Fertigstellung dieses Projektes wirken kann. (Schluß) sei/ap

NNNN

Schieder: Gute Luftsituation Wiens wird weiter verbessert

=++++

8 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens gute Luftsituation wird in den kommenden Jahren durch zahlreiche Maßnahmen bei den Wiener Kraftwerken weiter verbessert, erklärte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag bei der Eröffnung des Seminars "Die Luft in und über Wien", das derzeit von der Technischen Universität Wien und der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien gemeinsam an der TU veranstaltet wird. Wie Schieder betonte, werde durch Kraft-Wärme-Kupplung und zahlreiche weitere Maßnahmen der Schwefelausstoß der Wiener Kraftwerke bis 1990/91 von derzeit rund 26.000 Tonnen auf 4.000 Tonnen sinken. Zusätzlich wird durch den forcierten Ausbau der Fernwärme ein weiterer Teil des Hausbrands ersetzt. Damit können im Ballungszentrum Wien die Kriterien der österreichischen Akademie der Wissenschaften voll erreicht werden, während derzeit mitunter die Grenzwerte der Zone II überschritten werden. #

Man müsse sich verstärkt Gedanken machen, wie Umweltprobleme zu lösen und der Gegensatz Ökonomie-Ökologie zu bewältigen sei, meinte Schieder weiter.

Das Seminar "Die Luft in und über Wien" bietet einen Überblick über die Situation der Luftreinhalte in Wien. In 18 Vorträgen wird heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, über die Immissions- und Emissionssituation, über mögliche Auswirkungen der Luftverunreinigung sowie über planerische Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität referiert. (Schluß) hs/gg

NNNN

## Neues Mietrechtsgesetz schafft Arbeitsplätze (1)

=++++

- 9 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) über die Auswirkungen des neuen Mietrechtsgesetzes für die Gemeindemieter und die städtischen Wohnhäuser berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters:
- o Die Stadt Wien hat den Wohnungstausch, der bereits früher schon großzügig gehandhabt wurde, weiter erleichtert.
  - o Hat der Mieter in seine Wohnung investiert und Standortverbesserungen durchgeführt, so erhält er diese Investitionen nach Aufgabe der Wohnung rasch und unbürokratisch zurück.
  - o Bei Neuvermietungen von Wohnungen werden die Mietzinsobergrenzen nicht ausgeschöpft. Der neue Mietzins wird nur in der Höhe des Erhaltungsbeitrages berechnet.
  - o Die städtische Wohnhäuserverwaltung verzichtet auf die den Hauseigentümern zustehende Ertragskomponente von 20 Prozent der Einnahmen und führt sämtliche Einnahmen der Erhaltung der Häuser zu.
  - o Durch die Einhebung des Erhaltungsbeitrages wurde ein umfangreiches Instandsetzungsprogramm der städtischen Wohnbauten in Angriff genommen, das nicht nur den Mietern, sondern auch der Wiener Wirtschaft zugute kommt. #
  - o Das berüchtigte Paragraph 7-Verfahren (nach dem neuen Mietrechtsgesetz Paragraph 18) wurde seit 1982 bei keinem Gemeindebau angewendet.
  - o Durch den Erhaltungsbeitrag mußten keine Fremdmittel für die Erhaltungsarbeiten aufgenommen werden, den Mietern blieb die Belastung durch hohe Kredite erspart. (Forts.) ba/ap

NNNN

## Neues Mietrechtsgesetz schafft Arbeitsplätze (2)

=++++

10 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL)

- o In den Jahren 1982 und 1983 werden cirka eine Milliarde Schilling an Erhaltungsbeitrag eingehoben und zur Gänze für die Instandsetzungsprogramme an kommunalen Wohnbauten aufgewendet.
  - o Nach dem alten Mietengesetz mit seinem Paragraph 7 - Verfahren hätten 1,6 Milliarden Schilling von den Mietern eingehoben werden müssen, um 1 Milliarde verbauen zu können.
  - o Je nach Höhe des Erhaltungsbeitrages ersparen sich die Mieter durch das neue Mietrechtsgesetz zwischen 4 bis 7 Schilling pro Monat und Quadratmeter an Erhaltungskosten. Bei einer 50 Quadratmeter großen Wohnung sind dies zwischen 200 und 350 Schilling.
  - o Seit 1979 wurden in 371 städtischen Wohnhausanlagen größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Davon wurden 200 Gemeindebauten seit 1982 begonnen. In diesen 371 städtischen Wohnhausanlagen gibt es rund 67.000 Wohnungen.
  - o Bei den Erhaltungsarbeiten an städtischen Wohnhausanlagen waren im Dezember 1982 3.650 Arbeiter und im Jänner 1983 3.055 Arbeiter beschäftigt. Zum Vergleich dazu waren es vor dem großen Instandsetzungsprogramm im Dezember 1981 2.000 und im Jänner 1982 2.236 Beschäftigte.
  - o Von 34.285 Arbeitslosen in der Wintersaison 1982/83 entfielen 5.173 Arbeitslose auf die Sparte Bau/Holz, das sind um 1.096 weniger als im Jänner 1982. Auch diese Zahlen beweisen, daß sich das Instandsetzungsprogramm positiv auf das Baugewerbe und Baunebengewerbe auswirkt.
  - o Gegenwärtig arbeitet die städtische Wohnhäusererhaltung (Magistratsabteilung 27) mit Hochdruck an den Ausschreibungen für die Instandsetzungsarbeiten an weiteren 100 kommunalen Wohnhausanlagen, die noch vor Juni 1983 begonnen werden sollen.
- (Schluß) ba/ko

NNNN

## 15 Jahre Wohnungsberatung in Wien (1)

=++++

11 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien ist im Februar 15 Jahre alt geworden. Seit seinem Bestehen wurde es immer stärker als Servicestelle für Wohnungssuchende ausgebaut. Mit der Vermittlung von leerstehenden Wohnungen seit 1. Jänner 1983 wird der Versuch unternommen, einen Wohnungsmarkt in Wien zu schaffen. Dienstleistungen, wie die Einreichung von Wohnbeihilfen oder die Information über die Wohnungsverbesserung, wurden vom Wohnungsberatungszentrum in der Doblhoffgasse in die äußeren Bezirke verlegt. Die vierte Außenstelle des Wohnungsberatungszentrums wird am 6. April 1983 in der Ottakringer Straße 194 - 196 in Betrieb genommen. Über die Serviceleistungen, die derzeit - selbstverständlich kostenlos - im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien angeboten werden, informierte Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Das Wohnungsberatungszentrum bietet an:

- o Auskunftsstelle des Wohnungsamtes: Informationen über den kommunalen Wohnbau, wie man um eine Gemeindewohnung ansuchen kann, über den Wohnungstausch mit Gemeindewohnungen
- o Beratungs- und Einreichstelle für Wohnbeihilfen für den kommunalen und geförderten Wohnbau. Seit 1. Jänner 1981 gibt es folgende "Außenstellen": Magistratisches Bezirksamt 21, Am Spitz 1, Magistratisches Bezirksamt 22, Schrödingerplatz 1 und städtische Wohnhausanlage Am Schöpfwerk im 12. Bezirk. Am 6. April wird eine vierte Außenstelle in 16, Ottakringer Straße 194 - 196, in Betrieb genommen.
- o Beratungs- und Einreichstelle für Wohnungsverbesserung. Hier wird Auskunft gegeben, welche Arbeiten im Rahmen des Wohnungsverbesserungsgesetzes gefördert werden, welche technischen Voraussetzungen berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig können auch Anträge eingebracht werden. Ähnlich wie bei den Wohnbeihilfen, verblieb man auch mit der Wohnungsverbesserung nicht in der "Zentrale", sondern ging in die Bezirke. Derzeit läuft eine Wohnungsverbesserungsaktion im 5. Bezirk, Amtshaus, Schönbrunner Straße 54, Zimmer 308 und eine im 9. Bezirk, im Gebietsbetreuungslokal der Stadterneuerung, Säulengasse 18. (Forts.) ba/gg

## 15 Jahre Wohnungsberatung in Wien (2)

=++++

12 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Informationsstelle für Genossenschafts- und Eigentumswohnungen. Wohnbauträger, die eine öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, haben einen Teil der errichteten Wohnungen dem Wohnungsberatungszentrum zur Verfügung zu stellen. Wohnungssuchende, die sich an das Wohnungsberatungszentrum wenden, können erfahren, wo derzeit geförderte Wohnungen errichtet werden. Gleichzeitig werden Informationen über Pläne, Ausstattung, Bezugstermin und Kosten der Wohnungen gegeben. Ist der Wohnungswerber an einem Angebot konkret interessiert, so wird ihm die ausgewählte Wohnung eine Woche reserviert. Bei Annahme des Angebotes erfolgt die Zuweisung an den Bauträger für den Vertragsabschluß. Auf diese Weise konnten bereits rund 30.000 Wohnungen vermittelt werden.
- o Finanzierungsberatung durch die Zentralsparkasse und Kommerzialsbank, Wien
- o Seit September 1982 können sich Hausbesitzer, die ihre Wohnungen als Startwohnungen vermieten wollen und junge Leute, die eine Startwohnung suchen, beim Wohnungsberatungszentrum bewerben.
- o Die jüngste Serviceleistung des Wohnungsberatungszentrum ist die Vermittlung von leerstehenden Privatwohnungen, im Zusammenhang mit der Abgabe auf unvermietete Wohnungen, die am 1. Jänner 1983 in Kraft trat. Das Wohnungsberatungszentrum übernimmt die unvermieteten Wohnungen nach strengen Richtlinien und gibt die Information an wohnungssuchende Interessenten kostenlos weiter.

(Schluß) ba/gg

NNNN

Gratz: ÖMV genau beobachten

=++++

13 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der ständigen Ölpreissenkungen teilte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ mit, er habe die Stadtwerke angewiesen, bei der ÖMV bezüglich der Preisentwicklung nachzufragen. Bei der ÖMV deshalb, weil die notwendige gesicherte Versorgung Wiens ein Ausweichen der Stadt Wien auf Spotmärkte nicht möglich mache. Die ÖMV habe mitgeteilt, daß die Senkung des Rohölpreises erst nach drei Monaten auf die Derivate durchschlage. Ebenso sei es mit dem sowjetischen Erdgas, dessen Preis nach einem Warenkorb aus Rohöl, Heizöl und Ofenheizöl bestimmt werde. Gratz meinte, er habe die Stadtwerke nun angewiesen, diese von ÖMV ins Treffen geführte dreimonatige Frist auch bei etwaigen Rohölpreiserhöhungen im Auge zu behalten.#

(Schluß) rd/gg

NNNN

Schieder: VP hängt sich an städtische Initiativen an

=++++

14 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Die Vorschläge, die die Volkspartei heute, Dienstag, in einer Presseaussendung zu Umwelt- und Luftfragen machte, beruhen ganz offensichtlich auf Initiativen, die die Stadt Wien ohnehin schon längst gesetzt hat, erklärte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch.

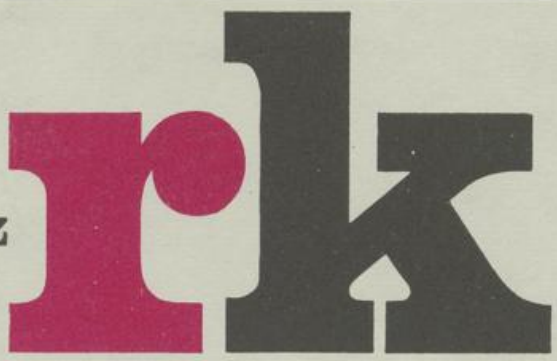
Die Umweltverträglichkeitsprüfung bei großen Projekten z. B. geschieht ja schon, sagte Schieder und verwies dabei auf die Beispiele General Motors, wo Fernwärme vorgeschrieben wurde, oder EBS. Auch die Forderung nach Filteranlagen für Müllverbrennungsanlagen ist eine Initiative, die Bürgermeister GRATZ bereits vor einigen Wochen bei einer Pressekonferenz angekündigt hat. Zur umweltgerechten Beseitigung von Giftmüll stellte Schieder fest, daß hier in Wien mit den EBS bereits ein entsprechender Versuch unternommen wurde. Auch wenn die EBS nicht in allen Bereichen zufriedenstellend arbeitet, sollte man doch nicht vergessen, daß in der Bundeshauptstadt - im Gegensatz zu anderen Ländern - entsprechende Maßnahmen zur Giftmüllbeseitigung ergriffen werden.

Zur Frage der Rettung der Alleebäume wies Schieder darauf hin, daß er ja bereits mitgeteilt habe, daß 30.000 der 77.000 Wiener Alleebäume durch Überalterung oder Schäden vom Absterben bedroht sind. Daher werden in den kommenden Jahren auch jährlich zehntausend Alleebäume ausgetauscht.

"Umweltverträglichkeitsprüfungen unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung sind nur möglich, wenn man genau weiß, wie der Zustand der Luft in bestimmten Gegenden ist. Daher wurden die Arbeiten am Emissionskataster, der Schadstoffprognose und der Umrüstung des Luftmeßnetzes auf Computerbetrieb zügig vorangetrieben", sagte Schieder außerdem.

Zu einer Frage nach Umweltuntersuchungen für die B 222 betonte Schieder, daß bisher lediglich verschiedene Varianten überprüft wurden. Nun müsse überlegt werden, ob eine andere Trasse in Frage kommt und untersucht wird bzw. welche Maßnahmen im Straßenverlauf selbst gesetzt werden müssen. Bürgermeister GRATZ erklärte dazu, man müsse bei derartigen Projekten auch die weiteren Auswirkungen untersuchen: bei der Südost-Tangente waren etwa nicht nur die Belastung der Anrainer, sondern auch die Entlastung anderer Wohngebiete zu berücksichtigen. (Schluß) hs/gg

# Rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 23. Februar 1983

Blatt 514

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:            Neuer Bebauungsplan in der Josefstadt  
(rosa)                Neuer Flächenwidmungsplan für den Küniglberg

Politik:              FPÖ: Sparsamer Wahlkampf in Wien  
(rosa)

Lokal:                101. Geburtstag am Alsergrund  
(orange)             "Wiener Sagen" im Bezirksmuseum Simmering

Kultur:              Literatur im März: "Sinn(ver)suche"  
(gelb)

Nur  
über FS:              Drogenbericht über das Jahr 1982  
Nestroy-Ring-Überreichung an Löffler und Sowinetz  
Dichterlesung in der Villa Wertheimstein

101. Geburtstag am Alsergrund

=++++

2 Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Grund zum Feiern am Alsergrund. Frau Agnes KOLAR, in der Schulz-Straßnitzkigasse feiert ihren 101. Geburtstag. Frau Kolar, geboren am 23.2.1882 in Javornik, heute CSSR, ist verwitwet und lebt im gemeinsamen Haushalt mit ihrer Tochter. Namens der Stadtverwaltung überbrachte Bezirksvorsteher Wolfgang SCHMIED am Mittwoch die Glückwünsche der Stadtverwaltung. (Schluß) fk/ap

NNNN

"Wiener Sagen" im Bezirksmuseum Simmering

=++++

3 Wien, 23.2. (RK-LOKAL) "Wiener Sagen und Legenden", eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs, die schon im Rathaus und in den Bezirksmuseen Alsergrund und Landstraße mit großem Erfolg gezeigt wurde, ist nun im Bezirksmuseum Simmering zu sehen. Die kleine Schau wird durch Exponate des Bezirksmuseums mit Bezug auf Simmeringer Sagen und Legenden bereichert. Die Ausstellung wird am Sonntag, dem 27. Februar, um 10 Uhr, von Bezirksvorsteher Otto MRAZ, nach einleitenden Worten von Senatsrat Dr. Hertha WOHLRAB vom Wiener Stadt- und Landesarchiv, eröffnet. In einem kleinen Rahmenprogramm werden Mitglieder des "Club Hamlet" und Kinder der Jugendgruppe "Simmeringer Haide" einige Szenen spielen und aus der Wiener Sagenwelt erzählen.

Die Ausstellung, deren Hauptanliegen ist es, die historischen Hintergründe aufzuzeigen, die für die Entstehung der Sagen oft entscheidend waren, ist bis 10. April jeweils Freitag von 9 bis 12, und 15 bis 18 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) am/gg

NNNN

## Neuer Bebauungsplan in der Josefstadt

Utl.: Wohnbau statt Garage, Tankstelle wird aufgelassen

=++++

6 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) In dem durch die Alser Straße, Bennogasse, Breitenfelder Gasse und Blindengasse begrenzten Baublock befindet sich derzeit eine Tankstelle. Außerdem war hier die Errichtung einer mehrgeschossigen Garage vorgeschrieben. Da auf Grund der Eigentumsverhältnisse die Garage auch langfristig nicht verwirklicht werden kann, soll nun ein neuer Bebauungsplan die Möglichkeit bieten, hier ein Wohngebäude zu errichten. Der Tankstellenbetrieb, der die Wohnqualität mindert, soll aufgelassen werden. Schließlich wird festgelegt, daß die Flächen im Blockinneren gärtnerisch zu gestalten sind.

Der Entwurf für den neuen Bebauungsplan (Plannummer 5762) liegt zwischen 24. Februar und 24. März während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413 öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zu den Entwürfen Stellung nehmen. (Schluß) sc/gg

NNNN

FPÖ: Sparsamer Wahlkampf in Wien

=++++

7 Wien, 23.2. (RK-POLITIK) Voraussichtlich sechs Millionen Schilling wird das Werbebudget der Wiener FPÖ für den Wahlkampf betragen, erklärte Wahlkampfleiter Mag. Hilmar KABAS Mittwoch in einem Pressegespräch. Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, Spitzenkandidat der FPÖ für den Wiener Gemeinderat, betonte, ihm liege die soziale Stadterneuerung sehr am Herzen. Primär solle daher auch für Altbauwohnungen die gleiche Wohnbeihilfe wie bei neuen geförderten Wohnungen geleistet werden. Dazu wären auch die Wohnbauförderungsmittel heranzuziehen. Auch sollte bei Totalerneuerungen ein Rechtsanspruch der bisherigen Mieter geschaffen werden, wieder im selben Haus eine Wohnungen zu bekommen. Zur Frage der Verwendung von Bundesstraßenbaumitteln meinte Hirnschall, daß diese nach Lösung der Rechtsfragen auch für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen eingesetzt werden sollten.  
(Schluß) en/gg

NNNN

Literatur im März: "Sinn(ver)suche" (1)

=++++

8 #Wien, 23.2. (RK-KULTUR) "Sinn(ver)suche" ist das Thema der diesjährigen Literatur im März. Die Veranstaltungen mit Lesungen und Diskussionen werden vom 4. bis 12. März im Künstlerhaus durchgeführt. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der das Programm Mittwoch bei einer Pressekonferenz in der Alten Schmiede präsentierte, betonte dazu, daß die Literatur im März bereits ein Stammpublikum von 20.000 Menschen erreiche. Die nun zum vierten Mal durchgeführte "Literatur im März" gehört, so Zilk, zu seinen Bemühungen, Literatur auch im Rahmen der Kulturarbeit zu berücksichtigen. #

Die Sinn(ver)suche sollen, betonte Dr. Ursula PASTERK, sich mit Gegenwartsangst und dem Gefühl, die Zukunft sei nicht mehr zu retten, beschäftigen und Wege aus dieser Gegenwartsangst aufzeigen. Dabei soll nicht nur das "Ia"-Publikum angesprochen werden: durch zielgruppenorientierte Flugblätter, die in Jugendzentren, Betrieben bzw. Pensionistenklubs verteilt werden, will man versuchen, auch andere Gruppen zu den für sie interessanten Diskussionen zu bringen. Dazu gehört zum Beispiel "Alt werden - das kann doch nicht alles gewesen sein" (8. März, 17 Uhr), "Zukunft der Arbeit - Arbeitslose Zukunft?" (10. März, 17 Uhr) und "Jugend ist die Zukunft noch zu retten?" (11. März, 17 Uhr).

Zu den weiteren Veranstaltungen - 30 österreichische und ausländische Autoren und insgesamt 77 Mitwirkende gestalten die Sinn(ver)suche - gehören u. a.

- o am 5. März um 17 Uhr: "Wir singen Euch ein garstig Lied" mit den Schmetterlingen
- o am 5. März um 19.30 Uhr "Der Sinn aus zweiter Hand", Idole - Helden - Trendsetter (u. a. mit Gottfried Helnwein)
- o am 6. März um 11 Uhr die Matinee "Es stört mich nicht, ein Mensch zu sein" und um 17 Uhr: "Ehe - Familie - Kinder: Weg aus der privaten Sackgasse?"
- o am 7. März um 17 Uhr eine Diskussion über Religion, Sekten und Aberglaube unter dem Titel "Gott ist tot und läßt Sie herzlich grüßen" und um 19.30 Uhr "1968: Fortsetzung folgt?" u. a. mit Gretchen Dutschke-Klotz. (Forts.) hs/gg

NNNN

Literatur im März: "Sinn(ver)suche" (2)

=++++

9 Wien, 23.2. (RK-KULTUR)

- o am 8. März lesen um 9 Uhr Christine Nöstlinger und um 10.30 Uhr Michael Scharang. Um 19.30 Uhr steht Stanislaw Lem mit "Der Zeitgeist in meiner Literatur" auf dem Programm.
- o am 9. März liest um 9 Uhr Wolfgang Bauer, um 10.30 Uhr Brigitta Arens. Um 19.30 Uhr ist "Mars" nach Fritz Zorn unter dem Titel "Je toter, desto lieber" in einer Bearbeitung von Gerald Uhlig zu sehen.
- o der 10. März bringt u.a., um 19.30 Uhr eine Diskussion über die "Großen-Gegenbewegungen", an der u.a. Marianne Mitscherlich-Nielsen und Alice Schwarzer teilnehmen.
- o am 11. März bieten österreichische Liedermacher um 19.30 Uhr "Lieder statt Parolen"
- o und am 12. März gibt es um 10.30 Uhr zum Tag der Lyrik die Verleihung des Lyrikpreises durch Stadtrat Zilk. Um 15.30 Uhr sind Alice Schwarzer und Peter Turrini sozusagen im Duett zu bewundern.

Das genaue Programm der "Literatur im März" im Künstlerhaus erhält man direkt im Künstlerhaus, im Stadtkino, beim Kunstverein Wien sowie im Kulturamt.

Als Einstimmung zu den "Sinn(ver)suche" bringt das Stadtkino übrigens in der Woche vom 25. Februar bis 3. März eine entsprechende Filmreihe. Gezeigt werden "Lenz", "Der zerbrechliche Mann", "Moon in Taurus", "Macumba", "Logik des Gefühls", "Nightshift", "Winterstadt", "Der Bildersturm" und "Lebensläufe". (Schluß) hs/ap

NNNN

Berichtigung Blatt Nr. 501 vom 22. Februar

.....

=++++

Wien, 23.2. (RK) Durch ein technisches Gebrechen kam es Dienstag bei dem Ausdruck "Neuer Flächenwidmungsplan für den Königberg" (Blatt 501) zu Fehlern im ersten Absatz. Wir wiederholen deshalb den Text der Aussendung:

Neuer Flächenwidmungsplan für den Königberg

Utl.: ORF-Zentrum kann erweitert werden

=++++

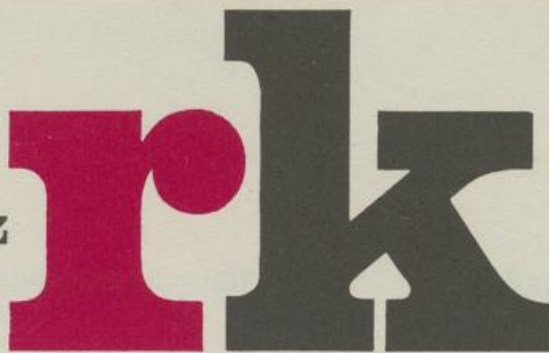
1 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Königberg im 13. Bezirk wurden ein neuer Flächenwidmungs- und ein Bebauungsplan entworfen. Das etwa 60 Hektar große Plangebiet wird von der Elisabethallee, Klimtgasse, Fasangartengasse und Lainzer Straße begrenzt und hat rund 2.100 Einwohner. Das städtebauliche Ziel des neuen Plans ist es vor allem, das örtliche Stadtbild und die Grünräume zu erhalten, unter Berücksichtigung des Bestandes und des Ortsbilds unterschiedliche Gebäudehöhen festzulegen und für den Ausbau des ORF-Zentrums vorzusorgen.

Die Festsetzung innerer Baufluchtlinien im Plangebiet soll eine intensive Bebauung der Liegenschaften verhindern. In Teilbereichen soll eine Begrenzung der Firsthöhe auf 4,50 Meter bewirken, daß keine weitere Verdichtung der Bebauung erfolgen kann. Um den Eindruck großflächiger Grünräume im Inneren der Blöcke nicht zu stören, dürfen Einfriedungen an seitlichen und hinteren Grundgrenzen im allgemeinen nicht höher als 1,20 Meter und nur bis zu 30 Prozent vollflächig sein. Ein Gebiet östlich der Wattmannngasse, das für ein Kindertagesheim und eine Schule vorgesehen war, soll die Widmung Bau- und Wohngebiet für Gebäude mit maximal 6,50 Meter Höhe erhalten. Schließlich soll das ORF-Zentrum erweitert werden können, wobei jedoch das bisher bewilligte Bauvolumen nicht vergrößert werden darf.

Die Entwürfe für den neuen Flächenwidmungs- und den Bebauungsplan (Plannummer 5752) liegen zwischen 24. Februar und 24. März während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zu den Entwürfen Stellung nehmen. (Schluß) sc/ap

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 24. Februar 1983

Blatt 522

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

**Kommunal:** 50 Jahre Erdölförderung in Österreich  
(rosa) DDR-Minister Böhme besuchte Ausstellung "Wien 2000"  
Ab Freitag Unterstützungserklärungen für Wahlen  
Ab 1. April höhere Steuer für Spielautomaten  
Alle Gemeindewohnungen vermietet  
Neues Pensionistenheim am Alsergrund eröffnet

**Politik:** Gratz und Edlinger: ÖVP-Programm unklar und  
(rosa) widersprüchlich

**Lokal:** Dr. Carl Mauric ist 70 Jahre  
(orange) Fröhlich-Sandner eröffnet neuen Kindergarten

**Termine:** Ballkalender  
(weiß) Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen  
Führungen durch das Wiener Rathaus

## 50 Jahre Erdölförderung in Österreich (1)

=++++

1 Wien, 24. 2. (RK-LOKAL) Vor fünfzig Jahren, Mitte Februar 1933, hatte Wien ein neues Tagesgespräch: Ganz in der Nähe der Stadt, in Zistersdorf, war es nach mehrjährigen vergeblichen Bemühungen endlich gelungen, erstmals Erdöl zu gewinnen. In zwei festlich geschmückten Tankwaggons wurde das Erdöl per Bahn nach Wien transportiert, von viel Prominenz in Zistersdorf verabschiedet, von Tausenden in Wien jubelnd empfangen, berichtet "Wien aktuell-Wochenblatt".

Wissenschaftler hatten schon lange die Theorie vertreten, daß es im Wiener Becken Erdöl und Erdgas geben müsse. Bereits im Jahre 1845 wurde beim Ostbahnhof eine Bohrung durchgeführt, bei der in 207 Meter Tiefe brennbares Erdgas gefunden wurde, allerdings in geringen Mengen; bald kam nur mehr salzhaltiges Wasser aus dem Bohrloch. Genauso verlief eine Bohrung im Jahre 1906 auf dem Gelände der St. Marxer Brauerei, bei der eine Tiefe von 327 Meter erreicht wurde.

Im Jahre 1934 wurden auch Bohrungen in Oberlaa durchgeführt. Dort fand man zwar weder Öl noch Gas, aber dafür in einer Tiefe von 360 Meter eine Thermalwasserader mit der erstaunlich hohen Temperatur von etwa 54 Grad und der bedeutenden Leistung von 350 Liter pro Sekunde. Die Untersuchung ergab einen großen medizinischen Wert der Quelle. Aber an heilkräftigem Wasser hatten die autoritäre Regierung und die von ihr eingesetzte Stadtverwaltung kein Interesse, sie wollten Erdöl. Die Bohrstelle wurde mit einem Betonpfropfen verschlossen. Als man sich vor zwanzig Jahren daran erinnerte, mußte die Quelle wieder mühsam gesucht werden. 1965 begann die Erschließung, 1973 konnte Bürgermeister Gratz das Kurzentrum Oberlaa eröffnen. (Forts.) roh/ko

NNNN

## 50 Jahre Erdölförderung in Österreich (2)

=++++

2 Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Von all den Erdöl-Hoffnungen im Wiener Raum blieb nur Zisterdorf. 1928 hatte eine deutsche Firma, die Anton-Raky-Tiefbohrungs AG in Bad Salzgitter im Harz, in diesem Gebiet eine Versuchsbohrung begonnen, aber in 200 Meter Tiefe ergebnislos eingestellt. Nach Einholung neuer wissenschaftlicher Gutachten wurden in 25 Meter Entfernung von der ersten Bohrstelle eine zweite errichtet. In 728 Meter Tiefe wurde ein Erdgaslager erreicht. Das plötzlich ausströmende Gas riß Erdöl und Wasser bis in eine Höhe von etwa 15 Meter mit sich. Das Gemenge war vorerst unbrauchbar, die Bohrstelle wurde verschlossen. Erst drei Jahre später gelang es, Erdöl zu gewinnen; für Erdgas bestand zu diesem Zeitpunkt kein Interesse.

Die große Nutzbarkeit des Zisterdorfers Erdöls erwies sich weitere drei Jahre später, 1936, als in 1290 Meter Tiefe ein großes Vorkommen erschlossen wurde. Der forcierte Ausbau der Erdölgewinnung begann allerdings erst 1938, nachdem die Nationalsozialisten Österreich besetzt hatten: Sie brauchten das Erdöl für den Krieg.

Das Zistersdorfer Ölgebiet wurde extrem ausgebeutet, nachdem Deutschland im Zweiten Weltkrieg 1944 die rumänischen Erdölgebiete verloren hatte und das Zistersdorfer Feld die letzte große Erdölreserve war. SS-Eliteeinheiten sollten es bis zum Letzten verteidigen - aber am 20. April 1945 wurde es von sowjetischen Truppen, nach schweren Zerstörungen und großen Opfern der Zivilbevölkerung, erobert.

Aus dem deutschen Eigentum wurde sowjetisches Eigentum. Das Erdölgebiet vor den Toren Wiens war einer der wesentlichen Streitpunkte bei den langen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag.

1955 wurde aus der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) die ÖMV.

(Schluß) roh/ap

Dr. Carl Mauric ist 70 Jahre

=+++

3 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Der frühere Direktor der Wiener Verkehrsbetriebe Dr. Carl MAURIC feiert am 26. Februar seinen 70. Geburtstag. Er trat 1947 in den Dienst der Wiener Verkehrsbetriebe, wurde 1959 kaufmännischer Leiter und 1967 Chef des Unternehmens. 1975 trat er in den Ruhestand.#

Bürgermeister GRATZ übermittelte Dr. Mauric zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschsreiben, in dem er die großen Leistungen zur Anpassung der Verkehrsbetriebe an die grundlegend veränderte städtische Verkehrssituation hervorhob. Dabei führt er die Rationalisierung durch Großraumwagen und schaffnerlose Wagen, die Veränderung des Tarifsystems, den Bau der neuen Zentralwerkstätte und den Bau der U-Bahn als wichtigste Maßnahmen an. (Schluß) sti/ap

NNNN

DDR-Minister Böhme besuchte Ausstellung "Wien 2000"

=++++

4 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik, Prof. Hans-Joachim BÖHME, der sich gegenwärtig mit einer Delegation seines Ministeriums in der Bundeshauptstadt aufhält, besuchte Mittwoch nachmittag die Ausstellung "Wien 2000" im Messepalast. Er wurde von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.Ing. Rudolf WURZER durch die Ausstellung geführt, die an Hand von Plänen, Fotos und Modellen über die städtebauliche Entwicklung Wiens von 1945 bis 1981 und über den Entwurf des neuen Stadtentwicklungsplans für Wien informiert.

Minister Böhme zeigte sich beeindruckt vom Wiederaufbau Wiens nach dem Krieg. Er interessierte sich besonders für die Grünpolitik der Stadt, vor allem für die Bestrebungen zur Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels, und für Fragen der Stadterneuerung und Stadtplanung. (Schluß) sc/ap

NNNN

Ab Freitag Unterstützungserklärungen für Wahlen

=++++

5 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Freitag, dem 25. Februar bis 27. März, können Unterstützungserklärungen für wahlwerbende Parteien für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen bei den Magistratischen Bezirksämtern geleistet bzw. abgegeben werden.#

Mehr als 60 Parteien sind im Innenministerium nach dem Parteiengesetz gemeldet. Wieviele Parteien aber tatsächlich für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen kandidieren werden, hängt davon ab, ob die wahlwerbenden Parteien, die weder im letzten Gemeinderat noch im Nationalrat vertreten sind, die erforderliche Zahl von Unterstützungserklärungen aufbringen können.

Für die Kandidatur in den 18 Wiener Gemeinderatswahlkreisen sind jeweils 100 Unterschriften notwendig. Unterstützungserklärungen sind nur gültig, wenn die Unterzeichner im entsprechenden Gemeindebezirk in der Wählerevidenz als wahlberechtigt eingetragen sind. Für die Bezirksvertretungswahlen sind jeweils 50 Unterstützungserklärungen in den 23 Bezirkswahlkreisen notwendig. Die Unterschrift für die Unterstützungserklärung kann entweder persönlich im Bezirksamt geleistet werden oder muß gerichtlich oder notariell beglaubigt sein.

Als Zeitraum für den Parteienverkehr ist bis 17. März zunächst Montag bis Mittwoch und Freitag zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr vorgesehen, am Donnerstag, das sind der 3., 10. und 17. März, jeweils bis 17.30 Uhr. Ab dem 18. März bis 27. März ist die Abgabe der Unterstützungserklärungen Montag bis Freitag von 8-20 Uhr, Samstag und Sonntag von 8-13 Uhr möglich. (Schluß) en/ko

NNNN

Ab 1. April höhere Steuer für Spielautomaten

Utl.: Kundmachung der Vergnügungssteuergesetznovelle

=++++

6 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Landesgesetzblatt für Wien, ausgegeben am 24. Februar 1983, wird die am 10. Dezember 1982 beschlossene Vergnügungssteuergesetznovelle kundgemacht.

Neben der Ermäßigung der Vergnügungssteuer für Bälle, die bereits am 30. Dezember in Kraft trat, enthält die Novelle auch eine Erhöhung der Steuer für Spielautomaten. Ab 1. April erhöht sich der Steuersatz für Automaten mit einer Ergebnisanzeige von derzeit 10.000 Schilling pro Monat auf 12.000 Schilling. Für Automaten, für die bisher 1.000 Schilling pro Monat gezahlt werden mußten (ohne Ergebnisanzeige) sind nun 1.200 Schilling zu bezahlen.#

Das Landesgesetzblatt für Wien, 6. Stück, ist im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und im Verlag der österreichischen Staatsdruckerei, 3, Rennweg 12 a, zum Verkaufspreis von drei Schilling erhältlich.

(Schluß) sei/ap

NNNN

Alle Gemeindewohnungen vermietet (1)

Utl.: Hatzl: FPÖ fordert Rückkehr zum Spitzel- und Nadererwesen  
=++++

7 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Mit Stichtag vom 15. Februar 1983 gibt es von rund 205.000 Gemeindewohnungen insgesamt 360, die freistehen. Diese befinden sich entweder in Besichtigung oder werden für Wohnungszusammenlegungen freigehalten. Dies erklärte Wohnbaustadtrat Johann HATZL Donnerstag zu den Aussagen von FPÖ-Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL. Hirnschall hatte behauptet, daß in Wien einige Tausende Gemeindewohnungen aus unerklärlichen Gründen leerstehen und "für irgendwelche Protektionskinder gehortet werden".#

Sicherlich gibt es in Wien auch Gemeindewohnungen, die von ihren Mietern nicht benützt werden. Die städtische Wohnhäuserverwaltung ist jedoch bemüht, derartige Mißstände abzustellen und leitet zumeist in solchen Fällen ein Kündigungsverfahren ein. Es gibt allerdings auch Ausnahmen, bei denen Delogierungen menschlich kaum vertretbar wären. Wenn zum Beispiel ein älterer Mieter aus Krankheitsgründen eine Zeitlang bei Verwandten wohnt oder sich in ein Pflegeheim begeben muß. Weitere ungenützte Wohnungen sind solche, die sich in Verlassenschaftsabhandlungen befinden oder die nach Freiwerden - vor der Besichtigung eines zukünftigen Mieters - technisch instandgesetzt werden müsse.

Der "Lohn" für findige Mieter, wie die FPÖ ihr fordert, würde zu einem Spitzel- und Nadererwesen wie in Zeiten des Vormärz führen, erklärte Stadtrat Hatzl.

Die Stadtverwaltung ist bemüht, die Baukosten bei Neubauten so niedrig wie möglich zu halten. Die FP-Forderung nach billigeren Wohnungen wäre demnach eine Rückkehr zu einer Bauausführung und Architektur der Nachkriegszeit, betonte Hatzl. (Forts.) ba/ko

Alle Gemeindewohnungen vermietet (2)

=++++

8 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Als unkorrekt bezeichnete Stadtrat Hatzl auch die FPÖ-Angaben über die Einkommensgrenzen. Als Obergrenze für die Vergabe von Gemeindewohnungen gelten nur 60 Prozent jener Beträge, die für eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnung anderer Bauträger vorgesehen sind. Die Einkommens-Obergrenze für eine Gemeindewohnung beträgt bei einer Person 11.500 Schilling netto. Der von Hirnschall genannte Betrag von 23.000 Schilling trifft auf eine Familie mit einem Kind zu. Die von der FP genannten Einkommensgrenzen würden die Errichtung eines sozialen Ghettos bedeuten.

Die Erfüllung solcher Forderungen sei aus moralischen und gesellschaftlichen Gründen nicht vertretbar. Sie können als Auswüchse einer FPÖ-Wahlkampagne nicht ernst genommen werden, stellte Stadtrat Hatzl abschließend fest.

(Schluß) ba/ap

NNNN

## Fröhlich-Sandner eröffnet neuen Kindergarten

-++++

9 #Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Einen neuen Kindergarten in Wien 16, Liebhartsgasse 54-56, konnte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Donnerstag seiner Bestimmung übergeben. Das neue Kindertagesheim der Stadt Wien befindet sich in einer Städtischen Wohnhausanlage und bietet 68 Kindern in drei Gruppen Platz. Geführt werden eine Kleinkinderkrippe für 1-3jährige, eine Kindergartengruppe und eine Hortgruppe.#

In ihrer Eröffnungsansprache stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER fest, daß der Kindergarten eine für die Entwicklung des Kindes äußerst bedeutsame Bildungseinrichtung ist, wo das Kind im Spiel die Welt begreifen lernt und gleichzeitig Gemeinschaft erlebt. Aus diesen Gründen ist der Kindergarten aus der sozialen wie auch intellektuellen Entwicklung des Kindes nicht mehr wegzudenken. Die Tatsache, daß Wien als einziges österreichisches Bundesland für jedes 3 bis 6jährige Kind einen Kindergartenplatz bereitstellen kann, ist somit nicht nur eine Entlastung der Eltern, ihr kommt auch enorme bildungspolitische Bedeutung zu.

An der Eröffnung nahmen auch Wohnbau- Stadtrat HATZL, die Landtagspräsidenten PFOCH und HAHN, Bezirksvorsteher BARTON sowie Mitglieder des Nationalrates und des Gemeinderates teil. (Schluß)  
emw/ko

NNNN

Gratz und Edlinger: ÖVP-Programm unklar und widersprüchlich

=++++

10 Wien, 24.2. (RK-POLITIK) Als "unklar, weil widersprüchlich" bezeichnete Bürgermeister Leopold GRATZ in einer Pressekonferenz am Donnerstag die Politik der Wiener ÖVP. Einerseits würden Einsparungen im Budget verlangt, andererseits Anträge eingebracht, die ein Vielfaches an Kosten verursachen würden.

SPÖ-Klubobmann Rudolf EDLINGER betonte, daß die ÖVP in der abgelaufenen Arbeitsperiode 670 Anträge eingebracht habe. Soweit sich die darin erhobenen Forderungen überhaupt berechnen lassen, hätten sich aus ihrer Verwirklichung zumindest Mehrausgaben von 12 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 5 Milliarden Schilling ergeben.

Nachdem Edlinger bereits vor zwei Wochen zehn konkrete Fragen an Vizebürgermeister Dr. BUSEK gerichtet hatte, stellte er anhand des nunmehr vorliegenden Wahlprogramms der Wiener ÖVP zehn weitere Fragen. Dabei bezog er sich vor allem auf Punkte, zu denen es keine Aussagen der ÖVP im Wahlprogramm gibt: Wie hält es die ÖVP mit dem Weiterbau der Donauinsel und der Schaffung anderer Freizeit- und Erholungseinrichtungen, der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, den Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, den Lärmschutzmaßnahmen, Initiativen für neue Kultur- und Bildungseinrichtungen, aktive Jugendpolitik und Schulbau sowie der Festigung der internationalen Stellung Wiens? Weitere Fragen Edlingers beziehen sich auf den ÖVP-Vorschlag, die Kleingärten ihren Pächtern zu verkaufen, wozu die meisten gar nicht das Geld hätten, auf das Versprechen eines Tarifstopps ohne Rücksicht auf eventuelle vom Ausland kommende Kostenerhöhungen und auf den Widerspruch, daß einerseits Volksabstimmungen über alle Großprojekte versprochen werden, andererseits der Bau des SMZ-Ost und des Donaukraftwerkes Wien garantiert werden.

Angesichts dieser Unklarheiten sei der Politik, die die ÖVP machen wolle, nicht erkennbar, sagte Edlinger. (Schluß) sti/gg

Neues Pensionistenheim am Alsergrund eröffnet (1)

=++++

11 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ und Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER übergaben Donnerstag Wiens sechzehntes Pensionistenheim offiziell seiner Bestimmung. Das Pensionistenheim "Rossau" im 9. Bezirk, Seegasse 11, bietet Platz für 249 betagte Wienerinnen und Wiener. Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime verfügt derzeit über 16 Pensionistenheime mit insgesamt 4.087 Wohnplätzen und 500 Betten in den Betreuungsstationen. Das neue Pensionistenheim wurde mit einem Kostenaufwand von über 174 Millionen S nach Plänen des Architektenbüros Requat & Reinthaller & Partner erbaut und eingerichtet.#

Es gibt insgesamt 225 Einzelappartements und zwölf Ehepaarwohnungen. Darüber hinaus wurde eine Pflegeabteilung mit 27 Betten und allen erforderlichen Nebenräumen eingerichtet. Das Grundstück, auf dem das Heim errichtet wurde, ist 4.300 Quadratmeter groß und befindet sich auf der Liegenschaft des ehemaligen Spitals der Israelitischen Kultusgemeinde mit dem angeschlossenen alten jüdischen Friedhof. Verschiedene Gesellschaftsräume, ein großer Festsaal, Fernsehräume, ein Gymnastikraum, eine Kegelstube, Hobbyräume, ein Fußpflege- und Friseurzimmer, bieten jeden Pensionär vielfältige Möglichkeiten zur Betreuung und Kontaktaufnahme. (Forts.) zi/gg

NNN

## Neues Pensionistenheim am Alsergrund eröffnet (2)

Utl.: Danksagung an ältere Generation

=++++

12 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ verwies im Rahmen der Eröffnung auf seine Entscheidung, jährlich mit dem Bau von zwei neuen Pensionistenheimen zu beginnen. Die Realisierung dieses Vorhabens ist nicht zuletzt auch Dank des großartigen Einsatzes der Mitglieder und Mitarbeiter des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime möglich. "Was wir für die alten Menschen tun, ist die Abtragung einer Dankeschuld, für all das, was Sie für die Stadt getan haben", sagte Bürgermeister Gratz. In diesem Zusammenhang wies der Bürgermeister auf die große Wiederaufbautätigkeit vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch in den letzten Jahren in Wien hin, die nicht zuletzt durch die Mitarbeit der älteren Generation möglich war.

Zwtl.: Bau von sieben weiteren Heimen

Univ.-Prof. Dr. STACHER, Präsident des Kuratoriums, erklärte, daß die Errichtung von bisher 16 Pensionistenheimen ein Beweis für die forcierten Bemühungen der Stadtverwaltung für die ältere Generation ist. Laut Stacher konnten in den letzten zehn Jahren acht Pensionistenheime mit insgesamt 1972 Wohnplätzen und 73 Plätzen in den B-Stationen errichtet werden. Sieben weitere Heime im 4., 6., 12., 13., 14., 15. und 21. Bezirk mit 1857 Wohnplätzen und 222 Betten in den B-Stationen befinden sich gegenwärtig in Bau.

Univ.-Prof. Dr. Stacher nahm die Gelegenheit zum Anlaß, um Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl SCHMIEDBAUER für sein besonderes Engagement und seine Bemühungen zum Bau dieses Heimes zu danken. (Forts.) zi/ap

## Neues Pensionistenheim am Alsergrund eröffnet (3)

Utl.: Frauen das "dominierende Geschlecht"

=++++

13 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen seiner Ausführungen wies Stadtrat Dr. Stacher auch auf die "dominierende Rolle" der Frauen in den Pensionistenheimen hin. So gibt es laut Pensionär-Statistik auch im Pensionistenheim "Rossau" derzeit 208 Frauen und 22 Männer. Das Durchschnittsalter beträgt bei den Frauen 78,5 und bei den Männern 83,5 Jahre.

Bezirksvorsteher Wolfgang SCHMIED konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, so unter anderen die Amtsführenden Stadträte Johann HATZL und Josef VELETA, die drei Landtagspräsidenten Hubert PFOCH, Fritz HAHN und Otto SCHWEDA sowie Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates. (Schluß) zi/ko

## Ballkalender

=++++

Wien, 24.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

## SAMSTAG, 26. FEBRUAR:

Gschnas WAT 15	Albert-Sever-Saal
Ball der Sicherheitswache Alsergrund	Haus der Begegnung Döbling
Mariahilfer Ball (SPö-Mariahilf)	Haus der Begegnung Mariahilf
24. Wiener Taxiball	Hotel Hilton
Ball der Landesinnung Wien der Tapezierer	Hotel Inter-Continental
Ball der Rapidfreunde	Hotel Wimberger
Ball des Zentralvereins der Wiener Lehrer	Kursalon
Ball des Bundes Sozialistischer Akademiker	Palais Auersperg
Ball der SPö Hietzing	Parkhotel Schönbrunn
Drogistenball	Sofiensäle

## FREITAG, 4. MÄRZ:

Ball der MA 28	Hotel Inter-Continental
Ball der Ersten Allgemeinen Vers. AG	Hotel Hilton
Ball der MA 31 - Wasserwerke	Hotel Wimberger
Ball der österr. Bulgarischen Gesellschaft	Kursalon
Rendezvous in den Sofiensälen	
Ball der Bau- und Holzarbeiter	Sofiensäle

## Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen

=++++

Wien, 24.2. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

## MONTAG, 28. FEBRUAR:

Margareten, 5, 17 Uhr, Bezirksvorstehung 5

## MITTWOCH, 2. MÄRZ:

Hernals, 17, 16 Uhr, Bezirksvorstehung 17  
Hietzing, 13, 18.30 Uhr, Bezirksvorstehung 13

## DONNERSTAG, 3. MÄRZ:

Donaustadt, 22, 15 Uhr, Bezirksvorstehung 22

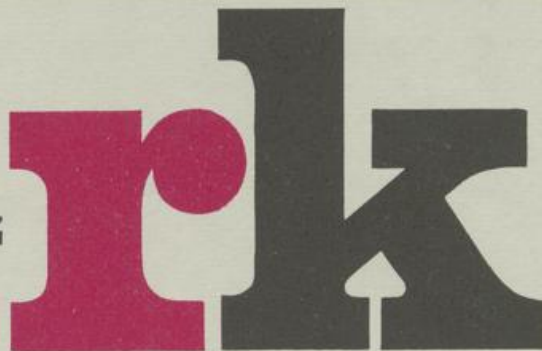
## Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 24.2. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 25. Februar 1983

Blatt 536

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wahlausschreibung für Gemeinderats- und  
(rosa) Bezirksvertretungswahlen  
Graz verabschiedet 1100 Rathaus-Pensionisten  
Wiener Drogenbericht 1982 erschienen
- Lokal:** Räumungsarbeiten im Rechten Hauptsammelkanal  
(orange) Wiener Wintersport-Informationen auf 15 40  
Fröhlich-Sandner überreichte Ehrenzeichen
- Nur über FS:** Aktion zur Schaffung von 2.000 Kleingärten  
Telefonsperrung im Bezirksamt Floridsdorf am Wochenende  
Graz zur Ölpreisdiskussion  
Pressegespräch des Bürgermeisters

## Räumarbeiten im Rechten Hauptsammelkanal

=++++

1 Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Wegen Räumungsarbeiten im alten Rechten Hauptsammelkanal müssen derzeit Abwässer in den Donaukanal abgeleitet werden. Die Räumarbeiten sind nötig, um die Ablagerungen an der Kanalsohle zu entfernen und damit eine Verengung des Abflußquerschnittes zu verhindern. Außerdem müssen die Abwässer zum Schutz der auf der Kanalsohle arbeitenden "Kanalräumer" abschnittsweise abgeleitet werden.

Der Rechte Hauptsammelkanal ist rund 16 Kilometer lang und führt vom Kahlenbergerdörfel bis zur Hauptkläranlage Simmering. Etwa 5 Kilometer, vom Knoten Prater bis zur Hauptkläranlage, sind bereits auf das neue Doppelprofilsystem umgebaut. Dieses Doppelprofil ermöglicht Reinigungs- und Räumarbeiten ohne Abwasserableitung in den Donaukanal. Der Rechte Hauptsammelkanal stammt aus dem Ende des 19. Jahrhunderts und besitzt im "alten Teil" noch kein Doppelprofil. (Schluß) fk/ap

NNNN

Wiener Wintersport-Informationen auf 15 40

=++++

2 #Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Wer in Wien Wintersport betreiben möchte, kann sich ab sofort unter der Telefonnummer 15 40 darüber informieren, welche Loipen bzw. Rodelbahnen und Schimöglichkeiten in Betrieb sind. Unter der Nummer 15 40, dem Telefon-Nachrichtendienst des Presse- und Informationsdienstes, erfährt man auch, welchen Schwierigkeitsgrad sie aufweisen. #

Derzeit stehen den Wintersportfans in Wien folgende sportliche Angebote zur Verfügung:

- o Hohe-Wand-Wiese für die Schifahrer. Der Schlepplift ist an Werktagen von 12 bis gegen 22 Uhr, am Wochenende von 9.30 bis gegen 22 Uhr in Betrieb. Einen kleinen Schlepplift gibt es auch auf der Himmelhofwiese.
- o Rodler können die Rodelbahn auf dem Gallitzinberg oder die neue, sportliche (und daher weder für Kleinkinder noch für Plastikbobs geeignete) Rodelbahn am Laaerberg, bei der Löwygrube, benutzen.
- o Sieben Loipen, die ständig präpariert werden, stehen zur Verfügung. Sie befinden sich am Cobenzl, am Laaerberg, im Südtteil der Donauinsel, auf den Steinhofgründen, im Donaupark (beim Parkplatz Donauturm), im Prater (von der Jesuitenwiese ausgehend) und auf der Sophienalpe (Parkplatz). (Schluß) hs/ko

NNNN

Wahlausschreibung für Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen (1)  
=++++

4 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Kundmachung von  
Bürgermeister Leopold GRATZ im Amtsblatt der Stadt Wien wurde  
Freitag, 25. Februar, die Wahl der Mitglieder des Wiener  
Gemeinderates und der Bezirksvertretungen für den 24. April  
ausgeschrieben. Die Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden  
Gemeinderatsmitglieder ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Wahlkreis	Zahl der Gemeinderatsmitglieder
-----	
Zentrum	
(Innere Stadt, Wieden, Margareten und Mariahilf)	9
Innen-West	
(Neubau, Josefstadt und Alsergrund)	6
Leopoldstadt	6
Landstraße	6
Favoriten	10
Simmering	4
Meidling	5
Hietzing	4
Penzing	5
Rudolfsheim-Fünfhaus	4
Ottakring	6
Hernals	3
Währing	3
Döbling	4
Brigittenau	5
Floridsdorf	8
Donaustadt	7
Liesing	5

(Forts.) en/ko

Wahlausschreibung für Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen (2)  
=++++

5 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der in jedem Gemeindebezirk zu wählenden Mitglieder der Bezirksvertretungen wurde wie folgt festgestellt:

Bezirksvertretung	Zahl der Mitglieder
1. Bezirk Innere Stadt	30
2. Bezirk Leopoldstadt	44
3. Bezirk Landstraße	40
4. Bezirk Wieden	30
5. Bezirk Margareten	30
6. Bezirk Mariahilf	30
7. Bezirk Neubau	30
8. Bezirk Josefstadt	30
9. Bezirk Alsergrund	30
10. Bezirk Favoriten	50
11. Bezirk Simmering	34
12. Bezirk Meidling	38
13. Bezirk Hietzing	30
14. Bezirk Penzing	38
15. Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus	34
16. Bezirk Ottakring	40
17. Bezirk Hernals	30
18. Bezirk Währing	30
19. Bezirk Döbling	34
20. Bezirk Brigittenau	36
21. Bezirk Floridsdorf	50
22. Bezirk Donaustadt	48
23. Bezirk Liesing	36

(Schluß) en/ap

NNNN

## Fröhlich-Sandner überreichte Ehrenzeichen

=++++

10 Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Im Roten Salon des Rathauses überreichte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Freitag die Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Gold an Oberschulrat Franz DANZINGER, der als Sonderschuldirektor und Direktor des Dr. -Adolf-Lorenz-Heimes für behinderte Kinder tätig war. Die Otto-Glöckel-Medaille erhielt Oberschulrat Johann ECKER, der maßgeblich am Aufbau des Polytechnischen Lehrganges beteiligt war. Das Silberne Ehrenzeichen wurde Oberstudienrat Dipl.-Ing.Fritz SCHÜLLER überreicht, der an der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Wien 10 tätig gewesen war. Die ehemalige Direktorin der Heime Rochusgasse und Pötzleinsdorf, Hermine QUATEMBER, erhielt das Goldene Verdienstzeichen für ihre therapeutischen Erfolge in der Arbeit mit sozial extrem gefährdeten Mädchen. Das Silberne Verdienstzeichen erhielt der Pfadfinderfunktionär Werner WEILGUNY, der unter anderem auch im Kuratorium der Wiener Jugendleiterschule mitgearbeitet hat.

Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER dankte den fünf Ehrengästen für ihre Verdienste um die Jugend der Stadt Wien und überreichte die Ehrenzeichen.

Als Ehrengäste nahmen 1. Landtagspräsident Hubert PFOCH, 2. Landtagspräsident Fritz HAHN und Stadtrat Dr. Günther GOLLER an der Veranstaltung teil. (Schluß) emw/ko

NNNN

Wiener Drogenbericht 1982 erschienen (1)

Utl.: "Legale" Drogen im Vormarsch

=++++

11 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die "legalen" Drogen befinden sich im Vormarsch. In den Ambulanzen und Therapieeinrichtungen müssen immer mehr Tablettenabhängige behandelt werden. Dies ergab der soeben erschienene "Wiener Drogenbericht 1982", über den Freitag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches berichtete. Laut Stacher wurden im vergangenen Jahr in Wien 977 Personen (1981: 939, 1980: 1.033) den Gesundheitsbehörden wegen Suchtgiftmißbrauch angezeigt, wobei 23 Prozent der angezeigten weiblichen und 77 Prozent männlichen Geschlechts waren. #

Entsprechend dem neuen Suchtgiftgesetz erhielten Drogenabhängige, die erstmals angezeigt wurden, die Chance, eine Therapie statt einer Strafe durchzumachen. In 326 Fällen mußte nur eine Beratung und Ermahnung durchgeführt werden ("Probierer"), in 218 Fällen war eine Therapie notwendig, die auch veranlaßt wurde. Die übrigen Angezeigten haben sich einer Untersuchung nicht gestellt oder waren wegen anderer Delikte in Haft bzw. im Ausland. Der stärkste Anteil entfiel auf die Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahre (78 Prozent der Männer und 65 Prozent der Frauen).

Zwtl.: Schmerzstiller als Einstiegsdroge

Diese Entwicklung stellt die Experten vor vermehrte Probleme, da die Behandlung der Medikamentenabhängigkeit oft schwieriger und weniger aussichtsreich ist, als die Behandlung der Heroin- oder Opiumabhängigkeit. Die Gefahr der Medikamentenabhängigkeit darf nicht übersehen und bagatellisiert werden, betonte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher. Besonders Schlaf- und Beruhigungsmittel aber auch schmerzstillende Medikamente und Abführtabletten können bereits zur Sucht führen. In der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe stieg etwa die Zahl der Medikamentenabhängigen auf das 2 1/2fache des Jahres 1981, wobei diese Gruppe zahlenmäßig die Gruppe der Heroin- oder Opiatabhängigen bereits überholte. (Forts.) zi/gg

Wiener Drogenbericht 1982 erschienen (2)

Utl.: "Wiener Therapiekette": Neue Drogenstation

=++++

12 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Zwischen der kurzdauernden, rein körperlichen Entzugsbehandlung und der monatelangen Langzeitbehandlung an der Drogenstation in Vorderbrühl in Mödling, gab es bisher keine Möglichkeit einer mittelfristigen stationären Behandlung. Seitens der Experten, aber auch der Angehörigen, wurde in den letzten Jahren immer wieder auf die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung hingewiesen. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wird deshalb, wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher erklärte, eine eigene Drogenstation für diesen Zweck eingerichtet und in den nächsten Wochen ihrer Bestimmung übergeben werden. Mit dieser neuen Einrichtung - die eine wesentliche Ergänzung der therapeutischen Kette in Wien darstellt - werden insgesamt 15 Institutionen und Therapie- bzw. Beratungsstellen für Drogenabhängige in Wien zur Verfügung stehen.

Zwtl.: Zentralstelle für Suchtgiftkranke

Die 1979 eingerichtete Zentralstelle für Suchtgiftkranke im 9. Bezirk, Borschkegasse 1 (Tel. 42 67 86), ist täglich geöffnet. Hier werden nicht nur ambulante Beratungen und Behandlungen durchgeführt, sondern auch Kontakte zu anderen Therapieeinrichtungen und Behörden vermittelt. Auch die Aufnahme in die Langzeittherapieeinrichtung ist über die Zentralstelle - wo eine Liste über die jeweils verfügbaren Plätze aufliegt - möglich. Im vergangenen Jahr wurden hier 538 Fälle behandelt, wobei der Anteil der freiwillig in die Behandlung kommenden stark zugenommen hat und auf 342 gestiegen ist. Daß besorgte Angehörige, aber auch Betroffene oft telefonisch um Rat fragen, zeigt die hohe Zahl an 20.920 Telefonkontakten im vergangenen Jahr. (Forts.) zi/gg

NNNN

Wiener Drogenbericht 1982 erschienen (3)

Utl.: Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe

=++++

13 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) 1982 wurden 382 Personen wegen Drogenabhängigkeit im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe behandelt, von denen 151 freiwillig kamen. 46 waren zu einer längerfristigen Behandlung bereit und in allen Fällen konnte die Behandlung begonnen werden.

In den einzelnen Einrichtungen für Drogenabhängige werden etwa dreimal soviel Männer wie Frauen behandelt.

Zwtl.: Tagung von Drogenexperten

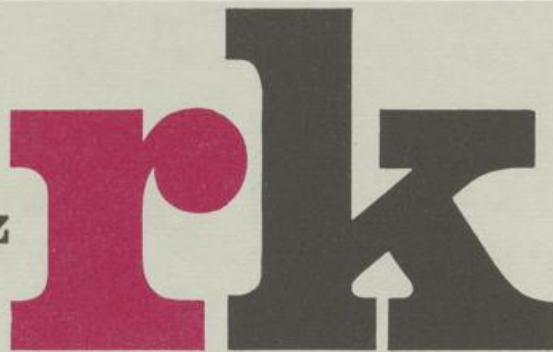
Durch die Errichtung der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe und die Konstituierung des "Wiener Drogenbeirates", in dem sämtliche Wiener Drogeneinrichtungen vertreten sind, konnte laut Stacher sichergestellt werden, daß in Wien jeder Süchtige eine Behandlung bekommen kann. Kommendes Wochenende findet über Einladung der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe und der Drogenambulanz im Allgemeinen Krankenhaus eine Tagung und Fortbildungsveranstaltung der österreichischen Drogentherapeuten statt. Dabei werden ebenso neue Therapiemethoden vorgestellt, wie Möglichkeiten der verbesserten Zusammenarbeit diskutiert werden.

Zwtl.: Künftige Maßnahmen

Der Gesundheitsstadtrat kündigte die Durchführung einer Reihe neuer Maßnahmen und Aktivitäten an. Neben der bevorstehenden Eröffnung der "Drogenstation Baumgartner Höhe" wird ein sogenanntes "Drop-out-Programm" gestartet. Dabei sollen diejenigen Drogenabhängigen, die im Rahmen längerfristiger Therapieprogramme scheitern, in eigenen Gruppen zusammengefaßt werden, um weitere Rückfälle bzw. ein völliges Abbrechen aller Maßnahmen zu vermeiden. Darüber hinaus sollen für die berufliche Rehabilitation erfolgreicher geheilter ehemaliger Drogenkranker eigene Projekte entwickelt werden. Gerade Berufsuntätigkeit führt nämlich trotz erfolgreicher Therapien immer wieder zu schweren Rückschlägen. (Schluß) zi/ko

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 26. Februar 1983

Blatt 546

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Politik: Gratz zur Ölpreisdiskussion  
(rosa)

Lokal: Favoriten in drei Jahrhunderten  
(orange) Kürzere Intervalle auf der Autobuslinie 31 A

Kultur: Nestroy-Neuerwerbungen in der Stadtbibliothek  
(gelb)

## Nestroy-Neuerwerbungen der Stadtbibliothek

=++++

1 Wien, 26.2. (RK-KULTUR) Der Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist es heuer bereits wieder gelungen, durch einen Ankauf bei einer Auktion die wertvollen Nestroy-Bestände der Bibliothek zu erweitern. Zu den Erwerbungen zählen ein autographes Blatt, das Entwürfe und Ausarbeitungen zum Couplet des Patzmann aus dem 3. Akt der "Eisenbahnheiraten" enthält und vier handschriftliche Partituren von Adolf Müller, der zu den meisten Nestroy-Stücken die Musik geschrieben hat.

Es handelt sich dabei um zeitgenössische Theaterhandschriften, die teilweise von ungarischen Theatern stammen und vor allem für die Nestroy-Rezeption von Interesse sind. Besonders hervorzuheben ist auch die Partitur zu "Lumpazivagabundus", bei der das Autograph bisher als verschollen gilt, und die Partitur zu dem Charakterbild "Mönch und Soldat" von Friedrich Kaiser. In der großen Müller-Sammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek fehlte bisher nicht nur das Autograph zu dieser Musik, sondern auch Abschriften, da das Werk kaum bekannt ist. (Schluß) gab/gg

NNNN

## Favoriten in drei Jahrhunderten

=++++

2 Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Favoriten in drei Jahrhunderten ist eine Sonderausstellung des Bezirksmuseum Favoriten in der Ada Christen-Gasse 2a gewidmet, die kommenden Montag, dem 28. Februar, von Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH eröffnet werden wird. Gezeigt werden Stiche, Aquarelle, Ölbilder und Lithographien aus dem 18., 19. und 20. Jahrhundert. Zu den Schwerpunkten zählen dabei unter anderem diverse Stiche von der Spinnerin am Kreuz, Stiche und Lithographien aus dem Revolutionsjahr 1848, Bilder von den Linien und ersten Kirchen des neuen Bezirkes sowie Bilder zeigenössischer Maler.

Die Ausstellung ist bis 25. März 1983 jeweils Montag bis Freitag von 8 bis 12.30 Uhr und 13.30 bis 15.00 uhr (Donnerstag auch bis 17.30 Uhr) geöffnet. (Schluß) zi/ap

NNNN

Kürzere Intervalle auf der Autobuslinie 31 A

=++++

3       Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Auf der Autobuslinie 31 A zwischen der U-Bahn-Station Zentrum Kagran und der ödenburger Straße (Groß-Jedlersdorf) kommt es ab Montag, dem 28. Februar, zu einer Intervallverbesserung. An Werktagen in der Zeit von ca. 5.30 Uhr bis ca. 8.45 Uhr und von ca. 14.45 Uhr bis ca. 19 Uhr verkehren die Busse nunmehr alle zehn statt alle 15 Minuten. Die Autobuslinie 31 A war gleichzeitig mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran neu eingerichtet worden und ist bei den Fahrgästen so gut "angekommen", daß nunmehr die Intervalle in den Verkehrsspitzenzeiten verkürzt werden. (Schluß) ger/ko

NNNN

SPERRFRIST 13 UHR!

.....

Gratz zur Ölpreisdiskussion

=++++

4 Wien, 26.2. (RK-POLITIK) "Mit Interesse und freudiger Erwartung hören wir seit einiger Zeit, daß die Rohölpreise gesunken sind oder sinken werden," stellte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Rundfunksendung am Samstag fest. "Ich habe angekündigt, daß eine Senkung der Einstandspreise für die Wiener E-Werke und Gaswerke an die Konsumenten weitergegeben wird. Wir bemühen uns, von unserem weitaus wichtigsten Lieferanten, der ÖMV, zu erfahren, wann damit zu rechnen ist, daß Heizöl und Erdgas für die Wiener Stadtwerke tatsächlich billiger werden."

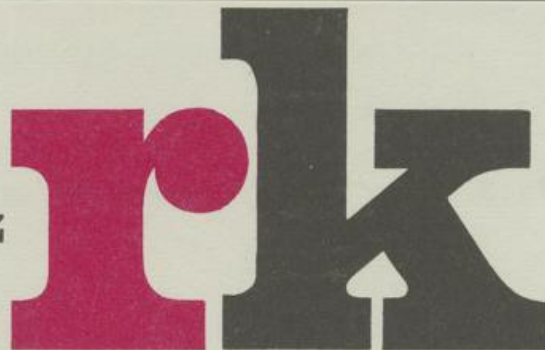
Gratz nahm dann zur Diskussion Stellung, ob auch Benzin und Dieselöl billiger werden sollen, oder ob die Preissenkungen beim Rohöl vom Staat abgefangen und für Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen verwendet werden sollen. Zu diesen Überlegungen führte nicht zuletzt die Befürchtung, daß Preissenkungen in diesem Bereich zu einem Mehrverbrauch und damit bald wieder zu einer Erhöhung der Ölpreise führten müßten.

Gratz bezeichnete die Vorschläge in diesem Zusammenhang als überlegenswert; sie seien jedoch nur dann sinnvoll, wenn sie von allen Ländern durchgeführt werden. Würde Österreich allein die Senkung der Rohölpreise nicht realisieren, dann würde das unsere Position auf dem Weltmarkt verschlechtern: Es wäre ein Vorteil für die ausländischen Konkurrenten unserer Wirtschaft. Dieser Gesichtspunkt ist besonders für den Osten Österreichs wichtig, der bereits durch die höheren Gestehungskosten für elektrischen Strom und durch die längeren Transportwege in die wirtschaftlichen Zentren Westeuropas benachteiligt ist. (Schluß) sti/ko

NNNN

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 28. Februar 1983

Blatt 551

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet: Fröhlich-Sandner eröffnet neuen "Club Bassena"  
(grau)

Kommunal:  
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan für den Donaubereich  
Stadtplanung informiert über neue U-Bahnstation  
Rampengasse  
Start bei der Aktion "Einkauf in Wien"  
ÖVP: Bilanz der Wohnungspolitik und der  
Stadterneuerung in Wien

Kultur:  
(gelb) "Tanz 84"

Nur  
über FS: 26.2. Wohnungsbrand in Mariahilf  
27.2. Zwei Wohnungsbrände - Ein Todesopfer  
28.2. Linie "D" gestört  
Schaden bei Linie "D" behoben  
Gasrohrgebrechen auf der Triester Straße  
Leistungsschau von Schwerstbehinderten  
Orden für Arzt  
Explosion in einem Einfamilienhaus  
Autobus mußte notbremsen

.....  
Bereits am 26. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Fröhlich-Sandner eröffnet neuen "Club Bassena"

=++++

6 #Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Einen neuen "Club Bassena" eröffneten Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Gemeinderat Erik HANKE und Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER Freitag in der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk.#

Das neue Familien- und Freizeitzentrum, das vom "Verein Jugendzentren der Stadt Wien" geführt wird, hat während seines sechsmonatigen Probebetriebes bereits regen Zulauf aus der Wohnbevölkerung erhalten. Neben Frauen- und Kindergruppen gibt es Kurse und jeden Mittwoch abend einen "Feierabendtreff", zu dem alle interessierten Anrainer herzlich eingeladen sind.

Der neue "Club Bassena" hat die Adresse Wien 12, Am Schöpfwerk 29/Stiege 14. Telefon 67 94 80. (Schluß) emw/gg

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für den Donaubereich

Utl.: Nur sehr begrenzte Bebauung möglich

=++++

3 #Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Für das "Jahrhundertprojekt" Donaubereich, das den absoluten Hochwasserschutz für Wien sicherstellt und für die Bevölkerung einen weitläufigen Naherholungsraum schafft, liegen nun die Entwürfe für einen neuen Flächenwidmungs- und einen neuen Bebauungsplan vor. Für das rechte Donauufer zwischen Handelskai und Strom soll die Widmung Erholungsgebiet/Park erhalten bleiben. Ausgenommen davon ist nur das bestehende Schifffahrtszentrum der DDSG im Bereich der Reichsbrücke. Die Donauinsel und das linke Ufer der Neuen Donau bis zur Donauufer-Autobahn (A 22) sollen im Norden und im Süden zum Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel erklärt, der mittlere Teil soll als Erholungsgebiet mit Parks, Sportplätzen und Lagerwiesen gewidmet werden. Auf den Lagerwiesen können Zelte aufgestellt werden. Das linke Ufer der Neuen Donau soll durch mehrere Grünbrücken über die A 22 mit dem dahinter liegenden Bereich verbunden werden.#

Gebäude, wie Restaurants, Kioske, Umkleideanlagen, Klubhäuser usw., die der Erholung und dem Sport dienen, dürfen nur an bestimmten Stellen errichtet werden und sind in ihrer Größe begrenzt, um eine störende Bebauung des Erholungsraumes zu verhindern. Das gesamte Erholungsgebiet muß durchgängig sein. Sondergebiete werden festgesetzt für das bei der Steinspornbrücke liegende Abwasserpumpwerk und für die Pumpenstation des Kraftwerkes Donaustadt.

Die Entwürfe für den neuen Flächenwidmungs- und den neuen Bebauungsplan (Plannummer 5720) liegen zwischen 3. und 31. März während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413 öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zu den Entwürfen Stellung nehmen. Außerdem werden die Pläne zwischen 3. und 31. März, jeweils während der Amtsstunden, auch in den Magistratischen Bezirksämtern Wien 2, Karmelitergasse 9; 11, Enkplatz 2; 19, Gatterburggasse 14; 20, Brigittaplatz 10; 21, Am Spitz 1; und 22, Kagran, Schrödingerplatz 1, ausgestellt. (Schluß) sc/gg

Stadtplanung informiert über neue U-Bahnstation Rampengasse  
Utl.: Pläne in der Babenberger Passage ausgestellt

=++++

6 #Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) über die Gestaltung der künftigen Station Rampengasse der U-Bahnlinie U 4 kann man sich jetzt anschaulich informieren: die Pläne für das Projekt sind bis 20. März in einer Auslage der Wiener Stadtplanung in der Babenberger Passage am Ring ausgestellt. Die neue Station Rampengasse liegt zwischen den 2,8 Kilometer voneinander entfernten Stationen Friedensbrücke und Heiligenstadt und wird im 19. und 20. Bezirk ein Gebiet mit rund 9000 Einwohnern und 5000 Beschäftigten erschließen.#

Die Station wird einen Mittelbahnsteig stadtauswärts des Steges Rampengasse haben und durch eine feste Treppe und einen Lift mit dem Steg verbunden sein. Um älteren oder behinderten Menschen den Zugang zur U-Bahn zu erleichtern, wird es - außer den Stiegen - im 19. Bezirk in Richtung Heiligenstädter Straße vom Steg einen Lift auf das Straßenniveau und im 20. Bezirk vom Döblinger Steg eine sanft abfallende Rampe zur Klosterneuburger Straße geben. Auf der Klosterneuburger Straße wird ein lichtsignalgeregelter Fußweg errichtet. Die Station Dietmayrgasse der Autobuslinie 10 A wird zu diesem Fußweg verlegt. Im 19. Bezirk befinden sich bei der Kreuzung Heiligenstädter Straße/Rampengasse Stationen der Straßenbahnlinie D, so daß bei der neuen U-Bahnstation auch ein Anschluß an andere öffentliche Verkehrsmittel gegeben ist. (Schluß) sc/ko

NNNN

## "Tanz 84" (1)

Utl.: Wieder internationales Ballett-Fest in Wien

=++++

9 #Wien, 28.2. (RK-KULTUR) Nach dem Erfolg des Festivals "Tanz 82" führen die Wiener Festwochen vom 2. März bis 15. April 1984 wieder ein Internationales Wiener Ballett-Fest durch. "Tanz 84", dessen Programm Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK und der künstlerische Leiter des Ballett-Festes, Dr. Gerhard BRUNNER, am Montag vorstellten, bietet wieder einen Querschnitt durch das Ballett vom Klassizismus bis zu den neuesten Entwicklungen. Kulturstadtrat Zilk wies auf die "Emanzipation" des Tanzes als künstlerische Form beim Wiener Publikum hin und betonte auch die Fremdenverkehrswirksamkeit derartiger Veranstaltungen. Mit der Verpflichtung des Kirow-Balletts kommt Wien auch seiner Funktion als Brücke zwischen Ost und West nach. #

Das traditionelle Leningrader Ensemble gastiert mit Balletten von Marius Petipa und Juri Winogradow im Theater an der Wien. Als moderner Kontrapunkt folgt das Cullberg-Ballett aus Stockholm, das unter anderem Choreographien von Mats Ek und Christopher Bruce präsentiert. Den Schlußpunkt im Theater an der Wien setzt das Stuttgarter Ballett, das einen Abend mit Balletten von Uwe Scholz, William Forsythe und Jiri Kylian bestreitet und die "Kameliendame" von John Neumeier tanzt. Die Wiener Staatsoper präsentiert bei den Ballett-Tagen "Daphnis und Chloe" und "Feuervogel", eine "Hommage a George Balanchine", "Letzte Lieder" und "Josephslegende" sowie "Don Quixote". (Forts.) gab/gg

## "Tanz 84" (2)

Utl.: "New Dance" in der Secession und im Künstlerhaus

=++++

10 Wien, 28.2. (RK-KULTUR) Als wesentliche Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen findet wieder ein "New Dance"-Fest statt, das vom 19. März bis 3. April in der Secession und im Theater der Komödianten im Künstlerhaus in Szene gehen wird. Ein Rückblick wird hier den Bauhaus-Tänzen gelten, Steptanz und Jazztanz werden das Programm des "Nachtstudios" bestimmen. Das genaue Programm, das die Vielfalt avantgardistischer Strömungen von Europa über Amerika bis Japan vorstellen soll, wird im Herbst 1983 vorgestellt.

Mit den "Tänzen des Orients" wird auch 1984 die Welt außerhalb des abendländischen Kulturkreises in das Fest miteinbezogen. Die "Tanzenden Derwische" aus dem türkischen Konya und die "Kathak-Tänzer" aus dem Norden jenseits herkömmlicher Traditionen vorgestellt (Schluß) gab/ko

Start der Aktion "Einkauf in Wien"

Utl.: 39,5 Millionen für Innovationsförderung

=++++

11 #Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Aktion "Einkauf in Wien" wirbt in diesen Tagen in größerem Stil für Wien als Einkaufsstadt. Auf rund 500 Plakaten - davon 1/3 im Wiener Umland - wird das Wiener Einkaufszuckerl präsentiert. Wie Finanzstadtrat Hans MAYR und der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH Montag in einem Pressegespräch erklärten, werden heuer 7 Millionen Schilling für die Wien-Werbung eingesetzt. #

Die Themen der Werbung reichen von der Modischen Vielfalt des Wiener Angebotes bis zu dem Hinweis "zwischen durch auf einen Kaffee ins Cafe".

Zwtl.: Beratungskostenzuschüsse für Wiener Unternehmen

Klein- und Mittelbetriebe in Wien, die sich gut für die Zukunft rüsten wollen, haben ab sofort die Möglichkeit, sich intensiv beraten zu lassen. Für die bis zu sechs Tagen dauernde Erstberatung werden 75 Prozent der Kosten übernommen, für die weitere Intensivberatung werden 50 Prozent der Kosten (bis 150.000 Schilling) bezahlt.

Von den Beratern wird ein Tageshonorar von 4.280 Schilling verrechnet. Unter Zugrundelegung dieses Tagsatzes ist bei Zuschüssen zu den Beratungskosten von 50 Prozent eine Beratung bis zu 70 Tagen möglich.

Die Zuschüsse für die Erstberatung leistet das Wirtschaftsförderungsinstitut der Wiener Handelskammer, für die Intensivberatung kommt die Stadt Wien auf - vertreten durch die Wiener Innovationsgesellschaft. Die Stadt Wien hat dafür heuer 7,5 Millionen Schilling bereitgestellt.

Die Stadt Wien vergibt jedoch auch für andere Innovationsvorhaben Zuschüsse:

- o für Produktentwicklungskosten
- o für Fertigungs- und Entwicklungs-Personalkosten
- o für Fertigungsüberleitungskosten

Dafür stehen im Jahr 1983 weitere 32 Millionen Schilling zur Verfügung. (Schluß) sei/gg

ÖVP: Bilanz der Wohnungspolitik und der Stadterneuerung in Wien

=++++

14 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Bilanz der Wohnungspolitik und Stadterneuerung der letzten Jahre in Wien zeigt, daß zwar einiges "passiert" ist, aber eine Fülle von Chancen versäumt wurden, erklärte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag in einem Pressegespräch. So habe das neue Mietrechtsgesetz primär der Gemeinde Wien als größten Hausherrn Österreichs genutzt, während den privaten Hauseigentümern jeder Anreiz zur Renovierung genommen wurde. 2. Landtagspräsident Fritz HAHN betonte, die Rennwegkaserne und das Nordbahngelände sind zwei versäumte Chancen, im dichtverbauten Gebieten sinnvolle Stadterneuerung zu betreiben. Die Verhandlungen mit dem Bund über die Rennwegkaserne dauern bereits zehn Jahre, wegen des Nordbahnhofareals wurden noch nicht einmal Verhandlungen über den Kaufpreis mit den ÖBB aufgenommen.

Zur Lösung der Probleme fordert die Wiener ÖVP zusätzliche Mittel für die Stadterneuerung durch die Mobilisierung verfügbarer Gelder von Banken und Versicherungen. Auch sollen zwei Drittel der Wiener Wohnbauförderungsmittel für die Stadterneuerung verwendet werden. Zur Renovierung privater Althäuser sollen steuerliche Anreize für Mieter und Eigentümer geschaffen werden. Um den spekulativen Abbruch von Althäusern zu verhindern, sollte die Gemeinde Wien die Ersatzvornahme von Bauaufträgen anwenden. Zur Senkung der Wohnungskosten für Althausmieter fordert die ÖVP die Angleichung der Mietzinsbeihilfen an die Wohnbeihilfe. (Schluß)  
en/gg

NNNN

